



Geschäftsbericht 2007

Geschäftsbericht des Stadtrates 2007

Titelbild:
Winterthur 2007. Blick auf Winterthur
(Bild: © Comet Photoshopping GmbH, Zürich / Dieter Enz)

Inhalt

Seite

Stadtrat, Stadtkanzlei:

– Der Stadtrat 5

– Stadtkanzlei 6

Departement Kulturelles und Dienste 9

Departement Finanzen 31

Departement Bau 43

Departement Sicherheit und Umwelt 57

Departement Schule und Sport 77

Departement Soziales 87

Departement Technische Betriebe 107

Der Grosse Gemeinderat 119

Initiativen und parlamentarische Vorstösse 125

Behördenverzeichnis 131

Vertretungen der Stadt in handelsrechtlichen
Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen,
Kommissionen, Verbänden usw. 140

Organigramm der Stadt Winterthur 142

Inhaltsverzeichnis detailliert 144

An den
Grossen Gemeinderat Winterthur

In Anwendung von § 28 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung unterbreitet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den Geschäftsbericht der Stadtverwaltung Winterthur über das Jahr 2006.

Winterthur, 2. April 2008

Im Namen des Stadtrates

Der Stadtpräsident:
Ernst Wohlwend

Der Stadtschreiber:
Arthur Frauenfelder

Der Stadtrat

Die Gesamtentwicklung der Stadt Winterthur hat im Berichtsjahr einen positiven Verlauf genommen. Von Seiten der Wirtschaft kamen gute Signale, neue Firmen konnten angesiedelt und damit zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Beliebt blieb Winterthur auch als Wohnort, stieg die Bevölkerungszahl doch wiederum um mehr als 1000 Personen an und nähert sich nun der 100 000er-Marke. Dies wird eine Chance sein, um sich gewissermassen als Grossstadt zusätzlich zu profilieren.

Haupthandlungsfelder bildeten für den Stadtrat die im Legislaturplan 2006–2011 aufgeführten 21 Vorhaben von grosser Bedeutung (siehe unten links). Sie stehen in der ganzen Verwaltung in Bearbeitung und sind teils bereits weit vorangeschritten. Es handelt sich dabei um komplexe Aufgaben, viele von ihnen erfordern ein enges departementsübergreifendes Zusammenwirken. Im Sommer 2008 wird der Stadtrat einen Zwischenbericht über den Stand der Arbeiten vorlegen.

Für die strategische Steuerung der grossen Projekte setzte der Stadtrat bewusst wiederum viel Zeit ein. Er führte 41 Mittwochsitzungen durch und behandelte an 10 Donnerstagsitzungen über 20 Schwerpunktbereiche. Zudem führte er zwei Klausurtagungen durch, an denen die Themen Verkehr, Finanzen, Sicherheit und Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) im Vordergrund standen.

Von den vier Abstimmungsvorlagen im Jahre 2007 fielen deren drei im Sinne der stadträtlichen Anträge aus (neue Offenlinie in der KVA, Beitrag an «Läbesruum» sowie WC-Anlage beim Stadtpark). Eine Absage wurde dem finanziellen Engagement der Stadt für die Euro 08 erteilt.

Weit vorangebracht werden konnte das Projekt Fokus, mit welchen eine Zusammenführung von Verwaltungsstellen angestrebt wird. Da der favorisierte Standort auf dem Archareal aber die politische Akzeptanz nicht fand, laufen zurzeit Abklärungen für neue Lösungsmöglichkeiten.

Einen Erfolg brachten der Stadt die vernetzten Aktivitäten im Umweltbereich, wurde sie doch für ihr energiepo-

litisches Engagement mit dem «European Energy Award Gold» ausgezeichnet.

Finanziell kann auf ein gutes Jahr zurückgeblückt werden. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Probleme bezüglich Lasten- und Finanzausgleich weiterhin ungelöst sind.

Erneut setzte sich der Stadtrat auch im Berichtsjahr bei den zuständigen Stellen mit Nachdruck dafür ein, dass die hängigen Verkehrsprobleme, die für die künftige Entwicklung der Stadt bedeutungsvoll sind, angegangen werden. Beim öffentlichen Verkehr ist es vor allem die Beseitigung des Engpasses auf dem Schienennetz zwischen Winterthur und Zürich, beim Individualverkehr geht es um die Planung der Südostumfahrung und um die Kapazitätserhöhung auf der A1.

Intensiv gepflegt hat der Stadt die «Netzwerke»: Auf politischer Ebene waren es die vielfältigen Kontakte zu andern Städten und Gemeinden, zum Kanton, zu umliegenden Kantonen und zu Parlamentarierinnen und Parlamentariern – im wirtschaftlichen Bereich pflegte man die Kontakte mit Firmen, Verbänden und Investoren.

Wertvolle Erkenntnisse zog der Stadtrat aus einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Sowohl die Politik des Stadtrats wie auch die Arbeit der Stadtverwaltung wurden überwiegend positiv beurteilt. Die Ergebnisse der Befragung flossen in die Arbeit der Verwaltung und Dienststellen ein. In vielen Bereichen bestätigte sich, dass die eingeschlagene Richtung stimmt und dass die Wahrnehmung der Verwaltungsstellen mit der Meinung der Öffentlichkeit kongruent ist. Andererseits wurden auch neue Handlungsfelder aufgezeigt, die es nun mit konkreten Massnahmen anzugehen gilt.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung flossen zudem in eine gemeinsame Auswertung mit Basel, Bern, St.Gallen und Zürich ein, was einen interessanten Städtevergleich ermöglichte. Daraus geht unter anderem hervor, dass Zürich und Winterthur bezüglich der Beliebtheit ihrer Stadt die vordersten Plätze einnehmen.

Dem Zweck der besseren Positionierung der Stadt dient die 2007 lancierte Stadt-Marke Winterthur. Aufbauend auf bereits vorhandenen Stärken wurden die folgenden 13 Erfolgsfaktoren definiert, welche die Vielfalt und Einzigartigkeit Winterthurs illustrieren.

- Traditionsreicher Standort für High-Tech-Industrie und High-Tech-Engineering
- Versicherungszentrum
- Vielfältige Gesundheitskompetenz
- Führendes Zentrum für praxisorientierte Ausbildung
- Lebendige Studentenstadt
- Pionierleistungen auf vielen Gebieten
- Hier hat hohe Qualität einen fairen Preis
- Persönlicher Charakter
- Die Gartenstadt
- Eigenständiges Zentrum – nahe Zürich
- Hochwertiges Kulturangebot für jeden Geschmack
- Kulturinstitutionen von nationalem und internationalem Rang
- Guter Ort für Eigeninitiative / engagierte Förderer

Diese gemeinsam mit der Standortförderung Region Winterthur und Winterthur Tourismus erarbeiteten Faktoren bilden eine wichtige Grundlage für die Positionierung der Stadt. Die Umsetzung wird auch verwaltungsintern gefördert.

Die nachfolgenden Berichte der einzelnen Departemente in diesem Geschäftsbericht enthalten ergänzende und vertiefende Informationen zu diesem Schwerpunkten der stadträtlichen Tätigkeiten.

Legislaturesschwerpunkte 2006–2010

Die 21 Vorhaben von grosser Bedeutung

Für jedes Vorhaben ist ein Departement verantwortlich. Alle 21 Vorhaben erfordern aber ein vernetztes departementsübergreifendes Zusammenarbeiten.

1. Aufwertung Stadtzentrum	DB
2. Förderung Entwicklungsgebiet Oberw'thur	DKD
3. Weiterentwicklung Sulzerareal Stadtmitte	DKD
4. Ausgeglichener Finanzhaushalt	DFI
5. Sicherheit in der Stadt	DSU
6. Kompetenzzentrum Winterthur	DTB
7. Verkehr bewältigen	DB
8. Energiestadt und Klimaschutz	DSU
9. Umsetzung Wohnungspolitik	DKD
10. Entwicklungsimpuls Töss	DKD
11. Immobilienmanagement	DFI
12. Chancengleichheit in der Bildung	DSS
13. Perspektiven für die Jugend	DSO
14. Soziale und berufliche Integration	DSO
15. Altersplanung	DSO
16. Natur- und Erholungsräume aufwerten	DTB
17. Kulturmeile Winterthur	KD
18. Stadtlicht Winterthur	DTB
19. Kundenorientierte Verwaltung	DKD
20. Effizientes Management	DFI
21. Nachhaltiges Denken und Handeln	DSU

Stadtkanzlei

Auf Beginn des Jahres wurde das Stadtarchiv definitiv der Stadtkanzlei angegliedert, nachdem es im Vorjahr bereits als Teil der Produktgruppe Stadtkanzlei geführt worden war. Pensionierungsbedingt erhielt das Archiv im Herbst auch eine neue Leitung. Im Weiteren war das Jahr für die Stadtkanzlei geprägt von den kantonalen und nationalen Wahlen, einem deutlichen Anstieg der Einbürgerungsgesuche und den Arbeiten zur Einführung der neuen elektronischen Geschäftsverwaltung in den Sekretariaten von Stadtrat, Grosse Gemeinderat und Departementen (Projekt WINGEVER).

Als Rechtskonsulent begleitete und begutachtete der Stadtschreiber gut dreissig Einspracheentscheide des Stadtrats sowie rund ein Dutzend Rechtsmittelverfahren vor höheren Instanzen. Zwei Stimmrechtsrekurse gegen kommunale Abstimmungen konnten erfolgreich abgewehrt werden. Grössere rechtliche Abklärungen und Vorarbeiten erforderten die Fokus-Vorlage für das Archareal, zwei Volks- und eine Einzelinitiative, die Volksabstimmung betreffend die Euro08 sowie das Sanierungsprojekt für das Schloss Wülflingen.

Die Konferenz der Departementssekretärinnen und -sekretäre tagte dreimal intern und einmal mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Stadt Zürich. Schwerpunktthemen waren die bevorstehende Einführung des Öffentlichkeitsprinzips in den Zürcher Verwaltungen sowie das Projekt WINGEVER.

Letzteres wurde im Lauf des Jahres vorangetrieben, erwies sich aber im Detail als recht anspruchsvoll. Nach aufwändigen Vorarbeiten und Testläufen konnte erst am Jahresende der Entscheid für die Aufnahme des Produktivbetriebs gefällt werden. Ab Beginn 2008 arbeiten Stadtkanzlei und Departementssekretariate gemeinsam mit der neuen elektronischen Geschäftsverwaltung iGEKO.

Abstimmungen und Wahlen

Ende 2007 waren in Winterthur 28 068 (Vorjahr 27 626) Männer und 32 848 (32 420) Frauen, insgesamt 60 916 (60 046) Stimm- und Wahlberechtigte gemeldet. Am Stimmregister waren zudem 787 (758) Männer und 796 (764) Frauen, total 1583 (1522) stimmberechtigte Personen mit Wohnsitz im Ausland verzeichnet. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten an 3 (5) Urnengängen über 2 (6) eidgenössische, 5 (3) kantonale und 6 (5) städtische, total also über 13 (14) Sachvorlagen zu entscheiden.

Die Stimmbeteiligung lag dabei zwischen 37.5 Prozent (Gesetz über die ärztlichen Zusatzhonorare und Gegenvorschlag von Stimmberechtigten) und 50.7 Prozent (Fussballfest Euro 08 / Kredit von 665 000 Franken).

Am 15. April 2007 wurden die Erneuerungswahlen für Kantons- und Regierungsrat durchgeführt. Die Wahl des Kantonsrates fand erstmals nach den Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte statt. Gemäss diesen neuen Vorschriften werden die 180 Kantonsratssitze nach den erreichten Parteistimmzahlen zunächst kantonsweit auf die angetretenen Listengruppen (Parteien) und anschliessend auf die Listen der einzelnen Wahlkreise verteilt, für die schliesslich nach den erzielten Kandidatenstimmen die gewählten Personen ermittelt werden. Diese neue Art der Resultatermittlung hat zur Folge, dass die Sitzuteilung zentral durch das Statistische Amt des Kantons Zürich durchgeführt werden muss und erst erfolgen kann, wenn sämtliche 18 Wahlkreise des Kantons die Auszählarbeiten abgeschlossen haben.

Die Gesamterneuerungswahlen für National- und Ständerat wurden am 21. Oktober 2007 durchgeführt. Ihr an sich reibungsloser Verlauf wurde durch einen rund zwei-

stündigen Ausfall des EDV-Systems WABSTI beim Verwaltungsrechenzentrum St. Gallen (VRSG) überschattet. Die Resultatermittlung erlitt dadurch wie vor vier Jahren eine zeitliche Verzögerung, die nicht die Stadt zu verantworten hatte. Der 2. Wahlgang für einen Sitz des zürcherischen Ständerates erfolgte am 25. November 2007.

Am 11. März 2007 wurde die Erneuerungswahl der römisch-katholischen Synode für die Amtsdauer 2007 – 2011 durchgeführt. Die für die gleiche Amtsdauer anstehende Erneuerungswahl der evangelisch-reformierten Kirchensynode konnte in den beiden Winterthurer Wahlkreisen in stiller Wahl abgewickelt werden.

Ebenfalls in stiller Wahl wurden im Geschäftsjahr insgesamt 13 Mitglieder der Kreisschulpflegen sowie 6 Mitglieder der evangelisch-reformierten Kirchenpflegen gewählt sowie das Präsidium der Kirchenpflege Winterthur-Töss neu besetzt.

Im Wahlkreis Töss konnte je ein vakanter Sitz in der Kreisschulpflege und in der reformierten Kirchenpflege im ersten Wahlgang noch nicht besetzt werden.

Einbürgerungen

Gesuchseingänge

Im Berichtsjahr ging die folgende Anzahl Einbürgerungsgesuche von Ausländerinnen und Ausländern bei der Stadt Winterthur ein:

In der Schweiz geborene	151 (Vorjahr 83)
Im Ausland geborene 16 – 25-Jährige mit mind. fünf Jahren Schulbildung	
in der Schweiz	80 (63)
Übrige im Ausland geborene	302 (220)
Total eingereichte Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern	533 (366)

Bürgerrechtsgeschäfte des Stadtrates

Aufnahmen von Ausländerinnen und Ausländern in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur:

In der Schweiz geborene	164 (91)
Im Ausland geborene 16 – 25-Jährige mit mind. fünf Jahren Schulbildung in der Schweiz	71 (62)
Total	235 (153)

Aufnahmen von Schweizerinnen und Schweizern in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur:	33 (35)
--	---------

Abgelehnte Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern:

In der Schweiz geborene oder 16 – 25-Jährige mit mind. fünf Jahren Schulbildung in der Schweiz	5 (5)
Übrige im Ausland geborene	11 (11)

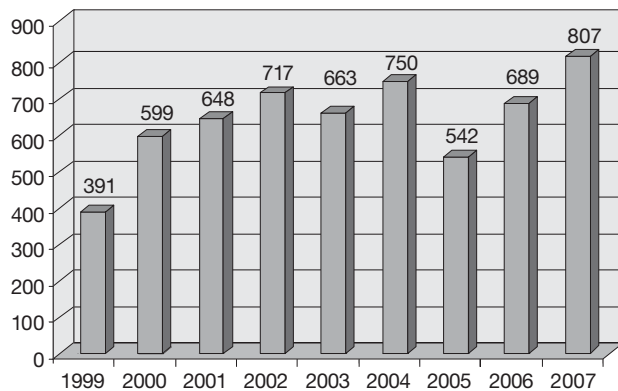
Weisungen an den Grossen Gemeinderat

mit Antrag auf Aufnahme ins Bürgerrecht	214 (210)
mit Antrag auf Ablehnung des Gesuchs	1 (0)

Bürgerrechtsgeschäfte des Grossen Gemeinderates

Anzahl Sitzungen Bürgerrechtskommission (BüK)	19 (20)
Anzahl Sitzungen Grosser Gemeinderat	11 (11)
Behandelte Gesuche	286 (271)
Zurückgestellte Gesuche	28 (41)
Abgelehnte Gesuche	10 (9)
Anzahl Bewerberinnen und Bewerber mit Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur	248 (221)
Anzahl mit eingebürgerte Ehepartner/innen	101 (82)
Anzahl mit eingebürgerte Kinder	223 (233)
Total eingebürgerte Personen	572 (536)

Einbürgerungen von Ausländer/innen in Winterthur (Gesamtpersonenzahl)*



* Total ordentliche Einbürgerungen des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates. Nicht enthalten sind die erleichterten Einbürgerungen, die gemäss Bundesrecht keinen Aufnahmeentscheid der Stadt voraussetzen.

Die neuen Bürgerinnen und Bürger stammen aus folgenden Ländern:

Serbien und Montenegro	240	Somalia	3
Türkei	109	Belgien	2
Italien	102	Brasilien	2
Mazedonien	99	Dominikanische Republik	2
Sri Lanka	48	Iran	2
Bosnien-Herzegowina	45	Österreich	2
Kroatien	39	Polen	2
Deutschland	28	Afghanistan	1
Pakistan	9	Finnland	1
Spanien	9	Frankreich	1
Portugal	8	Honduras	1
Slowakische Republik	7	Indien	1
Tunesien	6	Kenia	1
Angola	5	Kolumbien	1
Libanon	5	Kongo	1
China	4	Schweden	1
Rumänien	4	Tschechische Republik	1
Vietnam	4	Ukraine	1
Niederlande	3	USA	1
Philippinen	3		
Slowenien	3		

Abstimmungen 2007

Städtische Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
11. März	1. Neue Ofenlinie für die Kehrrechtsverbrennungsanlage (KVA) / Kredit von 187 Mio. Franken für den Ersatz der Verbrennungslinie 1 und die Ergänzung der Rauchgasreinigungsanlage mit einer vierten Verfahrensstufe	27 722	661	407	0	26 654	21 672	4 982	46,0
	2. Auflösung der Schule für Pflegeberufe	27 539	663	1 378	6	25 492	19 089	25 492	45,7
17. Juni	1. Beitrag an Verein «Läbesruum» / jährlich wiederkehrender Beitrag von max. Fr. 770 000.– für die Bereitstellung von niederschweligen Arbeitsmöglichkeiten und Ermächtigung des GGR zur Beitragserhöhung mit dem Voranschlag	24 337	512	445	0	23 380	19 038	4 342	40,3
	2. Öffentliche Toilettenanlage im Stadtpark / Kredit von Fr. 360 000.– (zuzüglich teuerungsbedingte Mehr- oder Minderkosten)	24 122	514	474	3	23 131	12 187	10 944	39,9
25. November	1. Fussballfest Euro 08 / Kredit von Fr. 665 000.–	30 889	687	456	4	29 742	12 939	16 803	50,7
	2. Kulturelles Rahmenprogramm Euro 08 / zusätzlicher Kredit von Fr. 250 000.–	30 678	689	585	3	29 401	10 189	19 212	50,4

Kantonale Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
17. Juni	1. Gesetz über die ärztlichen Zusatzhonorare vom 12. Juni 2006 und Gegenvorschlag von Stimmberechtigten								
	A) Gesetz ohne Antwort 890	22 662	442	1 376	1	20 843	14 512	5 441	37,5
	B) Gegenvorschlag ohne Antwort 2 155	22 662	442	1 376	1	20 843	3 135	15 553	37,5
	C) Stichfrage ohne Antwort 2 790	22 662	442	1 376	1	20 843	14 479	3 574	37,5
	2. Volksinitiative «Chancen für Kinder»	23 637	477	635	1	22 524	9 002	13 522	39,1
25. November	1. Steuergesetz (Änderung vom 9. Juli 2007; Besteuerung von Beteiligungserträgen)	29 454	644	1 563	1	27 246	12 826	14 420	48,4
	2. Beschluss des Kantonsrates über einen Staatsbeitrag an den Bau einer neuen Tramlinie in Zürich-West zwischen Escher-Wyss-Platz und Bahnhof Altstetten	29 666	645	1 218	0	27 803	19 029	8 774	48,7
	3. Volksinitiative «für eine realistische Flughafenpolitik» und Gegenvorschlag des Kantonsrates: Flughafengesetz (Änderung vom 26. März 2007)								
	A) Initiative ohne Antwort 1 236	29 586	643	395	2	28 546	11 178	16 132	48,6
	B) Gegenvorschlag ohne Antwort 2 073	29 586	643	395	2	28 546	15 401	11 072	48,6
	C) Stichfrage ohne Antwort 2 347	29 586	643	395	2	28 546	10 853	15 346	48,6

Eidgenössische Vorlagen

Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
11. März	Volksinitiative vom 9. Dezember 2004 «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»	29 063	732	214	2	28 115	6 988	21 127	47,1
17. Juni	Änderung vom 6. Oktober 2006 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG)	24 819	571	312	2	23 934	13 881	10 053	40,0

Sekretariate

Das Sekretariat Grosser Gemeinderat nahm 71 (Vorjahr 80) Versände an den Grossen Gemeinderat (GGR), dessen Kommissionen sowie Medien und Abonnenten vor. Die Auflage der Geschäfte des GGR (Weisungen und Vorstösse) konnte aufgrund des elektronischen Versandangebotes, welches von mittlerweile 210 Kundinnen bzw. Kunden genutzt wird, weiter auf 191 (195) Exemplare reduziert werden. Zusammen mit den übrigen Unterlagen (Sitzungseinladungen, Sitzungsprotokolle, Kommissionsunterlagen usw.) für den GGR bedeutete dies im Jahr 2007 eine Menge von 257 965 (291 162) Blatt Papier. Die gesamte Kopienzahl der Stadtkanzlei konnte weiter auf 473 822 (505 203) reduziert werden. Für den Druck der GGR-Geschäfte wird seit jeher Recycling-Papier verwendet. Weisses Papier (Universal-Ökopapier, hochweiss aus Altpapier und 100 % chlorfreiem Zellstoff (TCF)) wird für Archivdrucksachen eingesetzt.

Die Stadtkanzlei hat 41 (Vorjahr 41) Stadtratssitzungen vor- und nachbereitet und dabei 2265 (2312) Stadtratsgeschäfte verarbeitet. Zur Ausfertigung gelangten 601 (589) Stadtratsbeschlüsse und 471 (490) Stadtratsbriefe.

Informationsdienst

Im Jahre 2007 veröffentlichte der Informationsdienst 357 (Vorjahr 354) Medienmitteilungen, lud zu 61 (Vorjahr 64) Anlässen (Medienkonferenzen, Veranstaltungen, Präsentationen) ein und erteilte eine grosse Anzahl von individuellen Auskünften. Die Planung der Kommunikation für einzelne Projekte (Konzeptarbeit), die Herausgabe von sechs Personalzeitungen, die Koordination von drei Abstimmungszeitungen, die laufende Aufbereitung der Informationen im Intranet und im Internet sowie die generelle Beratung in Kommunikationsfragen bildeten weitere Schwerpunkte.

Veranstaltungen

Die Stadtkanzlei organisierte gegen 100 kleinere und grössere Anlässe. Nebst den wiederkehrenden Empfängen und Feierlichkeiten sowie Treffen mit Behörden aus Bund, Kanton und Gemeinden wurden auch Besucher und Besucherinnen aus Österreich und China empfangen. Unter der Federführung des Melde- und Zivilstandswesens wurden zudem im Stadthaus wieder zwei Empfänge für Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen durchgeführt.

Die Jungbürgerfeier wurde bereits das achte Mal nach dem bewährten zweiteiligen Konzept veranstaltet und verzeichnete einmal mehr eine Rekordbeteiligung. Die Einladung ging an 847 Schweizerinnen und Schweizer, 156 Ausländer und Ausländerinnen mit Niederlassung C sowie an 36 Ausländer und Ausländerinnen mit Aufenthaltsbewilligung B. Zum staatsbürgerlichen ersten Teil haben sich 524, zur anschliessenden Volljährigkeitsparty im Garden Club 749 Personen angemeldet.

Stadtarchiv

Das Jahr 2007 stand im Zeichen des Wechsels in der Leitung des Stadtarchivs. Der langjährige Stadtarchivar Alfred Bütikofer, im Amt seit 1981, ging per Ende August in Pension. Sein grosser Einsatz sei ihm auch an dieser Stelle verdankt. Neu steht das Archiv unter der Leitung von Marlis Betschart.

Es gingen wiederum von einer Reihe von Dienststellen wie auch von der Stadtkanzlei laufend Lieferungen von Protokollen, Amtsdruckschriften und Akten ein. Zusätzlich zu erwähnen sind Ablieferungen des Gesetzlichen Betreuungsdienstes und des Betreibungsamts Oberwinterthur. Aus privatem Besitz gelangten verschiedene Einzel-Ablieferungen und Nachträge ins Stadtarchiv sowie neu das Archiv des Bäckermeisterverbands Winterthur und Umgebung, der vor der Fusion mit der Sektion Andelfingen steht.

Verschiedene Dienststellen wünschten Beratung in der Organisation ihrer Ablage. Bei der Beschaffung einer neuen Lösung für die Geschäftsverwaltung in der Stadtkanzlei beteiligte sich der Stadtarchivar mittels Vernehmlassungen und Vorschlägen. Anlässlich der Einführungsveranstaltung für neue Kaderangehörige konnte über die rechtlichen Vorgaben zur Archivierung informiert werden.

Im weiteren wurde im Berichtsjahr die Vorstudie zur Elektronischen Langzeitarchivierung abgeschlossen. Diese zeigt auf, wie in Zusammenarbeit von Stadtarchiv und Informatikdiensten unter Einbezug der Bedürfnisse der Stadtbibliothek Lösungen für die langfristige Sicherung elektronischer Daten gesucht werden können.

Gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit konnte das Stadtarchiv im Oktober und November auftreten. Es beteiligte sich am Einweihungsfest des Stadthauses nach abgeschlossener Renovation mit einer kleinen Ausstellung von Plänen und Akten aus der Bauzeit und konnte viel Publikum empfangen. Am Schweizerischen Archivtag am 17. November 2007 präsentierte es sich mit Ausstellungen und Führungen zu den Themen Radfahren und Stadtbeleuchtung.

Die von den Benutzenden nachgefragten Archivalien deckten wiederum ein breites Spektrum an Themen ab.

Die in der folgenden Statistik auftretenden signifikanten Abweichungen zum Vorjahr hängen hauptsächlich mit veränderten Erhebungsgrundlagen zusammen.

	2007	2006
Akzessionen		
amtliche und nichtamtliche (Anzahl / Laufmeter)	28/32	29/30
Handbibliothek Titel	63	119
Mikrofilmaufnahmen	20 400	132 000
Digitalisierungen	27 176	31 200
abgegebene CDS / digitalisierte Dokumente	59/432	32/520
Benutzung und Auskünfte		
Benützer		
aus der Verwaltung	239	480
zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	525	1 076
Total	764	1 556
Benutzte Archivalien		
Urkunden und Verträge	37	125
Protokolle, Register und weitere Archivbücher	801	1 689
Einzelne Aktenstücke	296	550
Ganze Aktenmappen	130	501
Pläne, Fotografien	772	907
Filme	248	603
Handbibliothek, Drucksachen	741	1 233
Anfragen		
Mündliche	59	451
Schriftliche	269	279
Führungen	7	4
Ausstellungen	4	1

Departement Kulturelles und Dienste

Die Aufbruchstimmung in Winterthur hat auch im Berichtsjahr weiter angehalten. Winterthur ist als Wohn- und Arbeitsort gefragt. Das zeigt sich auch in vermehrten Standortentscheiden von Firmen zugunsten von Winterthur. Die Standortförderung Region Winterthur und Greater Zurich Area leisten dabei wertvolle Unterstützung.

Damit Winterthur sich zukünftig sowohl bei der eigenen Bevölkerung als auch gegen aussen klar positionieren und prägnanter in Erinnerung rufen kann, wurden in enger Zusammenarbeit mit der Standortförderung und Winterthur Tourismus 13 strategische Erfolgsfaktoren als «Stadtmarke» definiert. Die Führungsgruppen der Verwaltung werden sich im kommenden Jahr noch eingehend mit diesen Erfolgsfaktoren auseinander setzen, damit sie auch tatsächlich ins Bewusstsein der Mitarbeitenden der Stadt übergehen und zum festen Bestandteil Winterthurs werden.

Erfreulich sind die Fortschritte in den Entwicklungsgebieten Sulzer Stadtmitte und Oberwinterthur sowie im Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher. Der unterschiedliche Entwicklungsstand der drei Gebiete hat eine gewisse zeitliche Staffelung zur Folge, was angesichts deren Grösse von Vorteil ist. Die Umnutzung grosser Areale in diesen Gebieten ist ein eindrückliches Beispiele einer engen Zusammenarbeit von privaten Grundeigentümern mit den städtischen Behörden. Am weitesten fortgeschritten sind die Pläne beim Sulzer-Areal Stadtmitte. Im Mittelpunkt der Diskussion steht gegenwärtig die zukünftige Nutzung des Lagerplatzareals. Das Gebiet in Oberwinterthur zwischen den drei S-Bahn-Stationen Grüze, Hegi und Oberwinterthur soll, unter Einbezug der heutigen industriellen Nutzung, zu einem dicht bebauten, urbanen Stadtteil werden. Im Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher liegen die Prioritäten beim Zeughausareal, worüber zurzeit Verhandlungen mit armassuisse laufen. Die Aussichten, dass der einst nebst einem attraktiven Freiraum und Räumen für gewerbliche Nutzung in den ehemaligen Zeughäusern, auch hochwertiger Wohnraum geschaffen werden kann, sind gut.

Beim Projekt Töss konnten erste Erfolge erzielt werden. So wurde mit der Eröffnung des Quartierzentrums Bahnhof Töss ein Meilenstein gesetzt. Die Quartierentwicklung

hat für zwei Jahre eine Stelle geschaffen, damit sich die Stelleninhaberin vor Ort den Problemen der Bevölkerung annahmen kann. In der Planung bildet gegenwärtig die zukünftige Entwicklung der Zürcherstrasse ein Scherwergewicht.

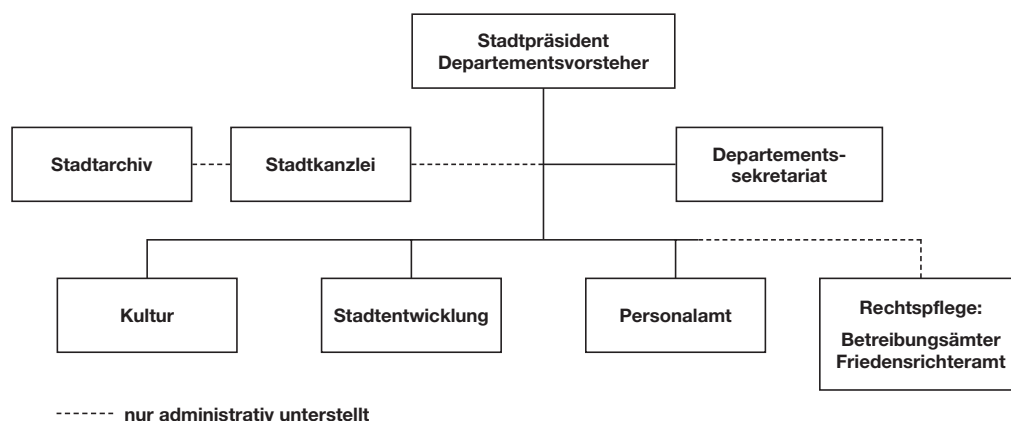
Die Integration hat einen neuen Schwerpunkt gesetzt, indem sie der Frühförderung von Kindern mit Migrationshintergrund besondere Beachtung schenkt. Unter anderem wurde ein Programm ausgearbeitet, das speziell auf Kleinkinder aus bildungsfernen Migrantenfamilien ausgerichtet ist. Das Projekt soll einerseits die Eltern in ihren Erziehungskompetenzen stärken und andererseits die sprachliche, motorische und soziale Entwicklung der Kinder verbessern. Die Kinder sind in diesem Alter besonders aufnahmefähig, was im Hinblick auf die Verbesserung der Chancengleichheit beim Kindergarteneintritt genutzt werden soll.

Der V. Nachtrag zum Personalstatut und der VI. Nachtrag zur Vollzugsverordnung bildeten einen eigentlichen Schwerpunkt in der Aufgabenpalette des Personalamtes. Die Änderungen betreffen in erster Linie den Kündigungsschutz und die Abfindungsregelung. Das Verfahren bei einer Kündigung soll einerseits vereinfacht und die Abfindungsregelung flexibler gehandhabt werden. Erfreuliches kann bezüglich Ausbildungsverhältnisse gemeldet werden. Seit 2002 konnten dank grossen Anstrengungen aller beteiligten Organisationseinheiten die Ausbildungsplätze nahezu verdoppelt werden. Am Ende des Berichtsjahres bestanden 198 Ausbildungs- und Lehrverhältnisse.

Die Beratungsstelle für Mitarbeitende wird nach wie vor rege konsultiert. Es sind vor allem zwei Themenkategorien, die ins Gewicht fallen, nämlich hauptsächlich Probleme am Arbeitsplatz sowie vermehrt Gesundheits- und Suchtprobleme. Dank dem Sozialstellenplan konnten auch in schwierigen Situationen immer wieder Lösungen gefunden werden. Allerdings übersteigt die Nachfrage nach solchen Plätzen den bisher vorgesehenen finanziellen Rahmen. Deshalb soll der dafür eingesetzte Kredit erhöht werden.

Im Aufgabenbereich der Gleichstellung nimmt die Beratungstätigkeit ebenfalls einen festen Anteil in Anspruch, auch wenn die Scherwergewichte anders verteilt sind.

Departement Kulturelles und Dienste



Präventiv war die Aktion gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Es fanden dazu zahlreiche Informationsveranstaltungen mit rund 700 Teilnehmenden statt. Dass dem Gedanken der Gleichstellung bzw. der Förderung des Frauenanteils auch in höheren Führungspositionen nachgelebt wurde, zeigt die Besetzung von sieben Kaderstellen mit Frauen in der Berichtsperiode.

Beim Kulturellen stand der Wechsel in der Bereichsleitung im Vordergrund. Der langjährige Kultursekretär Walter Büchi ging im Mai 2007 in Pension. Er hatte das Amt während 17 Jahren inne und in dieser Zeit das kulturelle Geschehen massgeblich mitgeprägt. Als Nachfolgerin wurde Nicole Kurmann gewählt, die zuvor im Kanton Baselland bereits in einer ähnlichen Funktion tätig war. Ebenfalls einen personellen Wechsel in der Führung gab es bei der Alten Kaserne. Der bisherige Leiter übernahm ein politisches Amt, was seiner bisherigen Stellvertreterin Gelegenheit bot, an die Spitze zu rücken.

Die Verteilung der Winterthurer Kunstmuseen auf verschiedene Standorte und Liegenschaften steht einer effizienteren Bewirtschaftung entgegen. Zudem verdienen auch deren wertvollen Kunstschatze sowohl national als auch international eine deutlich bessere Beachtung. Dazu wurde von einem externen Experten ein Konzept erarbeitet, das in der zweiten Jahreshälfte in die Vernehmlassung gegeben werden konnte. Die bisher eingegangenen Reaktionen geben Anlass zur Hoffnung.

Die Stadtbibliothek kann Jahr für Jahr mehr Ausleihungen verzeichnen. Trotzdem blieb der Personalbestand unverändert, was zu einer grossen Belastung der Mitarbeitenden führte. In der Antwort auf eine parlamentarische Interpellation konnte dies klar dargelegt werden. In der Folge wurden mit dem Budget drei neue Stellen bewilligt.

Mit dem Kulturpreis 2007 konnten die Internationalen Kurzfilmtage Winterthur ausgezeichnet werden. Damit hat eine Institution diesen begehrten Preis erhalten, die sich mit ihrem Festival auch international einen Namen gemacht hat.

Kultur

Die Stadt Winterthur bietet ein hochrangiges Kulturangebot mit Kulturinstitutionen von nationalem und internationalem Rang. Dem Bereich Kultur sind die folgenden städtischen Kulturinstitutionen angegliedert: Theater Winterthur, Winterthurer Bibliotheken, städtische Museen (Naturmuseum, Gewerbemuseum, Uhrensammlung Kellenberger, Münzkabinett und Antikensammlung, Schloss Hegi und Mörsburg) und das Kulturzentrum Alte Kaserne. Der Bereich Kultur richtet ausserdem Subventionen an private Kulturinstitutionen aus und unterstützt auf Gesuch hin Projekte, Produktionen und Veranstaltungen aus allen kulturellen Sparten. Er richtet die vom Stadtrat vergebenen Kultur- und Förderpreise aus. Er fördert Winterthurer Künstlerinnen und Künstler mit Werkankäufen durch die Kunstkommission für die städtische Kunstsammlung, bietet ihnen in Zusammenarbeit mit dem Amt für Städtebau die Möglichkeit zur Beteiligung an Kunst- und Bauprojekten und schreibt im Wechsel mit seinen Partnerstädten Atelierstipendien für Ateliereaufenthalte in Berlin, Kairo und Varanasi aus.

Der Bereich Kultur engagiert sich zudem stark in der Kulturvermittlung: Er führt ein erfolgreiches museumspädagogisches Angebot, er organisiert und koordiniert die MuseumsTagNacht und unterhält ein Internetportal, das auf Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch über Museen, Theater/Tanz, Musik/Konzerte, Film, Bibliotheken und Kulturzentren informiert. Alle relevanten Angaben zu den Kulturveranstaltungen sowie zur Kulturförderung sind auf diesem Portal (kultur.winterthur.ch) abrufbar.

Im Januar 2007 wurde David Streiff mit einer Studie zur Kooperation und Neuausrichtung der Winterthurer Kunst-

museen beauftragt. Den Kunstsammlungen soll zu einer ihrer Bedeutung angemessenen verstärkten öffentlichen Wahrnehmung verholfen, und die Stadt Winterthur besser als Kunststadt positioniert werden. Die Studie prüft deshalb, wie das Potenzial dieser Sammlungen besser genutzt, deren betriebliche Organisation vereinfacht werden kann und wie ein räumlicher Zusammenzug aussehen könnte. Die in der Studie angesprochenen Institutionen sowie Bund und Kanton sind im Sommer zur Stellungnahme zum ersten Entwurf eingeladen worden. Die Reaktionen wurden in einen zweiten Entwurf eingearbeitet, der den Institutionen erneut zur Vernehmlassung übergeben wurde. Der definitive Bericht liegt im 2008 vor.

Im Juli 2007 hat der Grosse Gemeinderat den Kredit für die notwendigen Sanierungs-, Umbau- und Erweiterungsarbeiten im Museums- und Bibliothekgebäude genehmigt. Die Bauvorbereitungen wurden daraufhin aufgenommen. Der Baubeginn erfolgt im 2008.

Seit Oktober 2007 hat das Museum Internationales Baum-Archiv seine Tore geschlossen. Sämtliche Bemühungen sind fehlgeschlagen, eine Nachfolge für die Trägerschaft zu finden, die sich altershalber zurückzog.

Personell haben sich im Bereich Kultur folgende Wechsel ergeben: Der langjährige Kultursekretär, Walter Büchi, ist in den Ruhestand getreten. Er hat während 17 Jahren das städtische Kulturleben von Winterthur massgebend gefördert und geprägt. Am 1. Juni 2007 hat Nicole Kurmann seine Nachfolge übernommen. Ebenfalls unter neuer Leitung steht die Alte Kaserne. Thomas Kraft, der den Betrieb der Alten Kaserne aufgebaut und profiliert hat, hat die Alte Kaserne nach 15 Jahren verlassen. Seit 1. August leitet Giella Rossi den Betrieb.

Theater Winterthur	Saison 01/02	Saison 02/03	Saison 03/04	Saison 04/05	Saison 05/06	Saison 06/07
Anzahl Vorstellungen	158	155	131	144	114	118
Total Besucher	64 740	60 497	55 788	55 952	49 314	46 154
Durchschnitt Besucher pro Vorstellung	410	390	426	389	433	391
Anzahl Abonnentinnen/Abonnenten	5 899	5 474	5 317	4 964	4 542	4 257
Auslastung Gesamt	61 %	57 %	62 %	57 %	61 %	57 %
- Ballett/ Tanztheater	86 %	63 %	76 %	59 %	70 %	60 %
- Oper/ Operette/Musical	53 %	68 %	74 %	58 %	72 %	66 %
- Schauspiel	53 %	47 %	49 %	51 %	55 %	46 %
- Schauspiel Fremdsprachen	32 %	36 %	61 %	48 %	30 %	36 %
- Nocturne	100 %	52 %	49 %	42 %	-	-
- Jazz Matinée/Traditional Jazz	87 %	100 %	84 %	85 %	81 %	77 %
- New Jazzline	37 %	49 %	-	-	-	-
- Diverse	44 %	22 %	19 %	79 %	55 %	88 %
- KaffeeHausOrchester Matinée	-	-	-	-	76 %	62 %

Nutzungsstatistik der Winterthurer Bibliotheken 2006/2007

Bibliotheken	Bestand, total		Buchbestand		Ausleihe, total		Buchausleihe		Neuanmeldungen		Besucher/innen	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Hegi	5 887	5 413	5 107	4 443	13 668	18 278	9 986	13 447	56	74	11 735	21 757
Oberi	15 803	15 331	12 870	12 432	84 458	82 478	56 775	57 469	296	186	38 609	37 758
Seen	15 964	16 548	13 008	13 144	87 970	86 082	58 912	58 573	273	236	37 251	35 222
Töss	14 728	14 686	11 426	11 019	69 153	68 915	40 316	38 492	295	166	31 682	29 045
Veltheim	11 940	12 116	9 304	9 710	58 441	59 389	34 148	35 106	160	152	31 373	33 643
Wülflingen	16 135	17 672	12 137	14 076	104 844	105 540	57 103	58 870	302	365	45 909	45 054
Quartierbibliotheken	80 457	81 766	63 852	64 824	418 534	420 682	257 240	261 957	1 382	1 179	196 559	202 479
Stadtbibliothek	738 485	750 682	683 821	692 821	891 903	908 522	478 085	490 663	3 217	3 107	360 466	368 287
Studienbibliothek	271 894	275 418			5 284	5 858	1 076	816			12 282	12 422
Total Winterthurer Bibliotheken	1 090 836	1 105 226	747 673	755 059	1 315 721	1 335 062	736 401	753 436	4 599	4 286	569 307	583 188
aktive Kunden/innen									23 642	23 785		
Fluktuation zum Vorjahr (%)									- 17	- 13		

Städtische Kulturinstitutionen

Theater Winterthur

Das Theater Winterthur ist das grösste Gastspieltheater der Schweiz und wurde in der Spielzeit 2006/2007 wiederum von rund 100 000 Personen besucht (inkl. Fremdveranstaltungen bzw. Vermietungen). Zu den 118 eigenen Aufführungen kamen 46 154 Personen. Die durchschnittliche Publikumszahl pro Vorstellung ist auf 392 (433) leicht gesunken. Insbesondere in der ersten Hälfte der Spielzeit wurden in fast allen Sparten weniger Besuchende als in der vorangegangenen Spielzeit verzeichnet. Der Bestand an Abonnentinnen und Abonnenten hat sich in der Spielzeit 2006/2007 mit einem Rückgang von 6.2 % leicht verschlechtert.

Es wurden zwei Einführungen in den Spielplan durch den künstlerischen Leiter durchgeführt. Die Einführungen in Produktionen der Sparten Schauspiel und Oper gehören weiterhin zum Standard und werden im Schnitt von 100 bis 120 Personen besucht.

Die öffentlichen Führungen «Theater Winterthur Backstage» mit dem technischen Leiter erfuhren nochmals eine höhere Nachfrage.

Für das Projekt «Kunst am Bau» zeichnete sich in der Spielzeit 06/07 Gabriele Schedding verantwortlich. Die Künstlerin und diplomierte Designerin entwickelte aus überdimensionalen Aquarellen das Charakteristikum ihrer Malerei: Plakative, malerische Impressionen mit Einbindung eigener Texte. Ihre Devise: «Raus aus den Kunsthallen und Galerien, denn Kunst soll beleben, dort wo Menschen leben und sich erleben».

Winterthurer Bibliotheken

2007 war für die städtischen Bibliotheken ein Jahr der Konsolidierung. Bezüglich der Leistungsdaten wurden die Erwartungen erfüllt, der Wachstumstrend im vierten Jahr nach der Eröffnung ist nun jedoch abgeschlossen. Trotzdem sind die Vorjahreswerte fast durchwegs übertroffen worden.

Insgesamt konnte die Ausleihe um 1.5 % (+19 341) auf 1 335 062 Medien gesteigert werden. Die Stadtbibliothek steigerte die Ausleihe um 1.8 %. Die Quartierbibliotheken erreichten erstmals seit Eröffnung der Stadtbibliothek am Kirchplatz ein besseres Ergebnis als im Vorjahr. Sie entliehen 2148 Medien mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs geht vor allem auf jene Bibliotheken zurück, die kürzlich renoviert oder reorganisiert wurden: Die Bibliothek Veltheim (+948) erhielt im Sommer 2006 eine Pinselrenovation und der Betrieb der Bibliothek Hegi wurde 2007 komplett neu organisiert (+4610). Während Wülflingen und Töss ihre Ergebnisse vom Vorjahr egalisierten beziehungsweise leicht erhöhten, mussten jene in Seen und Oberwinterthur unwesentliche Rückgänge verbuchen. Die Sondersammlungen in der Studienbibliothek konnten an ihr sehr gutes Ergebnis vom Vorjahr anknüpfen und die Nutzung um 574 (+11 %) steigern. Besonders erfreulich entwickelte sich das bibliothekarische Kerngeschäft, die Buchausleihe: Von den 19 341 Mehrausleihen entfielen 17 035 auf die Buchausleihe. Alle Bibliotheken ausser Töss verzeichneten eine höhere Buchausleihe als im Vorjahr.

Neben der Nutzung des Angebots ist die Marktdurchdringung der zweite wichtige Indikator für den Erfolg der Bibliotheken. So konnte die Zahl der Bibliotheksbesuche auf 583 188 Zutritte (+13 881) gesteigert werden. Davon besuchten allein die Stadtbibliothek 368 287 Personen, was einer durchschnittlichen Tagesfrequenz von 1240 Zutritten entspricht. Auffallend ist auch die Steigerung in der Bibliothek Hegi, die bei unveränderten Öffnungszeiten einen Zuwachs von 85 % verzeichnete und von 21 757

Personen besucht wurde. Dieser Zuwachs belegt klar, dass die Bibliothek eine wichtige soziale Funktion im Quartier erfüllt und dass die verstärkte Zusammenarbeit mit der Schuleinheit Hegi unmittelbar Früchte trägt. Eine Verbesserung der Öffnungszeiten (derzeit hat die Bibliothek lediglich sechs Öffnungsstunden pro Woche) und eine bessere personelle Dotation (derzeit verfügt die Bibliothek über 0.57 Stellen) wären dringend erforderlich, damit die Bibliothek mit der demografischen Entwicklung des aufstrebenden Quartiers Schritt halten könnte.

Die Zahl der aktiven Kundinnen und Kunden ist 2007 nur knapp um 113 gewachsen, jedoch sank die Fluktuationsrate um vier auf 13 %. Diese ausserordentlich tiefe Rate – der schweizerische Durchschnitt vergleichbarer Bibliotheken liegt bei 20 % – kann als klares Zeichen der Zufriedenheit der Winterthurer Bevölkerung mit dem Angebot und der Dienstleistungen des städtischen Bibliothekswesens gewertet werden.

Die sehr hohen Leistungsdaten verursachen eine unvermindert hohe Arbeitsbelastung des Personals. Dies führte im Januar 2007 zu einer parlamentarischen Interpellation, aufgrund deren Beantwortung der Grosse Gemeinderat mit dem Budget 2008 dem öffentlichen Bibliothekswesen drei zusätzliche Stellen bewilligte. So können im kommenden Jahr die schlimmsten Engpässe vor allem in der Betreuung der Kundschaft und bei der Wartung der speziellen elektronischen Infrastruktur behoben werden.

Das Arbeitsjahr 2007 war geprägt durch Reorganisationen und Vorbereitungsarbeiten für grössere Projekte. So nahm die Stadtbibliothek ein zusätzliches Aussen-depot von 600 Quadratmetern in Betrieb, wo nun auf einer Fläche von 1000 Quadratmetern das gesamte geschlossene Magazin konzentriert ist. Die Auslieferung dieser Bestände erfolgt neu nach einem festen und auch für das Publikum berechenbaren Rhythmus. In einer grossen logistischen Aktion sind sämtliche Bestände aus dem Gebäude an der Museumstrasse ausgelagert worden. In diesem Zusammenhang prüfte ein Ausschuss auch die Archivpolitik des Zeitschriftenportfolios, und die Analyse der IT-Strategie konnte in diesem Jahr ebenfalls abgeschlossen werden. Der Hausdienst der Stadtbibliothek, der bisher vom Produkt «Kulturelle Bauten» organisiert wurde, wechselte im Mai 2007 in die Produktgruppe «Bibliotheken». Dies führte zu diversen Vereinfachungen in den Betriebsabläufen.

Ein Schwerpunkt der Dienstleistungen für die Bevölkerung lag auch in diesem Jahr auf der «Leseförderung und Förderung der Medienkompetenz». So organisierten alle Bibliotheken gemeinsam und erstmals den Wettbewerb «Quiz-Star», bei dem Kinder bis zum Alter von zwölf Jah-



Die Hauptpreisträger des Lesesommers 2007 zusammen mit Stadträtin Pedergrana anlässlich der Preisübergabe am Schlussfest.

ren ihr Wissen und ihre Recherchierkenntnisse in einem Ausscheidungswettkampf miteinander massen. In einem öffentlich ausgetragenen Finale in der Bibliothek Wülflingen erkoren sie ihren Quiz Star. Die Ausstellung «Lesekunst – Leselust» lockte zahlreiches Publikum in die Stadtbibliothek. Daneben beteiligte sich die Stadtbibliothek auch am nationalen Projekt «Family Literacy», das mit dem Ziel arbeitet, die Leseförderung speziell in bildungsfernen Schichten zu etablieren. 2007 fand wieder das grösste Dauerleseprogramm der Schweiz, der 5. Lesesommer, statt. Unter dem Motto «LeseZeitMaschine» lasen 2266 Kinder und Jugendliche (23 % der schulpflichtigen Kinder) in den Sommerferien um die Wette. 61 % der Teilnehmenden erreichten das Ziel, im Jahr 2005 waren es lediglich 53 %. Die Zusammenarbeit mit dem Bereich Bildung im Departement Schule und Sport und mit der Pädagogischen Hochschule Zürich wurde intensiv gepflegt. In diesem Kontext wurden erste Bausteine eines Spiralcurriculums erarbeitet, die auf eine im Volksschulunterricht verankerte Bibliothekspädagogik abzielen. Ebenfalls ein Bestandteil dieser Bibliothekspädagogik ist das 2006 entwickelte Programm «Bibliotheken machen Schule». Im ersten Bewährungsjahr ist demselben ein fulminanter Start geglückt. 247 Klassenbesuche mit 3782 Schülerinnen und Schülern (ohne Zahlen der Stadtbibliothek) gingen auf die Initiative der Bibliotheken zurück.

Städtische Museen

Naturmuseum

24 741 (2006: 27 500) große und kleine Gäste besuchten 2007 die Ausstellungen; 23 886 (2006: 17 253) informierten sich über die Homepage www.natur-winterthur.ch. 8403 (2006: 9022) Kinder spielten im Kindermuseum. Somit fand rund ein Drittel der Besucher den Weg ins Museum über Kerala.

Das Naturmuseum war eines der 50 Museen aus ganz Europa, das für den europäischen Museumspreis nominiert worden ist. Während des Jahres informierten sich Museumskommissionen aus dem In- und Ausland über die Erfahrungen des Naturmuseums und wurden auch bei ihren eigenen Projekten beraten. Der Konservator wurde in den wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift museum.ch des Verbandes der Museen der Schweiz gewählt.

Ausstellungstätigkeit

Eine neue Station in der Mineraliensammlung lädt den Besucher auf lasergeführte Bergwanderungen ein – ein Brückenschlag zwischen Ausstellung und Natur. Dabei werden Pflanzen- und Tierwelt kommentiert. Die Station wurde durch den Freundeskreis des Museums finanziert. Die «Luzerner Viehschau» wurde Anfang Juni aufgebaut. Am 24. Juni öffnete die Ausstellung «Zum Kuckuck – wo sind unsere Vögel?», ein kritischer Querschnitt durch die heimische Vogelwelt mit ihren gefährdeten Lebensräumen. Seit November finden sich Informationen im Temporärsaal über unterschiedliche Strategien zur Eroberung des Luftraumes.

Der vom Hauptsponsor Erdgas Ostschweiz AG finanzierte Cicerone-Informationsstand hat sich bestens bewährt. Studierende präsentierten regelmäßig an den Wochenenden Objekte und Spiele. 1529 Erwachsene und 1512 Kinder ließen sich über Themen wie Ammoniten und Belemniten, Käfer, Alpentiere oder Fledermäuse informieren.

Sammeln und Bearbeiten

Der Standortkatalog für die intensiv genutzte Referenzsammlung an der Lindstrasse wurde nachgeführt. Das Aussendepot an der Industriestrasse musste wegen des KVA-Ausbaus aufgegeben werden. Neue Räume wurden eingerichtet und bestückt.

Für die nächstjährige Sommerausstellung wurden saisontypische Pilze gesammelt, bestimmt und präpariert. Feuchtschäden an wertvollen Saurierplatten wurden behoben und die Klimaüberwachung heikler Exponate verbessert.

Vorträge, Führungen und Kinderaktionen

Die Kerala-Nachmittage öffnen neuen Gästen den Zugang zum Museum und ebnen den Weg zur Kultur. Gut besucht waren die Familienführungen auf Türkisch und Tamil und der französische Nachmittag für «les amis des petits Lutins». 918 (2006: 930) Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen besuchten das Museum in 85 (2006: 82) Doppelaktionen. Bis zu den Sommerferien wurde der Mittelstufen-Workshop «Käfer und andere Krabbeltiere» angeboten, anschliessend «Spurendetektive» für die Unterstufe. 6 Führungen für Lehrerinnen und Lehrer (54 Teilnehmende), 2 für Hortleiterinnen (42 Teilnehmerinnen) und eine Führung für die Mittelstufenkonferenz Appenzell Ausserrhoden (17 Personen). Zu den Ausstellungen «Viehschau – Das Rind im Museum» und zum Thema «Säugtiere im Naturmuseum» wurden Schuldokumentationen und -koffer zusammengestellt. Durchschnittlich lernten 18 (2005: 20) Kinder mit ihren erwachsenen Begleitern an den 12 (2006: 12) «Kerala- kreativ»-Nachmittagen die neue Ausstellung kennen. 53 (2006: 47) Gäste besuchten die 12 (2006: 12) traditionellen Museumsveranstaltungen am Samstagnachmittag.

Gewerbemuseum

2007 besuchten 26 497 Personen das Gewerbemuseum, davon 6428 Schülerinnen und Schüler. Insgesamt wurden 249 Führungen, 38 Einzelveranstaltungen und 147 Workshops für Schulklassen durchgeführt. Die Website verzeichnete rund 52 000 Besuche. Von den 9 Ausstellungen (inkl. 3 Forumsveranstaltungen) sind folgende Schwerpunkte besonders hervorzuheben: Das Thema Farbe fand seine Fortsetzung in Begleitveranstaltungen, in Ausstellungspräsentationen, Workshops für Erwachsene, Referaten und einem Podium. Highlight war die Aktion des Künstlers Max Bottini, *farbessenkochen*: 20 Gastköche



Kinderfreundliche Aus- und Seitenblicke in die heutige Natur im Naturmuseum

kochten ein monochromes Menue für jeweils fünf Gäste. Die Ausstellung *Aquarium* liess die Besuchenden in eine zauberhafte Unterwasserwelt eintauchen. Die Auseinandersetzung mit der realen Arbeitswelt erlaubt hingegen die Ausstellung *Bürowelten*. Im Rahmen der internationalen Lichttage, zu deren Initianten das Gewerbemuseum zählt, präsentierte der Lichtkünstler André Bless seine Installationen.

Vernetzungen, Kooperationen

Das Gewerbemuseum arbeitete 2007 mit folgenden Institutionen zusammen: Hochschulen in Winterthur, Zürich und Luzern, Schule für Gestaltung Bern und Biel, Haus der Farbe Zürich, Museum Schloss Kyburg, Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien SIKJM, Sitterwerk St. Gallen, Kunsthal Rotterdam. Letztere übernahm die Ausstellung Face to Face, welche 2006 im Gewerbemuseum zu sehen war.

Ausstellungen

- *Farbe materiell-virtuell*, 19. November 2006 bis 22. April 2007
- *Farblabor*, 19. November 2006 bis 27. Juni 2008
- *Farb- und Ornamentraum* (im Forum), 28. Januar bis 25. Februar 2007
- *Aquarium – Tauchstation Wohnzimmer*, 12. Mai bis 30. September 2007
- *fresh hot ceramics*, Keramikdesign Schule für Gestaltung Bern / Biel (im Forum), 24. Juni bis 19. August 2007
- *Jörg Müller – die Welt ist kein Märchen*, 2. September bis 21. Oktober 2007
- *Bürowelten*, 28. Oktober 2007 bis 13. April 2008
- *André Bless*, 3. November 2007 bis 2. Januar 2008
- *Kaspar Diener Förderpreis 2007* (im Forum), 3. Dezember 2007 bis 6. Januar 2008

Museumspädagogik

Grossen Anklang fanden die Workshops zum Thema Farbe (1326 Teilnehmende) und das *Lichtkabinett* (330), welches im Rahmen der Internationalen Lichttage im eigens dafür aufgestellten Zelt auf dem Kirchplatz durchgeführt wurde. Für die Ausstellung *Jörg Müller – die Welt ist kein Märchen* wurden bereits vorgängig Schulklassen einbezogen, welche ihre Projekte zum Wandel ihrer Umgebung (Winterthur) im Museum präsentierten. Weitere museumspädagogische Angebote für Schulklassen: *Aquarium – Tauchstation Wohnzimmer* (247) und *Bürowelten* (114).

Uhrensammlung Kellenberger

Auch ohne Sonderausstellung verzeichnete die Uhrensammlung 2007 einen Besucherzuwachs: 5577 Personen (2006: 4870 Personen), davon 856 Schülerinnen und Schüler (2006: 731). Es fanden 64 Führungen statt (2006: 59). Es wurden vor allem Kontakte mit in- und ausländischen Institutionen und Sammlern gepflegt, die Restaurierung von Neuerwerbungen vorgenommen sowie die Dokumentation aus dem Nachlass des Altkonservators Ruedi Wehrli in die eigene Handbibliothek integriert. Die Reihe Gastspiel mit der Präsentation hervorragender Einzelobjekte aus privaten oder öffentlichen Sammlungen wurde fortgesetzt. Zwei Veranstaltungen verdienen besondere Erwähnung: die Feier zum 100. Geburtstag von Konrad Kellenberger, dem Begründer der USK, am 9. Februar 2007 und die Fachtagung zum Thema *Der mechanische Himmel: Astronomie und Uhr in der Renaissance*

am 21. September 2007. Die Sammlung wurde durch zwei Ankäufe erweitert, eine seltene Pendule aus dem 18. Jh. und eine Miniatur-Wanduhr um 1750. Letztere ist eine Dauerleihgabe des Gönnervereins. Ausserdem konnte die Turmuhr des alten Filterhauses im Schwimmbad Geiselweid in die USK überführt werden.

Das museumspädagogische Angebot wurde durch einen Museumskoffer ergänzt, der es Schulklassen erlaubt, sich selbständig mit der Uhrensammlung auseinanderzusetzen.

Münzkabinett und Antikensammlung

Ausstellungen und Sammlungen in der Villa Bühler zogen 2254 Besuchende an. Die Website des Münzkabinetts verzeichnete insgesamt 45 048 Besuche und durchschnittlich 531 Seitenansichten pro Tag. In der Ausstellung fanden 78 Führungen und Workshops statt, davon 18 im Rahmen von «Museum am Mittag» und «Museum am Sonntag». 589 Schülerinnen und Schüler in 44 Klassenführungen nutzten die Vermittlungsangebote der Museumspädagogik. Die Universitäten Basel, Zürich und Konstanz besuchten mit Lehrveranstaltungen das Münzkabinett.

Ausstellungen, Veranstaltungen

- Wechsellausstellung «Herrschaft, Handel, Stadt: Geld im Mittelalter, 600 – 1200» (bis 4. 3. 2007)
- Sonderausstellung «Hoch oben: Frühe Burgen und ihr Geld» (bis 4. 3. 2007)
- Sonderausstellung «Geschenke und Erwerbungen 2006» (27.1. bis 4. 3.)
- Wechsellausstellung «IMPERATOR. Roms Kaiser und Soldaten im Bild» (31. 3. bis 30. 9. 2007)
- Römertag Vindonissa, Münzen prägen (6. 5.)
- MuseumsTagNacht: Die Römer kommen! (12. 5.)
- Museumskonzert «La Battaglia: Musikalische und literarische Reflexionen über Krieg und Frieden» (10. 6.)
- Wechsellausstellung «Kunst auf der Hand. Die Schweizer Medaille im 20. und 21. Jahrhundert» (ab 3. 11.)
- 4. Winterthurer Museumsbestimmungstag (1. 12.)

Sammlungen und Bibliothek

Die Sammlungen und der Bibliothek wurden von 303 Personen benutzt; die Bibliothek verzeichnete 1628 Ausleihen. Neben zahlreichen mündlichen Auskünften wurden 31 wissenschaftliche Anfragen aus der Schweiz, den USA, Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland und Israel beantwortet. Die Inventarisierung der



Farbessenkochen im Gewerbemuseum, eine Kunstaktion mit Max Bottini

Museen Winterthur

Anzahl Besucher/innen	1986	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Technorama	135 854	158 729	238 940	247 213	231 407	204 224	236 898	251 464	255 892	245 470
Sammlung O. Reinhart «Am Römerholz»	33 699	31 117	31 798	30 072	35 134	34 456	35 552	38 081	31 214	32 957
Museum O. Reinhart am Stadtgarten	16 971	18 919	13 767	13 293	13 031	11 837	13 666	13 134	14 976	25 240
Kunstmuseum Winterthur	17 380	19 055	36 319	26 382	23 004	21 253	36 074	25 967	21 051	22 805
Fotomuseum Winterthur		22 300	26 800	28 650	28 850	31 500	50 800	49 100	40 850	42 500
Fotostiftung Schweiz (ab 14.11.03)						8 736	43 800	44 750	32 850	33 200
Villa Flora		10 446	10 424	9 698	16 835	11 772	18 649	7 573	6 374	10 847
Kunsthalle (erstmalig off. Zählung 2006)									2 365	2 832
Gewerbemuseum / Uhrensammlung Kellenberger	38 774	28 173	26 027	35 174	37 364	50 982	24 471	23 461	17 746	26 497
Naturmuseum (ab 2003 teilweise geschlossen, Wiedereröffnung November 05)	13 456	20 631	32 128	28 867	28 582	18 959	17 931	18 799	27 323	24 741
Museum Lindengut	2 707	4 635	5 275	4 368	7 164	3 588	3 112	5 057	9 437	5 237
Münzkabinett	1 141	2 355	2 421	2 700	2 703	2 457	2 433	1 670	2 367	2 254
Museum Briner und Kern	3 391	4 965	4 012	4 047	5 366	5 489	5 203	3 763	4 769	4 159
Mörsburg (Nov.–Feb nur So offen)	5 224	4 790	4 787	4 587	5 977	5 505	2 998	3 020	3 759	3 774
Schloss Hegi (März–Okt)	2 271	2 410	2 067	1 997	2 498	2 480	1 590	2 051	1 615	1 643
Baum-Archiv (Schliessung Ende Sept. 07)			2 085	2 600	2 470	3 013	3 315	3 020	3 015	2 759
Total Jahr	270 868	328 525	436 850	439 648	440 385	416 251	496 492	490 910	475 603	486 915

numismatischen Sammlungen kam voran. In die Datenbank wurden neu 2841 Münzen und Medaillen eingegeben.

Die Sammlungen vermehrten sich um 728 Objekte, davon waren 15 Ankäufe und 713 Geschenke von Münzen, Medaillen und Papiergeld. Der bedeutendste Neuzugang war eine grosse Schenkung aus Winterthurer Privatbesitz von 265 byzantinischen, 105 griechischen und 10 mittelalterlichen Münzen sowie 33 Antiken (Keramik, Fibeln, Glas). Aus einem Nachlass eines bekannten Numismatikers erhielt das Münzkabinett rund 250 Gipsabgüsse griechischer Münzen. Die Bibliothek wuchs um 826 Bücher, Broschüren und Zeitschriften.

Dienstleistungen

Im Rahmen des Dienstleistungsvertrags mit der Kantonsarchäologie wurden neue Münzfunde aus dem Kanton Zürich bearbeitet; in «Archäologie im Kanton Zürich 2003 – 2005» waren vier Beiträge von Mitarbeitenden zu Fundmünzen enthalten. Die Arbeit an einem Forschungsprojekt zu den keltischen Münzfunden von Rheinau wurde weitergeführt, ebenso ein weiteres Forschungsprojekt zum mittelalterlichen Schatzfund von Winterthur-Haldengut. Ausserdem bestimmte das Münzkabinett im Rahmen eines Dienstleistungsvertrags mit der Kantonsarchäologie St. Gallen neue St. Galler Münzfunde. Ende Jahr begannen die Arbeiten an einem Lotteriefonds-Projekt zur Dokumentation der Münzschatzfunde von Vättis und Balgach.

Schloss Hegi und Mörsburg

Im Jahr 2007 besuchten insgesamt 1643 (1615) Personen das Schloss Hegi und 3774 (3759) Personen die Grafenburg Mörsburg.

Museumspädagogik

Kindergarten- und Schulklassen schätzen das vielseitige und breite Angebot der Museumspädagogik der Stadt Winterthur. Die Angebote genossen bei den Lehrpersonen einen hohen Stellenwert und bieten eine ideale Ergänzung zum üblichen Schulstoff. Auch im Berichtsjahr wurden die Angebote im Frühjahr und im Herbst ausgeschrieben und in den folgenden Museen fanden Workshops und Führungen statt: Gewerbemuseum, Uhrensammlung Kellenberger, Naturmuseum, Münzkabinett und Antikensammlung, Sammlung Oskar Reinhart «Am Römerholz», Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Kunstmuseum, Museum Briner und Kern, Villa Flora, Fotomuseum Winterthur,

Fotostiftung Schweiz, Museum Internationales Baum-Archiv (Schliessung Ende September), Museum Lindengut und Museum Schloss Kyburg. Das Technorama bietet ganzjährig interaktive Programme für Schulklassen an.

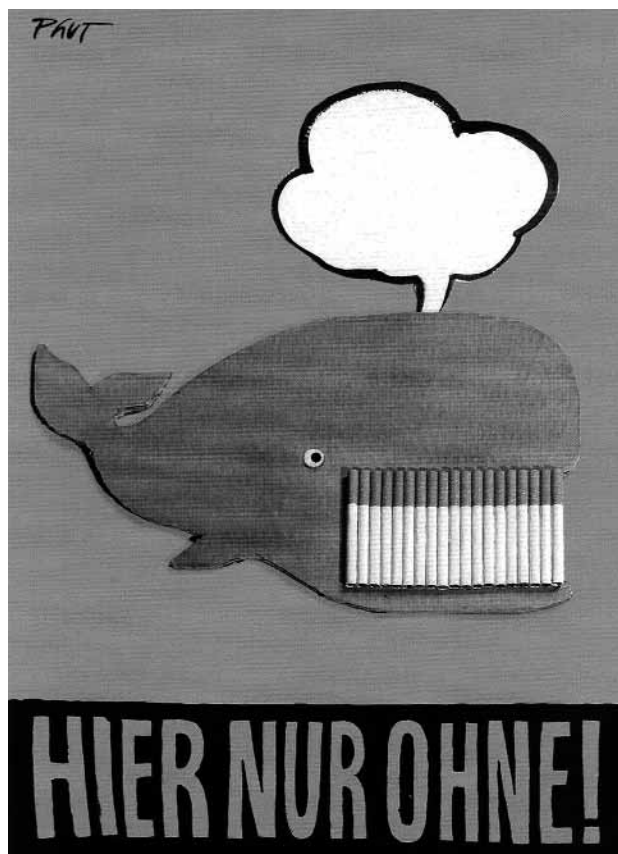
Im Berichtsjahr konnte aus 37 verschiedenen Angeboten für Schulklassen, aus 8 für Kindergartenklassen und aus 15 Einführungen für Lehrpersonen ausgewählt werden. 613 (551) Workshops und Führungen fanden für Winterthurer Schulklassen statt, an denen 8941 (8151) Schülerinnen und Schüler teilnahmen. 83 (61) Workshops mit 1525 (1225) Kindern wurden für auswärtige Schulklassen durchgeführt. Lediglich 4 (10) Einführungsveranstaltungen für Lehrpersonen zu einzelnen Themen konnten durchgeführt werden. Die Lehrpersonen nutzen diese Dienstleistung nach wie vor zu wenig. In 213 (235) Workshops konnten 2360 (2580) Kinder aus Winterthur und Umgebung vom vielseitigen und altersgerechten Angebot profitieren. Aus verschiedensten Gründen (zu viele Anmeldungen während einer Wechsellausstellung, Terminschwierigkeiten, Raumengpässe, Krankheit usw.) mussten Schul- oder Kindergartenklassen abgelehnt werden. Im Berichtsjahr waren es 84 (82) Anmeldungen.

MuseumsTagNacht 2007

Die Winterthurer MuseumsTagNacht am Samstag, 12. Mai, war auch in der fünften Durchführung ein Erfolg. Rund 7600 Besucherinnen und Besucher begaben sich in die 16 Museen, besichtigten die Ausstellungen und verfolgten die rund 100 zusätzlichen Veranstaltungen wie



Besuch einer Kindergartenklasse im Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten



«Rauchfreies Bistro Alte Kaserne», Idee und Ausführung von Peter Gut

Konzerte oder Lesungen. Die grösste Besucherzahl verzeichnete das Naturmuseum mit 1200 Eintritten, gefolgt vom Kunstmuseum mit 830, dem Gewerbemuseum und der Uhrensammlung Kellenberger mit 800, dem Fotomuseum mit 750 und den Reinhart-Sammlungen am Römerholz und am Stadtgarten mit je rund 600 Personen. Die grosse Teilnahme hat gezeigt, dass an den vielfältigen und attraktiven Angeboten der Winterthurer Museen ein hohes Interesse besteht.

Alte Kaserne Kulturzentrum

Im August 2007 hat Giella Rossi als Nachfolgerin von Thomas Kraft die Geschicke des Hauses in die Hand genommen. Thomas Kraft leitete die Alte Kaserne 15 Jahre.

Im März feierte die Alte Kaserne ihren 15. Geburtstag mit dem Thema «Gastronomiekultur». Mit einem Gala-Menü und anschliessendem kulturellen Leckerbissen vom komisch-schrägen Rock-Kabarettisten Ringsgwandl

wurde die Entwicklung des Bistros und der hausinternen Gastronomie gewürdigt.

Im Herbst organisierte das Team weitere Jubiläumsveranstaltungen, die ein grosses mediales Echo hervorriefen. Mit dem Thema «Comic» sollte Winterthur zum Lachen angeregt werden. Herzstück der Feierlichkeiten bildete deshalb eine Comicausstellung von elf Winterthurer Comicschaffenden im Bistro, die viel Aufsehen erregte und die Gäste begeisterte. Während zwei Monaten wurde im Bistro exklusiv das für den Anlass gebrauchte Zwicky-Bier von Claude Jaermann und Felix Schaad ausgeschrieben. Bis auf den letzten Platz besetzt war das Bistro an der Trickfilmpremiere «I love you» der lokalen Filmschaffenden Gabriela Maier. Am eigentlichen Jubiläumsfest im stilecht dekorierten Saal wurden die Gäste mit diversen Attraktionen unterhalten, u.a. mit einem Comic-Poetry-Slam und der legendären Winterthurer Live-Band «Die Goldenboys».

«Unter einem Dach» hiess der Audiowalk durch Räume und Geschichte der Alten Kaserne, den man während einer Woche in der Alten Kaserne begehen konnte. Das Projekt der beiden Szenografinnen Anita Bättig und Melanie Mock präsentierte die Alte Kaserne von ihren verschiedenen historischen Seiten. Die interessierten Besucher wurden einzeln, mit Kopfhörern ausgerüstet, durch inszenierte Räume geführt und mit allen Sinnen auf spannende Aspekte des Hauses aufmerksam gemacht.

Veranstaltungsreihen und Dienstleistungen

Die hauseigenen Veranstaltungsreihen wurden erfolgreich weitergeführt und verzeichneten erfreuliche Besucherzahlen. Ausdauer bewies das Frühschicht-Team um den Schauspieler Manfred Heinrich, das seit zehn Jahren und zum 180-ten Mal eine grosse Zahl von Frühaufstehern zur Lesung mit Spezialgast im Bistro empfing.

Das Haus war das ganze Jahr gut ausgelastet. In den zehn verfügbaren Räumen wurden über 1500 kulturelle Veranstaltungen, Seminare und Feste aller Art durchgeführt. Die Veranstalter konnten vom Team der Alten Kaserne in den unterschiedlichen technischen und organisatorischen Bedürfnissen und Fragen kompetent beraten und unterstützt werden.

Mit der Aktion «Hier nur ohne», visuell umgesetzt von Peter Gut, wurde das Bistro per 2. April rauchfrei. Der Übergang zum gesunden Ambiente verlief unkompliziert und wurde von den Gästen sofort akzeptiert.

Die Nachfrage nach Cateringleistungen für Veranstaltungen im Haus stieg erneut an. Dies führte zu erfreulichen Umsatzzahlen und vor allem zu zufriedenen Kunden und Gästen.

Das Monatsprogramm erscheint seit August 2007 im handlichen Postkartenformat. Zusätzlich kann auf der Website www.altekaserne.winterthur.ch der elektronische Newsletter abonniert werden.

Kunst- und Kulturförderung

Subventionsbeiträge

Die Unterstützung in Form von wiederkehrenden Subventionsbeiträgen ist ein wichtiger Teilbereich der städtischen Kulturförderung. Er wird ergänzt mit den Aktivitäten der städtischen Kulturinstitutionen und mit privaten Kulturprojekten, welche mit projektbezogenen Beiträgen unterstützt werden. Auf eine Auflistung der Tätigkeiten dieser Institutionen wird verzichtet, weil die Subventionsempfänger mit detaillierten Jahresberichten über ihre Aktivitäten Auskunft geben.

Die Subventionen werden jährlich an folgende Subventionsempfänger ausbezahlt:

Museen:

- Kunstmuseum Winterthur
- Technorama
- Museum Lindengut
- Fotomuseum Winterthur
- Kunsthalle Winterthur
- Villa Flora
- Fotostiftung Schweiz *

Musik / Konzerte:

- Musikkollegium Winterthur
- Musikverband der Stadt Winterthur
- Verein Musikfestwochen Winterthur
- Jazz in Winterthur
- Verein LMK (Live Musik Kultur)

Theater / Tanz:

- Sommertheater
- Kellertheater
- Marionettentheater
- Theater am Gleis
- Verein tanzinwinterthur
- Theater Kanton Zürich **

Film:

- Filmbulletin
- Filmfoyer
- Internationale Kurzfilmtage

Übrige:

- Astronomische Gesellschaft Winterthur

* Kein Subventionsvertrag. Rechtsgrundlage GGR-Beschluss vom 13.2.2002
 ** Genossenschaftsbeitrag

Projektbezogene Beiträge

Die im 2006 bei der Stadt Winterthur eingeführten Eingabetermine für Gesuche der projektbezogenen Kulturförderung haben sich bewährt. Die drei Eingabetermine im Februar, Juni und September wurden auf die Termine der Förderungsstellen von Kanton und Pro Helvetia abgestimmt. Die Rahmenbedingungen und Kriterien für die Kulturförderung sind auf der Homepage www.kultur.winterthur.ch nachzulesen.

Mit subsidiären Beiträgen – die oft von Beiträgen von Dritten, vom Kanton oder andern Förderungsstellen ergänzt wurden – konnten auch dieses Jahr viele Projekte vom traditionellen bis experimentellen Kulturschaffen unterstützt werden.

Kultursparte	Total Gesuche	Beiträge	Gesamtsumme
Total eingereichte Gesuche	169 (163)		
davon pendent per 31.12.2007	20 (23)		
Total unterstützte Gesuche		109 (100)	670 216 (756 176)
Bildende Kunst	19 (6)	12 (4)	58 000 (17 000)
Film	8 (7)	5 (7)	45 500 (55 300)
Literatur / Publikationen	14 (18)	6 (12)	44 500 (75 500)
Musik	69 (79)	52 (46)	193 001 (238 225)
Tanz / Ballett	12 (11)	5 (8)	18 500 (42 500)
Theater	24 (13)	18 (6)	192 240 (79 250)
Diverses / Spartenübergreifende	23 (29)	11 (17)	118 475 (198 401)

1 Produktions-/ Projektbeiträge	3 Druckkostenbeiträge	5 Preise / Stipendien
2 Defizitbeiträge	4 Investitionsbeiträge	6 Übernahme / Reduktion Raumkosten

Bildende Kunst			
Bex & Arts 2008	10ème triennale de sculpture suisse	1	1 000
De Tössemer	Ausstellungsprojekt mit Tössemer Kunstschaffenden	1	3 000
Neustadtgasse21	Ausstellungsprojekt «Raum für zeitgenössische Kunst»	1	2 000
Gaupp Office	Projektbeitrag «Strandgut-Horn»	1	1 500
Gruppe Jungkunst	Ausstellung «jungkunst» 18. bis 21. Oktober 2007	1	2 000
Historischer Verein	Projekt Ausstellung «gute Strasse – böse Strasse»	1	10 000
Kulturverein Oxyd	Gruppenausstellung mit Winterthurer Kulturschaffenden	1	2 500
Kunsthaut Seen	Beitrag für Bildende Kunst, Literatur und Musik	4	2 000
Künstleratelier Berlin	Beitrag Stadt Winterthur, 2007	6	8 000
Künstleratelier Berlin	Stipendium 2007, Kunstschaffende aus Winterthur	5	6 000
Verein Kunstkasten	Werkbeitrag 2007	1	5 000
Film			
Zauberlaterne Winterthur	Betriebsbeitrag Jahr 06/07	1	20 000
Jud Katrin	Zeichentrickfilm	1	2 000
Lichtspieltage Winterthur	11. Lichtspieltage, 2007	2	5 000
Lichtspieltage Winterthur	12. Lichtspieltage, 2008	2	5 000
Reck Filmproduktion GmbH	Musik-Lieben von Yusuf Yesilöz	1	15 000
Titus Olga	Video Projekt «Make Love, not War»	1	3 500
Literatur / Publikationen			
Amann Urs	Monographie «Der Privatmönch»	3	2 500
Bach Hans	Fotobuch zum Thema Oedland	3	4 000
Edition Winterthur	Jahrbuch 2008	3	30 000
Limmat Verlag	Yusuf Yesilöz: Lied aus der Ferne	3	4 000
Schwager Christian	Buchprojekt «My lovely Bosnia»	3	4 000
Waldgut Verlag	Gedichtband «Angepirscht die Grillen» von Irène Bourquin	3	2 000
Xylon Zürich	Publikation «Xylon»	3	2 000
Verein	«Jumpfer Doktor, Schwester Leonie und die Kräuterfrau»	3	5 000
Frauenstadtrundgang	Publikation «Zürcher Alltag in den sechziger Jahren»	3	4 000
Zehnder Peter			
Musik			
A-Capella-Stimmart	Musical ReMind – Your Key to Freedom	1	2 500
Benefizkonzert Sighet 2007	Übernahme Mietkosten Stadthausaal	6	1 500
Blum Dominik	CD-Produktion ZONE 2	1	2 000
Böckli Beat	DOR Tournee 2007 (mit Nina Munteanu)	1	1 500
Britt Steve	Konzert «Bach - im Fluss der Zeit»	2	5 000
Camerata Vitodurum	Neujahrskonzert, 14. Januar 2007	2	5 000
Camerata Vitodurum	Jahreskonzert, 11. November 2007	1	5 000
Camerata Vitodurum	Neujahrskonzert, 13. Januar 2008	2	5 000
Chorgemeinschaft Winterthur	Chorprojekt «Der Messias», 12. Mai 2007	1	1 800
Close Encounters	close encounters-Festival 2007	1	4 000
CulturAll	Konzertreihe Klassische Indische Musik, 2006	2	2 000
CulturAll	Konzertreihe Klassische Indische Musik, 2007	1	3 500
Ensemble Opera strummental	Konzerte 2007	2	750
Ensemble TaG – Neue Musik	Produktionsbeitrag Saison 2006/2007	1	10 000
Ensemble TaG – Neue Musik	Produktionsbeitrag Saison 2007/2008	1	12 000
ESSE Musicbar	Spezial-Konzert zum 2. Geburtstag	1	2 500
EULACHvoices	5. Winterthurer Kindersingtag 2007	6	150
Girod Roger	Konzerte für FrühaufsteherInnen 2007	2	4 491
Gloor Valentin Johannes	Heisch im Wolfspelz – Ein Liederabend	1	1 500
Gospelchor Winterthur	Konzerte November 2007	2	1 000
Heldner Neil Liliana, Zürich	1. Winterthurer Barocknacht, 5./6.9.2008	1	10 000
Hofmann Martina	Mozart: Die Gans von Kairo	1	1 000
Innovantiqua			
Künstleragentur	Ensemble Diferencias «Swiss made», 2007	6	850
Innovantiqua			
Künstleragentur	Das andere Alte Musik-Festival, Januar 2007	1	4 000
Innovantiqua			
Künstleragentur	Das andere Alte Musik-Festival, Januar 2008	1	4 000
Jodler Vereinigung Winterthur	Konzert vom 20. Mai 2007, Übernahme Mietkosten	6	1 500
Jodler Vereinigung Winterthur	Konzert vom 25. Mai 2008, Übernahme Mietkosten	6	1 500

1 Produktions-/Projektbeiträge	3 Druckkostenbeiträge	5 Preise / Stipendien
2 Defizitbeiträge	4 Investitionsbeiträge	6 Übernahme / Reduktion Raumkosten

Kammerchor Winterthur	Konzertprojekt Juni 2007	2	6 000
Kammermusikfestival Kyburgjude	Festival 2007 vom 3. bis 8. August	1	45 000
Keller-Steinbrecher, Winterthur	Museumskonzerte 2006/07	1	6 000
Kinzier Burkhard, Winterthur	Museumskonzerte 2007/08	1	7 000
Kordzaia Tamriko	Projekt Entr'acte_Totentanz	1	1 000
Leidenschaftsverwaltung, M. Kräutli	Debütalbum «WOW!»	1	2 000
Lost Purity	Mitfinanzierung von Tonträgeraufnahmen	1	2 500
Molton, O. Sigg	Veranstaltungsreihe MOLTON, Saison 2007/08	1	2 000
musica aperta	Konzertreihe «musica aperta», 8 Konzerte	1	8 000
Musikkollegium Winterthur	Familienkonzert Juni 2007, Theater Winterthur	6	6 400
Musikschule und Konservatorium	1. Kinder- und Familienmusikfestival, 3. Juni 2007	1	10 000
Omniphon, A. Gasteiner, Basel	Reduktion Saalmiete Stadthaus für CD-Aufnahmen	6	500
Orchester Reto Parolari	16. Int. Festival der gehobenen Unterhaltungsmusik	1/6	60 000
Pandora, Büttikon	Konzerttournee Tadd Dameron, 2007	2	400
Peperoncini	Konzerte Juni 2007	1	1 500
Primestyle Battle Editio I	Konzert vom 1. September 2007	1	2 000
Pro Pan Konzerte	Konzert «von Barock bis Rock»	2	500
Salzhaus Winterthur	Kulturmarathon 2006	1	5 000
Schweizer Jugendmusical	Frühlingsprojekt 2007 in der Zentralschweiz	1	500
Schweizer Kammerchor	Konzerte im Juni 2008	2	6 000
Singfrauen Winterthur	2 Musikprojekte 2007	1	6 000
SJSO Jugend-Sinfonieorchester	SJSO Tourneen 2007	1	2 000
SMPV Winterthur	Musik-um-Fünf-Konzerte 2006, Erlass Miete	6	600
Stadtsänger / Konzertchor	Gemischtkonzert, März 2008	2	5 000
Stahel Andreas	VOXLabYrith, Aufführung 21./22. April	1	3 000
Theater Jetzt!	Musikproduktion «S.O.S. Weihnachtsmann...»	2	500
Theaterchor Winterthur	Miete Alter Stadthausaal Proben 2007	6	2 700
Tonabnehmer Winterthur	«Tonabnehmer & Co. «zum Dritten»»	1	1 500
Tonabnehmer Winterthur	«Tonabnehmer & Co.» zum Vierten»»	1	2 000
Trio Tafeal	Unterstützung Projekt «dealu' lui Tafeal»	2	500
Turivox	5 Konzerte 2007: 22. – 30.9.2007	2	1 000
Verein «pierrot marié»	Projekt «Der böhmische Kristall», 29./30. September	1	4 000
Verein für klassische indische Musik	5 Konzerte im 2006	1	8 000
Verein für klassische indische Musik	5 Konzerte im 2007	2	5 000
Vokalensemble Cantapella	Projekt «Musik mit Augenzwinkern» Saison 2007/2008	1	2 500
Welti Franziska	Projekt: Musik im Reservoir	1	3 000
Winterthurer Symphoniker	Konzerte 2007	2	8 100
Winterthurer Symphoniker	Konzerte 1. Jahreshälfte 2008	2	5 000
Winterthurer Vokalensemble	Konzert «L'hiver sera et l'été variable», 10. November	2	500
Zürcher Vokalquartett	Kästner..., Konzertabend vom 20. März 2007	1/6	2 710

Tanz / Ballett

Cie. Room to rent	Projekt «point of view»	1	1 500
Dance Studio Liba Borak	Aufführungen Steptanz 23./24. Juni 2007	6	5 000
Fäh Ingrid	Tanzproduktion «zeichentanz»	1	2 000
Huber Jessica	Tanzproduktion «i spy with my little eye...»	1	4 000
Müller Elvira Ballettschule	Produktion «Ein Sommernachtstraum» im Theater Winterthur	6	3 000
Solodanza, J. Pisanisi	Produktion «2together too»	1	5 000
Schäfer-Schafroth Elfie	Projekt «Lichtungen» im Theater am Gleis	2	2 000
Christina Thoma Productions	Produktion Petite Liaison dangereuse	1	5 000

Theater

brave bühne	Produktion «NippleJesus»	2	3 000
Crusius & Deutsch	Storno an Kasse 13 - ein Theaterstück	1	8 000
Eva Lenherr's Projekte	Produktion «Das linke Bein weiss nichts vom rechten»	1	4 000
Freiluftspektakel	Produktionen 2007	1	1 000
Chamäleon	Jubiläumsanlass 28. April 2007, Übernahme Mietkosten	6	390
Kellertheater Winterthur	4. Zentraleuropäisches Festival für Komische Künste	1	5 000
Kulturbau / Mefibo	Projekt «Roma Termini»	1	3 000
Läuchli Martin Kaspar	Produktion «Indien», Herbst 2007	1	1 500
Schuran Uwe	Theater am Gleis	1	2 000
Theater 100gramm	Produktion «Reizender Reigen»	1	50 000
Theater Katerland / brave Bühne	Werk- und Produktionsbeitrag 2007	1	5 000
Theaterprojekte	Produktion «New York einfach»	1	4 000
Cornelia Montani	Theaterstück «La différence – Der Unterschied» Projekt	1	4 000
Theaterprojekte	«König Ödipus von Sophokles»	1	4 000
Joe S. Fenner			
Verein Arte Profundis			

1 Produktions-/Projektbeiträge	3 Druckkostenbeiträge	5 Preise / Stipendien
2 Defizitbeiträge	4 Investitionsbeiträge	6 Übernahme / Reduktion Raumkosten

Diverses und Spartenübergreifendes		
Afro Pfingsten Festival	18. Afro-Pfingsten-Festival 2007	1 40 000
Alte Kaserne	Kulturpreis 2007, Übernahme Raumkosten Alte Kaserne	6 2 325
art-tv.ch	Beitrag 2007	1 250
Bättig Anita	Projekt «Unter einem Dach – Ein Haus stellt sich vor»	1 3 000
cie. Loutop	Projekt enter Loutop	1 2 000
Eisblumenteam	Adventskalender «Eisblumen» 2007	2 2 000
Förderpreis 2006	Preis an 4 Kunstschaftende	1 40 000
Förderpreis 2007	Preis an 3 Kunstschaftende	1 30 000
Fotostiftung Schweiz	Gotthard Schuh-Projekt	1 20 000
Historischer Verein Winterthur	Beitrag an Jubiläum 2006	1 5 000
Int. Kurzfilmtage Winterthur	Rahmenprogramm «Kongress des Halbwissens» 2007	1 4 000
Internationales Baum-Archiv	Ausstellung 2007 «Welten in Nüssen» und weitere Projekte	1 15 000
MuseumstagNacht 2007	Honorare Musiker/innen, Autor/innen, Schlussanlass	1 40 000
Museum Lindengut	Ausstellungsprojekt 2007	1 7 000
Societa Dante Alighieri, Winterthur	Veranstaltungen 2007	6 900
Verein	Beitrag zum 10-Jahres-Jubiläum	1 1 000
Frauenstadtrundgang	4 Veranstaltungen 2007	1 400
Wintiglobal	Übernahme Eintrittspreise Museen für Mitwirkende	1 213
Winterthurer Marathon	Veranstaltungen 2007	1 500
Zigeuner-Kultur-Zentrum		

Kunstkommission

Die Kommission traf sich an 3 Sitzungen zu Beratungen über Kunstankäufe und Aufträge für Kunst im öffentlichen Raum. An der Dezemberausstellung der Künstlergruppe Winterthur und an Ausstellungen in privaten Galerien wurden Werke von folgenden Kunstschaftenden angekauft: Renate Bodmer, Eugen Del Negro, René Fehr-Biscioni, Benedicht Fivian, Dominik Heim, Vincent Hofmann, Marlis Holderegger, Werner Hurter, Oliver Krähenbühl, Theres Liechti, Vera Ida Müller, Thomas Rutherford, Ron Temperli, Theres Wey.

Kulturpreise

Kulturpreis der Stadt Winterthur

Der Kulturpreis 2007 der Stadt Winterthur wurde an die Internationalen Kurzfilmtage Winterthur verliehen. Der Stadtrat würdigte damit ein Festival mit internationaler Ausstrahlung und zeichnete dessen kontinuierlichen Verdienste und Leistungen um den nationalen und internationalen Kurzfilm aus. Der Kulturpreis der Stadt Winterthur wird jährlich vom Stadtrat an eine Person oder Institution verliehen, die sich im kulturellen Bereich der Stadt Winterthur besonders verdient gemacht hat.

Förderpreis der Stadt Winterthur

Der Stadtrat hat den Förderpreis 2007 an die Musikerin Vera Kappeler (* 1974) und die beiden bildenden Künstler Dominik Heim (* 1974) und Ron Temperli (* 1975) vergeben. Für den Preis 2007 haben sich 12 Kunstschaftende aus den Kultursparten bildende Kunst, Film, Literatur, Musik und Tanz beworben. Die Förderpreise der Stadt Winterthur sind mit je 10 000 Franken dotiert.

Stadtentwicklung

Mit dem neuen gemeinsamen Webauftritt (www.stadtentwicklung.winterthur.ch) wird die Zusammengehörigkeit der drei Abteilungen Stadtentwicklung, Quartierentwicklung und Integration auch nach aussen kommuniziert. Auch auf Projektebene, insbesondere im Projekt Entwicklungsimpuls Töss findet eine sehr enge Zusammenarbeit statt.

Stadtentwicklung

Geschäftsstelle der Stadtentwicklungskommission

Die Stadtentwicklung hält das Sekretariat der stadträtlichen Stadtentwicklungskommission inne. An den 15 Sitzungen im 2007 befasste sie sich mit unterschiedlichsten Themen: von der Gestaltung des Wachterareals über die Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbeland bis hin zur Förderung unterschiedlicher Formen des Alterswohnens. Schwerpunkte waren zudem die Überbauungsordnung für das Lagerplatzareal, Vorhaben im Rahmen des Projekts Töss, sowie diverse Ansiedlungsfragen.

Strategische Erfolgsfaktoren

Gemeinsam mit der Standortförderung Region Winterthur und Winterthur Tourismus sowie der beauftragten Firma Swiss Brand Experts wurde in einem sorgfältigen und breit abgestützten Prozess die Stadt-Marke Winterthur zur klaren Positionierung der Stadt entwickelt. Am 26. September 2007 hat man das Konzept der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei geht es um das Bewusstsein, Weiterentwickeln und Nachaussentragen von mehr oder weniger deutlich vorhandenen Stärken der Stadt, um die damit verbundenen Chancen besser ausschöpfen zu können.

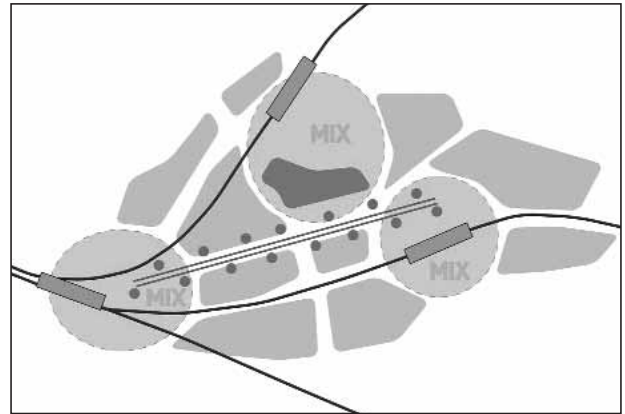
Insgesamt 13 Erfolgsfaktoren wurden herausgearbeitet: einerseits bekannte wie «Die Gartenstadt», «Hochwertiges Kulturangebot für jeden Geschmack» oder «Traditionsreicher Standort für High-Tech-Industrie und -Engineering», andererseits neue, weniger prominente wie «Lebendige Studentenstadt» oder «Persönlicher Charakter». Durch Bekanntmachung bei allen beteiligten Akteuren, angefangen in der Stadtverwaltung, sowie mittels konsequenter Umsetzung von entsprechenden Projekten und einer abgestimmten Öffentlichkeitsarbeit sollen diese Erfolgsfaktoren zum Tragen kommen und das Bild von Winterthur nach innen wie nach aussen prägen.

Gebietsentwicklung

Entwicklungsgebiet Oberwinterthur

Im Juni 2007 hat der Stadtrat Winterthur die «Entwicklungsstrategie Oberwinterthur» verabschiedet. Damit liegen erstmals übergeordnete Ziele für die Entwicklung des Gebietes zwischen den drei S-Bahn-Stationen Grüze, Hegi und Oberwinterthur aus Sicht der Stadtbehörden vor. Die Grundlagen für die Strategie wurden vom Büro KCAP (Zürich/Rotterdam) unter Federführung der Stadtentwicklung in einem interaktiven Workshop-Prozess erarbeitet. Das Gebiet soll zu einem dicht bebauten, urbanen Stadtteil mit vielfältigen Aktivitäten und einem spezifischen Image transformiert werden.

Die Entwicklungsstrategie basiert auf den vorhandenen planerischen Grundlagen (Rahmenplan, «Hybrid Cluster Modell») und privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie dient als Basis für Gespräche mit den Grundeigentümerinnen



Schematische Übersicht der angestrebten Entwicklung des Gebietes zwischen den drei S-Bahn-Stationen

und -eigentümern, sowie für politische und planerische Entscheidungsprozesse (z.B. Zonenplanänderungen) und vertiefende Arbeiten des Amtes für Städtebau. Ergänzend auf diesen planerischen Grundlagen soll das Gebiet vor allem an den S-Bahn-Stationen rasch entwickelt und mittels temporären Nutzungen analog zu Karls Kühne Gassenschau noch mehr Öffentlichkeit erlangen.

Vor Ort sind mittlerweile erste Konturen des neuen Stadtteils erkennbar. Im Sommer 2007 wurde der Spatenstich für die 1. Etappe des Eulachparks ausgeführt. Die ersten 150 Wohnungen, die im engeren Gebiet entstehen, werden schrittweise bezogen.

Zeughaus-Teuchelweiher

Beruhend auf den Vorgaben der Testplanung für ein «städtebauliches und freiräumliches Entwicklungskonzept» aus dem Jahr 2006 laufen in mehreren Ämtern verschiedene Aktivitäten, die bei der Stadtentwicklung koordiniert werden. Dank der Realisierung des bewilligten Parkhauses auf dem Wachterareal und auf weiteren Plätzen im Quartier sind attraktive Freiräume für die Bevölkerung möglich und in Planung.

Beim Zeughausareal sind die Verhandlungen mit der Eigentümerin armasuisse bezüglich des Erwerbs der beiden denkmalgeschützten Zeughäuser, die für öffentliche und gewerbliche Zwecke umgenutzt werden sollen, fortgeschritten. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass für das übrige Areal gemeinsam mit armasuisse ein Investorenwettbewerb zur Realisierung von hochwertigem Wohnraum unter gleichzeitiger Aufwertung des Mattenbachufers für die Quartierbevölkerung durchgeführt wird.

Sulzer-Areal Stadtmitte

Im 2007 wurde die Überbauung Siebzehn bezogen, das Gebäude für die ZAG steht im Bau, die Baubewilligungen für das ehemalige Kesselhaus und das neue Einkaufszentrum Werk2 wurden erteilt, und die Erweiterung des Technoparks steht kurz bevor. Zurzeit werden die Weichen für die zukünftige Nutzung des Lagerplatzareals gestellt. Hier steht die Stadt Winterthur im Planungsprozess mit den beiden Grundeigentümerinnen Sulzer und Schweizerische Post. Die aktuelle Mieterschaft hat sich im Verein Lagerplatz zusammengeschlossen und versucht ihrerseits einen Investor zu finden. Die Stadtentwicklung hat sich im Rahmen des Planungsprozesses dafür eingesetzt, dass im Rahmen des Gestaltungsplans sowohl Anreize für neue Nutzungen, wie auch für den teilweisen Bestand des attraktiven Nutzungsmixes gesetzt werden.

Projekte

Entwicklungsimpuls Töss («Projekt Töss»)

Als wichtiger Meilenstein des «Projekt Töss» kann die Eröffnung des Quartierzentrums im Bahnhof Töss bezeichnet werden. Gleichzeitig wurde dort das Projekt Info-drehscheibe und die erste Aussenstelle der Quartierentwicklung realisiert. Dies war der wichtigste Wunsch des Quartiers im Rahmen der Zukunftskonferenz. Zurzeit steht die Stadt in Verhandlungen mit den SBB betreffend Übernahme des dazugehörigen Lagerschuppens. Auch in anderen Departementen wurde an der Realisierung verschiedenster Projekte (Reitplatz, Spielplätze, Radwegverbindungen, Töss-GIS usw.) weitergearbeitet. Der Stand der Projekte wurde dem Quartier an einer öffentlichen Veranstaltung in Form einer Werkstatt im Herbst vorgestellt. Ohne die engagierte Mitarbeit des Quartiers und insbesondere ihrer Dachorganisation, der Tösslobby, wären diese raschen Erfolge nicht möglich gewesen.

Im Rahmen des Teilprojekts «Entwicklungsstudie Zürcherstrasse» werden Visionen und nachhaltige Lösungsstrategien für die mittel- bis langfristige Aufwertung der Zürcherstrasse im erweiterten Strassenraum gesucht. Im Berichtsjahr wurde das Studienverfahren vorbereitet und gestartet. Es ist als «Testplanung» unter Beizug namhafter Experten aus den Bereichen Städtebau/Architektur, Landschaftsarchitektur und Verkehrsplanung organisiert. Das Quartier ist im Beurteilungsgremium vertreten, welches den Abschlussbericht im Frühsommer 2008 vorlegen wird.

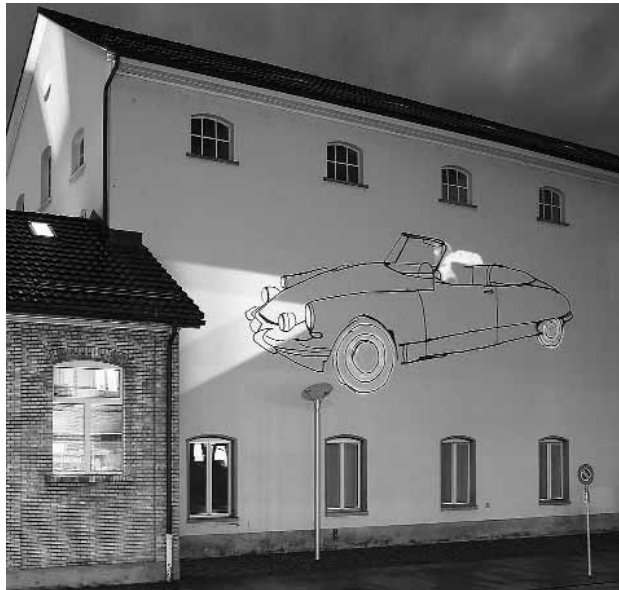
Wohnungspolitik

Die Wohnbautätigkeit blieb 2007 bei tiefer Leerstandsquote rege. Die Anzahl neu bewilligter Wohnungen ging auf einen durchschnittlichen Wert zurück. Dabei hielt sich der Anteil bewilligter Wohnungen im gehobenen Segment auf hohem Niveau. Winterthur ist als Wohnstadt demnach weiter attraktiv. In den Bereichen Alterswohnen und Wohnraum für Studierende wurde in verschiedenen Vorhaben auf zusätzliche Angebote hingearbeitet, deren Realisierung im Einzelnen jedoch noch nicht feststeht.

Beleuchtungskonzept «Stadtlicht Winterthur»

Das Gesamtkonzept für die Beleuchtung der Stadt Winterthur wurde aufgrund eines Auswahlverfahrens an ein renommiertes Büro vergeben. Die Konzeptarbeit wurde im März unter Begleitung einer departementsübergreifenden Projektgruppe aufgenommen. Anlässlich der im November durchgeführten Internationalen Lichttage 2007 informierte man in einer Ausstellung und Podiumsveranstaltung über die laufenden Arbeiten. Das Gesamtkonzept kann im April 2008 vom Stadtrat verabschiedet werden.

Parallel zur Konzeptentwicklung starteten erste Pilotprojekte, so für den Eulachpark (1. Etappe), den Brühlgutpark und das Projekt Gleisquerung/Rudolfstrasse (1. Etappe). Im Dezember wurde ein öffentlicher Wettbewerb zur Realisierung weiterer Piloten ausgeschrieben: das Zentrum Rosenberg, die Storchbrücke, die Kulturachse/Stadtpark bis zur Axa Winterthur und das Kesselhaus (kooperative Projekte mit den Grundeigentümern). Für die technische Modernisierung und gestalterische Aufwertung der Altstadtbeleuchtung führte man erste Versuche in der Neustadtgasse durch. Aufgrund der positiven Erfahrungen soll die Umrüstung schrittweise ausgedehnt werden. Nach Abschluss der Konzeptarbeiten geht das Gesamtprojekt im Frühsommer 2008 an Stadtwerk Winterthur über.



Lichtinstallation bei Fotomuseum von Zilla Leutenegger

Internationale Lichttage

Vom 3. bis 25. November fanden die 2. Internationalen Lichttage Winterthur statt. Sie standen unter dem Thema «Lichtkunstwerke in Parks, Villen und Museen» und wurden von einem vielseitigen Rahmenprogramm begleitet. Die Stadtentwicklung hat im Vorstand mitgewirkt und auch mittels einer Veranstaltung und einer Ausstellung einen Einblick in den Stand des Beleuchtungskonzepts gewährt. Mit diesem Thema ist es ausserdem gelungen, die Stadt-Marke Winterthur – namentlich durch die Fokussierung auf die Thematik Gartenstadt und Kulturstadt – weiter zu stärken.

Wirtschaftspolitik

Aufgrund der zunehmenden Verknappung von verfügbaren Industrie- und Gewerbeflächen unterzog man die vorhandenen Landreserven einer vertieften Betrachtung. Verschiedene Gegenmassnahmen wurden erarbeitet, welche nun weiter zu verfolgen sind. Für das neue städtische Industrieland an der Frauenfelderstrasse (ehemaliges Püntenareal) bestimmte man die Eckwerte für die Überbaubarkeit und mögliche Vergabekriterien. Dabei soll das Grundstück in seinen Ausmassen als besondere Chance erhalten und auf eine längerfristige, grössere Ansiedlung hingewirkt werden. Am Neugründerapéro wurden erneut zahlreiche Winterthurer Unternehmer und Unternehmerinnen begrüsst, die sich über die spezifischen Angebote und Ansprechpartner in der Stadt informieren lassen konnten.

Aussenbeziehungen

Im Rahmen der tripartiten Agglomerationskonferenz wurden die Kantone, Gemeinden und Agglomerationen aufgefordert, neue Modelle der Zusammenarbeit anzugehen. Innerhalb des Kantons Zürich ist die Region Winterthur Pilotregion für das Modell Interkommunkonferenzen. In der Vorbereitungsphase fanden drei Workshops mit Vertretern der Gemeindebehörden der Region Winterthur statt.

Für eine bessere Positionierung und Interessenvertretung des Wirtschaftsraums Zürich fanden zwei Metropolitankonferenzen statt: die eine in Rapperswil-Jona,

die andere in Zug. Die Stadt Winterthur ist zusammen mit der Stadt Zürich, dem Kanton Zürich und dem Gemeindepräsidentenverband in der Vorbereitungsgruppe vertreten.

Die leitenden Personen der Stadtplanung/Stadtentwicklung der grössten Schweizer Städte haben sich in einem neuen Netzwerk «Städteposition CH» zusammengeschlossen. Sie haben ein Grundsatzpapier zur Rolle und Bedeutung der Städte entworfen, Vorschläge zur Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung erarbeitet und dieses Papier der entsprechenden parlamentarischen Kommission in Bern unterbreitet.

Fachstelle Statistik und Grundlagen

Das statistische Jahrbuch «Winterthur in Zahlen» wurde inhaltlich und gestalterisch überarbeitet. Neu erscheint die Publikation Mitte Jahr und enthält bereits Angaben zum Vorjahr. Es ist damit ein halbes Jahr aktueller als bis anhin. Mit zwei Berichten über die Beschäftigten und die Steuereinnahmen nach Alter und Steuertarif ist die neue Publikationsreihe «Basisstatistik» gestartet. Es sollen darin grundlegende Strukturdaten veröffentlicht werden. Diese Publikation kann nur via Internet bezogen werden.

Mitte Jahr hat die Fachstelle im Auftrag des Statistischen Amtes des Kantons Zürich den Leerwohnungsbestand erhoben. Dieser verharrt mit 0.47 Prozent trotz Bauboom auf einem weiterhin tiefen Stand.

Im Hinblick auf die registrierte Volkszählung 2010 wurden in der Begleitgruppe «Weiterentwicklung Gebäude- und Wohnungsregister (GWR)» und in der Arbeitsgruppe «Physische Wohnungsnummer» die Bedürfnisse der Stadt eingebracht.

Quartierentwicklung

Die Stadtentwicklung, die Integration und die Quartierentwicklung haben 2007 einen gemeinsamen Internetauftritt realisiert. Bei der Quartierentwicklung nahm das Auftragsvolumen durch ihren stärkeren Einbezug in Fragen der Stadtteilentwicklung markant zu. Sie stellt den Zugang zu den Quartierstrukturen sicher und vermittelt bzw. berät bei Mitwirkungsverfahren. Zugenommen haben auch Fallbearbeitungen im Zusammenhang mit Nutzungs- und Verhaltenskonflikten bei Freizeitanlagen.

Besondere Ereignisse in der Quartierkultur

Die Sanierung des Spiel- und Freizeitplatzes Eichwäldli und des Meteowasserkanals wurde beendet. Die Einweihung fand im Juni statt. Der Spielplatz Talwiesen erhielt eine zweite Wanne als Ergänzung zum Wasserspiel und der Sandkasten wurde verkleinert. Bei der Freizeitanlage Kanzleistrasse wurde das Flachdach saniert und zeitgleich die Fassade neu gestrichen. Im Aussenbereich wurde eine neue Seilbahn aufgestellt. Auf Wunsch des Quartiervereins wurde der Quartiertreff Äusseres Lind per Ende Juni 2007 aufgelöst wegen der schlechten Lage und des mangelhaften Zustandes der gemieteten Räumlichkeiten.

Der Ortsverein Stadel feierte 2007 sein 75-jähriges Jubiläum und der Ortsverein Ricketwil seinen 95-jährigen Geburtstag. Die Quartierentwicklung unterstützte die beiden Anlässe finanziell, sowie bei der Medienarbeit und der Koordination.

Der diesjährige Anlass der Anerkennung für die freiwillig Tätigen ist mit der Vorführung des Films «winterthur@zürich» von Peter Frei auf positive Resonanz gestossen. Über 170 Personen besuchten die Aufführungen. Die subventionierten Weiterbildungskurse und



Tanz im Quartierzentrum Bahnhof Töss

Workshops wurden von insgesamt 62 Personen genutzt. Es fanden sechs Aufführungen des Theaters für den Kanton Zürich im Quartier statt.

Neue Projekte in der Quartierförderung und -entwicklung:

Beim partizipativen Projekt Töss konnten zwei wichtige Teilprojekte umgesetzt werden: Im August wurde das neue Gemeinschaftszentrum Bahnhof Töss eingeweiht.

Zum Zentrum gehören ein Mehrzweckraum mit Küche, ein Informationsfoyer sowie das Büro der Quartierentwicklung. Für den Betrieb verantwortlich ist der Trägerverein GZ Bahnhof Töss, der auch Mitglied der Tösslobby ist. Im Oktober nahm eine Mitarbeiterin der Quartierentwicklung ihre Arbeit im Gemeinschaftszentrum Töss auf. Die Aussenstelle wird als zweijähriges Pilotprojekt von ihr aufgebaut und ausgewertet. Es gilt festzustellen, ob der Zugang für Vereine und Quartierbewohnende zur Stadtverwaltung dadurch erleichtert und die Vernetzung vor Ort optimiert werden können.

Das Integrationsprojekt in der Steig ist gut angelaufen. Der Verein Gemeinschaftsanlage Steig und die Quartierentwicklung organisierten Spielnachmittage zur Kontaktaufnahme. Es kamen jeweils über 40 Kinder und etwa 20 Erwachsene, vor allem Frauen, auf die Anlage. Ersten Kontakte wurden geknüpft und das Angebot soll nun weiter ausgebaut werden.

In Hegi ist die Quartierentwicklung in der Projektgruppe des Ortsvereins vertreten, die einen Beitrag zur aktiven Integration der neu Zugezogenen leisten möchte. Dabei setzt der Ortsverein auf Schwerpunkte wie Kommunikation und Information.

Die Post hat für ihr Projekt «Briefeinswürfe 2010» durch die Quartierentwicklung den Kontakt zur Stadtverwaltung und zu den Quartier- und Ortsvereinen gesucht. Die Bevölkerung konnte sich via Vereinsvertretungen zu der Standortüberprüfung der Briefeinswürfe äussern. Die Begehungen vor Ort wurden im November 2007 durchgeführt, die Erneuerung der Briefeinswürfe ist für 2008 geplant.

Der Quartiertreff Iberg ist noch in der Planungsphase, die Realisation erfolgt 2008.

Der Quartierverein Neuwiesen hat ein Ladenlokal im Erdgeschoss an der Wartstrasse 31 gefunden und öffnete am 1. Dezember den Quartiertreff. Die Quartierentwicklung hat mit dem Quartierverein eine Benützungsvereinbarung abgeschlossen.

Freizeitaktionen

Im Ferienprogramm wurde der 2006 eingeführte Anmeldemodus beibehalten d.h. die Plätze werden nach Anmeldungseingang vergeben. Städtische Institutionen des Bereichs Kultur sind vermehrt als Kursanbietende vertreten.

Die Quartierentwicklung beteiligte sich am Zürcher Ferienpass mit sechs Angeboten, die in Winterthur stattfanden. Aufgrund von Konkurrenzangeboten wurde der Zürcher Ferienpass letztmals in dieser Form angeboten. Das zukünftige Angebot ist noch offen.

An der Palmstrasse mussten am Gebäude und in den Räumlichkeiten der Werkräume und des Spielverleihs eine Pilzsanierung durchgeführt werden. Die Werkräume blieben während dieser Zeit geschlossen.

Integration

Die Dienstleistungen der Fachstelle für Integration wurden sowohl von Einzelpersonen wie auch von Institutionen stärker in Anspruch genommen, was sich in der Zunahme der Anfragen widerspiegelte. Durch kontinuierliche Vernetzungsarbeit konnten einerseits Institutionen vermehrt für interkulturelle Fragen sensibilisiert werden, andererseits führte die enge Zusammenarbeit mit ausländischen Schlüsselpersonen dazu, dass die Fachstelle auch neuen Migrantinnen und Migranten bekannt wurde.

Beratung und Vermittlung

In der Fachstelle für Integration wurden 1628 persönliche Kurzberatungen zu Migrationsfragen durchgeführt und etwa gleich viele telefonische Auskünfte gegeben. Die Anzahl der Beratungen nahm damit um 13 Prozent zu. Die Anfragen betrafen vor allem die Bereiche Finanzen/ Sozialversicherungen, Arbeit und Aufenthaltsrecht. Rund 65 Prozent davon waren muttersprachliche Beratungen in Serbisch/Kroatisch, Albanisch, Portugiesisch und Türkisch. Zusätzlich fanden 106 Deutschkurs-Beratungen statt, bei denen Hilfe bei der Wahl nach einem geeigneten Deutschkurs geboten wurde.

Bei der Vermittlung von interkulturellen Dienstleistungen verzeichnete die Fachstelle wiederum eine markante Steigerung: 543 Vermittlungen von interkulturellen Übersetzenden konnten getätigt werden. Dies entspricht 64 Prozent mehr Vermittlungen als im Vorjahr. Diese Dienstleistung wurde v.a. vom Schul- und Sozialdepartement beansprucht.

Ausserdem wurden 56 Beratungen für Integrationsprojekte von lokalen Vereinen durchgeführt. Zentrale Themen waren jeweils die Realisierung von neuen Ideen, Projektplanung, sowie Unterstützung beim Erstellen von Projektbudgets und Abschlussberichten.

Diverse städtische Institutionen, wie z.B. die Förderkindergärten und die Schulsozialarbeit, liessen sich in interkulturellen Fragen fachlich beraten. Die Fachhochschulen ZHAW und HSA Luzern holten sich fachliche Unterstützung bei diversen Forschungsprojekten. Mit der Fachstelle Gesundheit und der IPW wurde im Rahmen von zwei Fachveranstaltungen das Thema Migration und Gesundheit vertieft. Mit der Mütter- und Väterberatung des Jugendsekretariats wurde ein neues Konzept erarbeitet, welches den Einsatz von interkulturellen Übersetzerinnen in fremdsprachigen Familien vorsieht.

Frühförderung

In der Schweiz gibt es vor dem Kindergarteneintritt kaum geregelte Vorschulbildung und -förderung. Die bestehenden Angebote an Elternbildung richten sich an

interessierte Eltern aus bildungsnahen Schichten. Angebote für bildungsferne Familien mit Migrationshintergrund existieren zwar, erreichen aber die Zielgruppe nur zufällig oder gar nicht. Die intensive Lernzeit vor dem 6. Lebensjahr wird heute zuwenig genutzt, so dass die Kinder schlecht vorbereitet in den Kindergarten eintreten. Die PISA Studie hat gezeigt, dass es der Schule später meist nicht mehr gelingt, diesen Rückstand befriedigend zu kompensieren. Gemäss städtischem Integrationsleitbild sollen alle fremdsprachigen Kinder eine optimale Förderung erhalten, um Chancengleichheit zu erreichen. Das Thema Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern mit Migrationshintergrund war ein Schwerpunktthema. Die Integrationskommission beschloss, eine Kerngruppe mit der Ausarbeitung eines Leitbildes und eines entsprechenden Umsetzungskonzeptes zu beauftragen. Gleichzeitig wurden niederschwellige Elternbildungsprojekte für bildungsferne Migrantenfamilien gefördert, wie z.B. das Leseförderungsprojekt «Family Literacy – Schenk mir eine Geschichte» oder das Projekt «schulstart +». Verschiedene Integrationsprojekte für Kinder im Vorkindergartenalter wurden ausgebaut, wie z.B. muttersprachliche Spielgruppen. In diesem Rahmen wurde auch das Pilotprojekt «schrittweise» gestartet, welches sich an bildungsferne, eher isoliert lebende Migrantenfamilien mit Kleinkindern richtet. Das aufsuchende Projekt soll die Eltern in ihren Erziehungskompetenzen stärken und die sprachliche, motorische und soziale Entwicklung der Kinder verbessern, damit diese bei Kindergarteneintritt möglichst über gleiche Startchancen verfügen wie die anderen Kinder.

Projekt Töss und Quartierprojekte

Im Stadtteil Töss leben überdurchschnittlich viele Personen mit Migrationshintergrund. Für das Zusammenleben der verschiedenen Ethnien ist es wichtig, dass alle Bewohnenden bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes mitwirken können und dass die Zusammenarbeit zur Selbstverständlichkeit wird. Als Mitglied des Projektteams unterstützte die Integrationsdelegierte die Projektleitung und die Tösslobby für eine gebührende Partizipation der ausländischen Wohnbevölkerung. So ist diese z.B. in der Aktivitätenkommission des neuen Quartierzentrums Bahnhof Töss zahlenmässig angemessen vertreten. Bereits wird der neue Standort von den Migrantinnen und Migranten rege für diverse Integrationsprojekte genutzt. Zusammen mit der Quartierentwicklung wurde zudem die interkulturelle Öffnung der Quartiervereine in Töss-Steig und Hegi gefördert.

Ausländer/innen-Beirat

Im Januar veranstaltete der Beirat eine öffentliche Podiumsdiskussion zur Frage, ob die Zürcher Gemeinden das Recht erhalten sollten, ein kommunales Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung einzuführen.

Im März traf sich der Winterthurer Beirat mit dem Beirat der Stadt Zürich zu einem gemeinsamen Seminar, unter anderem zu den Themen Religionsvielfalt, Sensibilisierung für ökologische Anliegen, obligatorische Integrationskurse und Jugendgewalt.

Der Beirat legte seine Ziele für die zweite Amtszeit (2006 – 2010) fest. In diesem Zusammenhang liess er sich auch vom Verantwortlichen für Stadtentwicklung zum Aspekt der Durchmischung in den Wohnquartieren informieren.

Der Beirat stellte einen Vergleich des Integrationsgesetzes des Kantons Basel-Stadt mit einem analogen Vorstoss im Zürcher Kantonsrat an und lud daraufhin im November die neue kantonale Integrationsdelegierte ein,

über die zukünftige Ausrichtung der Integrationsarbeit im Kanton Zürich zu referieren. Auf besonderes Interesse stiess dabei das Thema Integrationsvereinbarungen.

Die Fachkommission Soziales entwarf einen Spitex-Prospekt und die Fachkommission Sport einen Flyer für die Schulsportwochen in verschiedenen Migrationssprachen.

Personalamt

Personalrecht und Personalpolitik

Der Grosse Gemeinderat hat am 18. Juni einen V. Nachtrag zum Personalstatut erlassen. Dieser bringt Änderungen beim Kündigungsschutz und bei der Abfindungsregelung. Künftig kann im Falle der Kündigung wegen der Leistung oder des Verhaltens auf die vorangehende Bewährungsfrist verzichtet werden, wenn diese ihren Zweck nicht erfüllen kann, und anstelle der beiden Mitarbeiterinnen – bzw. Mitarbeiterbeurteilungen kann ausnahmsweise ein gleichwertiges anderes Verfahren treten. Sodann wird ein während der Zeitdauer der Abfindung erzielter Erwerbseinkommen unter bestimmten Bedingungen an die Abfindung angerechnet oder führt zu einer nachträglichen Kürzung derselben. Daneben regelt der Nachtrag die Änderungskündigung, gewährt mehr Flexibilität bei der Festsetzung des Anfangslohnes und lässt die Gewährung zusätzlicher Lohnstufen nebst dem Leistungsanteil zu. Am 12. September passte der Stadtrat die Vollzugsverordnung zum Personalstatut vom 9. Juni 1999 mit einem VI. Nachtrag an. Neben den Ausführungsbestimmungen zu den Änderungen des Personalstatuts wurden u.a. die Kündigungsgründe um die Verletzung wichtiger Dienstpflichten trotz Abmahnung erweitert. Sodann kann die Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall auf maximal zwei Jahre ausgedehnt werden, falls nach einem Jahr noch keine eindeutige vertrauensärztliche Beurteilung möglich ist. Ferner wurde in Erfüllung der vom Grossen Gemeinderat überwiesenen Motion 2006/076 der bezahlte Vaterchaftsurlaub auf 10 Tage ausgedehnt. Die gesamte Personalrechtsrevision ist auf 1. Januar 2008 in Kraft getreten und damit das Projekt «Personalrechtsrevision 2006/2007» abgeschlossen worden. Auf Jahresbeginn 2008 wurden das Personalstatut und die Vollzugsverordnung, nachgeführt mit allen Nachträgen und aktualisierten Stichwortregister, neu aufgelegt und in die Erlass-Sammlung aufgenommen; ebenso wurde die zusammenfassende Broschüre zum Personalrecht «Das Wichtigste in Kürze» überarbeitet und in einer Neuauflage herausgegeben.

Am 4. April beschloss der Stadtrat, die Stadtverwaltung – mit Ausnahme der Dienststellen mit Schichtbetrieb oder Publikumskontakt – vom 24. Dezember 2007 bis 8. Januar 2008 zu schliessen, wobei die ausfallende Arbeitszeit in üblicher Weise individuell durch Mehrzeit oder den Bezug von Ferientagen zu kompensieren war.

Am 20. Juni erklärte der Stadtrat die Stadtverwaltung und die öffentlich zugänglichen städtischen Gebäude mit Wirkung ab dem 1. Januar 2008 für rauchfrei. Das Verbot umfasst sowohl gemeinsame Arbeitsplätze, Sitzungszimmer, Pausenräume, Korridore, Treppenhäuser und Toiletten als auch sämtliche Räumlichkeiten, in denen Kontakte zu Kundschaft stattfinden. Erlaubt bleibt das Rauchen in Einzelbüros ohne Kontakt zu Kundschaft und ohne Besprechungen sowie in speziell bezeichneten abgeschlossenen und gut belüfteten Räumen.

Am 11. Juli beantragte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat, den seit 2001 bestehenden jährlich wieder-

kehrenden Kredit für einen Sozialstellenplan von 450 000 Franken auf 1 000 000 Franken zu erhöhen. Der Sozialstellenplan dient hauptsächlich der Umplatzierung oder Wiedereingliederung von städtischen Angestellten, die teilinvalid geworden sind und mit reduziertem Pensum am bisherigen oder an einem andern Arbeitsplatz weiterbeschäftigt werden. Er hilft mit, Vollinvalidisierungen und Entlassungen zu Lasten der Sozialhilfe zu vermeiden, womit einem Anliegen der 5. IV-Revision Rechnung getragen wird. Der Sozialstellenplan wird seit einigen Jahren stets ausgeschöpft, und es zeichnet sich ein zusätzlicher Bedarf in der Grössenordnung von umgerechnet fünf Vollstellen ab. Der Grosse Gemeinderat stimmte der Vorlage am 29. Oktober zu. Sie wird am 24. Februar 2008 der Volksabstimmung unterbreitet.

Am 12. September beschloss der Stadtrat, das seit zwei Jahren in der Stadtverwaltung versuchsweise betriebene Case Management definitiv einzuführen. Aufgrund der Auswertung des Versuchs durch das Personalamt, das über äusserst positive Erfahrungen aller involvierten Stellen berichten konnte, wurde der Auftrag zur Weiterführung des Case Managements an die Firma «Arsana GmbH», Winterthur vergeben, eine Spin-Off-Firma der Integrierten Psychiatrie Winterthur, mit welcher der Versuch durchgeführt wurde. Die Rahmenbedingungen für das externe Case Management bleiben dieselben; es wird zentral vom Personalamt koordiniert.

Am 12. Dezember erliess der Stadtrat, nach der Genehmigung des Budgets durch den Grossen Gemeinderat, den Beschluss über die Lohnrunde 2008 und genehmigte die Vollzugsweisung des Personalamts. Die Teuerung wurde per 1. Januar 2008 um 1.8% ausgeglichen, entsprechend dem Stand des Zürcher-Indexes vom November mit 102.1 Punkten. Gleichzeitig wurde ein voller Stufenanstieg bei guter Qualifikation gewährt und eine Quote von 1 Mio. Franken für Leistungsanteile gesprochen und auf die Departemente verteilt.

Die BEREWI-Einsprachen konnten in diesem Jahr bis auf wenige Fälle erledigt werden. Ende Jahr waren von den insgesamt 378 Einsprachen 304 (265) Fälle durch Entscheid des Stadtrates und 58 (49) Fälle durch Rückzug oder sonstige Abschreibung erledigt. Im Laufe des Jahres erstattete der Personalchef noch zu 3 (32) Anträgen Mitbericht.

Personalbestand und Funktionsbewertung

In der Personalstatistik (siehe im Anhang zum Geschäftsbericht des Personalamtes) werden der Beschäftigungsumfang und die Anzahl Beschäftigte des Verwaltungs- und Betriebspersonals ausgewiesen. Der Beschäftigungsumfang umfasst die Gesamtzahl aller während des Jahres Beschäftigten, umgerechnet auf Vollbeschäftigungen. Die Anzahl beschäftigter Personen (Kopfzählung) wird per Stichtag erhoben. Angaben zu den Lehrpersonen sind im Geschäftsbericht des Departement Schule und Sport zu finden.

Die Funktionsbewertungskommission trat zu 3 (3) Sitzungen zusammen. Insgesamt wurden 78 (66) Einreichungs-Anträge beurteilt, davon 66 (65) durch die Kommission, 11 (0) im Zirkulationsverfahren durch die Kommission und 1 (1) im summarischen Verfahren durch das Personalamt.

Löhne und Sozialleistungen

Die Löhne wurden auf 1. Januar um 0.1% an die Teuerung angepasst. Eine volle Lohnrunde konnte gewährt werden: Angestellte, die mindestens mit «gut» qualifiziert

und noch nicht der obersten Stufe 15 ihrer Lohnklasse eingestuft waren, erhielten eine zusätzliche Lohnstufe als Erfahrungsanteil. Zusätzlich bestimmte der Stadtrat eine Quote von 1 Mio. Franken für Erhöhungen des Leistungsanteils bei sehr guter oder vorzüglicher Qualifikation und verteilte diese auf die Departemente.

Die Bruttobezüge und Sozialleistungen des gesamten Personals ohne Gemeindeanteil an den Lehrerlöhnen für 2007 von 36 444 634 Franken (2006: 37 828 811 Franken inkl. Sozialleistungen) betrugen:

Jahr	Bruttobezüge	Sozialleistungen	Total	Mehraufwand 2007
2007	314 309 214	55 985 388	370 294 602	13 006 670
2006	303 240 777	54 047 155	357 287 932	

Personal- und Organisationsentwicklung

Wie erwartet, scheint der Plafond der Nutzung des Zentralen Weiterbildungsangebots nach einem stetigen Anstieg seit 2003 mittlerweile erreicht zu sein. Im Berichtsjahr waren 1084 (1231) Teilnehmertage zu verzeichnen. Wie im Vorjahr entfielen 90 % der Teilnehmertage auf stadteigene Kurse. Auf eingekaufte Kurse der Stadt Zürich entfielen 9 % (8 %), auf solche des Kantons 1 % (2 %).

Im Bereich der Kaderschulung konnte ein markanter Erfolg erzielt werden, indem es nach jahrelangen Bemühungen gelang, in Kooperation mit der Stadt und dem Kanton Zürich und dem Institut für Verwaltungsmanagement der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) einen Führungslehrgang «Betriebswirtschaft und Führungskompetenz in der öffentlichen Verwaltung» zu etablieren, welcher mit einem Certificate of Advanced Studies (CAS) der ZHAW abschliesst. Der Lehrgang besteht einerseits aus dem Modul «Betriebswirtschaftslehre», das von der ZHAW durchgeführt wird und andererseits aus dem Modul «Führung und Persönlichkeit», das von den kooperierenden Verwaltungen intern durchgeführt wird. Besonders erfreulich ist, dass der bewährte Intensiv-Führungskurs (IFK) der Stadt Winterthur von der ZHAW ohne Anpassungen als Modul «Führung und Persönlichkeit» für das CAS anerkannt wird.

In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Gesundheit und der Arbeitsgruppe Betriebliche Gesundheitsförderung wurden die notwendigen Massnahmen für die Einführung der «Rauchfreien Stadtverwaltung» geplant und umgesetzt. Das Thema betriebliche Gesundheitsförderung wurde im Rahmen der erwähnten Arbeitsgruppe interdisziplinär bearbeitet und wird im Laufe des Jahres 2008 in Gestalt eines Konzept-Antrags an den Stadtrat als gesamtstädtisches Projekt lanciert werden. Erste Massnahmen haben sich bereits in Kursangeboten im Weiterbildungsprogramm niedergeschlagen.

Im Bereich der Organisationsentwicklung ist die Begleitung eines tief greifenden, schwierigen Veränderungsprojekts zu erwähnen. Dabei war nicht nur die Arbeit mit den Betroffenen, sondern auch die Unterstützung der Verantwortlichen aller Stufen Gegenstand des Auftrags. Einmal mehr zeigte sich, dass die Unterstützung eines internen Beraters, der über breites Insider-Wissen verfügt, heikle Veränderungsprozesse erheblich erleichtern kann.

Berufsbildung

Die Zahl der Auszubildenden hat sich um weitere 6 % (9 %) erhöht. Am Schluss des Berichtsjahres standen 198 (186) Personen in einem Auszubildendenverhältnis nach Berufsbildungsgesetz. Das Angebot an Aus-

bildungsplätzen hat sich seit 2002 praktisch verdoppelt; dies trotz Verlusten von Ausbildungsplätzen infolge Kantonalisierungen von RAV, Jugendhilfe und Berufsberatung (KV), Verkauf Rebbetrieb (Winzer), Aufhebung Laden Stadtwerk (Detailhandel), Weggang OeKK (KV) und Zusammenlegung infolge Reorganisation (KV). Die Stadtverwaltung unternimmt mit den beschränkt vorhandenen Ressourcen sehr grosse Anstrengungen. Das bestätigt auch die Ausbildungsquote von gegenwärtig 6.9 % (6.7 %). Das bedeutet, dass die Stadtverwaltung auf 100 Stellen 6.9 Lehrstellen anbietet. Dabei ist die Lehrwerkstätte der msw-winterthur nicht mitgerechnet. Im Vergleich zum Bund, Kanton und Stadt Zürich steht Winterthur klar an der Spitze.

Die Prüfung der Schaffung weiterer Ausbildungsplätze wird als Daueraufgabe wahrgenommen. Es zeigt sich in der Praxis jedoch immer deutlicher, dass Stadtverwaltung und Personalamt quantitativ an Grenzen stossen und eine weitere markante Erhöhung des Ausbildungsangebotes nicht zu realisieren ist. Zudem ist zukünftig vermehrt der Fokus auf die Qualität bzw. Qualitätsentwicklung der Ausbildung zu legen. Das verlangt im Übrigen auch das Berufsbildungsgesetz.

Einen eher ungewöhnlichen Arbeitseinsatz leisteten am 25. September rund 30 KV-Lernende. Sie folgten einer Anfrage des Tiefbauamtes. Für die Erstellung eines Kostenteilers zwischen der Stadt und der SBB für die bauliche Umsetzung der Kapazitätssteigerung der Personenunterführung Nord am Bahnhof SBB mussten die Anteile der Passanten und Passantinnen ermittelt werden, die die Unterführung Nord als Stadtverbindung benutzten.

Mitarbeiter/innenberatung

Es fanden auf der neu mit 80 % (75 %) dotierten Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenberatung 404 (346) Beratungsgespräche statt. Beratungstelefone von über 10 Minuten Dauer wurden 73 (152) durchgeführt (die Gesamtzahl nahm kaum ab, indessen war die Anzahl kürzerer Telefone grösser). Der Männeranteil war mit rund 54 % (56 %) – wie früher schon – leicht höher als der Frauenanteil mit 46 %. Die Beratungen verteilten sich prozentual wie folgt auf verschiedene Themen:

– Arbeitsplatz	63 (65) %
– Familie und Partnerschaft	3 (2) %
– Gesundheit/Suchprobleme	20 (11) %
– Finanzielles	9 (12) %
– Sozialversicherungen	5 (10) %

Das Thema Arbeitsplatz dominiert weiterhin. Der gewachsene Prozent-Anteil der Sparte «Gesundheit» ist darauf zurückzuführen, dass verschiedene mit dem Arbeitsplatz zusammenhängende Probleme (wie z.B. Burnout) unter diesem Aspekt figurieren, wenn der Krankheits- bzw. Gesundheitsaspekt im Vordergrund stand. Bei den Spezialthemen «Reorganisationen» und «Mitarbeitergespräche» war die Intensität unvermindert; Letzteres belastete den Mitarbeiterberater im November und Dezember bis an dessen Kapazitätsgrenze.

Im Programm «Suchtprobleme am Arbeitsplatz» wurde neben der operativen Tätigkeit in Zusammenarbeit mit der neuen Leitung der Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme (WFA) zusätzlich zum obligatorischen Weiterbildungsprogramm für Vorgesetzte ein freiwilliger Tageskurs angeboten.

Im Rahmen des Sozialstellenplanes wurden sieben (7) bisherige Fälle weitergeführt (einer nur noch für den Monat Januar). Zwei neue Fälle wurden wegen des ausgeschöpften Kredites vom Stadtrat separat bewilligt. Für weitere Fälle wurden Gesuche gestellt, sie konnten aber – wegen Ausschöpfung des Kredites – vorderhand – nicht aufge-

nommen werden. Somit wurde wie im Vorjahr der volle Kreditbetrag von 450 000 Franken aufgewendet.

Im Casemanagement kamen zu den aus dem Vorjahr transferierten sechs Fällen acht neue hinzu. Nachdem ebenfalls acht Fälle abgeschlossen werden konnten, wurden wiederum sechs Fälle ins neue Jahr überführt.

Gleichstellung

Die im Frühjahr gestartete Kampagne «Respekt hat Vortritt» gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz stiess in der Verwaltung auf gutes Echo. Die Plakate und Flyer in den Pausen- und Aufenthaltsräumen sowie die verteilten «Zeltli-Boxen» wiesen auf die Thematik hin und wurden von den Mitarbeitenden positiv wahrgenommen. Die bisher in 9 Bereichen/Abteilungen durchgeführten Informationsveranstaltungen mit rund 700 Teilnehmenden kamen dem Ziel entgegen, präventiv zu wirken und bei möglichst vielen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Winterthur das Tabu rund um die sexuelle Belästigung zu brechen, sie zu informieren und zu sensibilisieren.

Die Lernenden im 2. Lehrjahr im kaufmännischen Bereich wurden an einem halben Tag zum Thema «Abgrenzung / Nein sagen» geschult. Mit den Lernenden im Bereich Alter und Pflege wurde erstmals ein zweistündiger Workshop veranstaltet.

Im Rahmen des Projektes Gleichstellungscontrolling zeigen die Kennzahlen der Pilotorganisationen Bauamt, Spitex, Stadtbuss und Stadtpolizei, dass Fortschritte in der gelebten Chancengleichheit von Frau und Mann in der Stadtverwaltung erzielt wurden. Insbesondere die Neueinstellungen von Kaderfrauen im Departement Bau und die Zielerreichung beim Stadtbuss stimmen für den weiteren Projektverlauf positiv. Zudem wurde deutlich, wie wichtig die Übertragung der Umsetzungsverantwortung des



Plakat der Kampagne gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Gleichstellungscontrollings auf die Führungskräfte und Entscheidungstragenden der Pilotorganisationen ist und diese aktiv in den laufenden Prozess eingebunden werden müssen. Nur damit kann letztendlich das Ziel erreicht werden, dass die spezifischen Gleichstellungsziele und Massnahmen in die routinemässigen Planungs- und Steuerungsprozesse integriert und verankert sind.

Bereits zum fünften Mal organisierten die Gleichstellungsbeauftragten den jährlich stattfindenden nationalen Tochtertag. An diesem Tag waren Mädchen und Knaben vom 5. bis 7. Schuljahr eingeladen, eine ihnen nahe stehende Bezugsperson bei der Arbeit in der Stadtverwaltung zu begleiten. Der diesjährige Tochtertag war ein grosser Erfolg und bot den 46 teilnehmenden Kindern erstmals die Gelegenheit, den Fachbereich Technik näher kennen zu lernen. Die msw-winterthur bot mit einem spannenden und attraktiven Nachmittagsprogramm vielfältige Informationen und praktische Einblicke in technische Berufe.

Im Januar beschloss der Grosse Gemeinderat den Einkauf von 3 zusätzlichen Krippenplätzen in der Arbeitgeberkrippe «Chäferfäscht». Damit konnte der bestehende Bedarf an Betreuungsplätzen für Kleinkinder von Mitarbeitenden bedürfnisgerecht gedeckt werden.

Die 13 verfügbaren Betreuungsplätze waren mit den üblichen Schwankungen insgesamt sehr gut ausgelastet. Zudem warteten per 31. Dezember 2007 9(5) Säuglinge und 2(3) Kleinkinder auf einen Krippenplatz. Eine erstmals durchgeführte Befragung der Eltern zeigte eine sehr hohe Zufriedenheit mit dem Angebot, der Betreuung sowie mit dem Konzept der Kinderkrippe.

Erstmals wurde bei den Beratungen zwischen Gesprächen im Bereich Gleichstellung sowie solcher mit allgemeinen Berufs- und Lebensfragen unterschieden (siehe nachstehend). Dies begründet die Verminderung der Anzahl Beratungen zu Gleichstellungsangelegenheiten im Vergleich zu den Vorjahren. Fragen zu Mutterschaft und Schwangerschaft, Familie und Beruf, beruflichem Wiedereinstieg sowie Teilzeitarbeit konnten jeweils meist in Kurzberatungen geklärt werden. Zeitintensiv waren jedoch die



Am Tochtertag werden Töchter von städtischen Mitarbeitenden in der msw über technische Berufe informiert.

Beratung und Begleitung von Lernenden nach sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Es wurden insgesamt 65 Beratungsgespräche geführt, welche von 27 Frauen in Anspruch genommen wurden.

Unter dem Titel «Gleiche Chancen für Männer und Frauen» unterstützten die Gleichstellungsbeauftragten die Vorgesetzten bei 12 (5) Neueinstellungen in Selektionsverfahren für Kaderstellen. Infolge dessen konnten 7 neue Kaderfrauen eingestellt werden. Erfreulich war, dass für eine Kaderstelle ein Job-Sharing eingerichtet wurde (1 Mann und 1 Frau).

Das Weiterbildungsangebot im Bereich Gleichstellung wurde rege genutzt. Neben den bestehenden Schulungen wurden 6 neue Kurse ausgeschrieben. Davon waren zwei Kurse speziell an Männer gerichtet. Die Kurse umfassten insgesamt 420 (271) Tage und es nahmen 510 (154) Personen daran teil. Diese Erhöhungen sind insbesondere auf die diversen Veranstaltungen im Zusammenhang mit der laufenden Kampagne gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz zurückzuführen.

Das verwaltungsinterne Informationsblatt «bfg news» erschien dieses Jahr zu den Themen «sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz» und «Teilzeit im Kader». Nicht zuletzt kennen die Mitarbeitenden dank der breiten Information die vielfältigen Angebote und Dienstleistungen der Fachstelle besser.

Die vom Büro für Gleichstellung letztes Jahr initiierten Netzwerkgruppen für Kaderfrauen in der Stadtverwaltung wurden aktiv genutzt. Die bestehenden fünf Gruppen trafen sich regelmässig zum Erfahrungsaustausch, nutzten Synergien und konnten sich gegenseitig unterstützen. Rund 50 Kaderfrauen der Stadtverwaltung besuchten Anfang Jahr den ersten Jahresanlass. Das Referat setzte sich mit dem Thema «Kaderfrauen im Spannungsfeld zwischen Idealen und Realität» auseinander.

Die Gleichstellungsbeauftragten luden zudem die neu in die Stadtverwaltung eingetretenen Kaderfrauen zu einem persönlichen Gespräch ein, um ihnen den Einstieg und damit die Vernetzung in die Verwaltung zu erleichtern sowie über die Angebote des Büros für Gleichstellung zu informieren.

Wiederum haben 25 (23) Frauen ein Gesuch für ein Stipendium zum beruflichen Wiedereinstieg eingereicht. 11 (10) Frauen konnte ein Unterstützungsbeitrag von total 23 478 Franken (18 600 Franken) zugesprochen.

Die Beauftragten für Gleichstellung waren neben ihren Kernaufgaben in unterschiedlichen Gremien aktiv und nahmen an zahlreichen Veranstaltungen und Sitzungen teil.

Stellenpool, Stellenbörse und allgemeine Beratungstätigkeit der Beauftragten für Gleichstellung

Nach dem erfolgreichen Start des Stellenpools werden inzwischen Mitarbeitende, welche aus verschiedenen Gründen innerhalb der Stadtverwaltung eine berufliche Veränderung oder einen beruflichen Aufstieg suchen, in der ab März 2007 zusätzlich eingerichteten Stellenbörse beraten. Insgesamt wurden 225 (228) frei werdende Stellen bearbeitet. Im Stellenpool konnten 6 (18) Kontakte hergestellt werden und in der Stellenbörse wurden 30

Mitarbeitende an die Dienststellen mit einem Stellenangebot unverbindlich weitervermittelt. Aus dem Stellenpool kam es leider zu keinen (6) Stellenvermittlungen, in der Stellenbörse fanden 5 Personen eine neue Anstellung in der Stadtverwaltung. Es hat sich gezeigt, dass die Stellenbörse mit insgesamt 65 Anmeldungen offensichtlich einem Bedürfnis der Mitarbeitenden entspricht.

Die Stellensuchenden schätzen das Angebot von Stellenpool und Stellenbörse, verbunden mit der individuellen Beratung zu Fragen rund um die Bewerbung sowie der Unterstützung beim Zusammenstellen des Bewerbungsdossiers.

Beratungen allgemein

81 Frauen und 15 Männer liessen sich von den Gleichstellungsbeauftragten beraten. Total wurden 229 Beratungsgespräche mit den Schwerpunkten Konflikte am Arbeitsplatz, arbeitsrechtliche Fragen, Mobbing und Burn-out durchgeführt. Meinungsverschiedenheiten und Unsicherheiten am Arbeitsplatz werden von einzelnen Mitarbeitenden schnell als Mobbing erlebt. Klärung oder Beratung zur Verhaltensänderung halfen hier oft weiter. Eine Zunahme von Beratungen war bei den Lernenden in akuten Lebens- und Berufskrisen festzustellen, welche teilweise auch die Lehrsituation gefährdeten.

Verschiedenes

Das Personalamt erstattete zu Handen des Stadtrates Mitbericht zu 53 (40) Personalgeschäften sowie zu 24 (21) Stellenplan-, Rechtsmittel- und weiteren Geschäften. Es erteilte seine Zustimmung zu 37 (53) Personalverfügungen und fertigte im Auftrag deren 40 (40) aus. Zu Handen des Stadtrats war eine Vernehmlassung an die kantonale Finanzdirektion betreffend die Einführung des Case Managements in der kantonalen Verwaltung und die Ausdehnung des Vaterschaftsurlaubs im kantonalen Personalrechts zu verfassen. Im Rahmen des Rechtsdienstes bearbeitete der Personalchef 18 (20) grössere Geschäfte, nahm zu 46 Anfragen per Mail (Vorjahr noch nicht separat erfasst) sowie zu weiteren telefonisch Stellung und erarbeitete ein Update der «Personalrechtlichen Praxis» für das Intranet-Handbuch «Personalrecht». Er führte ferner 23 (20) Beratungsgespräche in Konflikt- und Mediationsfällen.

Die Personalkommission trat zu 4 (4) Sitzungen zusammen. Mit dem Kanton, der Stadt Zürich und den Zürcher Gemeinden fanden 2 (2) personalpolitische Koordinations-sitzungen statt. Die Konferenz der Personalverantwortlichen der Departemente und Ämter versammelte sich zu 3 (4) Sitzungen unter dem Vorsitz des Personalchefs. Dieser wirkte an der Selektion für 7 (5) Stellen im oberen Kader mit. Er organisierte wiederum das jährliche Weiterbildungsseminar für die Mitglieder des Stadtrats, das am 14./15. November stattfand und unter Beizug von externen Referenten aus Praxis und Wissenschaft dem Thema «Modernes Human-Resources-Management in einer Stadtverwaltung» gewidmet war. Ferner organisierte das Personalamt zwei Konferenzen für das höhere Kader der Stadtverwaltung.

Personalstatistik 2007 des Verwaltungs- und Betriebspersonal

	Beschäftigungsumfang	Anzahl Beschäftigte am 31. Dezember 2007				
		Total	Frauen	Männer	Teilzeit	Vollzeit
Stadtkanzlei						
Stadtkanzlei	17.5	28	11	17	17	11
Kulturelles und Dienste	176.7	395	268	127	331	64
Departementssekretariat	3.6	5	3	2	3	2
Personalamt	10.5	14	9	5	8	6
Stadtentwicklung	12.4	19	13	6	17	2
Bereich Kultur	119.6	319	222	97	289	30
Stadtamann- und Betreibungsamt	28.2	34	17	17	10	24
Friedensrichteramt	2.3	4	4		4	
Finanzen	159.9	237	140	97	139	98
Departementssekretariat	3.1	3	2	1	0	3
Finanzkontrolle	4.4	5	2	3	2	3
Finanzamt	15.9	19	12	7	9	10
Steueramt	57.7	58	43	15	31	27
Liegenschaftenverwaltung	39.4	106	76	30	86	20
Informatikdienste	39.5	46	5	41	11	35
Bau	279.5	299	40	259	60	239
Departementssekretariat	6.2	7	4	3	2	5
Stadtplanung	11.3	14	6	8	5	9
Tiefbau	190.6	198	10	188	24	174
Hochbau	24.3	25	4	21	8	17
Vermessungsamt	15.1	17	1	16	8	9
Baupolizeiamt	32.1	38	15	23	13	25
Sicherheit und Umwelt	326.9	416	167	249	147	269
Departementssekretariat	3.1	3	1	2	0	3
Polizeirichteramt	7.5	8	5	3	3	5
Stadtpolizei	220.8	292	115	177	106	186
Feuerwehr	35.6	37	5	32	3	34
Zivilschutzamt	17.5	19	3	16	3	16
Melde- und Zivilstandswesen	29.5	37	29	8	19	18
Umwelt- und Gesundheitsschutz	13.1	20	9	11	13	7
Schule und Sport	341.0	1 238	970	268	1 141	97
Departementssekretariat	3.8	8	8	0	6	2
Schulbehörden	8.4	14	10	4	14	0
Bereich Bildung	112.3	296	270	26	283	13
Bereich Zentrale Dienste	160.5	800	598	202	751	49
Bereich Berufsbildung	19.1	58	50	8	49	9
Bereich Sport	36.8	62	34	28	38	24
Soziales	890.5	1 305	1 089	216	1 077	228
Departementssekretariat	6.8	10	7	3	9	1
Vormundschaftsamt	15.0	21	17	4	18	3
Soziale Dienste	160.5	225	145	80	183	42
Alter und Pflege	652.8	985	886	99	826	159
KAP	55.5	64	34	30	41	23
Technische Betriebe	658.0	723	115	608	148	575
Departementssekretariat	2.0	3	1	2	2	1
Stadtwerk	306.4	347	60	287	83	264
Stadtbus	237.2	244	28	216	27	217
Forstbetrieb	24.2	29	1	28	5	24
Stadtgärtnerei	88.2	100	25	75	31	69
Gesamttotal	2 850.0	4 641	2 800	1 841	3 060	1 581
Ausbildungsverhältnisse	508.1	539	211	328	42	497
Berufslehre nach BBG	189.4	198	124	74	3	195
Praktika	79.1	97	74	23	33	64
Schutz und Rettung	14.4	14	3	11		14
MSW-Lehrwerkstätte	221.4	224	5	219		224
Übrige in Ausbildung	3.8	6	5	1	6	

Bemerkungen zur Personalstatistik siehe auch im Geschäftsbericht des Personalamtes:

Beschäftigungsumfang: Total der geleisteten Pensen aller während des Jahres beschäftigten MitarbeiterInnen (eingeschlossen alle während des ganzen Jahres und während nur einer beschränkten Dauer in Voll- und Teilzeit Beschäftigten, in Berücksichtigung von Ein- und Austritten sowie unbezahltetm Urlaub, ausbezahlte Mehr- und Überstunden) umgerechnet auf Vollbeschäftigungen.

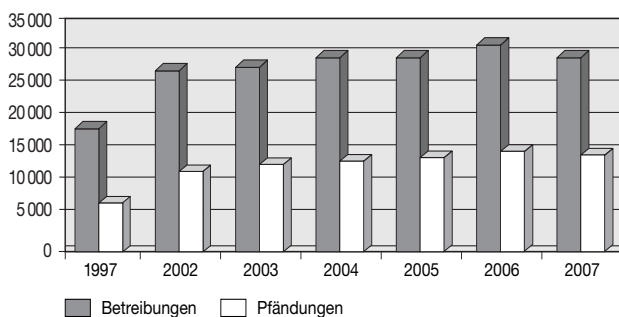
Anzahl Beschäftigte: wird per Stichtag 31. Dezember 2007 erhoben, wobei jede/r Mitarbeiter/in voll gezählt wird (Kopfzählung). Die Anzahl Anstellungsverhältnisse ist höher als die Gesamtzahl der beschäftigten Personen, da dieselbe Person verschiedene (Teilzeit)-Stellen innehaben kann und in diesem Fall mehrfach gezählt wird.

Rechtspflege

Stadtammann- und Betreibungsämter

Erstmals seit 1999 sind die Betreibungs- und Pfändungsverfahren der Winterthurer Stadtammann- und Betreibungsämter rückläufig. In der Stadt Winterthur wurden total 29 929 Betreibungsverfahren eingeleitet, was gegenüber 2006 eine Abnahme von 6.67 % entspricht. Pfändungen wurden total 14 771 vollzogen, d.h. 5.92 % weniger als im Vorjahr. Es wäre falsch, die Abnahme der Betreibungszahlen generell mit der Entwicklung der Wirtschaftslage in Zusammenhang zu bringen. Bei der Analyse der Zahlen 2007 wurden einige wichtige Erkenntnisse gemacht. Offensichtlich hat sich die intensive Präventionsarbeit der Betreibungsämter positiv ausgewirkt – sind doch 22 797 Auskünfte/Solventanfragen über Personen und/oder Schuldner durch Gläubiger eingeholt worden. Dies bedeutet eine Zunahme von 16.65 %. Diese Zahl war in den letzten 10 Jahren noch nie so hoch und verdeutlicht klar, dass die Gläubiger die Zahlungs-/Kreditfähigkeit der Vertragspartner zuerst genauer abklären, bevor sie einen Vertrag eingehen. Zudem ist es in einigen Berufsbranchen üblich geworden, dass nur noch gegen Barzahlung an die Kundschaft geliefert wird. Auch die

Eingeleitete Betreibungs- und vollzogene Pfändungen in der Stadt Winterthur von 1997 bis 2007



Analyse im Bereich der Jugendverschuldung hat ergeben, dass die von den Betreibungsämtern durchgeführten Lektionen im Bereich Schuldenprävention in den Schulen der Stadt Früchte getragen haben. Ein leichter Rückgang ist zu erkennen. Bei grossen Gläubigergruppen zeichnet sich die Tendenz ab, mehrere Forderungen gegenüber einem Schuldner oder einer Schuldnerin zusammenzufassen und erst dann die Betreibung einzuleiten. Die grosse Zahl der im Jahre 2007 durchgeführten Privatkonkurse hatte auch Auswirkungen auf die Betreibungszahlen. Sobald ein Konkurs eröffnet wird, werden die Betreibungsverfahren gegen den Konkursiten/Schuldner eingestellt. Der Rückgang der Betreibungszahlen bedeutet nicht weniger Arbeit. Der zeitliche Aufwand für die Bearbeitung der einzelnen Fälle nimmt stetig zu. Die Einnahmen der Kundschaft

gestalten sich in verschiedener Hinsicht oft schwierig, konfliktreich und belastend.

Dass die Veränderungen von Zahlen nicht nur wirtschaftsabhängig sind, zeigt die grosse Zahl von gerichtlichen Ausweisungsverfahren. Im Jahre 2007 wurden über 70 Mieter und Mieterinnen wegen nicht Bezahlung von Mietzinsen durch das Stadtammannamt aus ihren Wohnungen ausgewiesen. Die Geschäftslast im stadtmannamtlichen Bereich ist zunehmend. Der zeitliche Aufwand bei amtlichen Befundaufnahmen wird durch die rege Bautätigkeit in der Stadt immer grösser. Die vermittelnde Beratertätigkeit bei audienzrichterlichen Verboten, nachbarrechtlichen Streitigkeiten sowie freiwilligen öffentlichen Versteigerungen nimmt zu.

Die jährlich durch das Finanzamt der Stadt Winterthur, das Bezirksgericht Winterthur sowie das Betreibungsinspektorat des Obergerichts des Kantons Zürich durchgeführten Inspektionen ergaben wiederum durchwegs positive Ergebnisse.

Friedensrichteramt

Infolge eines Mutterschaftsurlaubs vervollständigte Regula Kopp Hess das Team der Friedensrichterinnen während knapp der Hälfte des Berichtsjahrs. In diesem wurden insgesamt 507 Fälle erledigt (2006: 523, 2005: 482), was genau dem Durchschnitt der Erledigungen seit der Zusammenführung der Friedensrichterämter im Juli 2003 entspricht. Am häufigsten waren auch dieses Jahr mit 338 Fällen die gewöhnlichen Zivilklagen (66.7 % der Gesamtfälle; 2006: 371, 2005: 329). Insgesamt wurden 90 Scheidungsklagen behandelt (17.7 % der Gesamtfälle; 2006: 93, 2005: 74). In 76 % der erledigten Scheidungsverfahren wurden Weisungen (68) ausgestellt, in 11 Fällen erfolgte nach Stellung eines gemeinsamen Begehrens auf Scheidung eine Überweisung an das Bezirksgericht und 11 Scheidungsklagen wurden zurückgezogen. Es ist festzustellen, dass nach Ablauf von zwei Trennungsjahren, nach welchen ein Scheidungsanspruch besteht, die klagende Person kaum mehr in ein gemeinsames Scheidungsbegehren einwilligt, weil dadurch die Scheidung durch die beklagte Person allenfalls mutwillig verzögert werden kann. Ausserdem wurden 31 Vaterschafts- und Unterhaltsklagen behandelt (6.1 % der Gesamtfälle; 2006: 15, 2005: 21), bei welchen in 74 % der Fälle Weisungen ausgestellt werden mussten. Grund dafür war häufig, dass infolge der Verschärfung der gesetzlichen Grundlagen wegen fehlender Papiere ausländischer Staatsangehöriger die Vaterschaft durch das Zivilstandsamt trotz grundsätzlicher Anerkennung nicht eingetragen werden konnte und diese deshalb nun durch ein aufwändiges gerichtliches Verfahren festgestellt werden muss. Bei den 32 erledigten Kompetenzfällen – dies sind Klagen mit einem Streitwert bis 500 Franken (6.3 % der Gesamtfälle; 2006: 35, 2005: 46) musste in 10 Geschäften ein Urteil gefällt werden, die restlichen 22 Fälle konnten einvernehmlich gelöst werden. Markant ist der Anstieg bei den Ehrverletzungsklagen

(16; 3.2 % der Gesamtfälle; 2006: 9, 2005: 12). Auffallend im Berichtsjahr war, dass es vermehrt zu querulatorischen Klagen gekommen ist, bei welchen ein erfolgreiches Vermitteln praktisch ausgeschlossen war.

Gesamthaft konnten 253 der 507 Fälle definitiv durch eine Verfügung erledigt werden (49.9 %, 2006: 56.2 %, 2005: 58.1 %). Ohne den hohen Anteil der Scheidungs- und Vaterschaftsklagen würde sich der Wert im Rahmen der Vorjahre bewegen. Bei den 254 Fällen, in denen eine Weisung an das Gericht ausgestellt werden musste, wurde die Klage in 145 Fällen bestritten. In 109 Fällen erschien die beklagte Partei nicht zur Sühnverhandlung oder es wurde ein schriftliches Verfahren durchgeführt. Insgesamt kann festgestellt werden, dass in 63.6 % der Fälle (2006: 72.2 %, 2005: 72.4 %), bei welchen eine Verhandlung ordentlich durchgeführt werden konnte, eine definitive Erledigung der Streitsache vor der Friedensrichterin erzielt wurde, ohne dass die Parteien an die nächst höhere Gerichtsstanz gelangen mussten. Der Streitwert der Klagen bewegte sich zwischen 84 und 13 723 703.10. Franken.

Auf hohem Niveau blieb auch die Zahl der allgemeinen Auskünfte (Audienzgespräche) mit 521 (2006: 527, 2005: 486). Das Friedensrichteramt war oftmals die erste Anlaufstelle bei rechtlichen Problemen, vor allem bei Verfahrensfragen, und nahm so eine Triage-Funktion wahr.

Friedensrichteramt

	Verfahren	Total
A. Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	63	
2. Neu eingegangene Klagen	471	534
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Rückzug oder Abschreibung	60	
2. Durch Anerkennung	30	
3. Durch Vergleich	109	
4. Durch Weisung (davon 68 Scheidungen)	249	
5. Durch Überweisung (Scheidungen)	11	459
Übertrag auf das folgende Jahr		74
B. Zivilprozesse bis Fr. 500.– Streitwert		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	4	
2. Neu eingegangene Klagen	32	36
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Urteil	10	
2. Durch Verfügung	22	32
Übertrag auf das folgende Jahr		4
C. Sühnverfahren über Ehrverletzungsklagen		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	0	
2. Neu eingegangene Klagen	19	19
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Vergleich	7	
2. Durch Rückzug oder Abschreibung	4	
3. Durch Weisung	5	16
Übertrag auf das folgende Jahr		3
D. Audienzgespräche		521
Total erledigte Fälle 2007		507
Vorjahr		523

Departement Finanzen

Rechnung

Die Rechnung 2007 schliesst bei bereinigten Aufwendungen von 1035 Mio. Franken und bereinigten Erträgen von 1031 Mio. Franken mit einem Aufwandüberschuss von rund 3,7 Mio. Franken ab. Gemäss ständiger Praxis des Kantons Zürich müssen alle Gemeinden im Steuerfussausgleich eine Eigenleistung im Umfang von 10 Prozent des Eigenkapitals für Aufwendungen der Laufenden Rechnung verwenden. Da die Neubewertung der Finanzliegenschaften im Jahr 2006 Eigenkapital in der Höhe von 36,9 Mio. Franken generierte, müssen 3,7 Mio. Franken als Aufwandüberschuss verbucht werden. Zusammen mit den Mehrerträgen beim Steuerkraftausgleich und bei den Steuern von insgesamt rund 21 Mio. Franken reduziert sich somit der Steuerfussausgleich um insgesamt 16,4 Mio. Franken; budgetiert war ein Beitrag von 50 Mio. Franken.

Die Konjunktur ist weiterhin gut und es ist zu hoffen, dass die finanziellen Verhältnisse nun stabilisiert werden können. Trotzdem bleibt der finanzielle Spielraum der Stadt Winterthur nach wie vor eng und lässt wenig Raum für eine reale Ausweitung.

Aufgaben- und Finanzplanung

Für die Budgetierung des Jahres 2008 wurde ein neues Verfahren entwickelt: In einem ersten Schritt wird das Rahmenbudget für die Laufende Rechnung der ganzen Stadtverwaltung erstellt, welches in der Folge auf die einzelnen Produktgruppen umgelegt wird. Auf diese Weise kann sich der Stadtrat bereits Ende Februar einen generellen Überblick über die Finanzierungssituation verschaffen und im April individuelle Vorgaben für die einzelnen Bereiche beschliessen. Dieses Verfahren hat zudem den Vorteil, dass sich abzeichnende Aufwandüberschüsse zu einem frühen Zeitpunkt festgestellt werden können und somit die Reaktionszeit für Korrekturmassnahmen länger wird. Künftig muss der IAFP noch besser in diesen Prozess einbezogen werden, damit auch bereits für das folgende Planjahr geeignete Massnahmen beschlossen werden können.

Steuern

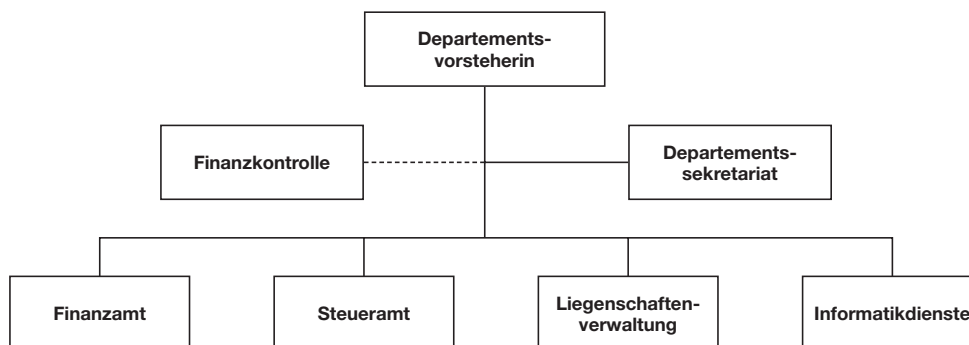
Die gute Konjunktur der vergangenen Jahre hat sich endlich auch im Haushalt der Stadt Winterthur niedergeschlagen. Die Steuern der natürlichen Personen verzeichneten ein – zwar noch zaghaftes – Plus von rund 3 Prozent, nachdem noch im Vorjahr ein Verlust zu verzeichnen gewesen war. Besonders erfreulich ist der starke Anstieg bei den Steuern der juristischen Personen, die sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 23 Prozent erhöhten. Ein Rückgang ist zu verzeichnen bei den Erträgen aus der Grundstückgewinnsteuer, der allerdings im Vorschlag 2007 bereits prognostiziert war und somit keine Überraschung darstellt.

Landpolitik

Die Landpolitik der Stadt Winterthur ist abgestimmt auf die breite Vielfalt des städtischen Immobilienvermögens. Beim Verwaltungsvermögen steht eine möglichst hohe Auslastung der Infrastruktur im Vordergrund. Mit einer Auslastungsquote von 100 Prozent wurde dieses Ziel auch im Jahre 2007 erfüllt. Beim Finanzvermögen soll eine marktkonforme Rendite erzielt werden. Dazu war es in den Vorjahren unumgänglich, Objekte zu verkaufen, bei denen aufgrund der Rahmenbedingungen kein genügender Ertrag erreicht werden konnte. Dieser Bereinigungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Das Portefeuille des Finanzvermögens weist nach wie vor Liegenschaften mit einer zu tiefen Rendite auf, obwohl sie keinen sozialen Nutzen stiften. Zur Verbesserung des Portefeuilles sollen Gebäude und Grundstücke erworben werden, die für die Stadt von Bedeutung sind. Ausserdem soll dem Unterhalt ein grösseres Gewicht beigemessen werden, damit Substanz und Ertrag der Liegenschaften nachhaltig gesichert werden.

Die Stadt Winterthur besitzt mehrere Landwirtschaftsbetriebe, die verpachtet werden. Für die Stadt dienen sie als Beitrag zur Lebensqualität der Bevölkerung und als langfristige Landreserven. Es ist ein Ziel des Stadtrates, dass die landwirtschaftlichen Pachtbetriebe der Stadt

Departement Finanzen



----- nur administrativ unterstellt

nach zeitgemässen Richtlinien geführt sind. Die Landwirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten einen tief greifenden Wandel erfahren. Damit die landwirtschaftlichen Pachtbetriebe der Stadt für die zukünftigen Anforderungen gerüstet sind, wurde von der Liegenschaftsverwaltung mit externer Unterstützung die Zukunftsstrategie der städtischen Landwirtschaftsbetriebe erarbeitet. Der Stadtrat hat die Zukunftsstrategie dem Grossen Gemeinderat vorgelegt, der sie zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Schliesslich konnte der Püntenpächterverein Winterthur per 1. Januar 2008 den Pachtvertrag für die neue, attraktive Freizeitanlage mit 135 Pünten auf dem Rietberg unterzeichnen.

Informatik

Um der rasanten technologischen Entwicklung zu begegnen, ist eine aktive Bewirtschaftung der Infrastruktur unumgänglich. Die Informatikdienste Winterthur (IDW) haben im Jahre 2007 verschiedene wichtige Vorhaben realisiert. So wurde u.a. ein Sicherheitsaudit der Rechenzentrumsdienste für externe Gemeinden durchgeführt, die Submission für die Belieferung mit PC-Hardware für die Jahre 2007 bis 2010 abgeschlossen, die Virtualisierung der Server des Rechenzentrums weiter vorangetrieben und die Telefonzentrale der Stadtpolizei ersetzt.

Marktseitig konnte erstmals eine grössere Gemeinde als Kundin für ein Full-Outsourcing der Dienstleistungen des Rechenzentrums gewonnen werden. Diese erfreuliche Entwicklung soll auch im Jahr 2008 fortgesetzt werden.

Projekt Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)

Die Arbeiten an der flächendeckenden Ausbreitung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in der ganzen Stadtverwaltung gehen in eine Konsolidierungsphase. Die Einführung ist gelungen, es besteht aber noch Optimierungspotenzial. Mittels einer Umfrage zu WoV in der Verwaltung und im Grossen Gemeinderat sind einerseits die Problemfelder angesprochen worden und andererseits wollte man die allgemeine Befindlichkeit über das heutige WoV-System in Winterthur herausfinden. Die Umfrageergebnisse sind befriedigend ausgefallen. WoV ist allgemein gut anerkannt und eingeführt, aber es hat sich auch gezeigt, dass WoV noch in einigen Punkten weiterentwickelt werden muss. Dies sind insbesondere die Überarbeitung des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP), die Verbesserung der Indikatoren zur effizienten Steuerung, der Umgang mit den Produktgruppen, die ihre Kosten vollständig decken müssen (Nullsaldo), und die Einführung von WoV in der Volksschule.

Projekt Haushaltsanierung 2007 (HS 07)

Der aktuelle Stand des Projektes HS 07 entspricht in den wesentlichen Punkten der Planung. Bei den meisten Projekten sind die Detailarbeiten weit fortgeschritten, bei einigen gar abgeschlossen und die Ergebnisse teilweise umgesetzt. Es ist erfreulich, dass in einigen Bereichen bereits per Budget 2007 markante Ergebnisverbesserungen verzeichnet werden konnten, die auch in der Rechnung 2007 tatsächlich realisiert wurden. Dies betrifft insbesondere die Projekte Abgeltung von Leistungen für den Kanton (2,8 Mio. Franken), Überschussminderung Stadtpolizei (1 Mio. Franken), Überschussminderung msw-winterthur (1,6 Mio. Franken) und Überschussminderung Alter und Pflege (2 Mio. Franken).

Die grossen Teilprojekte allerdings werfen heikle politische Fragen auf. Bereits die Bekanntgabe von Grobkonzepten auf Jahresbeginn 2007 – es handelt sich namentlich um die beiden Projekte Fokus und Reduktion

des Aufwandüberschusses bei der Stadtpolizei – provozierte politische Interventionen und öffentliche Reaktionen. In dieser Lage hatte die politische Führung die schwierige Aufgabe, so in den Prozess einzugreifen, dass die Zielsetzung laufender Arbeiten nicht gefährdet und die Motivation der damit Beschäftigten nicht beeinträchtigt wurden.

Im Laufe der Arbeiten stellte sich auch heraus, dass nicht alle Teilprojekte den erwünschten Erfolg bringen. Dies liegt daran, dass das Potenzial bereits ausgeschöpft ist. Ferner wurde die Forderung nach dem Ausgleich der Sonderlasten der Stadt Winterthur vom Kanton Zürich mit dem Hinweis auf die Reform des Finanzausgleichs (REFA) vorläufig zurückgewiesen. Dies ist allerdings im Hinblick auf den Neuen Finanzausgleich des Bundes (NFA) problematisch, da der Stadt Winterthur diesbezüglich Bundes-subsidationen in Millionenhöhe entgehen, welche vom Kanton Zürich bis anhin nicht kompensiert werden. Das Projekt Fokus ist vom Parlament an den Stadtrat zurückgewiesen worden und verzögert sich dementsprechend.

Projekt Zentrales Immobilienmanagement (ZIM)

Beim Projekt Zentrales Immobilienmanagement (ZIM) konnte die Phase eins, IST-Analyse und Grobkonzept, im Sommer abgeschlossen werden. Zielsetzungen sowie Handlungsfelder wurden vom Stadtrat beschlossen. Mit der Bearbeitung der Phase zwei, Erstellung von Strategie und Konzept ZIM, konnte im Herbst begonnen werden; die ersten Teilergebnisse liegen nun bei den Departementen zur Vernehmlassung.

Reform Zürcher Finanzausgleich (REFA)

Die Reform des Finanzausgleichs wurde wegen ihrer überragenden Bedeutung für den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur vom Departement Finanzen aufmerksam verfolgt. Die vorhandenen Informationen zur Funktionsweise des Modells wurden kritisch hinterfragt und deren Konsequenzen für Winterthur detailliert berechnet. Die Analyse zeigt eine hohe Stabilität des Modells auch bei ändernden Rahmenbedingungen. Gemäss den Modellrechnungen ist das Risiko tieferer Zahlungen aus dem Finanzausgleich für Winterthur beschränkt. Da der vorgeschlagene Verteilmechanismus dank richtig gesetzter Anreize insgesamt zu einer Stärkung des Standortes Kanton Zürich beiträgt, hat Winterthur eine positive Vernehmlassung zu REFA verfasst, auch wenn sich die Vor- und Nachteile für die Stadt Winterthur selbst in etwa die Waage halten.

Personelle Veränderungen

Das Steueramt steht seit dem 1. August 2007 unter der Leitung von Pius Kuhn. Er ist der Nachfolger von Christian Beusch, der in den Ruhestand getreten ist. Die Stellvertretung des Bereichsleiters hat ab 1. September 2007 Caroline Lüthi übernommen. Die Abteilung Inventarisierung wird seit 1. September 2007 von Benjamin Engeli, die Abteilung Publikumskontakte seit 1. Januar 2008 von Georgette Gaillard geleitet.

Peter Barandun hat die Leitung des Finanzamts per Ende August 2007 abgegeben und wirkt nun als Projektleiter im Departementsstab. Bis zum Amtsantritt des am 31. Oktober 2007 gewählten neuen Leiters Micheal Urech per 1. April 2008 wird das Finanzamt vom Stellvertreter Beat Holzer geführt.

In der Liegenschaftsverwaltung wird die Hauptabteilung Bewirtschaftung seit dem 1. Januar 2007 von Konrad Gull geleitet.

Finanzamt

Rechnungsabschluss

Die Rechnung 2007 schliesst bei bereinigten Aufwendungen von 1035 Mio. Franken und bereinigten Erträgen von 1031 Mio. Franken mit einem Aufwandüberschuss von rund 3,7 Mio. Franken ab. Dieses Ergebnis wird der Stadt als Bezügerin von Steuerfussausgleich vom Kanton Zürich vorgeschrieben: Alle Gemeinden im Steuerfussausgleich müssen im Sinne einer Eigenleistung 10 Prozent des Eigenkapitals für Aufwendungen der Laufenden Rechnung verwenden. Da die Neubewertung der Finanzliegenschaften im Jahr 2006 wieder Eigenkapital in der Höhe von 36,9 Mio. Franken generierte, müssen 3,7 Mio. Franken als Aufwandüberschuss verbucht werden.

Bei der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens stehen 93,1 Mio. Franken an bereinigten Ausgaben 22,1 Mio. Franken an bereinigten Einnahmen gegenüber, so dass netto 71 Mio. Franken investiert worden sind. Während davon 44 Mio. Franken ins Allgemeine Verwaltungsvermögen geflossen sind, beträgt der Anteil des Verwaltungsvermögens der städtischen Betriebe 27 Mio. Franken. Beim Finanzvermögen wurden netto 1,11 Mio. Franken investiert. Das Verwaltungsvermögen beläuft sich nach Berücksichtigung der Abschreibungen auf 525,6 Mio. Franken; davon entfallen 330,8 Mio. Franken auf das Allgemeine Verwaltungsvermögen und 194,8 Mio. Franken auf das Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe.

Laufende Rechnung

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2007	Voranschlag 2007	Veränderung
Aufwand (bereinigt)	1 035 385	1 048 546	- 13 161
Ertrag (bereinigt)	1 031 695	1 048 586	- 16 891
Ergebnis	3 690	- 40	3 730
Aufwand			
Personalaufwand	394 521	395 915	- 1 394
Sachaufwand	170 552	165 632	4 920
Passivzinsen	24 585	25 163	- 578
Abschreibungen	76 166	87 011	- 10 845
Energie-/Rohmaterialankauf	73 731	76 568	- 2 837
Entschädigungen an andere Gemeinwesen	40 856	39 314	1 542
Beiträge an Dritte	218 043	224 806	- 6 763
Durchlaufende Beiträge	2 740	3 800	- 1 060
Einlagen in Spezialfinanzierungen	34 191	30 337	3 854
Ertrag			
Steuern	307 503	295 789	11 714
Regalien und Konzessionen	1 322	725	597
Vermögenserträge	24 066	22 339	1 727
Entgelte	404 445	417 764	- 13 319
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	110 536	114 511	- 3 975
Rückerstattungen von Gemeinwesen	57 482	57 902	- 420
Beiträge mit Zweckbindung	113 410	114 337	- 927
Durchlaufende Beiträge	2 740	3 800	- 1 060
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	10 190	21 418	- 11 228

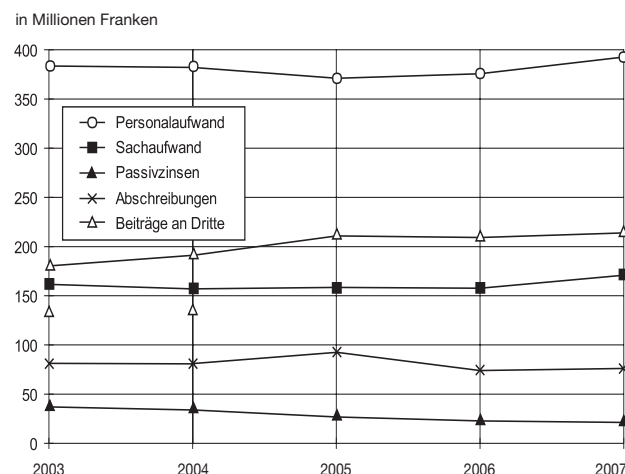
Die Rechnung 2007 konnte durch Ausgabendisziplin gut abgewickelt werden. Das eigentliche Ergebnis entspricht in etwa dem Voranschlag. Den unerwarteten Mehrerträgen beim Steuerkraftausgleich und bei den Steuern von insgesamt rund 21 Mio. Franken steht eine Reduktion des Steuerfussausgleichs in der Höhe von 16,4 Mio. Franken gegenüber. Der Steuerfussausgleich wird daher nicht in der budgetierten Höhe von 50 Mio. Franken beansprucht. Der Gesamtaufwand ist um rund 9,9 Mio. Franken, der Gesamtertrag um rund 13,6 Mio. Franken tiefer als der Voranschlag. Das Gesamtergebnis weicht somit um rund 3,9 Mio. Franken negativ vom Budget ab. Dieses Ergebnis kann grundsätzlich als positiv bewertet werden.

Beim Ertrag sind folgende Positionen speziell zu erwähnen: Die budgetierten Steuereinnahmen wurden um rund 11,7 Mio. Franken übertroffen und erreichten den Totalbetrag von 307,5 Mio. Franken (dieser Betrag umfasst sämtliche Steuereinnahmen des laufenden Jahres

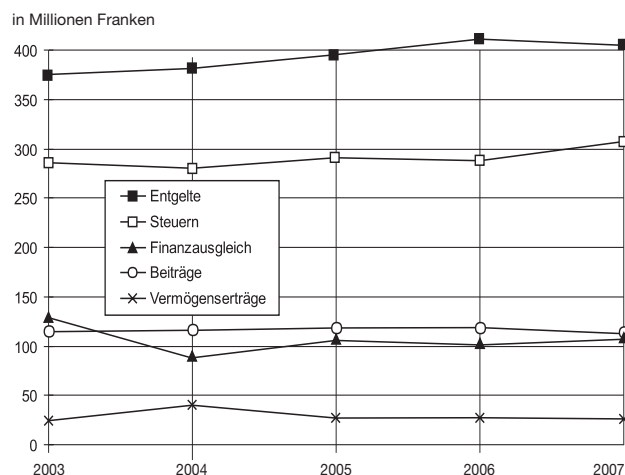
und der Vorjahre). Im Vergleich zum Vorjahr wurden fast 20 Mio. Franken mehr an Steuern eingenommen. Eine grosse negative Abweichung ergab sich auch bei den Entgelten (- 13,3 Mio.). Dies ist einerseits auf die tiefere Rückerstattung bei der Sozial- und Erwachsenenhilfe bedingt durch die Fallabnahme zurückzuführen (- 3 Mio.); andererseits waren die Energieverkäufe von Stadtwerk über 10 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Da der Bereich Stadtwerk Gebühren finanziert ist, beeinflusst dieser Umstand das Gesamtergebnis nicht.

Der Aufwand war gegenüber dem Budget um circa 10 Mio. Franken geringer. Hier sind folgende grossen Abweichungen zu erwähnen: Der Personalaufwand wurde um 1,4 Mio. Franken unterschritten. Beim Sachaufwand wurden 3,4 Mio. Franken wegen dringenden, gebundenen Unterhaltsarbeiten mehr ausgegeben als veranschlagt. Diese Mehrausgaben konnten allerdings durch Kosteneinsparungen bei anderen Kontengruppen überkompensiert werden. Die Zinsen sind nochmals um 0,6 Mio. Franken tiefer als das Budget und sogar 1,6 Mio. Franken tiefer als die Vorjahresrechnung. Damit dürfte die Talsohle endgültig erreicht sein. Die Abschreibungen sind 10,8 Mio. Franken tiefer als veranschlagt, was vor allem auf die tiefen Investitionen von Stadtwerk zurückzuführen ist. Die Beiträge an Dritte sind wieder deutlich unter dem veranschlagten Wert (- 6,7 Mio.), was darauf hindeuten könnte, dass die Ausgaben für Sozial- und Erwachsenenhilfe sich auf hohem Niveau stabilisieren. Der Energie- und Rohmaterialankauf (- 2.8 Mio.) ist in Abhängigkeit des

Entwicklung des Aufwandes



Entwicklung des Ertrages



Energieverkaufs von Stadtwerk zu sehen, welcher sich ebenfalls zurückgebildet hat. Die Entschädigung für die Löhne der Lehrpersonen an den Kanton liegen 1,5 Mio. Franken über dem Budget.

Der Verlauf der Rechnung zeigt deutlich, dass der finanzielle Spielraum der Stadt Winterthur nach wie vor eng ist. Es bleibt sehr wenig Raum für eine reale Ausweitung. Die Konjunktur ist weiterhin gut und es ist zu hoffen, dass die finanziellen Verhältnisse stabilisiert werden können. Dazu sind aber nach wie vor Massnahmen vorzusehen. Die Abhängigkeit vom maximalen Steuerfussausgleichsbeitrag hat ausserdem zur Folge, dass der Kanton den Voranschlag genehmigen muss.

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen liegen mit 71 Mio. Franken zwar höher als im Vorjahr aber immer noch deutlich unter dem Voranschlag. Beim Allgemeinen Verwaltungsvermögen wurde deutlich mehr investiert als letztes Jahr; dennoch liegen diese mit 44 Mio. Franken knapp 10 Prozent unter dem angestrebten Soll. Dies liegt an den zeitlichen Verzögerungen von grossen Vorhaben. Der Realisierungsgrad liegt bei rund 60 Prozent des Programms. Die Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe belaufen sich auf rund 27 Mio. Franken und liegen damit deutlich tiefer als angenommen (64,3 Mio.).

Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2007	Voranschlag 2007	Veränderung
Ausgaben (bereinigt)	93 132	159 326	- 66 194
Einnahmen (bereinigt)	22 140	21 787	353
Nettoinvestition	70 992	137 539	- 66 547
<i>Ausgaben:</i>			
Grundstückwerb und Bauten	90 134	156 386	- 66 252
Darlehen und Beteiligungen	146	550	- 404
Investitionsbeiträge	1 620	1810	- 190
übrige zu aktivierende Ausgaben	196	480	- 284
Einlagen in Spezialfonds	1 035	100	935
<i>Einnahmen:</i>			
Abgang von Sachgütern	0	0	0
Nutzungsabgaben/Vorteilsgelte	7 410	5 360	2 050
Rückzahlung von Darlehen/Beteiligungen	890	701	189
Rückerstattung für Sachgüter	3 730	4 940	- 1 210
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	33	0	33
Beiträge mit Zweckbindung	9 971	7 644	2 327
Entnahmen aus Spezialfonds	106	3 142	- 3 036

Bei den Investitionen ins Finanzvermögen ergibt sich eine kleine Nettoinvestition von 1,1 Mio. Franken anstatt der angenommenen Desinvestition von 2,3 Mio. Franken.

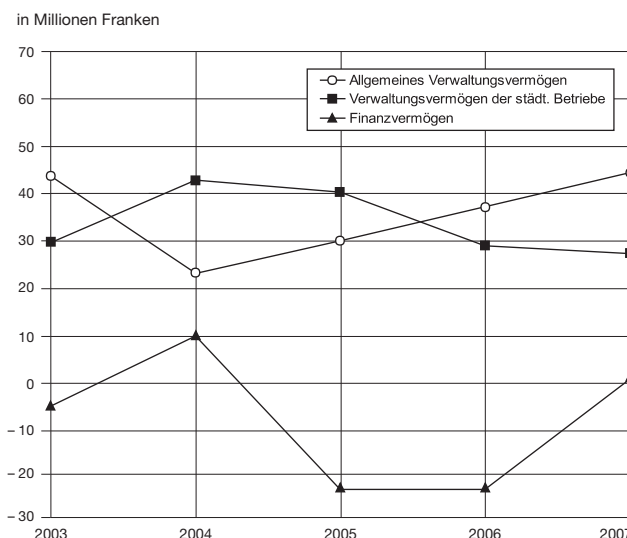
Investitionsrechnung Finanzvermögen

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2007	Voranschlag 2007	Veränderung
Total Ausgaben	17 224	13 365	3 859
Total Einnahmen	16 111	15 650	461
Nettoinvestitionen	1 113	- 2 285	3 398

Bestandesrechnung (Bilanz)

Die Bilanzsumme verringerte sich um 30,8 Mio. Franken (- 2,7 %) von 1147 auf 1116 Mio. Franken. Auf der Aktivseite ging die Reduktion vollständig zu Lasten des Finanzvermögens und dort im Wesentlichen zu Lasten der flüssigen Mittel und Guthaben. Das Verwaltungsvermögen

Entwicklung der Nettoinvestitionen



blieb stabil; d.h. die Nettoinvestitionen und die Abschreibungen hielten sich die Waage.

Auf der Passivseite verringerte sich das Fremdkapital um 68,6 Mio. Davon entfallen 83 Mio. Franken auf die Schuld bei der Pensionskasse. Das Ziel, diese Schuld bis Ende Jahr nachhaltig unter 350 Mio. Franken zu senken wurde erreicht. Die Schuld gegenüber der Pensionskasse beträgt zum Bilanzstichtag 329 Mio. Franken. Die Abnahme des Fremdkapitals wurde durch eine deutliche Zunahme der Verrechnungen um 16 Mio. Franken und der Spezialfinanzierungen um 25 Mio. Franken kompensiert. Die restliche Abnahme des Fremdkapitals ging zu Lasten der Liquidität.

Die Folge dieser Veränderungen ist ein erneut gesunkener Fremdfinanzierungsgrad, der zusammen mit dem tiefen Zinsniveau zu einer historisch tiefen Zinslast führt.

Beträge in tausend Franken	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Bilanzsumme	1 115 905	1 146 725	- 30 820
<i>Aktiven</i>			
Finanzvermögen	589 711	621 429	- 31 718
Verwaltungsvermögen	525 628	525 296	332
Spezialfinanzierungen	566	0	566
<i>Passiven</i>			
Fremdkapital	826 838	895 408	- 68 570
Verrechnungen	28 413	12 472	15 941
Spezialfinanzierungen	227 441	201 943	25 498
Eigenkapital	33 212	36 902	- 3 690

Finanzierungsrechnung

Der Finanzierungsbedarf stellte sich sehr viel tiefer als budgetiert. Dieser Effekt ist vor allem auf die stark zurückgenommenen Investitionen ins Verwaltungsvermögen zurückzuführen. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 128 Prozent (ohne städtische Betriebe und Spezialfinanzierungen: 79 Prozent). Der sehr gute Wert beim Allgemeinen Verwaltungsvermögen kommt jedoch nur dadurch zustande, dass die Investitionstätigkeit bei den städtischen Betrieben recht niedrig ausgefallen ist und die Einlagen in die Spezialfinanzierungen substanziell ausfielen.

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2007	Voranschlag 2007	Veränderung
<i>Nettoinvestitionen ins allgemeine Verwaltungsvermögen</i>	44 004	48 000	- 3 996
+ Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe	26 988	64 320	- 37 332
- Abschreibungen des allgemeinen Verwaltungsvermögens	37 693	38 000	- 307
- Abschreibungen der städtischen Betriebe	32 967	45 265	- 12 298
+ Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung	3 690	0	3 690
<i>Finanzierungsbedarf I</i>	4 022	29 055	- 25 033
- Einlagen in Spezialfinanzierungen	35 227	30 607	4 620
+ Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	10 295	24 560	- 14 265
<i>Finanzierungsbedarf II</i>	- 20 910	23 008	- 43 918
+ Nettoinvestitionen ins Finanzvermögen	1 113	- 2 285	3 398
- Abschreibungen Finanzvermögen	1 038	682	356
<i>Gesamter Finanzierungsbedarf</i>	- 20 835	20 041	- 40 876

Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP), Budgetierung

Die finanzielle Planung legte ihre Schwergewichte erneut auf die Investitionsvorhaben und auf das Erarbeiten von Szenarien für die Entwicklung der Laufenden Rechnung. Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) dient der mittelfristigen Steuerung. Allerdings wird immer noch häufig die Methode der Fortschreibung angewendet. Dies führt dazu, dass die Werte am Ende der Planperiode recht optimistisch eingeschätzt werden. Es ist allerdings zu vermerken, dass die Qualität der Daten stetig steigt und es kann damit gerechnet werden, dass gegen Ende der Legislaturperiode der IAFP ein griffiges Steuerungsinstrument darstellen wird.

Die Investitionsprogramme für die Jahre 2007 bis 2011 wurden gestrafft und entlastet. Für die Planung müssen nach wie vor Anstrengungen für eine klare Priorisierung getroffen werden. Bei der Rechnungslegung musste wiederum festgestellt werden, dass Planung und Abwicklung voneinander abgewichen sind. Das zeigt, dass die Realisierung von Investitionen schwierig zu lenken ist und dass zwingend Wege gefunden werden müssen, die ein effizientes Investitionscontrolling erlauben.

Finanz- und Rechnungswesen

Für die Budgetierung des Jahres 2008 wurde ein neues Verfahren entwickelt, welches als ersten Schritt ein Rahmenbudget für die Laufende Rechnung für die ganze Stadt vorsieht. Damit verschafft sich der Stadtrat einen generellen Überblick über die Finanzierungssituation. Das Rahmenbudget wird in der Folge auf die einzelnen Produktgruppen und Nicht-WoV-Institutionen umgelegt. Auf diese Weise kann der Stadtrat schon im April individuelle Vorgaben für die einzelnen Bereiche beschliessen. Erst danach beginnt die Feinbudgetierung. Dieses Verfahren hat den Vorteil, dass schon viel früher im Jahr sich abzeichnende Aufwandüberschüsse festgestellt werden können und somit die Reaktionszeit für Korrekturmassnahmen länger wird. In einem ersten Durchgang ist dieses neue Verfahren von allen Beteiligten als Fortschritt bewertet worden. Allerdings muss vor allem das erste Planjahr des IAFPs noch besser in diesen Prozess miteinbezogen werden, damit schon für das darauf folgende Jahr geeignete Massnahmen ergriffen werden können.

Die im Extranet dem Grosse Gemeinderat zur Verfügung gestellte Applikation für die Abwicklung des Budgetprozesses ist auf die Investitionsrechnung ausgedehnt worden.

Versicherungswesen

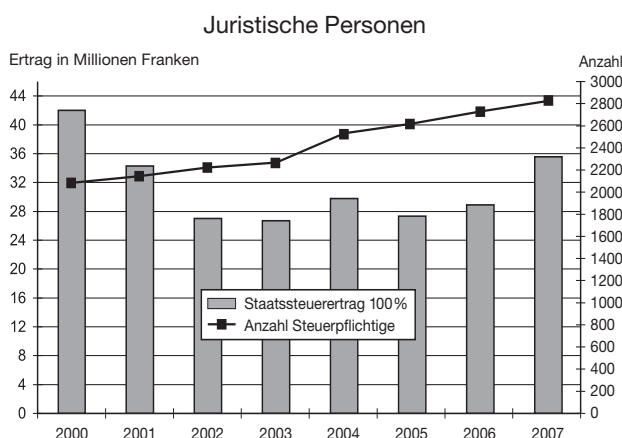
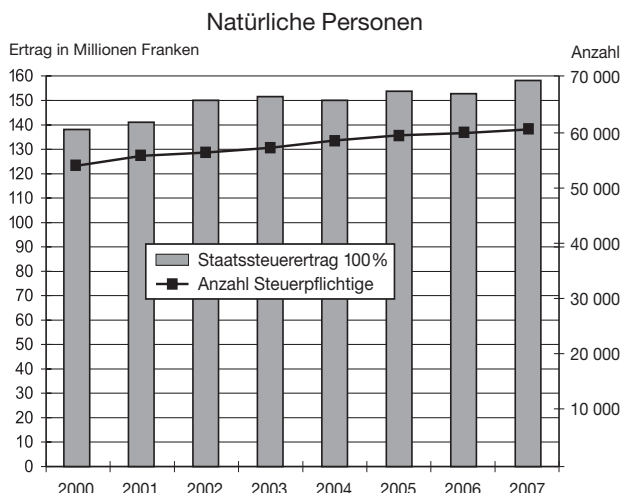
Der neue Versicherungsmakler (Walser Consulting) hat für die Stadt folgende Versicherungen neu ausgeschrieben: die Sachversicherung mit verbesserter Deckung, die Betriebshaftpflichtversicherung mit erhöhter Versicherungssumme (50 Mio. Franken), die Motorfahrzeugversicherung für Trolley- und Autobusse des Stadtbusses, und die Motorfahrzeugversicherung für übrige Dienstfahrzeuge der Stadt. Bei drei der Versicherungen hat die bisherige Gesellschaft die Policen behalten können. Nur bei der Motorfahrzeugversicherung für die übrigen Dienstfahrzeuge der Stadt wechselte die Gesellschaft. Insgesamt konnte eine Ersparnis von rund 60 000 Franken mit einer verbesserten Leistung über alle Policen erreicht werden.

Steueramt

Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern sind mit einem Steuerfuss von 123 Prozent (123 %) eingezogen worden und brachten einen Ertrag von 238,3 Millionen Franken. Absolut verbesserten sich die Steuererträge der natürlichen Personen um 3.17 Prozent (- 2.73 %), diejenigen der juristischen Personen verbesserten sich um 23.43 Prozent (+ 0.9 %). Die Steuerprognose ist um + 3.81 Prozent verfehlt worden.

Entwicklung der Steuerpflichtigen und des Staatssteuerertrages



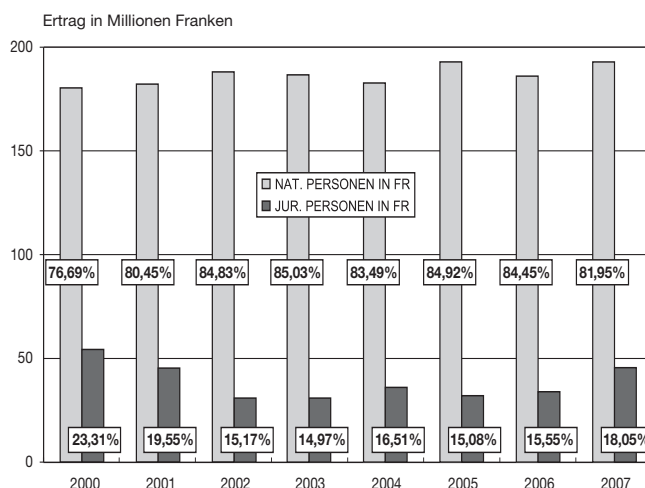
Steuerausscheidung

Ausscheidungen	Natürliche Personen		Juristische Personen	
	Anzahl	Fr.	Anzahl	Fr.
Aktive	531	7 912 279	121	5 381 006
Passive	226	2 446 508	31	1 578 798
Saldo zG Winterthur		5 465 771		3 802 208
Total		9 267 979		

Quellensteuern

Die Anzahl der quellensteuerpflichtigen Personen ist erneut gewachsen; vor allem die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz in Winterthur hat um rund 800 auf 7777 Personen zugenommen. Die 8662 Quellensteuerfälle brachten einen Steuerertrag von 12,5 Millionen Franken.

Anteil der natürlichen und juristischen Personen am Total der Gemeindesteuern



Nachsteuern und Bussen

In 66 Fällen wurden Einnahmen von 1 444 368 Franken erzielt.

Inventarisierung

Die Inventarabteilung hat bei 836 Todesfällen ein Inventar aufgenommen und 750 Inventare abgeschlossen.

Steuerbewertung der Liegenschaften

Das kantonale Steueramt hat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Experten der Firma Wüest und Partner eine generelle Liegenschaftsbewertung für die Steuerperiode 2007 geprüft. Aufgrund der Ergebnisse steht fest, dass keine generelle Neubewertung vorgenommen werden muss, da sich die Werte nur geringfügig verändert haben. Somit wird eine Neubewertung nur im Zusammenhang mit einer Handänderung erstellt.

Grundsteuern

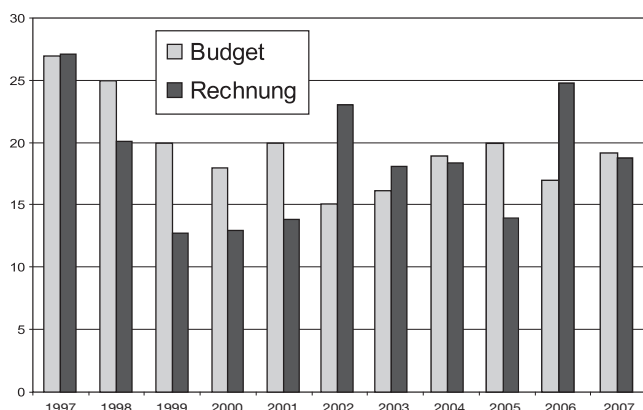
Tiefe Zinsen und die leichte Verfügbarkeit von Krediten waren die massgeblichen Gründe für die nach wie vor grosse Nachfrage nach Immobilien. Die Eigentumsübertragungen bewegten sich daher auch auf dem Niveau des Vorjahres. Insgesamt sind 1296 (1266) Handänderungen eingegangen (+ 2.4 %). Von den pendenten Geschäften erledigte die Grundsteuerabteilung 1091 (1444) Fälle.

Grundstücksgewinnsteuern

Der erzielte Ertrag von 18,6 Millionen Franken (24,7Mio.) resultierte aus 589 (957) steuerpflichtigen Geschäften. Das Ergebnis liegt um 0.4 Millionen Franken leicht unter dem budgetierten Betrag von 19,0 Millionen Franken. Die Phase steigender Preise für Boden und Liegenschaften geht bereits ins siebte Jahr. Selbst die nunmehr seit einigen Monaten steigenden Zinsen taten der Stimmung keinen Abbruch. Neben den Preisen müssen auch die finanziellen Rahmenbedingungen wie Haushaltseinkommen miteinbezogen werden. Der Anstieg der Einkommen sowie die günstige Finanzierungssituation haben die steigenden Hauspreise kompensiert. Bei den Grundstücksgewinnen wurde dieser Effekt durch die vor zwanzig Jahren anziehenden Verkehrswerte und die um 1990 (Hochkonjunktur) bezahlten Erwerbspreise teilweise wieder ausgeglichen.

Gegen die Entscheide des Grundsteuerausschusses der Stadt Winterthur sind drei Einsprachen und ein Rekurs eingegangen. Vier Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.

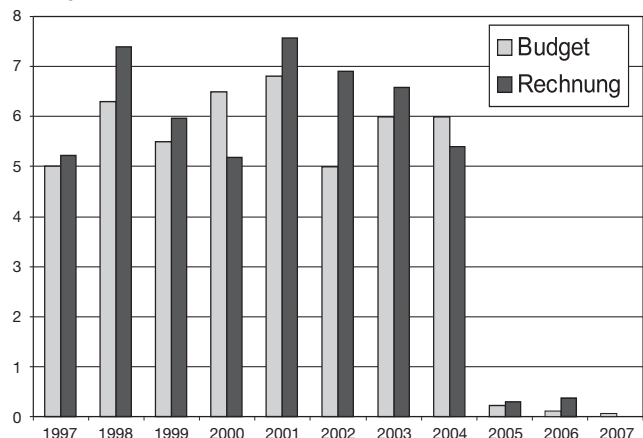
Ertrag in Millionen Franken



Handänderungssteuern

Die Einnahmen von 1000 Franken (37 000) lagen 39 000 Franken unter dem budgetierten Ertrag. Nach der Abschaffung der Handänderungssteuer resultierten die Einnahmen aus der nachträglichen Veranlagung eines steuerpflichtigen Rechtsgeschäftes vor dem 1. Januar 2005. Gegen den Handänderungssteuerentscheid ist kein Rechtsmittel ergriffen worden.

Ertrag in Millionen Franken



Steuererlasse

Es wurde ein Teilerlass gewährt. Das Gesuch wurde von der Stadt abgelehnt, im Rekursverfahren hingegen teilweise von der Rechtsmittelinstanz gutgeheissen, was schliesslich zu einem hälftigen Erlass führte. An den Steuererlass werden von Gesetzes wegen so hohe Anforderungen gestellt, dass nur sehr selten entsprechende Gesuche positiv entschieden werden können.

Steuerbezug

Die ständigen Rationalisierungsmassnahmen erlaubten es, die weiterhin wachsende Zahl der Steuerfälle zu bewältigen, die Qualität zu halten und dazu noch leicht günstiger zu agieren. Insgesamt sind 95 Prozent aller Steuereinschätzungen der natürlichen Personen vom Steueramt vorgenommen worden.

Auch das Internetangebot ist erneut vermehrt genutzt worden; die interaktiven Teile ergaben 6126 Nutzungen. Zudem ist wiederum eine steigende Tendenz der von den Steuerzahlenden elektronisch abgewickelten Korrespondenz zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr sind 130 692 Steuerrechnungen, 18 586 Mahnungen und 10 057 Betreibungsandrohungen verschickt worden. Das führte zur Ausstellung von 2760 Zahlungsbefehlen. In 115 Fällen wurde dagegen Rechtsvorschlag erhoben. In 2357 Fällen musste das Pfändungsbegehren gestellt werden, was 846 Lohn-, 15 Fahrnis- und 3 Grundstückpfändungen zur Folge hatte. Ferner mussten drei Verwertungsbegehren gestellt werden. Total sind 1377 Verlustscheine ausgestellt worden, davon 21 Konkursverlustscheine.

Scancenter Winterthur

Das Scancenter konnte zu den 88 bestehenden Kundengemeinden weitere 14 dazu gewinnen. Somit stehen von den 171 Gemeinden im Kanton Zürich 104 Gemeinden im Scancenter Winterthur unter Vertrag. Per Ende Berichtsjahr sind alle Zürcher Gemeinden einem der vier Scancenter angeschlossen. Der Auf- und Ausbau im Kanton wie auch im Steueramt Winterthur ist somit abgeschlossen.

Projekte

Das Steueramt Winterthur arbeitet in zahlreichen kantonalen Projekten mit, wie Meldewesen in der Gemeinde, Technisches Steuererklärungsverfahren, Scanning/Archivierung im Kanton Zürich (der Kanton hat das in Winterthur pilotierte Projekt übernommen), logisches Regelwerk, Indexierungsrichtlinien, Liegenschaftenbewertung, Schnittstelle Zürich Primo und paritätische Arbeitsgruppe Steuerbezug sowie Steuereinschätzung.

Im Steueramt sind weitere städtische Projekte im Gang: neues Betreibungsmodul und Verlustscheinbewirtschaftung, Regelwerk, Scanning+ (Digitalisierung aller restlichen Papierablagen) und Grundlagenwerkstatt Statistiken der Stadtentwicklung.

Informatikdienste (IDW)

Informatikstrategie

Der Informatiklenkungsausschuss (ILA), in dem alle Departemente vertreten sind, hat in fünf Sitzungen diverse Geschäfte selber oder zu Händen des Stadtrates verabschiedet. Die Umsetzung der Informatikstrategie wird weiter vorangetrieben. Die IDW sind in verschiedenen ausserstädtischen Informatik-Gremien vertreten: so z.B. in den Vorständen des schweizweit anerkannten Vereins eCH und der kantonalen IG EDV, der Interessengemeinschaft EDV der Zürcher Gemeinden.

Security Policy

Zusammen mit einem externen Partner wurden die Rechenzentrumsdienste für externe Gemeinden einem Sicherheitsaudit unterzogen.

Mit dem städtischen Datenschutzbeauftragten und dem Personalamt wurde die «Verordnung über die Nutzung von Internet und E-Mail sowie die Ablage von privaten Dokumenten» erarbeitet. Sie soll 2008 vom Stadtrat verabschiedet und in Kraft gesetzt werden.

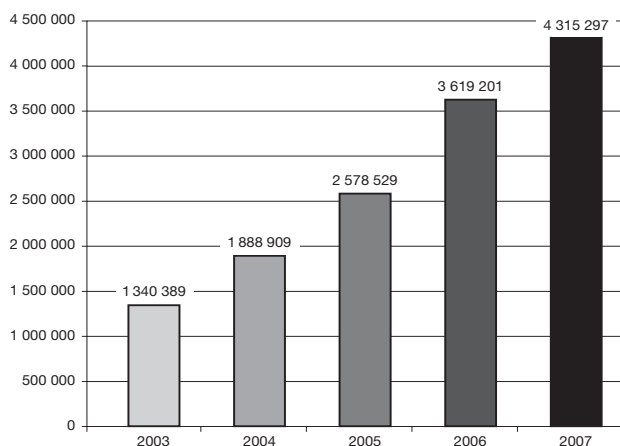
Die IDW sind die lokale Registrierungsstelle (local registration authority, LRA) für die Stadt Winterthur und die übrigen 169 Gemeinden des Kantons Zürich (ohne Stadt Zürich). In dieser Funktion wurden für Zertifikate des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation (BIT) 234 PKI-Ausweise bearbeitet. Die IDW wirken auch bei der Umsetzung der kantonalen Network Security Policy (NSP) mit.

Anwendungssysteme

Internet- und eGovernment-Auftritt der Stadt Winterthur

Das Portal www.stadt.winterthur.ch oder einer der Sub-Auftritte wurden 4,32 Millionen Mal besucht (siehe Graphik). Als Besuch zählt jeder Aufruf einer Seite mit eigener URL-Adresse. Auch die Nutzung der Online-Formulare hat zugenommen: 29 366 Mal gegenüber 25 838 (2006) und 19 945 (2005). Damit können verschiedene städtische Dienstleistungen auf elektronischem Weg rationell abgewickelt werden, was sowohl den Einwohnerinnen und den Einwohnern wie auch der Verwaltung nützt.

Besuchende des Internetportals www.stadt.winterthur.ch



Diverse Sub-Auftritte wurden neu konzipiert oder grundlegend überarbeitet. Für den Stadtrat wurde ein Blog aufgeschaltet.

Städtische Anwendungen

Es wurden sowohl diverse neue Konzepte erarbeitet als auch Unterstützung bei der Evaluation und Realisierung neuer Lösungen geleistet. In der Stadtkanzlei konnte die Geschäftsverwaltung iGeko eingeführt werden. Damit arbeiten die Stadtkanzlei und die Departementssekretariate mit dem gleichen System.

Interne Verrechnungen

Das neue Anwendungssystem, das Anfang 2008 eingeführt wird, erlaubt eine automatische Verbuchung aller Dienstleistungen der IDW in der Finanzbuchhaltung. Durch diese Automatisierung der internen Verrechnung werden die internen Kunden wie auch die IDW entlastet. Die Transparenz erhöht sich dank der online-Bereitstellung des Inventars.

PC-Benutzerservice

Verschiedene Projekte wurden realisiert, so unter anderem die Submission der städtischen PCs für 2007 bis 2010. Die Erfahrungen mit den neuen Geräten sind positiv. Momentan sind in der Stadtverwaltung rund 2300 PCs sowie knapp 400 Notebooks im Einsatz; dazu kommen rund 1050 PCs der Schüler und Schülerinnen in der Primarschule. Dort wurden zudem 500 bestehende PCs ersetzt.

Der Stadtrat hat die IDW neu als zentrale Beschaffungsstelle für Multifunktionsgeräte (MFG), PDAs (Personal Digital Assistant), Smartphones und Handys bestimmt.

Die Lieferanten haben die Anforderungen der IDW an eine rationelle Rechnungsstellung noch nicht erfüllen können. Das Verbesserungspotential soll jedoch 2008 ausgeschöpft werden.

Die Stadtverwaltung ist eine dynamische Organisation. Dies hat direkte Auswirkungen auf Änderungen von Zugriffsberechtigungen, Ersatz- und Neuanschaffungen von Arbeitsplatzinfrastruktur, Installation von Software, Zügel- und Umstellungsaktionen, Nachführung des Inventars sowie die Verrechnung der Dienstleistungen.

Die Anzahl der besuchten Informatik-Schulungskurse ist weiterhin gering: Es wurden nur 145 Kurse gebucht (2006: 135, 2005: 193). Der Rückgang kann nur bedingt mit einem besseren Ausbildungsstand der Mitarbeitenden begründet werden, steigt doch die Anzahl von Hotline-Anrufen laufend. Die Zahl der Anrufe erhöhte sich auf rund 10 700 (2006: 8800).

Datenkommunikation

Die Anzahl Netzwerkanschlüsse ist gestiegen. Knapp 3000 Geräte sind angeschlossen. Für eine verbesserte Verfügbarkeit sind alle wichtigen Serversysteme im Rechenzentrum neu redundant über zwei Netzwerkanschlüsse an die Netzwerkgeräte angeschlossen.

Die Materialverwaltung sowie die Schulhäuser Zelglistrasse und Zürcherstrasse wurden mit Glasfaser erschlossen. Aufwändig waren die Arbeiten für die Datensicherheit und den Datenschutz, insbesondere die Betreuung der Netzwerksicherheitskomponenten (Firewall-Umgebung): Die immer häufigere interne und externe Zusammenarbeit über das Internet erfordert vielklärungsarbeit und Sicherheitsüberprüfungen.

Seit Mitte 2007 ist der Winterthurer Knoten des kantonalen Netzwerkes LEUnet redundant mit Zürich verbunden. Die IDW engagieren sich weiterhin im LEUnet und sind in der Betriebsgruppe LEUnet vertreten.

Planung und Realisierung von universellen Kommunikationsanlagen (UKV) sind im Hinblick auf das Projekt «Fokus» nur vereinzelt ausgeführt worden, beispielsweise für die Gebäude der Abteilung Prävention und Suchthilfe an der Tösstalstrasse 53 und 19 sowie für die Stadtgärtnerei am Rosenberg.

Telefonie

Die Telefonzentrale der Stadtpolizei musste erneuert werden, weil der Wartungsvertrag für das alte System aus dem Jahre 1996 vom Lieferanten per Mitte 2007 gekündigt wurde. Die IDW konnten die Zentrale rechtzeitig vor Auslauf des Wartungsvertrags ersetzen.

Im Herbst haben die IDW ein Gesamtkonzept zur Ablösung der restlichen Telefonzentralen aus dem Jahre 1996 erarbeitet. Unter dem Arbeitstitel «Der Weg zu VoIP» soll das Konzept in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden.

Rechenzentrum

Dank der Virtualisierung der Server hat die Anzahl der physischen Server erstmals von 128 auf 120 abgenommen. Dies hat einen positiven Einfluss auf die Verwaltung der Server wie auch auf den Energieverbrauch (ca. 200 MWh geringer Verbrauch pro Jahr). Die Virtualisierung wird weiter vorangetrieben. Total sind rund 11 500 Gigabytes Diskplatz (11 500 000 000 000 Zeichen) belegt.

Neben den schon bestehenden Möglichkeiten kann neu auch mit Citric-Web-Access über das Internet auf städtische Anwendungen zugegriffen werden. Die Mitarbeitenden können somit bei Bedarf und Berechtigung auf der ganzen Welt rund um die Uhr arbeiten, als ob sie am eigenen Arbeitsplatz sitzen würden.

Erstmals wurde eine grössere Gemeinde im Full-Outsourcing (alle Anwendungen werden im Rechenzentrum betreut) in Betrieb genommen. Drei zusätzliche Gemeinden sowie ein Werk kamen weiter hinzu. Momentan werden 13 Gemeinden und fünf Werke im Rechenzentrum bedient. Für 2008 rechnen die IDW mit mindestens zwei weiteren Kunden. Mit dem Druck- und Verpackungsservice werden 29 Gemeinden und Werke bedient.

Die über 10-jährige Kuvertiermaschine wurde ersetzt. Über 1,5 Millionen Kuverts wurden jährlich für die Stadtverwaltung sowie für andere Gemeinden und Werke mit Steuererklärungen, Steuerrechnungen, Werkrechnungen, Abstimmungsunterlagen usw. im Format von C5 bis B4 verpackt.

Liegenschaftenverwaltung

Bewirtschaftung der Liegenschaften des Finanzvermögens

Immobilienmarkt Winterthur

Der Leerwohnungsbestand ist in der Stadt Winterthur per Stichtag (1. Juni) auf 0.47 Prozent des Gesamtbestandes minimal gestiegen (2006: 0.45 %; 2005: 0.32 %). Dies entspricht 222 leer stehenden Wohnungen. Von den Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse standen per Ende 2007 lediglich acht Wohnungen bzw. Einfamilienhäuser leer (1.19 % von total 670 Mietobjekten). Dabei handelt es sich ausschliesslich um grös-

sere Wohneinheiten im oberen Preissegment sowie um Objekte, die im Hinblick auf einen bevorstehenden Verkauf oder Abbruch nicht mehr vermietet wurden. Insgesamt fanden 77 (74) Wohnungswechsel statt. Eine Wiedervermietung war mehrheitlich problemlos möglich.

Mietzinsentwicklung

Mit Rücksicht auf die zurzeit noch bestehende Kopplung des variablen Hypothekarzinsatzes mit den Mietzinsen hielt sich die Zürcher Kantonalbank (ZKB) seit dem Anstieg des allgemeinen Zinsniveaus ab 2005 mit Zinserhöhungen zurück. Die ZKB hat bei der variablen Hypothek in dieser Zeit nur einmal eine Richtzinssatzerhöhung von 0.25 Prozent per 1. Oktober 2007 vollzogen. Die Mietzinse der Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse erfuhren demzufolge eine Mietzinsanpassung mit Wirkung per 1. November 2007. In die Berechnung der neuen Mietzinse, welche im Durchschnitt um 4.75 Prozent erhöht werden konnten, wurde nebst dem neuen Richtsatz auch die Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise, die teuerungsbedingten Veränderungen der Betriebs- und Unterhaltskosten sowie ein allfällig vorhandener Mietzinsvorbehalt miteinbezogen.

Inzwischen liegt der Richtsatz für variable Hypotheken mit 3.25 Prozent deutlich unter den festverzinslichen Hypotheken. Die ZKB hat sich daher veranlasst gefühlt, den Richtsatz für variabel verzinsliche Hypothekendarlehen im Wohnungsbau nochmals um 0.25 Prozent auf 3.50 Prozent per 1. April 2008 zu erhöhen. Die entsprechende Anpassung der Mietzinse der Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse von Durchschnittlich 3.34 Prozent wurde der Mieterschaft Anfang Dezember mit Wirkung per 1. April 2008 angezeigt.

Sanierungen

Für die Sanierung von bestehendem Wohnraum sind weitere Sanierungsgutachten erstellt und die entsprechenden Verpflichtungskredite im Voranschlag 2008 eingestellt worden. So sollen u. a. Küchen und Bäder in den 11 Reiheneinfamilienhäusern Buchackerstrasse 84 – 104 (sozialer Wohnungsbau) modernisiert, die Gebäudehüllen teilweise isoliert und die Warmwasserversorgung solar unterstützt, zentralisiert werden. Geplant sind zudem Gesamt-sanierungen der Mehrfamilienhäuser Grenzstrasse 40 und Feldeggstrasse 1 – 3 sowie die Erweiterung der Kreisbibliothek Seen an der Rössligasse 9/11. Für die Festlegung des Planungs- bzw. Umsetzungszeitraumes ist eine Mehrjahresplanung aufgestellt worden. Die nachhaltige und ökologisch verantwortungsvolle Erneuerung bestehender Bausubstanz setzt die stadträtliche Wohnungspolitik konsequent um und orientiert sich an den aktuellen Marktbedürfnissen.

Restaurantbetriebe

Die langjährige Pächterschaft des Schlosses Wülflingen hat den Vertrag per 30. Juni 2007 gekündigt. Die umfangreichen Sanierungsarbeiten sind in vollem Gange und haben politisch und medial für einigen Wirbel gesorgt. Eine Wiedereröffnung ist im August 2008 vorgesehen. Das Restaurant Neuburg wurde im Sinne der win.03 Massnahmen dem Pächter verkauft. Die Stadt Winterthur betreibt somit noch elf Gastwirtschaften. Im Restaurant Goldenberg wird zur Verbesserung der Rendite und zur Sicherstellung einer Erfolg versprechenden Zukunft nebst einer neuen Lüftung eine Aufwertung des Erscheinungsbildes geplant. Zeitgleich wird ein Arbeitspapier erarbeitet, in dem die Zukunft der Restaurantbetriebe mittelfristig nach umfassenden Gesichtspunkten näher geprüft wird.

Bewirtschaftung der Landwirtschaftsbetriebe und der unbebauten Grundstücke

Landwirtschaftsbetriebe

Der Stadtrat sowie der Grosse Gemeinderat haben den Bericht «Zukunftsstrategie für die städtischen Landwirtschaftsbetriebe» zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Strategie des Stadtrates zielt auf folgende Punkte hin:

- kurzfristig zwei Betriebe und mittelfristig einen weiteren Betrieb aufzulösen
- andere Betriebe zu vergrössern und zu modernisieren
- zwei Betriebe auf Bio umzustellen
- in Einzelfällen substanzielle Betriebsveränderungen vorzunehmen
- eine Flurbereinigung zu realisieren
- Investitionen in der Höhe von rund 6 Millionen Franken zu tätigen
- allenfalls gewisse Landparzellen (Bauland) unter Berücksichtigung der städtischen Liegenschaftspolitik und der Stadtentwicklung zu veräussern.

Bewirtschaftungsformen	ÖLN		Bio	
	2007	2006	2007	2006
Landwirtschaftsbetriebe der Stadt	9	9	1	1
Landwirtschaftsbetriebe in Winterthur	65	65	3	3

Pünten

Insgesamt wurden 60 städtische Pünten gekündigt. Der Umzug der Püntenanlage von der Frauenfelderstrasse nach dem Rietberg/Rietgraben konnte per Ende 2007 vollzogen werden. Die attraktive Freizeitanlage mit 135 Pünten wurde dem Püntenpächterverein Winterthur per 1. Januar 2008 neu verpachtet.

Das städtische Püntenland in Zahlen

	Aren		Pünten	
	2007	2006	2007	2006
Eigentum Stadt Winterthur	5 147	5192	3033	3071
Verwaltung durch Stadt Winterthur	1 096	1123	709	726
zuzüglich Püntenareale			11	11
Verwaltung durch Püntenpächterverein (PPV)	3 813	3831	2 184	2203
Verwaltung durch Baugenossenschaft Union	69	69	29	29
Verein Pünten Vogelsang	169	169	111	111
Eigentum Private/SBB				
Verwaltung durch PPV	221	221	204	204

Die Püntenfläche hat sich in den nachfolgenden Bereichen reduziert:

- Briggerstrasse (Land verkauft)
- Zelgli (Revitalisierung Steglitobelbach)
- Wartstrasse (Kündigung infolge Grenzeinhaltung zum öffentlichen Gewässer)
- Rietacker (Parkplätze an Heimstättengenossenschaft)

Ackerbaustelle

Die Ackerbaustelle ist für die agrarpolitischen Massnahmen der Beitragsleistungen an die Landwirte auf Stadtgebiet zuständig. Sie bearbeitete 73 (73) Gesuche für Direktzahlungen.

Landwirtschaftskommission

Die Landwirtschaftskommission behandelte ihre Geschäfte in zwei Sitzungen.

Bewirtschaftung der Verwaltungsliegenschaften

Die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sind zu 100 Prozent belegt. Die Kreisschulpflege Winterthur-Stadt

ist von der Marktgasse 53 (altes Stadthaus) an die Tössstrasse 17 umgezogen, die Räumlichkeiten wurden extern vermietet. Die erste Etappe der Sanierung des Rathaus-Durchganges ist abgeschlossen, die Fertigstellung auf Ende April 2008 geplant. Die vierte und letzte Etappe der Restaurierungsarbeiten an der Sandsteinfassade des Stadthauses konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Im Rathaus fanden 61 (66) Anlässe statt, davon 34 (34) im Gemeinderatssaal und 27 (32) im Festsaal. Im alten Stadthausaal gab es 141 (210) Anlässe.

Betrieb Mehrzweckanlage Teuchelweiher

Die Mehrzweckanlage Teuchelweiher (MZA) wird sowohl für militärische als auch zivile Zwecke genutzt. Die zivilen Belegungen der Unterkünfte haben gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen, die militärischen Belegungszahlen sind um rund 15 Prozent gesunken. Die Verpflegung der Truppen wird gemäss Vereinbarung mit der Schweizerischen Armee neu mit eigenem Truppenhaushalt vorgenommen. Die Büro- und Theorieräume sind mit einem Farbanstrich aufgefrischt worden und es wird eine der heutigen Zeit entsprechende Infrastruktur für Schulungen angeboten. Die umfassende Dachsanierung der grossen Reithalle konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die Beurteilungspegel zeigen, dass mit den im Anschluss an die Schallschutzmassnahmen zusätzlich getroffenen baulichen Massnahmen die Lärmimmissionen in der Umgebung weiter reduziert werden konnten. Mit den heute bekannten Veranstaltungen sind die Immissionsgrenzwerte eingehalten; Ausnahme bildet das Oktoberfest. Die grosse Reithalle hat an Attraktivität gewonnen, die Benutzung nimmt zu. Erstmals führte die Ski- und Snowboardbörse während zehn Tagen einen Verkauf in der grossen Reithalle durch. Die Brauerei Heineken hat ihr neuntes Oktoberfest durchgeführt.

Militärische Einquartierungen der MZA Teuchelweiher

	2007	2006
Übernachtungen	7 481	8 897
Benützung Büro- und Theorieräume in Tagen	170	147
Benützung Reithallen in Stunden	493	122
Frühstücke	3 257	3 595
Mittagessen	3 889	4 712
Nachtessen	2 017	2 964

Zivile Nutzung der MZA Teuchelweiher

	2007	2007
Übernachtungen	6 805	6 622
Benützung Reithallen in Tagen	203	167
Benützung Reithallen in Stunden	13	110
Vermietungen Büro- und Theorieräume	238	154
Frühstücke	4 017	3 660
Küchen- und Essraumbenützung	119	133

Als grösste Veranstaltungen in den Reithallen sind zu erwähnen:

- Winterthurer Marathon
- FAKOWI (Winterthurer Fasnacht)
- Velobörse der IG Velo
- Konferenz der Stiftung Schleife
- 1. Maifeier
- Renaulttreffen
- Thailändisches Neujahrsfest
- «I like my bike»-Abschlussveranstaltung
- Fight Night
- Winterthurer Oktoberfest der Brauerei Heineken Switzerland
- Spielsachensammlung des Hilfswerkes Pro Adelphos
- Gottesdienste der Harvest Church
- Bazar der Rudolf Steiner-Schule

- Piccolo-Turnier des EHC Winterthur
- Kyburgiade Konzerte
- Schachturniere
- Kaninchenausstellung
- Ski- und Snowboardbörse
- ZHAW Weihnachtsfest
- Hallenflohmärkte, Ausstellungen, Hochzeitfeiern usw.

Jugendunterkunft Löwengarten

Die als Übergangslösung eingerichtete Jugendunterkunft wurde aus hygienischen Gründen einer umfassenden Renovation unterzogen. Im siebten Betriebsjahr ist eine Auslastung von 47 (43) Prozent zu verzeichnen.

	2007	2006
Betten	30	30
Gäste	1 043	1 051
Übernachtungen	2 594	2 349
Frühstücke	729	674

Wachterareal

Wiederum gastierten drei Zirkusse sowie das «Merlin-Ess-Theater» auf dem Wachterareal. Im Juni wurde während drei Tagen erstmals ein Beach Soccer Turnier durchgeführt. Die Kultur der Fahrenden konnte wiederum während dreissig Tagen der Bevölkerung näher gebracht werden.

Liegenschaftshandel

Im Berichtsjahr sind Grundstücke im Gesamtwert von 16 104 032 Franken verkauft worden. Somit ist das Verkaufsvolumen gegenüber dem Vorjahr um rund 14 Millionen Franken gesunken. Vier Objekte sind neu ins städtische Portefeuille erworben worden. Veräussert wurden: acht Wohn- und Geschäftshäuser (10), ein Schützenhaus (0), ein Feuerwehrgeräte-lokal (1), zwei Ferienhäuser (1), fünf Baulandparzellen für Einfamilienhäuser (6), ein Wohn-baulandareal (1), fünf Grundstücke zur Arrondierung von angrenzenden Bauland (3) und zwei Landwirtschafts-/Freihaltezonen-Parzellen (1). Begründet wurde ein neues Baurecht (2). Die gesamte Fläche des städtischen Grund- und Immobilienbesitzes macht neu 2945,9 Hektaren (2948,2) aus.

Käufe Verwaltungsvermögen

Kaufobjekt	Verkäufer-schaft
Kat. Nr. 13411, St.-Galler-Strasse 142 1565,0 m ² , Wohnhaus mit Restaurant, Z3	Adrian Zingg Unterer Brühl 18 8505 Pfyn
Kat. Nr. 16514, Elise-Züblin-Str. 121–123 5950,0 m ² , Lagergebäude mit Werkstatt (Halle 710), Z3	Sulzer Immobilien AG Zürcherstrasse 39 8400 Winterthur
Kat. Nrn. 5147 und von 1534, Im Sparrer 1711,0 m ² , Flurwege, E2	Flurgenossenschaft Wülflingen Wülflingerstrasse 399 8408 Winterthur
Kat. Nr. 260, Untere Vogelsangstrasse 4 1220,6 m ² , Lagergebäude, Z6	Die Schweizerische Post Viktoriastrasse 21 3030 Bern
Total Kaufsumme	Fr. 7 949 998.00

Verkäufe Finanzvermögen

Kaufobjekt	Käufers-chaft
Kat. Nr. 6056, Rössligasse 14 709,0 m ² , Wohnhaus mit Scheune, K111	Erich Tanner Thurgauerstrasse 19 8400 Winterthur
Kat. Nr. 9102, Bäumlistrasse 956,0 m ² , Feuerwehrgeräte-lokal, W2/1,6	Th. Glauser und A. Pulch Glauser Breitestrasse 9 8400 Winterthur

Kaufobjekt	Käufers-chaft
Kat. Nr. 11012, In der Halde 315,0 m ² , Wiese (Arrondierung), W2/2,0	Bruno und Rita Muggler-Kessler Stockenerstrasse 73 8405 Winterthur
Kat. Nr. 11013, In der Halde 486,0 m ² , Wiese (Arrondierung), W2,2,0	Peter Biber Stockenerstrasse 77 8405 Winterthur
Kat. Nr. 5243, Im Neubruch 647,0 m ² , Acker und Wiese, F	Rudolf und Carmen Lamprecht-Oetli Hündlerstrasse 67b 8406 Winterthur
Kat. Nr. 11455 (Teil), Hobelwerkweg 142,0 m ² , ehem. Strassengebiet (Arrondierung), W3/2,6	Helvetia Schweizerische Lebensversicherungsgesellschaft St.-Alban-Anlage 26 4052 Basel
Kat. Nr. 197, Oberdorfstrasse 56 231,0 m ² , Wohnhaus, K111	St. Wiesli und M. Mutter Wiesli Rudolfstrasse 25 8400 Winterthur
Kat. Nr. 7037, Lindenplatz 26 220,0 m ² , Wohnhaus, K111	Gerold und Herta Gassmann-Schär Bettenstrasse 21 8400 Winterthur
Parz. Nr. 2168, kleiner Gugg, Vättis 878,0 m ² , Ferienhaus	Peider Christian Trippi Hohmatrainstrasse 4 8173 Neerach
Kat. Nrn. 16332/16336, Schiltwiesenweg 69,0 m ² , Strassengebiet, W3G	STIPA & Partner Immobilien AG Schwärzen 8185 Winkel
Kat. Nr. 6905, Schenkelwiese 10470,0 m ² , Acker u. Wiese, W2/2,0 GP	Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft Mythenquai 50/60 8002 Zürich
Kat. Nr. 10834, Rispenweg/Im Boll 567,0 m ² , Acker und Wiese, W2/1,2	Remo Keller und Steve Rosat Kirchacker / Grand Rue 28 5850 Auenhofen / 2108 Couvet
Kat. Nr. 6773 (Teil), Wildbachstrasse 70,0 m ² , Strassengebiet, W4/3,4	Heinz Schmid und Dr. Urs Diggelmann Im Glaser 8 / Rychenbergstrasse 164 8352 Rätterschen / 8400 Winterthur
Kat. Nr. 10829 (Teil), Rispenweg/Im Boll 326,0 m ² , Acker und Wiese, W2/1,2	Matthias und Cristina Bisang-Vellini Wiesliacher 44 8053 Zürich
Kat. Nrn. 2060, 3940, 3941, Kempt 8577,0 m ² , Acker, Wiese, Wald, Lw/W	Kanton Zürich, Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) 8090 Zürich
Kat. Nr. 10083, Ibergrein/Weierstrasse 596,0 m ² , Acker und Wiese, W2/1,2	Elisabeth Käslin Moosstrasse 8 8355 Aadorf
Kat. Nr. 5700, Im Grafenstein/Brühl 418,0 m ² , ehem. Weggebiet, W2/2,0	Leopold Bachmann Säumerstrasse 51 8803 Rüschlikon
Kat. Nr. 8554, Stockenerstrasse 45/47 1605,0 m ² , Wohnhaus m. Scheune, K111	G. Amoroso und B. Frei Amoroso Lärchenstrasse 56 8400 Winterthur
Kat. Nr. 8122, Untere Briggerstrasse 27 2654,7 m ² , Kirchgemeindehaus, W3/2,6	Schweiz. Lebensversicherungs- und Rentenanstalt General-Guisan-Quai 40 8002 Zürich
Parz. Nr. 824, grosser Gugg, Vättis 1329,0 m ² , Ferienhaus	Ad Realis AG St.-Georgen-Strasse 117 9011 St.Gallen
Kat. Nr. 4691, Im Kramer/Weinbergstrasse 258,6 m ² , Acker und Wiese, W2/1,2	Dr.iur. Hermann Weigold Weinbergstrasse 332 8400 Winterthur
Kat. Nr. 6944, Neuburgstrasse 63 646,0 m ² , Restaurant, K111	Iwan Poffet Neuburgstrasse 63 8408 Winterthur
Kat. Nr. 6945, Neuburgstrasse 65 540,0 m ² , Wohnhaus mit Anbau, K111	Katja Kündig Steinerstrasse 41 8475 Ossingen
Kat. Nr. 2343, Schweikhofweg 5 844,0 m ² , Schützenhaus, Lw	Hans-Rudolf Hofer Wieshofstrasse 160 8408 Winterthur
Kat. Nr. 892, J.-C.-Heer-Strasse 23 118,0 m ² , Wohnhaus, K111	Denise Geissmann Affolternstrasse 133 8050 Zürich
Total Verkaufsumme	Fr. 16 104 032.00

Neue Baurechte

Objekt	Baurechtsnehmer/-innen
Kat. Nr. 16392, Holzwingertstrasse 4476,0 m ² , Acker und Wiese (SR-Nr. 16575)	Conducta AG Stegackerstrasse 6 8409 Winterthur

Zentrale Dienste

Die Hauptabteilung Finanzen/Controlling/Dienste hat in Zusammenarbeit mit den IDW eine benutzerfreundliche Liegenschaftenkalkulations-Software entwickelt, mit welcher die buchhalterischen Folgen von Investitionen und Desinvestitionen bei Immobilien abgebildet werden können. Dadurch kann die nötige Transparenz gewährleistet und der Entscheidungsprozess beschleunigt und erleichtert werden.

Für ausstehende Miet- oder Pachtzinse wurden 1336 (1370) Mahnungen zugestellt. Ausserdem mussten neun (12) Betreibungen eingeleitet und vier (7) Kündigungen ausgesprochen werden.

Liegenschaftenbestand

Die Liegenschaftenverwaltung verwaltet folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:

	2007	2006
Finanzvermögen		
Wohn- und Geschäftshäuser		
Wohnungsverträge	368	372
Einfamilienhausverträge	61	66
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	160	166
Garagenverträge	91	92
Parkplatzverträge	136	137
Sozialer Wohnungsbau		
Einfamilienhausverträge	23	23
Garagenverträge	2	2
Parkplatzverträge	21	21
Restaurants		
Restaurants (1 Verwaltungsvermögen)	11	12
Wohnungsverträge	24	25
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	8	8

	2007	2006
Unbebaute Grundstücke des Finanzvermögens		
Land	354 ha	358 ha
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	519	520
Baurechte		
Baurechte für Wohnbauten	37	36
Baurechte für Industriebauten	44	43
Verwaltungsvermögen		
Verwaltungsliegenschaften		
Wohnungsverträge	9	9
Benützungsverträge Stadtverwaltung	99	99
Garagenverträge	24	24
Parkplatzverträge	75	75
Betrieb Mehrzweckanlage		
MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)	1	1
Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker	1	1
Schiessanlage Ohrbühl	1	2
Objekte (Plätze, Parkplätze usw.)	13	12
Übrige Liegenschaften des Verwaltungsvermögens		
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	25	26
Garagenverträge	5	5
Parkplatzverträge	24	24
Püntenverwaltung		
Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)	720	737
Verwaltungsmandate		
Liegenschaften der Pensionskasse		
Wohnungsverträge	189	189
Einfamilienhausverträge	8	8
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	3	3
Garagenverträge	89	89
Parkplatzverträge	44	44
Diverse städtische Objekte		
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	55	55
Restaurants	4	4
Baurechte	7	7
Parkplatzverträge	73	73
Inkassomandat für diverse städtische Objekte		
Wohnungsverträge	145	141
Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	19	19
Garagenverträge	29	29
Parkplatzverträge	94	94



Die Sanierung des Schlosses Wülflingen soll im August 2008 abgeschlossen sein.

Departement Bau

Am 1. Februar 2007 übernahm Michael Hauser die Leitung des neuen Amts für Städtebau (vorher Stadtplanungsamt und Bereich Hochbau). Der Leiter des Stadtplanungsamts, Ruedi Haller, wurde Ende Januar 2007 pensioniert. Im Amt für Städtebau übernahm Peter Baki die Leitung der neuen Abteilung Raum- und Verkehrsplanung und Mitte Jahr konnte auch die Leitung der Abteilung Stadtgestaltung/Wettbewerbe mit Katrin Gügler und Oliver Strässle besetzt werden. Georg Mörgeli hat die Leitung der Feuerpolizei von Barbara Oberholzer per 1. November 2007 übernommen. Auf Ende Jahr ist Jürg Laager, stellvertretender Bausekretär, aus dem Rechtsdienst des Baupolizeiамts ausgetreten. Die Stelle im Rechtsdienst konnte mit Nathalie Schönenberger wieder besetzt werden. Per 1. März wurde der langjährige Leiter der Zentralen Dienste und Personalverantwortliche Helmut Pfeifer pensioniert. Als Nachfolger wurden Claudio Rima (Controlling und Finanzen) und Kurt Hubmann (Personal) bestimmt.

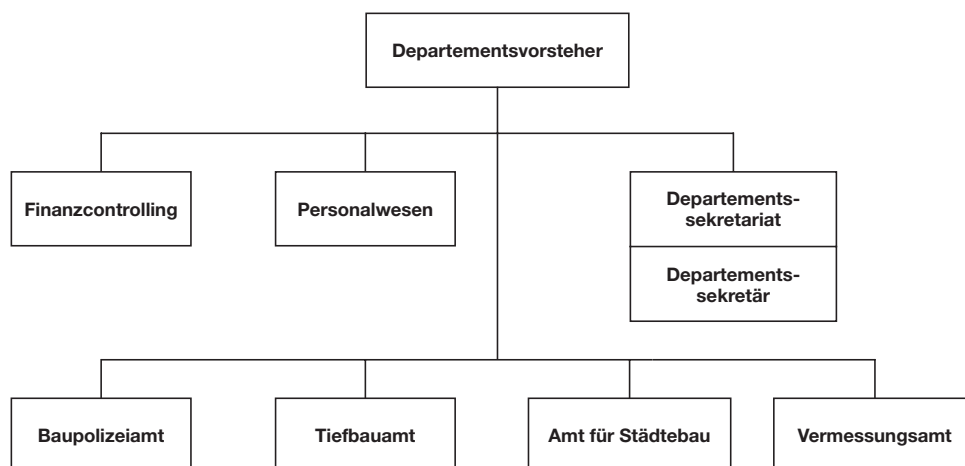
Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt bei folgenden Sachgeschäften:

- Aufgrund von statischen Mängeln verfügte der Vorsteher Ende Oktober 2006 einen Baustopp beim Schulhaus Sennhof. Am 17. Januar 2007 hat der Stadtrat in diesem Zusammenhang 2.4 Mio. Franken als gebundene Ausgaben zur Deckung der Kosten für den Baustopp, für die Nachbesserungen und für weitere Arbeiten gesprochen und das Parlament und die Öffentlichkeit umfassend informiert. Eine Administrativuntersuchung wurde eingeleitet.
- Am 22. Januar hat der Grosse Gemeinderat einen Kredit von 550 000 Franken für die Planungs- und Projektierungskoordination der privaten und öffentlichen Bauvorhaben im Stadtraum Bahnhof Winterthur bewilligt.
- Ebenfalls am 22. Januar hat der Grosse Gemeinderat einen Kredit von 360 000 Franken für den Neubau einer öffentlichen Toilettenanlage im Stadtpark bewilligt. Ge-

gen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen. In der Volksabstimmung vom 17. Juni wurde die Vorlage mit einem Ja-Stimmenanteil von 52.7 % angenommen.

- Der Stadtrat hat am 28. Februar das Parkierungskonzept Winterthur genehmigt. Mit diesem Konzept wird der Parkplatzbedarf im Raum Altstadt begründet. Es ist das Ziel, die Richtgrössen im Parkierungskonzept im kommunalen und allenfalls im regionalen Verkehrsrichtplan festzusetzen.
- Am 12. März hat der Grosse Gemeinderat für die Erstellung von zwei Salzsilos und für die Zusammenlegung von zwei Revierstützpunkten in einem Neubau in Töss-Auwiesen einen Kredit von 2.49 Mio. Franken bewilligt.
- Am 7. Mai hat der Grosse Gemeinderat verschiedene Änderungen der Richt- und Nutzungsplanung beschlossen. Unter anderem die Abklassierung der Scheideggstrasse zwischen Industriestrasse und St.Gallerstrasse. Gegen die Umzonung der Siedlung Stocken in eine Kernzone wurde Einsprache erhoben.
- Die Scheideggstrasse zwischen Industriestrasse und St.Gallerstrasse wurde mit separatem Beschluss durch den Grossen Gemeinderat am 7. Mai aufgehoben.
- Der Grosse Gemeinderat hat einen Kredit von 600 000 Franken für den Bau des Rad-/Gehweges von der Haltestelle Winterthur Hegi bis zur Else-Züblin-Strasse am 7. Mai bewilligt.
- Am 9. Mai hat der Stadtrat lic. iur. Walter Suter, Rechtsanwalt und Notar aus Cham, alt Regierungsrat Kanton Zug, mit der Durchführung der Administrativuntersuchung im Zusammenhang mit den Kostenüberschreitungen beim Bauprojekt Schulhaus Sennhof beauftragt.
- Am 6. Juni hat der Stadtrat die Richtlinien für die Nutzung des öffentlichen Raums in der Altstadt auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt.
- Am 8. Juni wurde die neue Johannes-Beugger-Brücke über die Töss in Wülflingen mit der Bevölkerung festlich eingeweiht.

Departement Bau



- Am 9. August führten starke Regenfälle zu lokalen Überschwemmungen. Unter anderem war das Schulhaus Oberseen betroffen.
- Am 3. September hat der Grosse Gemeinderat die Abklassierung der Rudolfstrasse zwischen Wülflinger- und Zürcherstrasse beschlossen. Dieser Entscheid war Voraussetzung für die weitere Planung und Projektierung des Teilprojektes Gleisquerung im Rahmen der Masterplanung Stadtraum Bahnhof
- Am 13. September fand das dritte Forum zum Masterplan Stadtraum Bahnhof statt. Der Schwerpunkt lag bei den privaten Vorhaben. Die damit zusammenhängenden öffentlichen Vorhaben wurden gut aufgenommen.
- Am 3. Oktober hat der Stadtrat nach einem offenen Verfahren den Vertrag über den Plakataushang mit der APG abgeschlossen und auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt.
- Am 3. Oktober hat der Stadtrat nach einem offenen Verfahren als private Investorin für das Parkhaus Wachterareal die Firma HRS in Frauenfeld gewählt.
- Am 19. September hat der Grosse Gemeinderat die Einzelinitiative U. Schoch betreffend Wohnzone W2/1.2 «Breite» Oberseen abgelehnt.
- Am 24. Oktober hat der Stadtrat das Programm «Betriebliche Energieoptimierung städtischer Bauten» mit dem Verein energho genehmigt.
- Am 27. Oktober wurde nach einer vierjährigen Bauphase das neu renovierte Stadthaus mit einem Bevölkerungsanlass eingeweiht.
- Am 23. November wurde die Öffentlichkeit über den Abschluss und das Ergebnis der Administrativuntersuchung betreffend Schulhaus Sennhof informiert.
- Am 12. Dezember hat der Stadtrat das Resultat der Gesamtleistungssubmission für den Neubau des Schulhauses Wyden im Niderfeld genehmigt. Vergeben wird das Projekt an das Totalunternehmerteam «samar-kand».

Das Departement Bau und der Stadtrat haben sich zudem intensiv mit verkehrsplanerischen Fragen beschäftigt. Strategische und konzeptionelle Projekte sind in Arbeit. Die Bemühungen für die Kapazitätssteigerung bei der Bahn zwischen Winterthur und Zürich und die Autobahn-Südostumfahrung Winterthur wurden intensiviert. Ein weiterer Schwerpunkt im Departement waren Sonderbauvorschriften und Ergänzungspläne für besondere Siedlungen.

Im vergangenen Jahr wurde gegen nur einen Vergabeentscheid der Stadt Winterthur Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben. Diese wurde abgewiesen. Die Fachstelle öffentliches Beschaffungswesen führte je einen Weiterbildungskurs für Einsteiger und Fortgeschrittene durch. Die alle zwei Jahre angebotenen Kurse sind auf Anklang gestossen und werden im gleichen Rhythmus fortgeführt.

Amt für Städtebau

Am 1. Februar 2007 fiel der Startschuss für das neu konstituierte Amt für Städtebau mit Michael Hauser als Stadtbaumeister. Generelle Stossrichtung ist die Stärkung der abteilungs- und amtsübergreifende Zusammenarbeit und eine stärkere Projektorientierung. Damit soll mit begrenzten Ressourcen die grösstmögliche Wertschöpfung und Hebelwirkung für die Stadt Winterthur erreicht werden. Organisatorisch sind im Amt für Städtebau die Abteilungen Raum- und Verkehrsplanung, Stadtgestaltung und Wettbewerbe, Denkmalpflege sowie Hochbauten zusammengeführt worden. Das 2007 war ein Auf- und Umbruchjahr für das junge Amt, die neue Ausrichtung und Organisation konnte sich bereits gut etablieren.

Raum- und Verkehrsplanung

Raumplanung

Die im Herbst 2005 eingeleitete Änderung der Richt- und Nutzungsplanung (Revisionspaket 2006) wurde von der Baudirektion im November genehmigt. Nicht Bestandteil der Genehmigung ist die Umzonung der Siedlung Stocken (inklusive Ergänzungsplan) aufgrund eines Rekurses.

Mit dem Abschluss der Testplanung Lagerplatz von Sulzer und Post, unter Begleitung der Stadt Winterthur durchgeführt, liegt ein Entwicklungskonzept vor, das die nötigen Entwicklungsmöglichkeiten zulässt und gleichzeitig die städtebaulichen Qualitäten des Gebiets sichert. Angestrebt wird ein urbanes, bahnhofnahes Mischquartier. Für das «Areal Lagerplatz» soll gemäss der erarbeiteten Vorlage eine neue Zentrumszone Z5 geschaffen werden. Die für die Öffentlichkeit relevanten Eckwerte werden mit einem öffentlichen Gestaltungsplan festgelegt. Damit kann das planungsrechtliche Grundmuster für das Sulzerareal Stadtmitte weitergeführt werden.

Der private Gestaltungsplan «Pferdesportanlage Sporer» wurde im März durch die Baudirektion genehmigt. Die privaten Gestaltungspläne «Grünutverwertungsanlage Geilikerwiesen» sowie «Durchgangsplatz für Fahrende» wurden zusammen mit den damit verbundenen Richtplananpassungen der Baudirektion zur Vorprüfung eingereicht.

Die Bauarbeiten an den Erschliessungsanlagen im Quartierplangebiet «Dätttau» sind weitgehend abgeschlossen. Der Quartierplan Lantig wurde vom Stadtrat eingeleitet, dagegen ist ein Rekurs eingegangen. Die Teilrevision des Quartierplans «Kurlistrasse» und der damit verbundene private Gestaltungsplan «Bäumliwiese» sind von der Baudirektion genehmigt. Die Baubewilligungen für die Erschliessungsanlagen der Quartierpläne «Kurlistrasse» und «Maienried» wurden erteilt, für den Quartierplan «Wyden» ist das Baugesuch für die Erschliessungsanlagen eingereicht. Damit bei der Erschliessung und Bebauung des Gebiets «Breite» in Oberseen die Qualität stimmt, wurde ein Studienauftrag der Grundeigentümerin (unter klaren Vorgaben der Stadt) durchgeführt.

Die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons hat Baulinien-vorlagen an der Bullingerstrasse mit Kreuzeggweg, am Traubenweg und an der Iberg-/Weierstrasse genehmigt.

Verkehrsplanung

In intensiver Zusammenarbeit mit Beteiligten aus verschiedenen Departementen wird eine Gesamtstrategie Verkehr entwickelt. Dieser Prozess wurde im Oktober gestartet.

Im Rahmen der Testplanung Zürcherstrasse ist ein «Grundlagenpapier zum Verkehr» entstanden, welches aus verkehrlicher Sicht die Rahmenbedingungen für die nächsten Planungsschritte vorgibt.

Die periodische Erfassung der Verkehrsbelastungen mit automatischen Zählgeräten an rund 70 Querschnitten des städtischen Hauptstrassennetzes wurde fortgesetzt. Für die Beurteilung konkreter Problemstellungen dienten diverse Handzählungen, die während den Spitzenstunden durchgeführt wurden. Die Zählergebnisse erscheinen zusammen mit weiteren Verkehrsdaten (Geschwindigkeiten, Strassenlärm und Unfallgeschehen) im «Verkehrsbericht 2007».

Das vom Regierungsrat Ende Jahr verabschiedete Agglomerationsprogramm wurde begleitet, der im rGVK Winterthur aufgeführte Massnahmenkatalog ist weitgehend berücksichtigt. Die unterschiedliche Auffassung bezüglich des Nationalstrassenausbau (A1 oder Südostumfahrung) konnte dabei nicht bereinigt werden. Beim Projekts Töss sind die Anliegen bezüglich verbesserter Verhältnisse für den Veloverkehr und Fussverkehr (Wanderwege) auf dem Weg der Realisierung. Auch bei der Härte in Wülflingen sind Abklärungen bezüglich eines Rad-/Wanderweges entlang der Töss erfolgt. Im Zusammenhang mit der Abklassierung der Rudolfstrasse bilden durchgeführte Verkehrsumlegungen die Grundlage für eine laufende Studie, welche die Auswirkungen einer Sperrung der Rudolfstrasse vertieft aufzeigen und erforderliche begleitende Massnahmen vorschlagen wird.

Neben der alljährlichen Grobanalyse der Unfallschwerpunkte bilden Sicherheitsprobleme aus der Bevölkerung immer wieder Anlass zu Überprüfungen und Verbesserungsvorschlägen, so zum Beispiel in Hegi und im Niderfeld, an der Rychenberg- und Brühlbergstrasse. Nur noch sehr wenige städtische Wohngebiete sind nicht mit einer Tempo-30-Zonensignalisation versehen. Während Tempo-30 im Dorfkern Veltheim und im Gebiet Zeughaus/Mattenbach im Berichtsjahr signalisiert werden konnte, liegt für die Erweiterung der Zone Bühlhof ein Rekurs vor, dessen Entscheid abgewartet werden muss. Um eine Verlagerung von Pendlerparkierungen zu verhindern, wurde im Mattenbachquartier die Parkkartenzonen-Regelung eingeführt. Für die Gebiete Bühlhof (Erweiterung), Äusseres Lind, Deutweg, Niderfeld und Wolfensberg/Buchacker sind Gutachten bezüglich Tempo-30 – oder Parkkartenregime erstellt worden. In den seit 1990 signalisierten Tempo-30-Zonen mit einer gesamten Strassenlänge von 109 km hat die Stadtpolizei 2007 bei 220 Geschwindigkeitskontrollen rund 37 500 Motorfahrzeuge erfasst. Diese Messungen sind nicht nur für die Durchsetzung der Anordnung von Bedeutung, ihre Ergebnisse bilden auch eine unerlässliche Beurteilungsgrundlage bei künftigen Vorhaben.

Dank der Arbeitsgruppe Velo konnte das städtische Radrouennetz an zahlreichen Stellen sowohl bezüglich Sicherheit wie Qualität verbessert werden. Die Planung der Routen-Signalisation «Veloland» sowie der regionalen und kommunalen Verbindungen ist abgeschlossen, die Umsetzung erfolgt laufend.

Stadtgestaltung und Wettbewerbe

Seit dem 1. Juli 2007 führen Katrin Gügler und Oliver Strässle als Co-Leitung die Abteilung Stadtgestaltung/Wettbewerbe. Ziel der Abteilung ist es, die hohe bauliche und räumliche Qualität der Stadt zu erhalten und für die Zukunft weiterzuentwickeln. Sie stellt die städtebaulich-architektonischen Rahmenbedingungen sicher, organisiert städtebauliche Studien und kooperative Verfahren und gestaltet/begleitet Konkurrenzverfahren zusammen mit Bauherrschaften. Im Rahmen des gesetzlichen Auftrags

berät sie ausserdem Bauherrschaften und begutachtet Baugesuche in gestalterischer Hinsicht. Darüber hinaus koordiniert sie die Fachgruppe Stadtgestaltung.

Im Berichtsjahr wurden 520 Baugesuche hinsichtlich städtebaulicher Einordnung und architektonischer Gestaltung begutachtet. Zum Thema der Farbgebung und Materialisierung von Bauten und Anlagen konnte ein Leitfaden zur Bewilligungspraxis in der Stadt Winterthur erarbeitet und in einem Merkblatt zusammengefasst werden. Dieser Leitfaden wurde an der Generalversammlung des Malermeisterverbandes Winterthur und Umgebung am 31. Oktober vorgestellt. Die Beratung in städtebaulichen und architektonischen Fragen im Vorfeld von Baugesuchen ist im Hinblick auf ein effizientes Bewilligungsverfahren ein dringendes Anliegen und konnte ausgebaut werden.

Das Konkurrenzverfahren einer Gesamtleistungssubmission für den Neubau des Schulhauses Wyden in Winterthur-Wülflingen ist mit der Wahl eines Siegerprojektes abgeschlossen worden. Für den Neubau des ähnlich grossen Schulhauses Zinzikon in Oberwinterthur wurde ein offener Wettbewerb mit anschliessendem Studienauftrag (zweistufiges Verfahren) ausgeschrieben. Man rechnet mit rund 80 Projekteingaben. Im Rahmen des Projektes Stadtlicht ist ein offener Wettbewerb für vier Pilotprojekte vom Einzelobjekt bis zum städtebaulich relevanten Strassenzug im Gange. Für die Umgestaltung des Bahnhofplatzes Süd (Busbahnhof) wird ein offenes Konkurrenzverfahren vorbereitet. Neben Wettbewerben der öffentlichen Hand werden verschiedene private Konkurrenzverfahren begleitet.

In der Fachgruppe Stadtgestaltung behandelte man zweiundzwanzig Geschäfte. Die unterschiedlichen Bauungsvorschläge wurden in architektonisch-städtebaulicher Hinsicht geprüft und anschliessend entsprechende Empfehlungen zuhanden des Bauausschusses verfasst.

Gemeinsam mit der Hauptabteilung Hochbauten wurden im letzten halben Jahr verschiedene Planerwahlverfahren gestartet. Sowohl beim Friedhof Rosenberg, beim Hallenbad Geiselweid, beim Restaurant Goldenberg, beim Stadttheater und auch beim Schulhaus Tägelmooos wird nun mit diesem Instrument das jeweils optimale Planungsteam ermittelt.

Schliesslich engagiert sich die Abteilung Stadtgestaltung/Wettbewerbe in der Gebietsentwicklung einzelner Stadtteile. Sie leistet beispielsweise in Oberwinterthur sowohl in der Entwicklung der notwendigen Planungsinstrumente als auch in der Begleitung der einzelnen Arealentwicklungen oder in der Umsetzung städtebaulicher Leitbilder verschiedene Beiträge.

Denkmalpflege

2007 wurden 144 Baugesuche beurteilt. In 15 Fällen war die Erstellung eines Gutachtens, einer Schutzabklärung oder eines Schutzkatalogs erforderlich. Die Fachgruppe Denkmalpflege hat im Jahr 2007 acht grössere Bauvorhaben und Schutzabklärungen im Hinblick auf die denkmalpflegerischen Zielsetzungen geprüft und gewürdigt, sowie Empfehlungen zu Handen des Bauausschusses der Stadt Winterthur abgegeben. Das neue Inventar der kommunalen Baudenkmäler wurde im Januar 2007 in Buchform herausgegeben. Das Buch war ein Erfolg und konnte auch über die Winterthurer Buchhandlungen verbreitet werden.

Der Europäische Tag des Denkmals 2007 war Oberwinterthur gewidmet und wurde gemeinsam mit der Kantonsarchäologie durchgeführt. Insgesamt zählte man 1200 Besucherinnen und Besucher. Zur Besichtigung offen standen die Villa Kälin, Bauernhäuser, das Hohlandhaus,

die Kirche St. Arbogast sowie das Schulhaus Lindberg. Ausserdem gab es Führungen zur Ortsgeschichte und zur archäologischen Grabung beim Kastellweg. Die Mittagsführungen von April bis September waren Winterthurer Industriedenkmälern mit noch funktionierenden historischen Maschinen gewidmet. Etwa 300 interessierte Besucherinnen und Besucher beteiligten sich an den Führungen.

Vier der grösseren Umbau- und Renovationsprojekten, welche durch die Denkmalpflege begleitet wurden, sind im Nachfolgenden vorgestellt:

Das zweigeschossige Zeilenhaus an der Technikumstrasse 30 weist gut erhaltene Bausubstanz aus dem 18. und 19. Jahrhundert auf. Das Gebäude ist vermutlich erheblich älter. Die Restaurierungs- und Umbauarbeiten umfassten eine Fassaden- und Dachsanierung sowie innere Umbauarbeiten. Die Restaurierung der verputzten

Holzfachwerkkonstruktion bei Strassen- und Hoffassaden erfolgte in historischer Sumpfkalktechnik. Der historische Innenausbau bestehend aus Wandtäfern, Holzdecken und Holzböden konnte erhalten und (mit kleinen feuerpolizeilichen Anpassungen im Erschliessungsbereich) restauriert werden. Durch Umbauarbeiten hat das Gebäude seinen historischen Charakter erhalten können und zugleich eine Anpassung an die zeitgemässen Bedürfnisse erfahren.

Das viergeschossige Zeilenhaus Technikumstrasse 98, «Rhätia», wurde nach dem gleichen Plan wie das Nachbarhaus Technikumstrasse 100 im Jahr 1895 im neobarocken Stil errichtet. Die beiden Fassaden waren ursprünglich gleich gestaltet. Heute zeigt sich das Haus «Rhätia» mit einem modernen Ladengeschoss und einer weitgehend purifizierten Fassade, deren Balkone und Verdachungen, die einst die Mittelachse zierten, entfernt wurden. Das Gebäude ist ein wichtiger Bestandteil der historistischen Häuserzeile an der Technikumstrasse. Leider wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die für das Fassadenbild und für die Zeile wichtigen Balkone abgebrochen. Im Rahmen der Restaurierung ist von der Bauherrschaft und vom Architekten eine Rekonstruktion der Balkone vorgesehen. Damit erhält die Fassade einen Teil ihres ursprünglichen, historischen Charakters zurück. Im Innern fallen das gestaltete Treppenhaus mit seinen verglasten und holzmaserierten Wohnungstüren und die vielen gut erhaltenen Täfer, Holztüren und Holzparkettböden auf. Mit der gelungenen Innenrestaurierung konnten sämtliche historischen Bauteile saniert und nach denkmalpflegerischen Gesichtspunkten restauriert werden.

Das Winterthurer Brockenhaus an der Neustadtgasse, Tösstalstrasse 6 und 8, Hinterhäuser, musste 2006 geschlossen werden. Aus diesem Grund wurde ein Umbauprojekt für die beiden Hinterhäuser Technikumstrasse 6 und 8 erarbeitet. Beide wurden zu Wohnzwecken umgenutzt. Die historische Substanz, insbesondere des Hauses «zum Mandelbaum», konnte in die neue Nutzung integriert werden.

Bevor mit der Instandstellung des 1935 bis 1936 von Furrer und Merkelbach erstellten Schwimmbades Wolfensberg begonnen wurde, machte man eine sorgfältige Analyse des ursprünglichen Zustandes. Ziel war es, den Charakter des Schwimmbades aus den 1930er-Jahren zu erhalten und (wo notwendig und sinnvoll) wiederherzustellen. Schwierig war die Bestimmung des originalen Farbtones der Kabinentüren. Man entschied sich schliesslich für eine gelbe Variante, die dem von den Architekten Furrer und Merkelbach erstellten farbigen Schaubild entspricht. Nach Abschluss der ersten Etappe zeigte sich, dass die Qualität der ursprünglichen Gestaltung neu belebt werden konnte.



Das renovierte Hinterhaus der Tösstalstrasse 6 und 8

Hochbauten

Mehrheitlich konnten die Projekte im vorgegebenen Zeit- und Kostenrahmen abgewickelt werden. Im März 2007 wurden nach einem viermonatigen Baustopp die Bauarbeiten beim Schulhaus Sennhof wieder aufgenommen. Die Verhandlungen mit der Betriebshaftpflichtversicherung des verantwortlichen Ingenieurs sind im Gange. Die vom Stadtrat in Auftrag gegebene Administrativuntersuchung wurde Ende Jahr abgeschlossen. Nach einer vierjährigen Bauzeit wurde die Aussenrenovation des Stadthauses mit einem Fest für die Bevölkerung im Oktober abgeschlossen.

Die Bemühungen der Abteilung Hochbauten, die Bauvorhaben nachhaltiger zu entwickeln und auch baulich umzusetzen, tragen Früchte. Die diesjährige Auszeichnung für den «European Energy Award®Gold» zeigt eine deutliche Verbesserung im kommunalen Gebäudebestand. So konnte der gemessene Erfüllungsgrad von rund 35 % im Jahre 2004 auf 48 % in diesem Jahr erhöht werden. Im Berichtsjahr konnten acht Flachdächer nach den Minergiewerten für Einzelbauteile saniert werden. Beim Kindergarten Gutschick wurde das Zertifikat für eine Minergiesanierung für Umbauten entgegen genommen. Beim Kindergarten Sülacker wird geprüft, ob eine Zertifizierung für Umbauten möglich ist. Die Maurerschule wurde an der Volksabstimmung im September 2006 bewilligt und wird im Minergiestandard ausgeführt. Die im 2005 durchgeführte Zustandsanalyse der Gebäudehülle beim Schulhaus Schachen konnte in diesem Jahr baulich umgesetzt werden. Dank wärmetechnischen Verbesserung der Gebäudehülle, Erneuerung der Beleuchtung und Einbau einer Holzschnitzelheizung kann dieser Umbau ebenfalls minergie-zertifiziert werden.

Fertig gestellte Projekte

- Theater Winterthur
Überdachung Bühnenanlieferung
- Museum Lindengut, Spielzeugmuseum
Dachsanierung
- Theater Winterthur
Bühnenanlieferung
- Marktgasse 25, Waaghaus
Erdgeschossige Umbauten
- MZA Teuchelweiher, Reithallen
Weitere Schallschutzmassnahmen, Dachumdeckung
- Stadthaus
Fassadenrenovation
- Alte Schiessanlage am Schützenweiher
Altlastensanierung
- Akeretstrasse 17
Ersatz Fenster
- Hochwachtstrasse 20
Infrastrukturelle Anpassungen
- MZA Teuchelweiher, Wildbachstrasse 16
Flachdachsanieierung
Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Turnhalle Geiselweid
Haustechnische Sanierung
- Rathaus
Renovation GGR-Saal
- Ausbildungszentrum Ohrbühl, Fröschenweidstrasse 14
Flachdachsanieierung
Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Turnhalle Bühlhofstrasse
Flachdachsanieierung
Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile

- Schulhaus Schachen
Fassadensanieierung
Nachhaltigkeit: Eine Zertifizierung für Umbauten nach Minergie ist beantragt
- Schulhaus Heiligberg
Sanierung Werkstätten
- Schulhaus Wülflingerstrasse
Flachdachsanieierung zweite Etappe
Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Michaelschule
Erweiterungsbau
- Sportanlage Reitplatz
Aufstockung Garderobengebäude
Nachhaltigkeit: Holzheizung
- Kindergarten Steig
Flachdachsanieierung
Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Kindergarten Gutschick 1
Beton- und Fassadensanieierung
Nachhaltigkeit: Eine Zertifizierung für Umbauten nach Minergie ist erfolgt
- SH Iberg
Kanalisations- und Stützmauersanieierung
- SH Langwiesen
Sanierung Turnhallenböden
- Altersheim «Rosental»
Flachdachsanieierung
Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Schulhaus Oberwinterthur (TMZ)
Flachdachsanieierung und innere Anpassungen
- SH Mattenbach
Flachdachsanieierung der Turnhalle
Nachhaltigkeit: Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Kindergarten Äusseres Lind
Flachdach- und Fassadensanieierung
Nachhaltigkeit: Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Kindergarten Inneres Lind
Fassadensanieierung
- Tösstalstrasse 53,
Umnutzung der Schule für Pflegeberufe

Laufende Projekte

- Freizeitanlage Kanzlei, Seen
Flachdach- und Fassadensanieierung
- Museumsgebäude
Brandschutz Bibliothek und Infrastrukturverbesserungen
Nachhaltigkeit: Umbauter Raum erfüllt die Primär- anforderungen an Minergie
- Restaurant Goldenberg
Aus- und Umbau Innenbereich und Sanierung der haustechnischen Anlagen
- Museumstrasse 54
Fassaden- und Flachdachsanieierung
Nachhaltigkeit: Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Freiestrasse 3
Küchensanieierung und Badezimmereinbau
- Hörnlistrasse 25–29
Gesamtsanieierung
Nachhaltigkeit: Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile und Anschluss an Fernwärmenetz
- Buchackerstrasse 84–104
Bad- und Küchensanieierung

Nachhaltigkeit: Dachdämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile und Brauchwarmwasser zu 50 % mit Solaranlage

- Stadtgarten
Öffentliche WC-Anlage
- Revierstützpunkt Auwiesen
Neubau
- Schulhaus Schönengrund
Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Schulhaus Wyden
Neubau
Nachhaltigkeit: Es wurde ein Bau nach Minergie ausgeschrieben
- Schulhaus Wallrüti
Dach- und Fassadensanierung
- Schulhaus Feld
Neubau und Sanierungen
- CP-Schule
Neubau und div. Anpassungen in der bestehenden Schulanlage
Nachhaltigkeit: Die Ausführung erfolgt nach Minergie
- Schulhaus Tägemoos
Fassadensanierung und Umbauten Lehrkörperbereich
Nachhaltigkeit: Die Gebäudehülle erfüllt die Primär- anforderungen an die Gebäudehülle der Einsatz einer Solaranlage für das Brauchwarmwasser mit Solaranlage wird geprüft
- Schulhaus Rychenberg
Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Der Einsatz einer Solaranlage für das Brauchwarmwasser mit Solaranlage wird geprüft
- SH Langwiesen
Flachdachsanierung
Nachhaltigkeit: Dachdämmung nach den Minergie- werten für Einzelbauteile
- Schulhaus Ausserdorf Wülflingen
Fensterersatz
- Freibad Geiselweid
Gesamtsanierung
- Freibad Wolfensberg
Betonsanierung
- Schloss Wülflingen

Projekte in Vorbereitung

- Theater Winterthur
Renovation der sanitärischen Einrichtungen
- Gewerbemuseum
Umbau Küche und Teilersatz Fenster
- Güterschuppen Bahnhof Töss
Umnutzung
- Halle 710
Ausbau Sofortmassnahmen 1. Etappe
- Rössligasse 9–11
Erweiterung Bibliothek
- Heiligberstrasse 50
Fassadensanierung
- MZA Teuchelweiher
Sanierung kleine Reithalle
- Grenzstrasse 40
Gesamtsanierung
- Feldeggstrasse 7–13
Gesamtsanierung und Einbau Bäder
- Pachtbetriebe, Taggenberg, Gusslistrasse und Weiher- höhe
Neubau Ökonomieteil
- Schulhaus Zinzikon
Neubau
Nachhaltigkeit: Es ist ein Bau nach Minergie geplant
- Kindergarten Süläcker
Dach- und Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Eine Zertifizierung für Umbauten nach Minergie ist geplant
- SH Altstadt
Dach- und Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Eine Zertifizierung für Umbauten nach Minergie ist geplant
- SH Neuwiesen
Fassadensanierung
- SH Heiligberg
Treppenhauassanierung mit Lifteinbau, prüfen eines Erweiterungsbaues
- SH Steinacker
Fassadensanierung
Nachhaltigkeit: Zustandsanalysen der Gebäudehülle
- Freibad Oberi
Gesamtsanierung
- Wohnhaus der Heilsarmee
Fassadensanierung und Innenrenovation
- Zentrum Adlergarten
Gesamtsanierung
Nachhaltigkeit: Eine Zertifizierung für Umbauten nach Minergie ist geplant

Tiefbauamt

Das Tiefbauamt wurde wie geplant den neuen Strukturen angepasst und hat sich im Berichtsjahr zu einer Einheit geformt. Letzte Korrekturen in der Organisation haben in der zentralen Administration und im Werkhofbetrieb stattgefunden. Claudio Rima, bisheriger Leiter Administration, wechselte per 1. März 2007 als Controller in den Stab des Departements Bau. An seine Stelle trat Beat Müller. Gleichzeitig wurde Kurt Hubmann, ehemals Leiter der Administration im Strasseninspektorat, mit der Führung des gesamten Personalwesens im Departement betraut. Anstelle des ausgetretenen Bruno Fitze ist seit Mitte Jahr neu Jörg Ryser für den Werkhofbetrieb des Tiefbauamtes verantwortlich.

Verschiedene bemerkenswerte Bauwerke wurden im Berichtsjahr eröffnet, beispielsweise die Johannes-Beugger-Brücke in Wülflingen, der vollkommen erneuerte Verkehrsknoten Frauenfelderstrasse/Seenerstrasse, die Sulzerallee Bügel West bis zur Giessereistrasse. In den Auwiesen in Töss wurden der Bau eines Revierstützpunktes des Strasseninspektorates sowie die Montage der zentralen Streusalz-Siloanlage in Angriff genommen. Im neuen Werkhof werden die beiden bisherigen Standorte Wasserfurristrasse und Emil-Klöti-Strasse zusammengefasst. Das Bauprogramm sieht die Eröffnung auf Anfang April 08 vor. Die noch vor Weihnachten in Betrieb genommenen Salzsilos werden künftig die nicht mehr zeitgemässe Lagerhalle an der Kronastrasse ersetzen.

Verkehrswege

Bau und Werterhalt des Strassennetzes bilden die Kernaufgaben der Hauptabteilung Verkehrswege. Am 8. Juni 2007 wurde anlässlich des Wyden-Festes die neue Johannes-Beugger-Brücke eröffnet. Die Bauarbeiten an der Frauenfelderstrasse, zwischen Bahnhof Oberwinterthur und Seenerstrasse, konnten mit dem Deckbelags-einbau während zwei Wochenenden in den Sommerferien ebenfalls termingerecht abgeschlossen werden. Dies war nur dank minutiöser Planung und Einsatz erheblicher Personal- und Maschinenressourcen möglich. Mit dem Steglitobelbach konnte ein weiteres eingedoltes Gewässer geöffnet und renaturiert werden. Die Bauarbeiten wurden kurz vor Weihnachten abgeschlossen. Im Rahmen des Masterplans Stadtraum Bahnhof Winterthur wurde die Koordination der privaten und öffentlichen Projekte weitergeführt. Insbesondere die Projekte Gleisquerung und Kapazitätssteigerung Personenunterführung Nord



Belageinbau am Knoten Frauenfelderstrasse/Seenerstrasse

wurden weiterentwickelt. Anlässlich des 3. Forums am 13. September informierte man Interessenvertreter und Medien über den aktuellen Stand. Für das Projekt Gleisquerung 1. Etappe wurde das Vorprojekt erarbeitet.

Fertig gestellte Tiefbauten

- Adlerstrasse, Gärtnerstrasse – Tösstalstrasse; Strassensanierung
- Agnesstrasse, Obere Briggerstrasse – Jägerstrasse; Strassensanierung
- Emil Klöti-Strasse, Haus Nr. 31 – Schlosstalstrasse; Strassensanierung
- Eulach/Riedbach, Eindolungen im Bereich Seenerstrasse; Instandsetzung
- Färberquartier, Färber-/Gerber-/Schleifestrasse; Strassensanierung (Deckbelag)
- Frauenfelderstrasse/Seenerstrasse, Seenerstrasse – Bahnhof Oberwinterthur; Strassensanierung/LSA
- Hofackerstrasse, Ohrbühlstrasse – Hintermühlestrasse; Strassensanierung
- Johannes-Beugger-Strasse, Euelstrasse – Wasserwiesenstrasse; Strasse und Brücke
- Mattenbachstrasse, Brücke über Eulach; Instandsetzung
- Museumstrasse, Palmstrasse – Falkenstrasse; Strassensanierung
- Steglitobelbach, Waldeggstrasse – Mattenbach; Umliegung und Bachöffnung
- Sulzerallee, Bügel West – Giessereistrasse; Strasse
- Sulzer-Areal Oberwinterthur, Rad-/Gehweg längs SBB, 2. Teilstück
- Talgutstrasse, Brücke über Mattenbach; Instandsetzung
- Wasserfurristrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse; Strassensanierung

Laufende Tiefbauten

- Hohfurristrasse, Burgstrasse – Eichenweg; Strassensanierung
- Seenerstrasse, Bügel Ost – Hegifeldstrasse; Optimierung Spuraufteilung
- Seidenstrasse, Geiselweidstrasse – General-Guisan-Strasse; Strassensanierung
- Zürcherstrasse/J.C. Heer-Strasse/Klosterstrasse, Knotenbereich; Strassensanierung

Projektierungen Verkehrswege

- Allmannstrasse, Tösstalstrasse – Hörnlistrasse; Strassensanierung
- Bahnhofplatz Nord; Gestaltung
- Bahnhofplatz Süd; Vorbereitung Projektwettbewerb
- Breitholzbach, Breiteplatz – Mattenbach; Neubau Regenwasserleitung und Bachöffnung
- Brühlbergstrasse, Schlosshofstrasse – Mythenstrasse; Strassensanierung
- Eichliackerquartier: Reutgasse, Bütziackerstrasse, Hofstrasse, Freiestrasse; Strassensanierung
- Frobergstrasse – Turmhaldenstrasse; Neubau Radweg
- Gleisquerung Stadtmitte, 1. Etappe, Verbesserungen für Velo- und Fussgängerverkehr; Neubau
- Hauptbahnhof, Personenunterführung Nord; Kapazitätssteigerung (Gemeinsames Projekt mit SBB)
- Hauptbahnhof, Veloquerung Bahnhof Nord; Neubau
- Helmweg, Eidbergstrasse – Hirtenweg; Strassensanierung
- Hedy-Hahnloser-Strasse, Kehrplatz – Neubuchstrasse; Verbindung für Buslinie

- Hörnlistrasse, Allmannstrasse – Talgutstrasse; Strassensanierung
- Inneres Lind: Trollstrasse, Jakobstrasse, Nelkenstrasse; Strassensanierung
- Kirschenweg, Johannisstrasse – Talwiesenstrasse; Sanierung Strassenentwässerung
- Lagerhausstrasse, Brücke über Eulach; Bauwerksanierung
- Nägelseestrasse, SBB-Linie – Metzgerstrasse; Strassensanierung
- Niderfeld / Wydenweg; Neubau Rad-/Gehwegunterführung
- Oberseener Dorfbach, öffentliches Gewässer Nr. 313; Sanierung
- Rychenbergstrasse, Brunngasse – Haldenstrasse; Strassensanierung
- SBB «Milchküchenareal», Stellwerk RailCity; Ausbau und Betrieb Velostation
- Schaffhauserstrasse, Seuzacher- bis Feldwiesenstrasse; Strassensanierung
- Scheco-Areal, Brücke über Eulach; Neubau
- Schlosstalstrasse, Friedliweg – Schlachthofstrasse; Strassensanierung
- Stadtfallenweg, Brücke über Eulach; Instandsetzung
- St. Gallerstrasse, Stegackerstrasse – Stadtgrenze; Strassensanierung
- St. Georgenstrasse, General Guisan- bis Sträulistrasse; Ersatz Mischwasserkanalisation
- Taggenbergbach, Maienried; Offenlegung öffentl. Gewässer Nr. 101
- Taggenbergbach, Härti – Töss; Bachöffnung
- Technikumstrasse, Turmhaldenstrasse – Lagerhausstrasse; Strassensanierung
- Tössstalstrasse, Seenerstrasse – Oberseenerstrasse; Strassensanierung
- Untere Briggerstrasse, Zürichstrasse – Tössfeldstrasse; Strassensanierung
- Wülflingerunterführung, Massnahmen für Veloverkehr
- Zürcherstrasse, Jägerstrasse – Obere Schöntalstrasse; Strassensanierung

Seit 1981 wird die Naturflächenbilanz nachgeführt und kann bei Bedarf bei der Hauptabteilung Verkehrswege eingesehen werden.

Strasseninspektorat

Gestützt auf vollzogene Mutationen und deren Eintrag im Grundbuch ergibt sich Ende Berichtsjahr folgender Stand:

Strassenlänge	31.12.2007	31.12.2006
Überkommunale Strassen	54 481 m	53 979 m
Kommunale Strassen und Wege	308 981 m	308 493 m
Total Strassenlänge	363 462 m	362 472 m

Strassenfläche	31.12.2007	31.12.2006
Fahrbahn-, Trottoir- und Radweggebiete	2 915 835 m ²	2 895 626 m ²
Böschungen, Bankette, Seitengräben, usw.	124 139 m ²	124 139 m ²
Total	3 039 974 m²	3 019 765 m²

Aufgrund von Mutationen im Zusammenhang mit Trottoir-, Radweg-, Bushaltestellen und Erschliessungsanlagen im öffentlichen Grund und privaten Erschliessungsanlagen gibt es folgende Ergänzungen und Änderungen:

- Hirtenweg
- Randenblick
- Sulzerallee
- Riedhofstrasse

- Industriestrasse
- Bahnhof Hegi
- Herrenrebenweg usw.

Total wurden 25 Mutationen durchgeführt. Mittels diverser Änderungen der Registernummern konnten stadtinterne Eigentumsverhältnisse klar geregelt werden. Im Jahr 2008 werden nun die Längen- und Flächenstatistiken mit Hilfe des GIS erfasst.

Werkhof Tiefbauamt

Die Nachrüstung von Partikelfiltern bei Maschinen und Lastwagen ist im Gange. Sämtliche zu beschaffenden Fahrzeuge mit Dieselantrieb werden mit Partikelfiltern ausgerüstet. Im Frühling 2008 wird ein drittes Abfallsammelfahrzeug mit Gasantrieb in Betrieb genommen.

Entsorgung

Der Entsorgungsdienst führt die Sammeltouren für Kehricht durch und betreut die Separatsammlungen. Im Berichtsjahr fielen insgesamt 36 407 Tonnen Abfall an, 49,8% davon als Kehricht zur Verbrennung (18 116 t) und 50,2% als Recyclingstoffe (18 291 t; ohne Recyhof Maag AG). Pro Einwohner und Jahr entspricht dies je 183 kg, zusammen 367 kg. Rund ein Fünftel des Kehrichts stammt vom Gewerbe, d.h. aus 59 415 Leerungen von Gewerbecontainern (5% mehr als im Vorjahr). Der Kehrichtsammeldienst war ausgelastet, der Kennwert der Sammelleistung liegt mit 2.73 Tonnen/Std. hoch.

Zusätzlich zum Stadtgebiet bedient der Entsorgungsdienst auch die Gemeinden Zell, Elgg, Elsau, Wila und Wiesendangen. Die folgenden Mengen wurden in den letzten Jahren gesammelt:

Jahr	Kehricht Stadt t	Kehricht Gemeinden t	Total t
2003	16 835	2 965	19 800
2004	17 077	3 118	20 195
2005	17 475	3 154	20 629
2006	17 789	3 252	21 041
2007	18 116	3 238	21 354

Bei der Kehrichtsammlung mussten 2930 Abfallsäcke beanstandet werden, weil sie keine Abfallmarke aufwiesen. Die Anzahl der zur Kontrolle eingesammelten unfrankierten Säcke ist gegenüber dem Vorjahr um 9 Säcke auf 1015 Stück angestiegen. Bei der Sackkontrolle konnte in jedem fünften Fall ein Hinweis auf den Verursacher oder die Verursacherin gefunden werden.

Bei den Separatsammlungen nimmt die Grüntour weiterhin leicht zu (93 kg pro Einwohner und Jahr, total 9274 Tonnen). Neben der Rückführung von organischen und mineralischen Stoffen in die Landwirtschaft und den Gartenbau ist auch die Energiebilanz dieser Verwertung beachtlich: Aus dem der Vergärung zugeführten Grüngut werden rund 900 000 m³ Biogas erzeugt. Der Nettoenergieüberschuss dieser Verwertung beträgt 5 Millionen kWh. Für die Selbstverwerter von Grüngut ist der Häckselervice nach wie vor beliebt.

Die Papiersammlung erbrachte 5688 Tonnen Altpapier, 125 Tonnen Karton wurden an den Sammelplätzen abgegeben. Die Separatsammelstellen wurden gut genutzt (s. Tabelle). Die Falschentsorgung an den Sammelstellen hat im Berichtsjahr auf 159 Tonnen abgenommen (2006: 170 Tonnen). Aufgrund der Kontrollen und Videoüberwachungen wurden 357 Missbrauchsfälle verzeigt. Im Oktober wurde die Unterfluranlage beim Coop Hegi in Betrieb genommen.



Erstes mit Gas betriebenes Kehrichtsammelfahrzeug

Der Entsorgungsdienst war im Berichtsjahr mit der Arbeitsgruppe Sauberkeit aktiv im Bereich Information und Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehört der Clean-Up Day, der im Mai mit 1300 Kindern durchgeführt wurde. Bilder einer Putzaktion in der Altstadt wurden für neue Plakatsujets verwendet, im Spätsommer sorgten überdimensionale Abfallobjekte in der Altstadt und im Stadtpark für Aufmerksamkeit und Information zum Thema Littering.

Die Ausrüstung des Entsorgungsdienstes wird laufend modernisiert. Im Berichtsjahr konnte ein weiteres älteres Dieselfahrzeug durch ein mit Gas betriebenes Sammelfahrzeug ersetzt werden. Im Einsatz sind nun zwei Gaslastwagen sowie sechs Dieselfahrzeuge, die mit Partikelfilter nachgerüstet wurden. Die vier noch vorhandenen Ersatzfahrzeuge ohne Nachrüstungsmöglichkeit werden bis 2009 ausgetauscht.

Deponie Riet

An der Annahmestelle der Deponie Riet wurde im Berichtsjahr Material im Umfang von 45 929 Tonnen angeliefert (inkl. 12 741 Tonnen Grünabfälle). 7667 Tonnen vermischte Abfälle wurden am Triageplatz behandelt. Dadurch konnten 124 Tonnen Altmittel für die stoffliche Verwertung und 6371 Tonnen Brennbare für die KVA ausgeschieden werden. Der Sortierrest wurde deponiert. Insgesamt wurden auf der Deponie 24 949 Tonnen feste Abfälle eingebaut. Dies entspricht einem Deponieraumverbrauch von rund 17 500 m³. Der Deponiebetrieb verlief im Berichtsjahr ohne Störereignisse.

Die der Deponie Riet zugeführte Schlacke wird zuerst zwischengelagert und dann vor Ort mit einer mobilen Anlage durch einen privaten Betreiber aufbereitet. So konnten 907 Tonnen Eisenschrott und 127 Tonnen Nicht-Eisen-Schrott (Alu und Buntmetalle) wiedergewonnen werden. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Metallrecycling geleistet. Auf der Teiletappe 6.2 wird als Zwischennutzung eine Aufbereitungsanlage für Bauschutt betrieben (WINREC; private Trägerschaft). Der Hauptteil der Sanierung Rietberg, die Oberflächenabdeckung,

wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Die darauf liegende neue Püntenanlage konnte am 29. September den Nutzenden übergeben werden. Bis Ende Jahr wurden die Bauarbeiten am Grundwasserschirm Nord-West und die Ergänzung der Deponiebasis West abgeschlossen.

Stadtentwässerung

Nachdem die Neuorganisation des Tiefbauamtes per Ende 2006 abgeschlossen war, erfolgte innerhalb der Stadtentwässerung die Feinabstimmung.

Der im GEP vorgesehene Regenwasserentlastungskanal unter dem Hauptbahnhof soll nach Möglichkeit als Mischwasser-Freispiegelleitung realisiert werden. Entsprechende Abklärungen sind noch im Gange. Auf die für Mischwasser geplante Bahnquerung beim Stellwerk RailCity könnte in diesem Fall verzichtet werden. Aus Kostengründen wird dieses Bauvorhaben vorläufig zurückgestellt.

Die Dokumentation der privaten Abwasserleitungen wurde weiter vorangetrieben und 1:2500 im GIS erstellt.

Die Stadtentwässerung hat der Hauptabteilung Verkehrswege Aufträge für rund 1445 m Kanalvergrößerung oder Kanalersatz erteilt. Von der Stadtentwässerung wurde erstmals ein grösseres Projekt für Kanalersatz und manuelle Innensanierung selbständig bearbeitet und soll im Jahr 2008 ausgeführt werden. Rund 1050 m Neu- und Ersatzbauten sind abgenommen worden. Ebenso wickelte man Bauvorhaben mit Inliner-Sanierungen im Umfang von rund 370 m ab.

Im Zusammenhang mit Instandstellungsarbeiten an der öffentlichen Infrastruktur kontrolliert man diverse private Abwasserleitungen mittels Kanalfernsehen. Die Behebung vorhandener Mängel wurde verfügt. Betroffen waren die Quartiere Hohfurstrasse, Seidenstrasse, Johannis-/Friedheimstrasse, Schlosstalstrasse und Stadlerstrasse. Im Tössfeld mussten im Zuge der Vergrößerung zweier öffentlicher Kanäle etliche Grundeigentümer ihre privaten Abwasserleitungen auf eigene Kosten sanieren.

Die Sanierung des Regenbeckens Flüeli ist abgeschlossen. Ausstehend ist einzig noch eine Gasschürze für den Explosionsschutz. Die Kosten für eine Revitalisierung des Mattenbachs mit Hochwasserkanal und Wiesenbach in Kombination mit einem neuen Abwasserstaukanal wurden geschätzt. Ein günstigeres Projekt mit Hochwasserabfluss im offenen Gerinne ist in Arbeit.

Das Projekt für die Sanierung des Abwasserpumpwerkes Reutlingen wurde ausgearbeitet. Die Ausführung erfolgt im Jahr 2008.

Die 2003 erstellte Anlage zur Wärmegewinnung aus Abwasser in der Überbauung Wasserwiesen wurde definitiv stillgelegt. Die Wärmeentnahme erfolgt jetzt aus einem neuen Abwasserkanal längs der Eulach und Töss. Auch für den Wintower und die Bachmann-Überbauung im Schlosstal wird eine Wärmenutzung aus Abwasser intensiv diskutiert. Anfang 2008 soll in Zusammenarbeit mit AWEL und Energie Schweiz ein Konzept zur Wärmegewinnung aus Abwasser ausgearbeitet werden. Dabei sind

Abfall

Mengenbilanz Abfallentsorgung

Jahr	EW*	Kehricht t	Kehricht kg/EW*	Papier/ Karton t	Glas t	Metall t	Blech t	Grüngut t	Total** t	Total** kg/EW*
2003	94 081	16 835	179	5 539	2 722	620	180	8 588	34 484	367
2004	95 482	17 077	179	5 776	2 689	555	181	8 928	35 386	371
2005	96 230	17 475	182	5 765	2 583	469	180	8 895	35 386	371
2006	97 732	17 789	182	5 715	2 637	452	181	9 235	36 011	368
2007	99 263	18 116	183	5 813	2 589	389	175	9 274	36 407	367

* Einwohner/Einwohnerin

** einschliesslich Altöl (35 t), Altbatterien (11 t) und Altreifen (5 t) im Jahr 2007

insbesondere die Anforderungen der Abwasserreinigung zu berücksichtigen.

Fertig gestellte Projekte Abwasseranlagen

- Agnesstrasse, Jägerstrasse – Untere Briggerstrasse; Kanalvergrößerung
- Am Buck, Wallrüti - Heiniweg; Umbau Schächte
- Ebnetstrasse, Grenzstrasse – Wasserfurrstrasse; Relining
- Färberquartier, Färber-, Mittlere/Untere Gerberstrasse, Obere/Untere Schleifstrasse; Kanalersatz
- Leimeneggstrasse, Haus Nr. 10 – Römerstrasse; Kanalvergrößerung
- Lindbergstrasse, Rychenbergstrasse – Römerstrasse; Kanalerneuerung
- Riedhofstrasse, Lantig; Meteorkanal
- Riedhofstrasse/Taggenbergstrasse; Fremdwasserelimination
- Tobelstrasse, Turmstrasse – Rehweg; Kanalinnensanierung
- Unterwegli, Unterwegli – Frauenfelderstrasse; Roboter/Relining

Laufende Projekte Abwasseranlagen

- Adlerstrasse, Gärtnerstrasse – Tösstalstrasse; Kanalvergrößerung
- Frauenfelderstrasse, Seenerstrasse – Bahnhof Oberwinterthur; Kanalneubau
- Museumstrasse, Palmstrasse – Falkenstrasse; Kanalvergrößerung
- Obere Briggerstrasse, Agnesstrasse – Tössfeldstrasse; Relining
- Obere Schöntalstrasse, Agnesstrasse – Zürcherstrasse
- Pestalozzistrasse, Kirchweg – Römerstrasse; Kanalvergrößerung
- Seidenquartier; diverse Strassen Kanalersatz und -vergrößerung
- Sulzerallee, Verbindungsstrasse West – Else-Züblin-Strasse; Kanalinstandstellung
- Untere Briggerstrasse, Tössfeldstrasse – Zürcherstrasse; Kanalersatz
- Wasserfurrstrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse; Kanalvergrößerung

Projektierungen Abwasseranlagen

- Allmann-/Hörnlistrassen, Tösstalstrasse – Hörnlistrassen/Allmannstrasse – Talgutstrasse; Kanalersatz
- Archareal, Lagerhausstrasse/Untere Vogelsangstrasse/Archstrasse; Misch- und Regenwasserkanäle; Kanalersatz für Trennsystem
- Bahnhofplatz, Museumstrasse – Rudolfstrasse; Kanaldüker unter SBB
- Brühlbergstrasse, Mythenstrasse – Schlosshofstrasse; Kanalvergrößerung
- Eichliackerquartier: Reutgasse, Bütziackerstrasse, Hofstrasse, Freiestrassen; Kanalersatz
- Hohfurrstrasse: Im Morgentau; Kanalerneuerung
- Inneres Lind: Trollstrasse, Jakobstrasse, Nelkenstrasse; St. Georgenstrasse, Schwalmenackerstrasse – General-Guisan-Strasse; Ersatz Mischwasserkanalisation
- Irchelstrasse, Breitstrasse – Jonas-Furrer-Strasse; Kanalerneuerung- und Relining
- Johannisstrasse, Friedheimstrasse – Talwiesenstrasse; Kanalerneuerung
- Kreuzstrasse, Theaterstrasse – Lindstrasse; Kanalerneuerung

- Lagerhausstrasse, Archareal; Kanalersatz für Trennsystem
- Meisenstrasse, Heiligbergstrasse – Lagerhausstrasse; Kanalersatz
- Nägelseestrasse, SBB Linie – Metzgerstrasse; Kanalersatz
- Obere Briggerstrasse, Agnesstrasse – Tössfeldstrasse; Innensanierung
- Rychenbergstrasse, Haldenstrasse – Brunngasse; Kanalersatz
- St. Georgenstrasse, General-Guisan-Strasse – Sträuli-strasse; Kanalerneuerung
- Schlosstalstrasse, Friedliweg – Haus Nr. 50; Kanalersatz und -neubau
- Seidenstrasse, Adlerstrasse – Geiselweidstrasse; Kanalvergrößerung
- Taggenbergbach, Härti; Bach- und Kanalneubau
- Wylandstrasse, Breiteplatz – Untere Vogelsangstrasse; Kanalersatz, Mischwasserkanalisation
- Wylandstrasse, Breiteplatz – Untere Vogelsangstrasse; Neubau Regenwasserleitung
- Wässerwiesenstrasse Seitenkanal; Kanalverlegung

Projektierungen Abwasseranlagen, Innensanierungen

- Else-Züblin-Strasse, Sulzerallee – Barbara-Reinhard-Strasse; Roboter
- Etzbergstrasse, Unterführung SBB – Wingertlistrassen; Roboter
- Gebhartstrasse, Pestalozzistrasse – Römerstrasse; Relining
- Herrenrebenweg, Burgstrasse – Endschacht; Relining
- Rebwiesenstrasse, Schlosstalstrasse – Regenauslass Rebwiesen; Innensanierung manuell
- Reutlingerstrasse, Haus Nr. 26 bis Dorf; örtliche Kanalreparaturen
- Scheideggstrasse und Hörnlistrassen, Grüzefeldstrasse – Talgutstrasse; Relining
- Schlosstalstrasse, Autobahnunterführung – Wieshofstrasse; Roboter
- Sennhof, Linsentalstrasse – Pumpwerk; Roboter / Relining
- Stadlerstrasse, Binzhofstrasse – Farmerstrasse; Roboter
- Wingertlistrassen und Wurmbühlstrasse, Roboter

Im Rahmen der Umsetzung des WC-Konzepts wurde die Erneuerung der Toilette Lindengut abgeschlossen und das WC Reitplatz erneuert. Am 17. Juni hat das Volk mit einem Ja-Stimmenanteil von 52.7 % das neue WC Stadtpark genehmigt. Momentan werden folgende Anlagen geplant resp. ausgeführt: Schützenwiese, Flüeli, Büelwiese, Zinzikon, Unt. Briggerstrasse, Stadtpark und Bäumli.

Der betriebliche und technische Unterhalt des Kanalisationsnetzes und dessen Spezialbauwerke beanspruchten die Mitarbeiter des Kanalunterhalts stark. Sie reinigten rund 18 % des Netzes oder 64 680 m Kanalisation mit Wasser-Hochdruck. Auf einer Strecke von 5500 m wurden die Leitungen mittels Spezialgeräten von Wurzeln, Kalk, Fett und anderen Materialien befreit. 7500 m begehbare Strecken (> 1.2 m) wurden kontrolliert. Mit Kanalfernsehen wurden insgesamt 1000 m Entwässerungsleitungen und 4650 m öffentliches Kanalisationsnetz untersucht. Weitere TV-Untersuche konzentrierten sich auf öffentliche Gewässer und die Strassenentwässerung. Mit der Feuerwehr Winterthur wurde eine Bergungs-/Rettungsübung beim Regenbecken Schöngengrund durchgeführt.

Bei den 25 Pumpwerken und Spezialbauwerken forderten 83 Betriebsstörungen (Alarme) 70 Soforteinsätze durch den eigenen Pikettdienst.

Vermessungsamt

Zwei Auszubildende haben die Lehrabschlussprüfung erfolgreich bestanden. 14 am Beruf des Geomaters interessierte Jugendliche haben eine zweitägige Schnupperlehre absolviert. Gestützt auf 25 Bewerbungen wurde für das Lehrjahr 08/09 eine Auszubildende angestellt.

Wegen des milden Winters war bereits im Januar eine rege Bautätigkeit festzustellen. Insgesamt hat das Auftragsvolumen in den Bereichen der Bau- und Ingenieurvermessung sowie der amtlichen Vermessung (Grenzmutationen, Situationsnachführungen) im Vergleich zum Vorjahr um 33 % zugenommen. Dies nach zwei rückläufigen Jahren. Infolge Kapazitätsengpässen mussten ab Frühjahr die weniger dringlichen Ersterhebungsarbeiten im Altkern zurückgestellt werden.

Einzelne Beispiele für Vermessungsarbeiten im Berichtsjahr sind:

- Vermessung und Fixpunktbestimmung im Bereich des Quartierplanes Dättel
- Messen und Berechnen eines Fixpunktnetzes für die Hangüberbauung Schlossberg
- Profilaufnahmen für Projektierungsarbeiten des Tiefbauamtes
- Einmessen und Nachführen der Werkleitungen für Swisscom Fixnet AG
- Einmessen von Schachtoffen für Stadtentwässerung im Zusammenhang mit Gebäudeaufnahmen
- Einmessen von Parkanlagen für die Stadtgärtnerei als Arbeit für die Auszubildenden

Gestützt auf die kantonale Genehmigung hat der Bund die in den Jahren 1999 – 2006 im Rahmen der Dienstleistung Los 29 – 35 vorgenommenen Erneuerungsarbeiten an der amtlichen Vermessung am 17. Januar 2007 anerkannt. Bund und Kanton leisteten ihre gemäss Schlussabrechnung fälligen Beitragszahlungen.

Sieben Strassen wurden benannt: Haldenbergweg, Taggenbergweg, Sandsteinweg, Taggenbergstutz, Magnolienweg, Pfadiheimweg, Rütenhof. Für den Weiler Ricketwil konnte auf den 1. September 2007 die neue postalische Ortschaft «8352 Ricketwil (Winterthur)» in Kraft gesetzt werden. Die Anschrift ersetzt «8352 Räterschen», welche in der Vergangenheit immer wieder zu Missverständnissen führte.

Am 4. April 2007 genehmigte der Stadtrat die «Gebäudedefinition Winterthur», welche aufgrund ihrer normativen Wirkung eine wesentliche Grundlage zur Vernetzung von gebäudebezogenen Daten und Anwendungen darstellt. Basierend auf dieser Norm gliedert das Vermessungsamt die Daten der amtlichen Vermessung, der Bauverwaltung und des Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters ab. Dies ist eine Voraussetzung für die registerbasierte Volkszählung 2010.

Die Gebäudeadressen der amtlichen Vermessung wurden mit den Adressen der Post und der Einwohnerkontrolle abgeglichen. Es wurde festgelegt, dass die Post künftig nur noch die offiziellen Adressen des Vermessungsamtes verwendet.

Die Übersichtsplanmappe 1:5000 mit Strassenverzeichnis und den offiziellen Gebäudeadressen wurde einem Redesign unterzogen und aktualisiert. Sie ist zum Preis von 92 Franken im Verkauf.

Mit Beschluss vom 11. Juli 2007 genehmigte der Stadtrat die Geoinformationsstrategie 07 und setzte die Verordnung über die Gewinnung von Geoinformationen (Geoinformationsverordnung) in Kraft. Die Geoinformationsstrategie steckt den Rahmen für die künftige Entwicklungen der städtischen Geodateninfrastruktur ab und stellt deren Leistungsfähigkeit sicher. Sie besteht aus dem

Leitbild Geoinformation, strategischen Zielvorgaben, einem strategischen Massnahmenplan sowie Grundsätzen die bei der Umsetzung von Leitbild und Zielvorgaben zur Anwendung kommen.

Nebst Gewährleistung der Betriebsbereitschaft der städtischen Geodateninfrastruktur und den damit verbundenen Unterhaltsarbeiten haben sich verschiedene Dienststellen über Anwendungsmöglichkeiten der Geoinformationsverarbeitung beraten lassen oder diesbezügliche Dienstleistungen in Auftrag gegeben. Beispiele für Geoinformationsdienstleistungen sind:

- Dokumentation der Baulandreserven (Gewerbebauland, Wohnbauland)
- Unterstützung des Tiefbauamtes bei der Einführung einer neuen PMS-Lösung (Pavement Management System)
- Automatisierung des Datenlieferungsprozesses an das kantonale Datenportal amtliche Vermessung (DAV-ZH)
- Ausarbeitung eines Lösungsansatzes zur elektronischen Langzeitarchivierung von Plänen für das Grundbuch
- Bereitstellung einer Anwendung zur Dokumentation der Kunstbauten des Tiefbaus

Im Hinblick auf die bevorstehende Ablösung des heutigen Geografischen Informationssystems (Topobase 2) durch das Nachfolgesystem (Topobase 2008, Topobase 2009, usw.) wurde ein Migrationsplan für eine schrittweise Ablösung des alten Systems erarbeitet. Die Migration sollte bis im Jahr 2010 abgeschlossen sein.

Die passwortgeschützte und kostenpflichtige Intranetanwendung «WinWebGIS» wurde um die Themen «Belastete Standorte», «Bodenverschiebungen» und «Hochwasserschutz» erweitert. Ende 2007 waren rund 450 berechnete WinWebGIS-Benutzer registriert. Diese tätigten pro Monat durchschnittlich 77 000 Kartenanfragen. Der Internet-Stadtplan verzeichnete pro Monat durchschnittlich 30 000 Aufrufe.

Auf kantonaler Ebene engagierte sich das Vermessungsamt im Steuerungsorgan des kantonalen Datenportals Amtliche Vermessung (DAV-ZH) sowie in der Projektgruppe zur Ausarbeitung eines kantonalen Geoinformationsgesetzes.

Baupolizeiamt

Die Bautätigkeit in Winterthur hat sich auf einem hohen Niveau stabilisiert (rund 800 Baugesuche, Bausumme: 600 Millionen Franken).

Mit dem Abschluss der Reorganisation im Departement Bau und der Besetzung der meisten vakanten Stellen hat sich die Möglichkeit ergeben, Aufgaben, die bisher subsidiär betreut wurden, an die beiden anderen Ämter zurückzugeben. Das Bauinspektorat konnte die Ziele bezüglich der Bearbeitungsfristen nicht ganz erreichen. Bei der Abteilung Feuerpolizei mussten nach dem Ausscheiden der Leiterin im August wegen der knappen personellen Ressourcen klare Prioritäten gesetzt werden, um den baulichen Brandschutz weiterhin gewährleisten zu können.

Die Fachstelle Energie hat die Lärmsanierung aller Strassen mit Alarmwertüberschreitungen abgeschlossen. Die Sanierung der Strassen mit Immissionsgrenzwertüberschreitungen wurde in Angriff genommen (Konzepterarbeitung). Die knappen personellen Ressourcen verhinderten – trotz einer Rekordzahl von Beratungen – eine in Anbetracht der Energiesituation unbedingt wünschbare offensivere Strategie.

Die Aufzugskontrolle befasste sich mit der Abarbeitung der Pendenzen (Abnahmen) in den ehemals angeschlossenen Gemeinden. Ihrer Tätigkeiten in diesem Bereich sind wegen der grossen Zahl der laufenden Bauvorhaben Grenzen gesetzt, auch bei den geplanten periodischen Kontrollen mussten Abstriche gemacht werden.

Der Rechtsdienst des Baupolizeiamtes hat die geführten Rechtsmittelverfahren grossmehrheitlich gewonnen, sei dies durch materiellen Endentscheid oder durch Abschreibung zufolge Gegenstandslosigkeit – viele Verfahren konnten durch Verhandlungen zwischen Bauherrschaft und Rekurrenten gelöst werden. Die rechtliche Begleitung der Stadtentwicklungs-, Planungs- und Umweltschutzvorhaben war aufwändig. Besonders ins Gewicht fällt hier die Gesamtleitung des Quartierplanverfahrens Maienried, das nicht nur in rechtlicher, sondern auch in technischer Hinsicht (Rutschhang) sehr komplex ist. Per Ende Jahr ist Jürg Laager aus dem Rechtsdienst ausgetreten. Die Stelle konnte durch Nathalie Schönenberger besetzt werden.

Der Bauausschuss der Stadt Winterthur, dessen Sekretariat durch das Baupolizeiamt geführt wird, hat im Jahr 2007 in 17 Sitzungen 187 Geschäfte konferenziell behandelt.

Bauinspektorat

Die Anzahl der im letzten Jahr eingereichten Baugesuche und deren Bausumme ist gegenüber 2006 leicht zurückgegangen (Baugesuche 794 anstelle 857; Bausumme 594 Millionen Franken anstelle 638 Millionen Franken). Erfreulich ist die Anzahl der im letzten Jahr entschiedenen Baugesuche, welche mit 842 die Anzahl der neu eingereichten Baugesuche um 48 übertroffen hat. Anfang 2008 gab es 48 pendente Baugesuchen weniger als im Vorjahr. Zusätzlich wurden auch 20 neue Baugesuche und 250 Projektänderungen im Audienzverfahren bewilligt (Vorjahr 26 und 223). Diese 270 im Audienzverfahren beurteilten und bewilligten Geschäfte sind in den oben erwähnten Zahlen nicht enthalten.

Nachdem die Reorganisation im Departement Bau abgeschlossen ist, werden 2008 die Pflichtenhefte der am Baubewilligungsverfahren beteiligten Personen und Fachstellen abschliessend aktualisiert, optimiert und neu festgesetzt. Auf dieser Grundlage wird eine weitere Verkürzung der Behandlungsfristen angestrebt. Bis Ende 2008 sollten die ehrgeizig festgelegten Behandlungsfristen in den WOV-Zielen erreicht werden können.

Übersicht über die letzten 5 Jahre

Jahr	Eingereichte Baugesuche			Neubauwohnungen		Bausumme (in Mio. Franken)	
	Total	davon für EFH	MFH	be-willigt	be-zogen	definitiver Entscheid	Vorentscheid
2003	901	32	19	426	596	580 045 749	14 680 000
2004	872	22	24	512	993	621 912 889	36 685 000
2005	886	40	20	1 101	418	855 461 042	43 895 000
2006	857	30	19	945	713	638 372 966	3 040 000
2007	794	22	14	521	566	594 055 332	54 500 000

Baubewilligungsverfahren

	2006	2007
Übertrag Vorjahr	256	299
Neueingänge	857	794
Total anhängig	1 113	1 093
Bewilligungen im ordentlichen Verfahren	455	432
davon bewilligte neue Wohnbauten	177	144
davon total bewilligte Wohnungen	945	521
Bewilligungen im Anzeigeverfahren	291	369
Rückzüge	10	8
Eröffnungen Entscheid Baudirektion	6	1
Verweigerungen	21	18
Wiedererwägungsentscheide	12	6
Wiederherstellungsbefehle	3	0
Abbruchentscheide	1	1
Vorentscheide	10	7
Sonderbewilligungen	0	0
Präsidialverfügungen	0	0
Entschiedene Gesuche	814	842
Ende Jahr pendent	299	251
Audienz Verfahren / neue Baugesuche	26	20
Audienz Verfahren / Projektänderungen	223	250

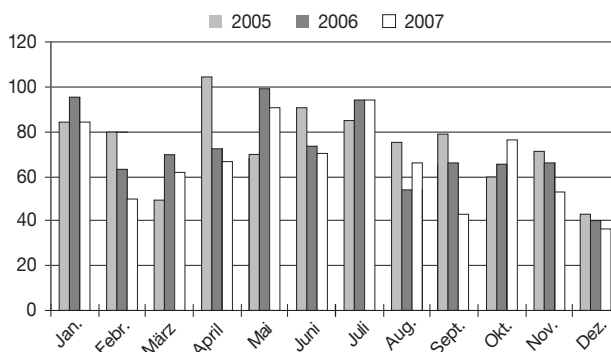
Ausnahmebewilligungen/ Verfahrenscoordination

	2006	2007
Bezüglich Bauordnung/Baugesetz	22	25
Beurteilung zusätzlicher kantonalen Instanzen (z.T. mehrere Beurteilungen pro Baugesuch)	86	65

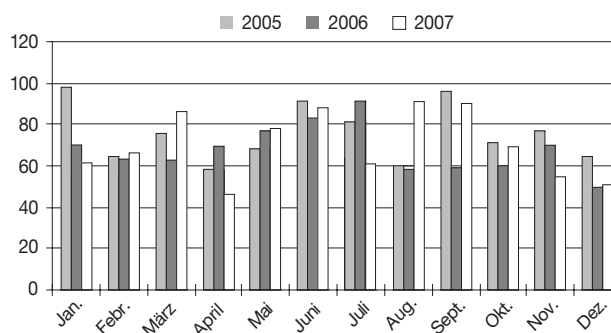
Tätigkeit der Baukontrolle

	2006	2007
Abnahme von Bauvisieren	520	434
davon waren zu beanstanden	57	33
Bezugsbewilligungen	108	118
Weiterbaubewilligungen / Rohbauabnahmen	106	118
Schlussabnahmen	690	914
Baustellenbesuche bewilligter Bauten	945	1 295
Baustellenbesuche nicht bewilligungspflichtiger Bauten	109	127
Überwachung von Gebäudeabbrüchen	29	21
Ferner festgestellt:		
nicht bewilligte Bauarbeiten	65	49
nicht ordnungsgemäss gemeldete Bauarbeiten	147	231

Eingang Baugesuche



Baurechtliche Entscheide



Rechtsdienst

In den Rechtsmittelverfahren durften im Jahre 2007 Erfahrungen mit der neu zusammengesetzten Baurekurskommission (BRK) gesammelt werden. Wie in den vergangenen Jahren konnte ein grosser Teil der Verfahren durch Rekursrückzug bzw. Gegenstandslosigkeit (Bsp. Verzicht auf Bauvorhaben) abgeschlossen werden. Bei materiellen Rechtsmittelentscheiden wurden die Beschlüsse und Verfügungen der Baubehörde weitestgehend geschützt. Für die Baubehörde wesentlich ist der wegweisende Entscheid des Verwaltungsgerichts, mit welchem die Berechnung der Anzahl Parkplätze für das geplante «Einkaufszentrum Rosenberg» bestätigt wurde. Die Berechnung der Abstellplätze bei UVP-pflichtigen Vorhaben bildete auch in diesem Jahr öfters Gegenstand von Diskussionen mit den Umweltverbänden bzw. von Rechtsmittelverfahren.

Ende 2007 waren folgende Verfahren pendent:

- 53 Rekursverfahren bei der Baurekurskommission IV
- 3 Verfahren bei der Baudirektion
- 2 Rekursverfahren beim Regierungsrat
- 2 Beschwerdeverfahren beim Verwaltungsgericht
- 4 Verfahren beim Bundesamt für Verkehr
- 6 Strafverfahren beim Baupolizeiamt
- 2 Strafverfahren beim Statthalteramt

Im Quartierplanverfahren Maienried konnte die Submission für den Bau der Erschliessungsanlagen durchgeführt werden. Die Begleitung des Baupolizeiamtes bei der Erstellung des Bauprojekts – im Rahmen der Gesamtleitung – nahm relativ viel Zeit in Anspruch. Nachdem beim Quartierplan Maienried auch die technische Bewilligung erteilt ist, kann im Januar 2008 mit dem Bau der Erschliessungsanlagen begonnen werden. Der Rechtsdienst war sodann verschiedentlich gefordert bei der rechtlichen Begleitung weiterer Quartierplanverfahren. Zeitintensiv war auch die Mitarbeit des Rechtsdienstes bei der Erarbeitung des öffentlichen Gestaltungsplanes für das Lagerplatzareal. Für das Parkhaus auf dem Wachterareal konnte ein Investor gefunden werden. Die gegen die Baubewilligung erhobenen Rechtsmittel sind noch bei der Baurekurskommission hängig.

Mehrere Grundeigentümerschaften wurden – im Auftrag der Baubehörde – zur Durchführung von Sanierungsmassnahmen an ihren Liegenschaften aufgefordert; Ziel dabei ist, das beeinträchtigte Quartierbild mittelfristig wieder einer befriedigenden Gesamtwirkung zuzuführen.

Reklamen

2007 wurden 37 (Vorjahr 32) Reklamebewilligungen mit Entscheid des Bauausschusses und 78 (90) Reklamebewilligungen mit Verfügung des Bausekretärs erledigt, davon wurden 6 teilweise bzw. 3 befristet bewilligt. 4 Reklamegesuche mussten verweigert werden (5) und 6 wurden zurückgezogen. Mit 130 war die Zahl der eingegangenen Gesuche gegenüber dem Vorjahr praktisch konstant (128). Über 20 (30) Bauherrschaften wurden aufgefordert, für ohne Bewilligung erstellte Reklameanlagen Gesuche einzureichen bzw. die nicht bewilligungsfähigen Reklamen zu entfernen. Der zum neuen Vertragsabschluss per 1.1.2008 ausgeschriebene Konzessionsvertrag für die Plakatierung auf dem öffentlichen und fiskalischen Grund der Stadt Winterthur wurde vom Stadtrat an die Allgemeine Plakatierungsgesellschaft APG Winterthur für die Dauer von sechs Jahren vergeben.

Von den 66 eingegangenen Mutationsgesuchen wurden 38 (Vorjahr 45) Mutationsbewilligungen mit Verfügung



Claude Miffon (l.) und Patrik Denzler (r.) (APG) sowie Stadtrat Walter Bossert anlässlich der Unterzeichnung des Konzessionsvertrages am 17.12.2007 für Plakatierung auf öffentlichem Grund.

des Bausekretärs und 24 (Vorjahr 22) im Audienzverfahren (Stempel) bewilligt. Zwei Gesuche sind zurückgezogen worden.

Feuerpolizei

Projektbegutachtungen, Bewilligungen und Abnahmen:

	2006	2007
Begutachtungen von Baugesuchen	494	566
Bewilligungen von Feuerungsanlagen, Lager mit brennbaren Flüssigkeiten / Gasen, Dekorationen, Feuerwerk usw.	674	657
Kontrollen von Fall zu Fall	133	133

Periodische Gebäudekontrollen:

Feuerpolizeilicher Kontrollturnus	Gebäude-Bestand 2007	Anzahl Kontrollen 2006	2007
2 Jahre	106	58	38
4 Jahre	482	34	28
6 Jahre	1 734	89	116
8 Jahre	195	7	6
Bauten mit Eigenkontrollpflicht	16 524	116	150

Die Kantonale Feuerpolizei (KFP) hat der Feuerpolizei Winterthur (als beauftragte Fachstelle für Kontrollen von Bauten und Anlagen mit erhöhtem Brandrisiko) im Laufe des Jahres 2007 neu die Gemeinden Dietlikon, Opfikon-Glattbrugg und Kloten (mit dem Flughafen) zugeteilt. Der Vertrag mit der KFP umfasst nun 99 Gemeinden, verteilt auf die 6 nördlichen Kantonsbezirke Andelfingen, Bülach, Hinwil, Pfäffikon, Uster und Winterthur. Zusammen mit den «eigenen» 193 Anlagen auf dem Stadtgebiet Winterthur und den 528 «fremden» Anlagen in den übrigen Gemeinden werden insgesamt 721 Anlagen mit erhöhtem Brandrisiko durch die Fachstelle betreut. Die Kosten für die auszuführenden Arbeiten im gesamten Wirkungskreis der Fachstelle werden von der KFP vollumfänglich vergütet.

Für einen einheitlichen Vollzug der Brandschutzvorschriften in den Gemeinden hat die KFP für besondere Gebäude und Nutzungen weitere detaillierte Ausführungsbestimmungen erlassen. Es sind dies die Merkblätter vom 15.10.2007 der KFP für «Fluchtwege in Schulhäusern», «Zeltbauten» und «Hochregallager».

Die Feuerungen werden im 2-jährigen Turnus kontrolliert (Messungen der Abgasgrenzwerte nach Luftreinhalteverordnung):

	2006	2007
Anlagebestand / messpflichtig	10 611	10 676
davon Low-NOx Anlagen in %	73,3	77,0
Kontrollierte Anlagen	4 256	4 210
Beanstandungen in %	5,3	5,5
Aufforderungen zur Sanierung von Feuerungsanlagen infolge Überschreitung der Abgasverlust- und Stickoxidgrenzwerte	179	221

Abnahme von neuen und sanierten Anlagen (Kontrolle nach Luftreinhalte-, Energienutzungs- und Brandschutzvorschriften):

	2006	2007
Anzahl Abnahmen	573	585
Beanstandungen %	30	27

Zusätzlich zur vorstehenden Kontrolltätigkeit in Winterthur erfolgten in den Gemeinden Seuzach und Pfungen aufgrund von Anschlussverträgen 79 Abnahmen von neu installierten Feuerungsanlagen.

Nach den Änderungen der Luftreinhalte-Verordnung des Bundes (LRV) und den Weisungen der Baudirektion des Kantons Zürich vom April 2007 sind neu auch die Holzöfen bis 70 kW, in denen mehr als 200 kg Holz/Jahr verbrannt wird, einer periodischen Kontrolle zu unterziehen. Mit der behördlichen Überwachung soll ein möglichst guter Abbrand angestrebt und die Feinstaubbildung sowie die Abfallverbrennung eingedämmt werden. Die Feuerungskontrolle hat die formellen Grundlagen wie EDV-Programm, Gebäudelisten usw. vorbereitet und mit den Kontrollarbeiten, nach dem Modell 1 des Zürcher Kontrollkonzeptes, begonnen.

Der Kaminfegermeister-Verband Winterthur und Umgebung hat anlässlich der Generalversammlung im Frühjahr 2007 eine Zusammenarbeit mit der Feuerungskontrolle, gemäss dem Modell 2 des Zürcher Kontrollkonzeptes, abgelehnt.

Geschäfte der Aufzugskontrolle: Bewilligungen und Abnahmen von Neuanlagen

	2005	2006	2007
auf Stadtgebiet Winterthur			
Bewilligungen	124	99	142
Abnahmen	42	69	97
in 60 Gemeinden (Vertrag vorsorglich gekündigt)			
Bewilligungen	17	7	11
Abnahmen	57	125	24

Periodische Kontrollen von Altanlagen

	2005	2006	2007
auf Stadtgebiet Winterthur			
Kontrollen	334	288	367
in 60 Gemeinden (Vertrag gekündigt)			
Kontrollen	–	–	–

zu betreuende Beförderungsanlagen

	2005	2006	2007
auf Stadtgebiet Winterthur			
Anlagenbestand	* 3 028	* 3 055	* 3 140
in Betrieb	2 680	2 676	2 725
ausser Betrieb	119	131	134
zur Abnahme bereit	63	112	111
in Montage	162	128	164
noch offene Eingaben	4	8	6
projektierte Anlagen	355	376	330
in 60 Gemeinden (Vertrag vorsorglich gekündigt) Anlagenbestand	–	–	–

* Die EDV-mässige Erfassung aller Anlagen ist abgeschlossen. Es sind nur noch kleinere Korrekturen im Anlagenbestand zu erwarten durch nicht erfasste oder längst abgebrochene/ersetzte Anlagen. Im Berichtsjahr abgebrochene Anlagen werden nicht separat erfasst.

Die hohe Zahl der zu bewilligenden Neuanlagen entspricht der weiterhin intensiven Bautätigkeit. Nebst eigentlichen Neuanlagen müssen vermehrt Altanlagen mit

Baujahr 1960 – 1979 ersetzt werden, da keine Ersatzteile und immer öfter keine Steuerplatinen mehr erhältlich sind. Bei Umbauten wird versucht, die Auflagen der vom Bundesrat in Kraft gesetzten EN 81-80 zu integrieren, da diese voraussichtlich ab 2014 im Kanton Zürich umgesetzt werden muss. Die periodische Kontrolle von Altanlagen konnte bis zum Kontrolljahrgang 1975 vollständig erledigt werden. Ein rund achtjähriger periodischer Kontrollzyklus (statt des fünfjährigen Turnus gemäss BBV I) sollte eingehalten werden können. Die periodischen Kontrollen der Feuerwehraufzüge werden weitergeführt. Die Benutzung durch die Berufsfeuerwehr wird systematisch geschult. Damit wird gewährleistet, dass diese Aufzugsanlagen in Hochhäusern im Ernstfall nicht nur funktionieren, sondern auch sicher betrieben werden können. Ebenso wird die Personenrettung aus alten, neuen oder in ungewohnter Bauart erstellten Aufzugsanlagen mit der Berufsfeuerwehr geübt.

Energie

Die Aufgabenbereiche der Fachstelle konzentrierten sich auf den Vollzug, die Kontrolle der gesetzlichen Anforderungen und auf die Energieberatung. Die massiv gestiegen Energiepreise und der wissenschaftlich hinterlegte Nachweis, dass die übermässige CO₂-Produktion mittel- bis langfristig zu erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden führt, hatten zur Folge, dass sich das Interesse an Energieberatung nochmals erhöhte. Es wurden mehr als 200 Beratungen durchgeführt. Seit dem Bestehen der Fachstelle gab es noch nie so viele Objektuntersuchungen.

Ein grosser Teil der technisch relevanten gesetzlichen Auflagen wurde im Bauaufsichtsverfahren durch die Fachstelle Energie vollzogen. Die Einhaltung der Vorschriften gewährleisteten Auflagen in den Baubewilligungen, Kontrollen von Projektunterlagen sowie Baustellenbesuche. Zur Sicherstellung der Vorgaben der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) wurden die technischen Projektgrundlagen der Mobilfunkantennen überprüft. 13 Gesuche für Mobilfunkanlagen wurden bearbeitet.

Die Zertifizierung der Stadt Winterthur mit dem European Energy Award(r)Gold brachte auch für die Aktivitäten der Energiefachstelle positive Bestätigungen. Spitzenresultate wurden im Bereich der Energieplanung (90 %), Aktivitätenprogramm (90 %) sowie Baubewilligungen und Baukontrollen (85 %) erzielt. Bei der öffentlichen Energieberatung konnte ein befriedigendes Resultat von 60 % erreicht werden, bei der Energieberatung im Baubewilligungsverfahren resultierte ein ungenügendes Niveau (40 %). Bei den stadteigenen Gebäuden ist ein mässiges Niveau (48 %) erreicht worden. Gleichzeitig war hier aber der grösste Fortschritt (von 35 % auf 48 %) seit dem Jahr 2004 zu verzeichnen.

In Zusammenarbeit mit dem Forum Energie Zürich wurde ein Kurs über den Minergie®-P-Standard mit 35 Teilnehmenden durchgeführt. Die Fachstelle nahm am Solartag im Mai in Zusammenarbeit mit Stadtwerk und dem Umwelt- und Gesundheitsschutz aktiv teil.

Das Projekt Schallschutzfenstereinbauten an den Hauptverkehrsstrassen mit Alarmwertüberschreitungen konnte im September 2007 abgeschlossen werden. Die Einbauten der Schallschutzfenster entlang der St. Gallerstrasse, der Technikumstrasse, der Tösstalstrasse, der Römer-/Frauenfelderstrasse, der Schaffhauser-/Lindstrasse, der Wülflingerstrasse und an der Zürcherstrasse sind abgeschlossen. Insgesamt konnten 465 Liegenschaften mit einer Kostenfolge von über 10 Mio. Franken saniert werden. Damit hat sich die Wohnqualität von mehreren Tausend Einwohnerinnen und Einwohnern entlang der Hauptstrassen verbessert.

Departement Sicherheit und Umwelt

Das Departement Sicherheit und Umwelt setzt sich ein für eine sichere, umweltbewusste und lebenswerte Stadt. Ein besonderes Schwergewicht gilt der nachhaltigen Stadtentwicklung. Diese Leitidee hat auch im vorliegenden Berichtsjahr den Rahmen vorgegeben, innerhalb welchem die Ämter und Bereiche des Departements ihre anforderungsreichen Aufgaben erfüllt haben.

Die Sicherheit als Standortfaktor gewinnt insbesondere für die Städte immer mehr an Bedeutung. Sicher zu sein und sich sicher zu fühlen, gehören zu den zentralen Grundbedürfnissen des Menschen. Wer sich fürchtet, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden und sich deswegen unsicher fühlt, ist in seiner Freiheit erheblich eingeschränkt. Und wer tatsächlich Opfer einer kriminellen Handlung wird, erleidet nicht nur eine körperliche Beeinträchtigung oder einen materiellen Verlust, sondern hat allzu häufig mit schwer wiegenden psychischen Belastungen zu kämpfen, verliert das Vertrauen in die Sicherheit seiner Wohnumgebung und damit einen wichtigen Bestandteil der Lebensqualität.

Andererseits hat sich die Sicherheit erfahrungsgemäss auch als Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche Prosperität, für die Ansiedelung neuer Unternehmen erwiesen. Unternehmen, die in einer Stadt oder Gemeinde ansässig sind, die für ihre hohe Kriminalitätsrate bekannt ist, dürfte es schwer fallen, qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Die ökonomische Entwicklung und Stabilität in einem Gemeinwesen sind deshalb ohne ein Mindestmass an Sicherheit nicht denkbar.

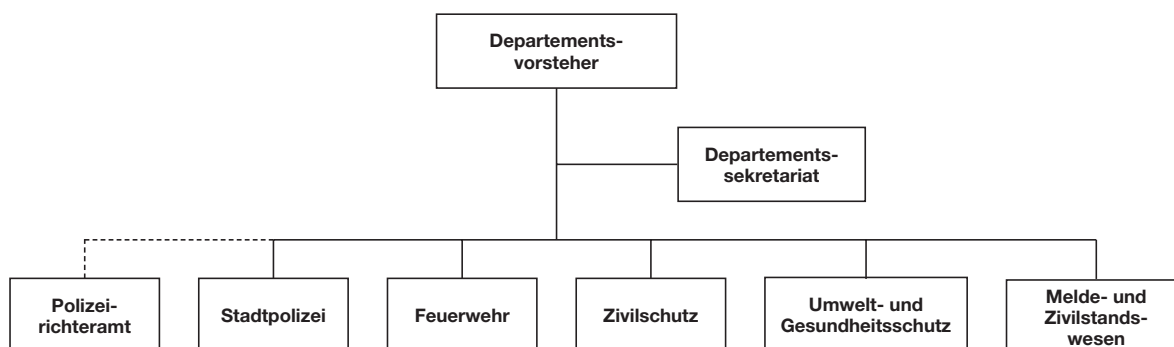
Zwar gilt die Stadt Winterthur im gesamtschweizerischen Vergleich nach wie vor als objektiv sichere Stadt. Das darf aber nicht dazu verleiten, die Hände einfach in den Schooss zu legen. Denn wie Umfragen zeigen, steht das (subjektive) Sicherheitsgefühl, d.h. der «Wohlfühlstandard» der Bevölkerung, nur teilweise in einer Relation zur tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung. Zu den weiteren Faktoren, die das Sicherheitsgefühl beeinflussen, zählen unter anderem die sichtbare Polizeipräsenz, die Szenenbildung sozialer Randgruppen im öffentlichen Raum, der Reinlichkeitszustand von Strassen, Plätzen sowie von Gebäudefassaden usw. Es gilt inzwischen denn auch als

erwiesen, dass an Orten, wo sich Unrat ansammelt, Straftaten wie beispielsweise Sachbeschädigungen in der Regel nicht lange auf sich warten lassen.

Geht es nun darum, die objektive Sicherheit beziehungsweise das Sicherheitsgefühl unserer Bevölkerung zu erhalten und möglichst noch zu stärken, so kann dieses Ziel nicht nur mit verstärkter polizeilicher Repression und verbesserter Strafverfolgung erreicht werden; eine ebenso wichtige Rolle kommt der lokalen Kriminalprävention zu. Darunter fallen alle Massnahmen, die der Kriminalität entgegenwirken beziehungsweise ihre Folgen möglichst gering halten. Der lokalen Kriminalitätsprävention liegt die Tatsache zugrunde, dass eine Mehrzahl aller Straftäterinnen und Straftäter im eigenen Wohnort straffällig wird oder zumindest in der Region, in welcher sie wohnt. Zu den typischen behördlichen Massnahmen der Kriminalprävention zählt zunächst die sichtbare polizeiliche Präsenz. Weil die Winterthurer Bevölkerung kontinuierlich wächst, wird die Stadtpolizei dafür in absehbarer Zeit zwangsläufig zusätzliche Personalressourcen benötigen. Zudem soll zunehmend ein Schwergewicht der Polizeipräsenz auf das Stadtzentrum gelegt werden; der Bereich Bahnhofplatz und Untertor gehört zu den schweizweit meist frequentierten Fussgängerzonen und ist damit naturgemäss mit erhöhten Sicherheitsrisiken verbunden. Als weitere Präventivmassnahmen zur Verbesserung der Sicherheit kommen polizeiliche Sensibilisierungskampagnen und die Videoüberwachung besonders gefährdeter Orte in Betracht, und in einem weiteren Sinn gehört auch die Palette der verschiedenen Verkehrskontrollen dazu. Zu einer Verminderung der Kriminalitätsfurcht der Bevölkerung trägt zudem eine intensive Betreuung sozialer Randgruppen und eine konsequente Reinhaltung öffentlicher Plätze und Strassen bei; zu klären ist in diesem Zusammenhang auch, wie der öffentliche Raum und das Siedlungsgebiet durch Gestaltungsmaßnahmen der Stadtplanung und Architektur sicherer gemacht werden können, ohne dass die ästhetischen und funktionalen Qualitäten darunter leiden.

Eine zentrale Bedeutung innerhalb des Konzepts der lokalen Kriminalitätsprävention nimmt ferner die vorbeugende Bekämpfung von jugendlicher Straffälligkeit

Departement Sicherheit und Umwelt



----- nur administrativ unterstellt

und ihrer Ursachen ein. Es gilt inzwischen als erwiesen, dass einer der wichtigsten Gründe für die ansteigende Jugendkriminalität defizitäre familiäre Strukturen sind. Solche spielen bei fast allen Verbrechen unter Kindern und Jugendlichen sogar die Hauptrolle. Das ist nicht weiter verwunderlich, wird doch im Elternhaus der Charakter der Kinder hauptsächlich ausgebildet und nachhaltig beeinflusst. Umso wichtiger sind daher zur Kriminalitätsvorbeugung das erzieherische Wirken von Eltern und Lehrkräften, einschliesslich Früherkennung und Abbau von Gewalt in Familie und Schule.

Angesichts der vielfältigen Ursachen und Erscheinungsformen von Kriminalität stellt die Kriminalitätsvorbeugung letztlich eine komplexe gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Sie zu bewältigen, ist auch in Winterthur nur mittels einer departementsübergreifenden Zusammenarbeit, einer Kooperation und Vernetzung aller lokalen Aktivitäten möglich, die nebst den staatlichen Institutionen auch andere gesellschaftliche Kräfte mit einbezieht, wie die Wirtschaft, die Medien und selbstverständlich die Bevölkerung selber. Auf dieser Grundlage kann und soll jeder bzw. jede Einzelne dazu beitragen, den Gemeinschaftssinn in unserer Stadt zu stärken, um dadurch das Rechtsbewusstsein zu fördern und gesellschaftliche Strukturen zu schaffen und zu erhalten, die gegenüber kriminellen Handlungen vorbeugend wirken.

Bei der Stadtpolizei stand das Berichtsjahr 2007 unter anderem im Zeichen der Umsetzung einer Vielzahl organisatorischer Detailmassnahmen, die durch das Haushalts-sanierungsprojekt WINPOL vorgegeben worden sind. Ein erfreulicher Höhepunkt stellte die Fertigstellung des neuen Parkleitsystems dar. Mit dynamischen Anzeigen, die den Automobilistinnen und Automobilisten den direkten Weg zur nächstmöglichen Parkierungsmöglichkeit weisen, vermag dieses einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung unnötigen Suchverkehrs zu leisten. Um der Jugendkriminalität noch wirkungsvoller beikommen zu können, hat der Stadtrat den Stellenetat beim polizeilichen Jugenddienst mit Wirkung ab 1. Januar 2008 um sieben Stellen erhöht. Im Übrigen waren die Einsätze der Stadtpolizei vielseitig und durch tägliche Kleinarbeit aller Art gekennzeichnet. Im Fokus stand auch das Verkehrsgeschehen: Mit Hilfe von Verkehrsberuhigungsmassnahmen und sonstigen präventiven Aktivitäten – von Verkehrserziehung bis hin zu Öffentlichkeitsarbeit – galt es, die Verkehrssicherheit weiterhin aktiv zu fördern. Wie nötig diese Massnahmen sind, widerspiegelt die tragische Bilanz von drei Verkehrsunfällen mit Todesfolge auf dem Stadtgebiet.

In einem weiteren Sinn einen Beitrag zur Sicherheit leistete auch das Polizeirichteramt, indem es im Berichtsjahr erneut für eine gegenüber den Beteiligten faire und beförderliche Prozessführung besorgt war. Zudem galt es die gesetzlichen Vorgaben des neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafbuches (StGB) und der damit verbundenen neuen kantonalen Verfahrensbestimmungen umzusetzen. Erneut wurden deutlich mehr Verfügungen erlassen als im Vorjahr.

Besonders ins Auge fällt bei der Feuerwehr rückblickend die weit überdurchschnittliche Anzahl Einsatzstunden – mit einem Zuwachs von nahezu 50 % im Jahresvergleich –, die im Wesentlichen durch die heftigen Unwetter in den Sommermonaten bedingt war. Ferner galt es im Berichtsjahr vier Grossbrände zu bewältigen. Dank dem Eingreifen der Feuerwehrleute konnte der Schaden in Grenzen gehalten werden. Im präventiven Bereich ist erfreulich, dass in der vorliegenden Berichtsperiode deutlich mehr Personen aus den unterschiedlichsten Bereichen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, bei der Feuerwehr eine Brandschutzausbildung zu absolvieren.

Der Zivilschutz sorgt im Rahmen des Bevölkerungsschutzkonzepts in verschiedener Hinsicht für Schutz, Be-

treuung und Unterstützung. Insbesondere soll er bei lang andauernden Notlagen die Durchhaltefähigkeit der anderen Partnerorganisationen erhöhen. Angehörige des Zivilschutzes kümmern sich um schutzbedürftige Personen, aber auch um Kulturgüter. Sie unterstützen die Führungsorgane, stellen Infrastrukturen wieder instand und leisten Einsätze zugunsten der Gemeinschaft. Auch im vorliegenden Berichtsjahr verrichtete die Zivilschutzorganisation an verschiedenen Orten willkommene Instandstellungsarbeiten. Ferner wurden im Zusammenhang mit einer Umstellung der Sirenensteuerung die gesamten Routen- und Übersichtspläne überarbeitet. Beim Rettungsdienst Region Winterthur, dessen Geschäftsstelle beim Zivilschutzamt angesiedelt ist, war eine erhebliche Zunahme der Einsätze zu verzeichnen.

Das Nachhaltigkeitsprinzip ist der übergeordnete Rahmen, innerhalb welchem ein Grossteil der Aktivitäten des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz angesiedelt ist. Getreu der stadträtlichen Vorgabe, wonach bei sämtlichem Verwaltungshandeln wirtschaftliche, soziale und ökologische Kriterien gleichermaßen berücksichtigt werden sollen, wurden verschiedene Projekte lanciert und vorangetrieben, um die nachhaltige Stadtentwicklung noch verstärkt zu etablieren. Unter diesem Gesichtswinkel ist es höchst erfreulich, dass die Stadt Winterthur für ihr energiepolitisches Engagement mit dem «European Energy Award®Gold» ausgezeichnet worden ist. Das – inzwischen akkreditierte – Lebensmittelinspektorat hat wieder eine Vielzahl von Gaststätten, Lebensmittel verarbeitenden Betrieben und Kantinen inspiziert und damit einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge geleistet. Im Dienst der Arbeitssicherheit und Unfallverhütung standen ferner die Kontrollen in den Gewerbebetrieben, die in Vollzug übergeordneter Rechts durchgeführt wurden.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt lag wiederum in der Fluglärmpolitik. Als geschäftsführende Stelle der Interessengemeinschaft Region Ost war die Bereichsleitung Umwelt- und Gesundheitsschutz am Vernehmlassungsverfahren zu den 19 SIL-Betriebsvarianten des Bundesamts für Zivilluftfahrt (BAZL) beteiligt. Die Region Ost und mit ihr die Stadt Winterthur hat sämtliche Varianten mit Nachdruck abgelehnt, die mit einer verstärkten Ostausrichtung des Flugbetriebs verbunden sind. Ferner hat Winterthur zwei flughafenpolitische Behördeninitiativen mitinitiiert bzw. unterstützt und sich gerichtlich gegen eine von Unique angestrebte Veränderung der Abrollwege ab Piste 28 zur Wehr gesetzt. Bedauerlich ist schliesslich, dass das Zürcher Stimmvolk am 25. November 2007 den kantonsrätlichen Gegenvorschlag zur Plafonierungsinitiative angenommen hat, besteht doch damit die Gefahr, dass der Osten in Zukunft verstärkt mit Fluglärm belastet wird.

Im Melde- und Zivilstandswesen stand in der vorliegenden Berichtsperiode in organisatorischer Hinsicht zunächst die Fertigstellung des integrierten Managementsystems im Vordergrund; mit dem Erfolg, dass schliesslich der ganze Betrieb nach einem mehrtägigen Auditverfahren ISO-zertifiziert worden ist. Als weitere Massnahme wurde die Einwohnerkontrolle teilweise neu organisiert, um die zunehmende Belastung der rückwärtigen Dienste aufzufangen.

Der Departementsstab begleitete sämtliche Geschäfte der Departementsleitung sowohl in sachlichen als auch in juristischen Belangen. Er unterstützte die Ämter und Bereiche in finanziellen, personellen sowie planerischen Fragen und koordinierte Informatik, Controlling und Öffentlichkeitsarbeit. Ein beträchtlicher Teil der Tätigkeit entfiel im Berichtsjahr auf die Bearbeitung von Anliegen, Forderungen und Rechtsmitteln von Einwohnerinnen und Einwohnern.

In personeller Hinsicht kam es im Jahr 2007 im obersten Kader des Departements zu folgenden Mutationen: Im Polizeirichteramt hat Mitte Juni Gabi Bienz-Meier als Nachfolgerin von Mirjam Stanek Brändle ihre Stelle als Polizeirichterin II angetreten. Per 1. August hat der Stadtrat Dr. Anna Roschewitz als neue Leiterin der Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz gewählt. Sie übernimmt dieses Amt von Erik Schmausser, der nach mehrjähriger Bereichsführung eine neue Herausforderung in der Privatwirtschaft angenommen hat.

Umwelt- und Gesundheitsschutz

Der noch junge Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz, seit August 2007 neu unter der Leitung von Dr. Anna Roschewitz, setzt sich ein für die gesundheitliche Prävention, die Umwelt und die nachhaltige Entwicklung in der Stadt und Region Winterthur. Die Energiestadt Winterthur wurde im Berichtsjahr für ihr hervorragendes energiepolitisches Engagement erstmals mit dem «European Energy Award®Gold» ausgezeichnet und hat damit einen wichtigen Beitrag zum «Nachhaltigen Denken und Handeln» geleistet, einem der Vorhaben von hoher Bedeutung gemäss aktuellen Legislatorschwerpunkten. Das neu akkreditierte Lebensmittelinspektorat konnte sich im Berichtsjahr weiter als regionales Kompetenzzentrum etablieren und weitere Partnergemeinden für die Lebensmittelkontrolle gewinnen.

Nachhaltige Entwicklung

In seinen Legislatorschwerpunkten 2006–2010 bekennt sich der Stadtrat zur nachhaltigen Stadtentwicklung, indem er bei allen seinen Handlungen und Entscheidungen wirtschaftliche, soziale und ökologische Anliegen möglichst gleichermassen berücksichtigen will. Zu diesem Zweck soll die nachhaltige Beurteilung in den Verwaltungsabläufen an den entscheidenden Stellen verankert werden. Dieses gesamtstädtische Vorhaben wird mit verschiedenen Teilprojekten umgesetzt.

Im Pilotprojekt «Nachhaltigkeitsbeurteilung in der Stadt Winterthur» wurde ein Instrument zur Nachhaltigkeitsbeurteilung (weiter-)entwickelt, Relevanzkriterien für die Beurteilung von Prozessen und Projekten definiert und das Instrument in begleiteten Tests erprobt. Ziel ist es, das Beurteilungsinstrument einschliesslich Leitfaden im Jahr 2008 in der Winterthurer Verwaltung zu implementieren.

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Nachhaltige Entwicklung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (zhaw) ist das Forschungsprojekt «Nachhaltigkeitsorientierte Gemeindeführung» (weitere Informationen: www.nogf.ch) ins Leben gerufen worden. Winterthur als eine von fünf Fallstudiengemeinden trägt dazu bei, einen praxisorientierten Leitfaden für nachhaltigkeitsorientierte Gemeindeführung zu erarbeiten und ist eingebunden in ein Netzwerk von Praxisfachleuten und Forschenden aus den Bereichen Gemeindeführung und Nachhaltigkeit. Die Herausforderung besteht darin, Nachhaltigkeit in den alltäglichen Geschäftsablauf der Stadtverwaltung zu integrieren.

Im Rahmen des nationalen Projekts «Cercle Indicateurs» konnte im 3. Quartal 2007 die Erhebung der 30 Kernindikatoren der Nachhaltigen Entwicklung der Stadt Winterthur für das Jahr 2005 abgeschlossen werden. Die Ergebnisse wurden in zusammengefasster Form erstmals in «Winterthur in Zahlen 2006/2007» veröffentlicht. Die

umfassenden Daten einschliesslich Zielrichtung und Trendbeurteilung werden voraussichtlich im Jahr 2008 im Bericht des «Cercle Indicateurs» publiziert.

Umweltschutz

Koordination Umweltaktivitäten

In der «Organisation Umwelt und Energie» sind acht städtische Stellen aus drei Departementen vertreten: Umwelt- und Gesundheitsschutz (Dept. Sicherheit und Umwelt), Amt für Städtebau, Baupolizeiamt, Tiefbauamt, Fachstelle Energie (Dept. Bau) sowie Stadtgärtnerei, Forstbetrieb und Stadtwerk (Dept. Technische Betriebe). Die Organisation besteht aus drei Gremien, in welchen die städtischen Umweltaktivitäten koordiniert und der Erfahrungsaustausch gepflegt wird. Der Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt leitet die drei Gremien und der Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz amtiert als Geschäftsstelle.

Die «Kommission Umwelt und Energie» hat sich im Berichtsjahr zu 3 Sitzungen, die «Fachgruppe Umwelt» zu 5 Sitzungen und die «Fachgruppe Energie» zu 5 Sitzungen getroffen und verschiedene Aktivitäten und Projekte auf strategischer sowie operativer Ebene vorbereitet und bearbeitet.



Energiestadt und Klimaschutz

Das Jahr 2007 stand im Zeichen des Re-Audits «Energiestadt», welches im August 2007 stattfand. Die Stadt Winterthur wurde dabei für ihr hervorragendes energiepolitisches Engagement erstmals mit dem «European Energy Award®Gold» ausgezeichnet. Diese höchste Zertifizierung wird verliehen, wenn mindestens 75 % der Massnahmen des Kriterienkatalogs umgesetzt sind. Winterthur betreibt in allen sechs Bereichen «Entwicklungsplanung und Raumordnung», «Kommunale Gebäude und Anlagen», «Versorgung und Entsorgung», «Mobilität», «Interne Organisation» und «Kommunikation und Kooperation» eine aktive Energiepolitik und erreichte knapp 77 %. Nach wie vor erheblicher Handlungsbedarf besteht im Bereich «Kommunale Gebäude und Anlagen», will die Stadt ihre Vorbildfunktion überzeugend wahrnehmen. Um die Gold-Auszeichnung in vier Jahren erfolgreich zu verteidigen, ist daher das energiepolitische Engagement noch zu verstärken.



Kurt Marti, internationaler eea®gold-Auditor (2. v.r.) überbringt den Stadträten Dr. Matthias Gfeller, Walter Bossert und Michael Künzle sowie der Leiterin des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz Dr. Anna Roschewitz seine Glückwünsche zur Verleihung der Goldmedaille als Energiestadt.

Weitere Projekte zur Umsetzung des stadträtlichen Energiekonzepts betreffen die Themen Mobilität und Energiesparen.

Um die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Winterthur sowie die Pendlerinnen und Pendler über die vielfältigen Aspekte der Mobilität zu informieren und für eine optimale Transportmittelwahl zu sensibilisieren, führt Umwelt- und Gesundheitsschutz eine mehrjährige Schwerpunktkampagne zum Thema Mobilität und Mobilitätsverhalten durch.

Für die im Jahr 2007 gestartete dreijährige Kampagne «clevermobil» wurde dem Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz die Funktion der Drehscheibe zugeteilt. Die Aufgaben umfassen im Einzelnen die Koordination, Vergabe und Pflege der Marke clevermobil, die Konzeption, Organisation und Durchführung des Startevents der Kampagne am 15. September 2007, den Internetauftritt (siehe www.ugs.winterthur.ch/clevermobil) und die Medienarbeit.

Innerhalb der Stadtverwaltung wurden mittels Umfrage 29 clevermobil-Aktivitäten erhoben und mit dem Gütesiegel ausgezeichnet. Zudem setzte das Personalamt den clevermobil-Jackpot auf Anfang September 2007 um. Zum Auftakt der Mobilitätskampagne fand im September 2007 in Winterthur der Erlebnistag clevermobil statt. An drei verschiedenen Standorten gab es mit dem clevermobil-Markt (Kasinostrasse/Neumarkt), dem Tag der offenen Tür bei Stadtbuss (Depot Grüze) und dem Velowettbewerb «I like my bike» (Reithalle) Spannendes für Gross und Klein.



Das Gütesiegel
clevermobil

Weitere mobilitätsbezogene Aktivitäten sind die Mobilitätsberatung für Unternehmen (siehe www.ugs.winterthur.ch/mobilitaet) und die Ausarbeitung des Grobkonzeptes «Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung Winterthur», das im Jahr 2008 dem Stadtrat zur Genehmigung unterbreitet wird. Die Stadt Winterthur bietet zudem seit Mitte 2006 mit dem Pilotprojekt «Mobilitätsdurchblick Schweiz» ihrer Bevölkerung eine kostenlose Entscheidungshilfe zur Optimierung der persönlichen Mobilität an. Seit Mai 2007 ist das Beratungsangebot auch im Internet zugänglich (www.ugs.winterthur.ch/mobilitaetsdurchblick).

Vom 11. bis 15. Juni 2007 fand die Erinnerungsaktion «Energietipps für kühle Köpfe» im Rahmen der «Energiesparwoche der Winterthurer Stadtverwaltung» statt. Die Mitarbeitenden wurden an die vergangenen Energiesparwochen im Jahr 2006 erinnert, wiederum für den vielseitigen Energiebedarf am Arbeitsplatz sensibilisiert und zum Energiesparen ermuntert. Damit sollen der Energieverbrauch sowie der CO₂-Ausstoss reduziert und die Energiekosten der Verwaltung sinken. In der letztjährigen Aktion konnte der Energieverbrauch am Arbeitsplatz um bis zu 10 % reduziert werden.

Luftreinhaltung

Gestützt auf die erneuerte Leistungsvereinbarung mit der kantonalen Baudirektion wurden die Vollzugsaufgaben zur Luftreinhaltung mit der Feuerpolizei Winterthur, der Stadt Zürich und dem Kanton harmonisiert. Zu den Aufgaben im Zuständigkeitsbereich von Umwelt- und Gesundheitsschutz, Fachstelle Umwelt, gehören gemäss

Energiesparen in der Stadtverwaltung während den heissen Monaten: Energie-Tipps für kühle Köpfe

Lüften

- ✓ Über Nacht und am Vormittag lüften
- ✓ Fenster während dem Tag geschlossen lassen

Sonnenschutz

- ✓ Storen vor den ersten Sonnenstrahlen schliessen (evtl. bereits am Vorabend)
- ✓ Storen im ganzen Gebäude schliessen (Räume heizen sich gegenseitig auf)

Licht

- ✓ Storen etwas öffnen, damit Tageslicht durch kommt
- ✓ Stromsparlampen verwenden (Glüh- und Halogenlampen erzeugen Hitze)

Geräte

- ✓ Geräte nach Gebrauch ausschalten (erzeugen Hitze)
- ✓ Steckerleisten mit Kippschalter benutzen
- ✓ Wo nötig, Kühlgeräte verwenden (Energieklasse A oder besser)

Wasser

- ✓ Toilettenspülung unterbrechen, wenn sinnvoll
- ✓ Wasserspardüsen montieren (Zuhause)

Mobilität

- ✓ möglichst Velo / ÖV benutzen oder zu Fuss gehen
- ✓ im Auto: EcoDrive®-Fahrstil anwenden

Bauverfahrensverordnung (BVV) Ziffer 4.1 «Stationäre Anlagen der Industrie und des Gewerbes mit erheblichen Auswirkungen wie Anlagen der Bereiche Chemie-, Gummi- und Kunststoffindustrie, Mineralölindustrie, Metallverarbeitung, Entsorgung und Recycling, Lebensmittelverarbeitung, Steine und Erden». Ebenfalls dazu gehören gemäss BVV-Ziffer 4.2 «Grossfeuerungsanlagen (über 1000 kW Feuerungswärmeleistung), stationäre Verbrennungsmotoren, Feststofffeuerungen mit einer Feuerungswärmeleistung über 70 kW und Anlagen für das Verbrennen von Abfällen».

Die Fachstelle Umwelt betreut insgesamt 139 Feuerungsanlagen: 55 Öl-/Gasfeuerungen <1 MW, 34 Öl-/Gasfeuerungen >1 MW, 20 Holzfeuerungen >70 kW, 20 Blockheizkraftwerke und Motoren sowie 10 Spezialfeuerungen (Stand: 31. Dezember 2007).

In Zusammenarbeit mit dem Autogewerbeverband Schweiz (AGVS) werden die insgesamt 42 Tankstellen auf Stadtgebiet periodisch hinsichtlich ihrer Gasrückführungssysteme kontrolliert. Die im Berichtsjahr erfolgten 26 Kontrollen führten zu 8 Beanstandungen. Der Kanton Zürich hat im Jahr 2007 in Zusammenarbeit mit Umwelt- und Gesundheitsschutz der Städte Winterthur und Zürich das Projekt «Qualitätssicherung der bestehenden Tankstellenkontrollen durch den Autogewerbeverband Schweiz im Kanton Zürich» weitergeführt. Dieses Projekt soll die Qualität der bestehenden Kontrollen der Tankstellen im Kanton überprüfen. Mittels einer Checkliste werden ab 2008 im Kanton Zürich und somit auch in der Stadt Winterthur durchschnittlich 10 % der periodischen Kontrollen hinsichtlich der Qualität überprüft und bewertet.

Im Zusammenhang mit dem im November 2006 gestarteten Projekt «Vollzug der Luftreinhalte-Verordnung

(LRV) - Aktualisierung der Emissionsdaten in Industrie und Gewerbe» im Kanton Zürich wurde eine Aktualisierung der Emissionsdaten in der metallverarbeitenden Branche durchgeführt. Die aktualisierten Grundlagen dienen im nächsten Jahr als Basis für Begehungen und Aufklärungsarbeit in ausgewählten Betrieben.

Die Fachstelle Umwelt bearbeitete im Jahr 2007 19 Klagen bei Feuerungen mit starker Rauchentwicklung. In zwei Fällen konnten illegale Abfallverbrennungen nachgewiesen werden.

Zu den Aufgaben im Zuständigkeitsbereich von Umwelt- und Gesundheitsschutz, Fachstelle Umwelt, gehört auch die Prüfung der VOC-Bilanzen (VOC: flüchtige organische Verbindungen) von Winterthurer Betrieben. Gestützt auf die Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) wurden die VOC-Bilanzen von 6 Winterthurer Betrieben für das Jahr 2006 geprüft.

Immissionsschutz

Die Luftbelastung im Jahr 2007 lag im Schwankungsbereich der vergangenen fünf Jahre, jedoch deutlich unter den Spitzenbelastungen von 2006, da lang anhaltende und stabile Inversionslagen weitgehend ausblieben. Weiterhin werden die Grenzwerte für die Luftschadstoffe Feinstaub (PM₁₀) und Ozon (O₃) überschritten. Die Langzeitgrenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) werden an verkehrsbelasteten und städtisch geprägten Orten überschritten. Die unterdurchschnittliche Gesamtbelastung widerspiegelt keine nachhaltige Verbesserung der Luftqualität, sondern liegt im witterungsbedingten Schwankungsbereich der letzten Jahre.

Die Messstation Obertor ermittelte für den lungengängigen Schwebstaubanteil PM₁₀ (Partikeldurchmesser von weniger als 10 Mikrometer) einen Jahresmittelwert von 20 µg/m³. Es liegt somit keine Überschreitung des Jahresmittelgrenzwertes vor. Insgesamt waren 10 Überschreitungen des Tagesmittelgrenzwertes zu verzeichnen. Am 16. März 2007 wurde der höchste Tagesmittelwert mit 78 µg/m³ gemessen.

Der 1-Stunden-Grenzwert von 120 µg/m³ für Ozon wurde bei der Messstation Obertor insgesamt 239 Mal an 46 Tagen überschritten, bei der Messstation Oberseen 192 Mal an 39 Tagen. Die höchsten gemessenen Stundenmittelwerte lagen am Obertor mit 175 µg/m³ um 7 µg/m³, in Oberseen mit 163 µg/m³ um 53 µg/m³ tiefer als im Vorjahr. Die Messresultate beider Messstationen liegen nach wie vor deutlich über dem Grenzwert.

Für die Belastung mit Stickstoffdioxid (NO₂) verzeichnete die Messstation Obertor einen Jahresmittelwert von 29 µg/m³. Im Vorjahresvergleich ist er somit leicht rückläufig und entspricht seit 2004 zum zweiten Mal wieder dem Langzeitgrenzwert. Der Tagesmittelgrenzwert von 80 µg/m³ wurde mit einem gemessenen Maximalwert von 63 µg/m³ nicht überschritten.

Die Anzahl der NO₂-Passivsammler wurde in Absprache mit Ostluft im Jahr 2007 verdoppelt. Die an zehn Standorten über das gesamte Stadtgebiet verteilten NO₂-Passivsammler registrierten Jahresmittelwerte zwischen 17 µg/m³ (Sägeweg in Seen) und 53 µg/m³ (Technikumstrasse).

Nachdem die Messwerte von Schwefeldioxid (SO₂) seit Jahren deutlich unter den Grenzwerten liegen, wurde das in die Jahre gekommene Messgerät am 1. Januar 2007 nicht mehr ersetzt.

Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

Im Berichtsjahr wurden für drei Bauvorhaben Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) durchgeführt, und zwar

für die «Überbauung Grüzefeldstrasse», den «Ersatz KVA Verbrennungslinie 1» und das «Parkhaus Wachterareal».

Fluglärm

Seit ihrer Gründung vor rund drei Jahren setzt sich die Interessengemeinschaft Region Ost auf verschiedenen Ebenen dafür ein, dass in der politischen Auseinandersetzung rund um den zukünftigen Flugbetrieb am Flughafen Zürich auch die Anliegen der Bevölkerung in den östlichen Wohngebieten ausreichend Gehör finden. Nach dem Beitritt von Hittnau und Wila umfasst die Region Ost per Ende 2007 neu 86 Städte und Gemeinden in den Kantonen Zürich, Thurgau und St. Gallen und vertritt damit die Interessen von rund 450 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Zentrum ihrer Aktivitäten steht das Anliegen, die Bedürfnisse der Bevölkerung in unserer Region nach Lebens- und Wohnqualität in Einklang zu bringen mit der Bedeutung des Flughafens als verkehrspolitische Schlüsselinfrastruktur.

Die Region Ost hat sich im Berichtsjahr aktiv am SIL-Koordinationsprozess (SIL: Sachplan Infrastruktur Luftfahrt) für die Rahmenbedingungen des künftigen Flugbetriebs und am Vernehmlassungsverfahren zu den 19 Betriebsvarianten des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (BAZL) beteiligt. Sie hat dazu eine ausführliche schriftliche Stellungnahme abgegeben und ihre Haltung im Rahmen des Info-Forums Flughafen im Juni 2007 mündlich bekräftigt. Die Interessengemeinschaft vertritt den Standpunkt, dass nur jene Betriebsvarianten weiter verfolgt werden sollen, die auf dem heutigen Pistenystem und dem herkömmlichen Flugbetrieb mit Nordausrichtung basieren (Varianten A und B). Mit Nachdruck lehnt die Region Ost sämtliche Varianten mit Pistenverlängerungen ab, die mit einer Ostausrichtung verbunden sind.

In diesem Zusammenhang forderte die Region Ost den Zürcher Regierungsrat schriftlich auf, sich gemäss seiner ursprünglichen Verlautbarung vom 6. Dezember 2006 dafür einzusetzen, dass die Auswahl der Betriebsvarianten auf das bestehende Pistenystem fokussiert wird.

Parallel zu diesen Aktivitäten im Rahmen des SIL-Koordinationsprozesses haben mehrere Zürcher Städte und Gemeinden der Region Ost auf Kantonsebene zwei flughafenpolitische Behördeninitiativen mitinitiiert bzw. unterstützt, die noch im Zürcher Kantonsrat hängig sind. Die eine richtet sich gegen einen Ausbau des heutigen Pistenystems, und die andere zielt auf eine Beschränkung des Flugbetriebs auf 320 000 Bewegungen pro Jahr ab.

Übereinstimmend mit den Zielen der Region Ost hat sich die Stadt Winterthur zudem gerichtlich gegen eine von Unique angestrebte Veränderung der Abrollwege ab Piste 28 zur Wehr gesetzt. Mit solchen neuen Abrollwegen könnten die aus Osten landenden Flugzeuge die Piste rascher verlassen, was die Pistenbelegungszeit verkürzt und damit die Kapazität der Piste 28 erhöht. Als Mitglied der Region Ost ist Winterthur nicht bereit, derartige Bestrebungen in Richtung einer Vermehrung der Ostanflüge hinzunehmen.

Die Region Ost spricht sich Anfang November 2007 per Medienkonferenz und Medienmitteilung gegen die Volksinitiative «Für eine realistische Flughafenpolitik» (Plafonierungsinitiative) aus, weil die Anliegen rechtlich und volkswirtschaftlich kaum durchsetzbar sind. Auch den Gegenvorschlag des Zürcher Kantonsrates, den Fluglärm-Index ZFI, lehnt die Region Ost ab, da dieser eine Gefahr speziell für die Wohngebiete im Osten des Flughafens birgt. In der Abstimmung vom 25. November 2007 wird schliesslich die Plafonierungsinitiative abgelehnt und der Gegenvorschlag angenommen.

Gesundheitsschutz

Lebensmittelkontrolle

Das Lebensmittelinspektorat wurde im Berichtsjahr von der Schweizerischen Akkreditierungsstelle SAS des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO geprüft und verbunden mit Auflagen, welche im Laufe des Jahres 2008 umgesetzt werden, nach ISO-Norm zertifiziert. Die damit erfolgte Akkreditierung ist ab Januar 2009 Voraussetzung für die Durchführung von Lebensmittelkontrollen.

In Winterthur gibt es insgesamt 961 Betriebe, welche den Lebensmittelvorschriften unterliegen. Im Jahr 2007 wurden 1048 Inspektionen in Lebensmittel verarbeitenden Betrieben, Restaurants, Kantinen, an Festanlässen usw. auf Stadtgebiet durchgeführt. Dabei erfolgten in 520 Fällen Beanstandungen, also bei rund der Hälfte aller Inspektionen. In 503 Fällen wurde direkt mit Verfügungen vor Ort gehandelt, in 9 Fällen schriftlich verwarnet und in 8 Fällen Strafanzeige an den Polizeirichter erstattet. In fünf Fällen mussten Lebensmittel beschlagnahmt werden, da sie in ihrem Wert vermindert, verdorben, über ihr Verfallsdatum oder mangelhaft deklariert waren. Auf Stadtgebiet wurden insgesamt 484 Lebensmittelproben erhoben. Die Beanstandungsquote aller Lebensmittelproben lag wie im Vorjahr bei rund 22 %.

Die Lebensmittelkontrolle in den 39 Partnergemeinden hat sich bewährt. Die Anzahl der Beanstandungen liegt im Schnitt bei 47 % und somit leicht tiefer als in Winterthur. In den Gemeinden hat die Anzahl zu kontrollierender Betriebe um 3 % von 2232 (2006) auf 2300 (2007) weiter zugenommen.

Das Jahr 2007 war witterungsbedingt ein mageres Pilzjahr, was sich im Vergleich zum Vorjahr im eher ruhigen Geschäftsgang der städtischen Pilzkontrolle niederschlug. Die 253 Besucherinnen und Besucher brachten insgesamt 232 kg Pilze zur Kontrolle, gegenüber 521 kg im Jahr 2006. Es mussten 10 kg Pilze als ungeniessbar oder giftig konfisziert werden.

Vertraglich der städtischen Pilzkontrollstelle angeschlossen sind die neun Gemeinden Altikon, Brütten, Dägerlen, Dinhard, Hettlingen, Pfungen, Rickenbach, Seuzach und Wiesendangen.

Öffentliche Hygiene

Im Bereich Wohnhygiene, beispielsweise bei Schimmelpilzproblemen oder bei Belastung mit Elektrosmog, fanden 12 Besichtigungen, Kontrollgänge und Abklärungen statt.

Zudem übernahm Umwelt- und Gesundheitsschutz wiederum das Patronat für die Sonderschau «Xund und Fit» an der Winterthurer Messe.

Arbeitssicherheit

Im Vollzug des Arbeitsgesetzes und seinen Verordnungen, des Unfallversicherungsgesetzes sowie der Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten wurden insgesamt 99 Betriebe kontrolliert. Dabei wurden in 60 Betrieben, die einer Umsetzungspflicht unterliegen, Betriebskontrollen nach der Richtlinie über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der

Arbeitssicherheit (ASA) durchgeführt. Von diesen Betrieben verfügten 45 über eine ausreichende Dokumentation, die entweder auf einer Branchen- oder einer individuellen Lösung basieren. Bei den weiteren 15 Betrieben erfolgten Vorabklärungen, mit einem gegenseitig vereinbarten Umsetzungstermin für eine nachfolgende ASA-Systemkontrolle. Dazu werden die Verantwortlichen mit umfassendem Informationsmaterial und individueller, detaillierter Beratung unterstützt. Zudem wurden 84 Betriebe zu ihrem Umsetzungsstand bezüglich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz schriftlich angefragt.

Von den 99 kontrollierten Betrieben mussten drei schriftlich auf Missstände hingewiesen und deren Behebung gemahnt werden. Am häufigsten mussten mangelnde Sicht ins Freie, keine getrennten Toiletten für Damen und Herren, fehlende Treppenhandläufe sowie nicht optimale ergonomische Arbeitsplätze beanstandet werden.

Von 77 städtischen Betrieben, Bereichen und Ämtern, welche der ASA-Richtlinie unterliegen, haben 68 die Anforderungen umgesetzt, 3 befinden sich in der Umsetzung und zwei haben trotz mehrfacher Ermahnung die Arbeit noch nicht in Angriff genommen (Stand Dezember 2007).

Neben den eigentlichen Betriebsbesuchen erfolgten 100 Planbegutachtungen für gewerbliche Betriebe und vier Plangenehmigungen. Die erforderlichen Angaben über die rund 3800 Winterthurer Firmen werden in der vom Kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit und von den beiden Städten Zürich und Winterthur gemeinsam genutzten Betriebsdatenbank laufend nachgeführt.

Campingplatz

In den Sommermonaten haben rund 1300 Gäste den Campingplatz am Schützenweiher besucht, etwa 50 weniger als im Vorjahr. Die Anzahl Gäste im Winterbetrieb ist mit 716 praktisch identisch geblieben. Da die Aufenthaltsdauer sowohl der Sommer- als auch der Wintergäste deutlich kürzer ausfiel, ist die Anzahl aller Übernachtungen mit rund 16 000 um rund 30 % gesunken.

Nachdem eine Umfrage zur Kundenzufriedenheit im Jahr 2006 gezeigt hatte, dass zwar 89 % der befragten Gäste mit dem Campingplatz grundsätzlich zufrieden waren, jedoch Teile der Infrastruktur beanstandet wurden, führte man im Jahre 2007 umfassende Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten der Grünanlagen und Bauten durch. Das gesamte Areal ist neu eingezäunt, Hecken und Bäume wurden geschnitten, der Rasen teilweise neu angesät, Kiesflächen und Rasengittersteine nachgebessert. Das Platzwarthaus wurde partiell renoviert und das Büro neu ausgestattet. Insgesamt präsentiert sich der Campingplatz nach der Generalüberholung in einem ordentlichen, sauberen und freundlichen Zustand.

Weitere Informationen

Auf der Homepage www.ugs.winterthur.ch finden sich weitere Informationen zu den Aktivitäten des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz. Zum Thema Energiestadt und «European Energy Award®Gold» stehen Informationen unter www.energiestadt.ch/d/eea_gold.php oder www.europeanenergy-award.org zur Verfügung. Mehr zur Fluglärm-Interessensgemeinschaft Region Ost ist unter www.region-ost.ch zu finden.

Statistische Angaben

Lebensmittelkontrolle	2005	2006	2007
Anzahl Kontrollen	1 516	1 017	1 048
Beanstandungen	48 %	56 %	50 %

Lebensmitteluntersuchungen/Analysen

Anzahl Proben	584	605	484
davon Beanstandungen	23 %	23 %	22 %
Beschlagnahmen	7	10	5

Arbeitssicherheit

Planbegutachtungen	144	126	100
Plangenehmigungen	1	2	4
Schriftliche Vorabklärungen ASA	127	100	84
Betriebsbesuche/Kontrollen	158	177	99

Luftqualität

Messstationen	Jahresmittelwerte (µg/m³)		
	2005	2006	2007
Messstation Obertor (Altstadt)	NO ₂	NO ₂	NO ₂
Stickstoffdioxide (NO ₂) (µg/m³)	31	30	29
Ozon (O₃)			
Max. Stundenmittel (µg/m³)	182	182	175
Anzahl 1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen	114	218	239
Anzahl Tage mit Grenzwertüberschreitungen	27	37	46
Schwebstaub (PM10; TEOM-Messgerät)			
Jahresmittelwert (µg/m³)	22	25	20
Anzahl Tage mit Grenzwertüberschreitungen	7	33	10
Messstation Oberseen			
Ozon (O₃)			
Max. Stundenmittel (µg/m³)	184	216	163
Anzahl 1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen	162	276	192
Anzahl Tage mit Grenzwertüberschreitungen	34	49	39
Stickstoffdioxid(NO₂)-Passivsammler			
Höchster Jahresmittelwert (µg/m³)	56	57	53
Tiefster Jahresmittelwert(µg/m³)	18	20	17
LRV-Grenzwerte			
Stickstoffdioxid	NO ₂	30 µg/m³	Jahresmittelwert
Ozon	O ₃	120 µg/m³	1-Stunden-Grenzwert
Schwebstaub	PM10	20 µg/m³	Jahresmittelwert
	PM10	50 µg/m³	Tagesmittelwert

Campingplatz	2005	2006	2007
Sommerbetrieb:			
Gäste	1 850	1 379	1 320
Übernachtungen	10 499	8 552	6 254
Winterbetrieb:			
Gäste	687	715	716
Übernachtungen	12 660	14 037	10 059
Total			
Gäste	2 537	2 094	2 036
Übernachtungen	23 159	22 589	16 313
Dauerstandplätze:			
Belegung			
Standplatzparzellen	6,5	5	5
(Maximal 8 Plätze)			

Tierkadaverentsorgung	2005	2006	2007
Umgeschlagene Tonnen	55	72	72
Öffentliche Sammelstellen	14	14	14

Polizeirichteramt

Für das Polizeirichteramt stand das Jahr 2007 im Zeichen der Umsetzung der Vorgaben des neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) und der damit verbundenen neuen kantonalen Verfahrensbestimmungen. Eine zusätzliche Herausforderung bedeutete die Bewältigung der weiter gestiegenen Geschäftslast. Auch war in der Bereichsleitung ein personeller Wechsel zu verzeichnen.

Im Gefolge der seit Anfang 2007 geltenden Änderungen des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches und diverser kantonalen Vorschriften werden den Gebüssten neuerdings so genannte «Strafverfügungen» und nicht mehr «Bussenverfügungen» zugestellt. In diesen Strafverfügungen muss neben der Busse eine Ersatzfreiheitsstrafe festgelegt werden für den Fall, dass die Busse schuldhaft nicht bezahlt wird. Jene separaten Verfügungen, mit welchen unbezahlte Bussen erst im Inkassoverfahren in Haftstrafen umgewandelt wurden, fallen deshalb nach neuem Recht weg. Allerdings waren solche Umwandlungsverfügungen im Jahr 2007 noch zu erlassen, und zwar bezüglich offener Bussen aus den bis Ende 2006 versandten (altrechtlichen) Bussenverfügungen. Folge davon war, dass im Polizeirichteramt zwei Inkassosysteme mit teilweise unterschiedlichen Vollzugsschritten geführt werden mussten, was nur dank einer rechtzeitigen Anpassung des EDV-Systems bewerkstelligt werden konnte. Letzteres gilt auch hinsichtlich einer weiteren Neuerung, nämlich der neuen Nachentscheide über die Anordnung gemeinnütziger Arbeit, welche von der Übertretungsstrafbehörde getroffen werden müssen. Bei nachgewiesener Zahlungsunfähigkeit kann gegenüber Gebüssten, die gewillt und in der Lage sind, gemeinnützige Arbeit zu erbringen, ihre Pflicht zur Bussenbezahlung durch Anordnung einer solchen Arbeitsleistung ersetzt werden. In diesen Bewilligungsverfügungen wird lediglich die Anzahl der zu leistenden Arbeitsstunden festgesetzt; die nähere Ausgestaltung des Arbeitseinsatzes und dessen Überwachung fällt in die Zuständigkeit des kantonalen Amtes für Justizvollzug. Als sehr hilfreich erwies sich im Zusammenhang mit der Umsetzung der neuen gesetzlichen Vorgaben auch der rege Gedankenaustausch mit anderen betroffenen Behörden und Amtstellen.

Das Polizeirichteramt erliess im Berichtsjahr 2007 rund 500 Verfügungen mehr als im Vorjahr. Der grössere Teil davon entfällt auf die Strafverfügungen. Hier ist im Vergleich zum Jahr 2006 nochmals ein Anstieg um 336 Verfügungen auf eine neue Höchstmarke von 11 140 Strafverfügungen zu verzeichnen. Ursache für diese neuerliche Zunahme sind praktisch ausschliesslich die von den öffentlichen Transportunternehmungen (VZV, SBB, Thurbo AG) erhobenen Strafklagen wegen Verstössen gegen das Transportgesetz, begangen durch die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein («Schwarz-

fahren»). Mit rund 2100 derartigen Anzeigen liegt deren Umfang um rund 40 % über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Die Verzeigungen und Verfügungen wegen anderer Übertretungen entsprechen zahlenmässig in etwa denjenigen des Vorjahres. Anhaltend hoch sind insbesondere die Verzeigungen der Polizei wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen im Strassenverkehr.

In personeller Hinsicht ergab sich eine Veränderung in der Bereichsleitung. Die bisherige Polizeirichterin II und Stellvertreterin des Amtsleiters, Mirjam Stanek Brändle, verliess das Polizeirichteramt. Ihre Nachfolgerin Gabi Bienz-Meier nahm die Arbeit Mitte Juni 2007 auf.

Bussenverfügungen

	2007	2006
<i>Tatbestände</i>		
Strassenverkehr:		
Verkehrsunfälle		771
Geschwindigkeit	3 230	3 321
Parkierungsübertretungen	1 343	1 179
nicht betriebssichere Fahrzeuge	149	171
Rotlicht	142	131
Fahren ohne Ausweis	19	31
Fahrverbot	79	43
Abgaswartung	18	25
Arbeits- und Ruhezeitvorschriften	79	116
Übrige SVG Übertretungen	1 566	1 587
Total Verkehrsübertretungen	7 129	7 375
<i>Sonstige Übertretungen:</i>		
Strafgesetzbuch	364	432
Betäubungsmittelgesetz	709	649
Transportgesetz (Schwarzfahren)	2 014	1 561
Allgemeine Polizeiverordnung	128	190
Ausländergesetz	61	229
Einwohnerkontrolle	29	23
Gewerbebesetz (AHV, AVIG usw.)	2	3
Gastgewerbe und Lebensmittel	100	117
Feuerwehr und Feuerpolizei	13	11
Hundehaltung	33	39
Übrige Bestimmungen	558	175
Total sonstige Übertretungen	4 011	3 429
Total erlassene Strafverfügungen/Bussenverfügungen	11 140	10 804
Einstellungen, Abtretungen	863	679
Total bearbeitete Fälle	12 003	11 483

Einsprachen auf Bussenverfügungen

	2007	2006
Eingegangene Einsprachen	528	585
- in % aller Strafverfügungen/Bussenverfügungen	4,7	5,4
Pendente Einsprachen aus Vorjahr	118	107
Total zu behandelnde Einsprachen	646	691
Art der Erledigung		
Nichteintreten/Sonstige Erledigungen	72	116
Rückzüge vorbehaltlos	250	239
Rückzüge nach Änderung der Verfügung	52	86
Aufhebungen	124	109
- % der zu behandelnden Einsprachen	19,2	15,8
- % aller Strafverfügungen/Bussenverfügungen	1,1	1,0
Überweisungen ans Bezirksgericht	29	23
Pendente Einsprachen Ende Jahr	119	118

Stadtpolizei

Das Jahr 2007 war geprägt durch die Umsetzung des Haushaltssanierungsprojekts WINPOL, mit welchem der Stadtrat die Stadtpolizei beauftragt hatte, ihren jährlichen Aufwandüberschuss um 4 bis 6 Mio. Franken zu reduzieren. Rund zwei Drittel der Kostenoptimierungsmassnahmen waren bis Ende Jahr planmässig vollzogen. Eine parlamentarische Motion zur Einstellung eines Teilprojekts, das die Auslagerung der Kontrolle des ruhenden Verkehrs an ein Privatunternehmen zum Gegenstand hatte, führte zu einer erheblichen Verzögerung der Projektumsetzung, obwohl die Legislative den fraglichen Vorstoss ablehnte. Im Zusammenhang mit WINPOL führte das Kommando ein modernes Zeitabrechnungssystem ein, das die Zeitaufwände der einzelnen Mitarbeitenden projektbezogen erfasst sowie auswertet und auf dieser Grundlage zusätzliche Leistungssteigerungen durch einen noch effizienteren Personaleinsatz ermöglicht.

Die ungünstige räumliche Situation am Obertor beeinträchtigt die Arbeit der Stadtpolizei. Aus diesem Grund hat der Stadtrat beschlossen, eine Machbarkeitsstudie für den Bau eines neuen Polizeigebäudes neben dem Wachterareal in Auftrag zu geben. Als flankierende Massnahme zu diesem vorgesehenen Umzug ist geplant, die Polizeipräsenz im Stadtzentrum zu erhöhen; in Zusammenarbeit mit der Kantons- und Bahnpolizei soll am Hauptbahnhof eine Niederlassung der Stadtpolizei (Sicherheitszentrum) eingerichtet werden. Dies zum einen, um die Einsatzdistanzen zu verkürzen; andererseits geht es darum, den zahlreichen Passantinnen und Passanten in ortspolizeilichen Belangen eine nahe gelegene Anlaufstelle zu bieten.

In Anbetracht der zunehmenden Jugendgewalt hat der Stadtrat beschlossen, ein neues Schwergewicht im Bereich der polizeilichen Jugendarbeit zu bilden; dafür bewilligte er sieben zusätzliche Stellen beim Jugenddienst. Dieser richtungsweisende Schritt, welcher die Stadtpolizei mit spezialisierten Korpsangehörigen aufdotiert, wird zu einer Intensivierung der polizeilichen Jugendarbeit führen, wobei besonderes Gewicht auf die interdisziplinäre Vernetzung gelegt werden soll.

Die Stadtpolizei ersetzte in diesem Jahr fünf Streifenwagen sowie zwei Allrad-Fahrzeuge, wovon das eine der Flurpolizei, das andere der Diensthundegruppe zugeteilt wurde. Der Stadtrat genehmigte zudem die schrittweise Erneuerung der Spezialfahrzeug-Flotte ab 2008. Der mittlerweile dreiundzwanzigjährige Überfallwagen, die mobile Einsatzzentrale sowie die Ordnungsdienst-Busse können so zeitgerecht auf die Euro 08 hin erneuert werden.

Einen besonderen Höhepunkt stellte der Abschluss der Modernisierung des städtischen Parkleitsystems dar: Am 27. November 2007 konnte Stadtrat Michael Künzle den roten Knopf zur Inbetriebnahme betätigen.

Zusammen mit den beiden Zürcher Partnerkorps trieb eine Arbeitsgruppe der Stadtpolizei das Projekt POLYCOM voran. Gegenstand ist die Einführung eines organisationsübergreifenden, gesamtschweizerischen Funksystems, welches das mittlerweile in die Jahre gekommene Funknetz der Stadtpolizei ablösen wird.

Die operativen Projekte: Alle bewaffneten Korpsangehörigen wurden in der Reaktion bei allfälligen Amokläufen an Schulen ausgebildet. Parallel dazu bekamen sie die neue Polizeimuniton und durchliefen eine dazugehörige Schiessausbildung.

Die unfriedlichen Ordnungsdienste, deren Anzahl sich etwa in der Bandbreite des Jahres 2006 bewegte, konnten im abgelaufenen Jahre erfreulicherweise ohne den Einsatz von Gummischrot oder Reizstoffen bewältigt werden. Ein besonderes Schwergewicht galt ferner der Einsatz-



Installation des neuen Parkleitsystems

planung: Die Organisation für Grossereignisse und Katastrophen (OGK) begann unter der Leitung des Polizeikommandos mit den Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Euro 08. Nach dem ablehnenden Volksentscheid zum vorgesehenen Public Viewing wurde die Vorbereitung insofern den veränderten Verhältnissen angepasst, als nun mit privat organisierten Veranstaltungen zu rechnen ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Stadtpolizei ein intensives und erfolgreiches Arbeitsjahr 2007 erlebte, getreu ihrem Leitsatz: «Für eine sichere und lebenswerte Stadt».

Korpsbestand

Am 2. März 2007 wurden in der Stadtkirche 17 Aspiranten und Aspirantinnen der Polizeischule 2006/2007 als neue Angehörige des Polizeikorps vereidigt. In die Stadtpolizei eingetreten sind weiter 12 Aspirantinnen und Aspiranten (3 davon stammen aus der Abteilung Verkehrsdienst) sowie 3 Zivilangestellte. Ausgetreten sind insgesamt 8 Mitarbeitende (5 Polizisten/innen, 1 Verkehrsbeamtin, 2 Aspirant/innen [Übertritt 1 Aspirantin in die Abteilung Verkehrsdienst] und 1 Zivilangestellte). Dazu kamen 2 Pensionierungen, davon 1 ordentliche und 1 vorzeitige. Die durch Krankheit bedingten Abwesenheiten sind im Berichtsjahr leicht angestiegen (1700 Tage gegenüber 1599 Tagen im Vorjahr), demgegenüber sind die Abwesenheiten infolge Unfalls von 615 auf 242,5 Tage gesunken. Die Überstunden blieben auf Vorjahresniveau (8032 [8701]).

<i>Korpsbestand</i> (Stellenprozente am 31. Dezember)	2007	2006
Beamtinnen/Beamte	181.95	169.75
Verkehrsbeamtinnen/Verkehrsbeamte	14.50	17.10
Aspirantinnen/Aspiranten	10.00	17.00
Zivilangestellte	19.50	16.27
Total	225.95	220.12

Sicherheits- und Verkehrspolizei

Die Arbeitslast der Sicherheits- und Verkehrspolizei blieb auf konstant hohem Niveau: Ihre Mitarbeitenden rapportierten in 16 835 (16 361) Fällen und stellten gesamthaft 121 308 (159 331) Ordnungsbussen aus. Der Rückgang bei den Ordnungsbussen ist unter anderem durch weniger verfügbares Personal zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs zu erklären. Die stationären Geschwindigkeitsmessgeräte auf Stadtgebiet (Salomon Hirzel-Strasse, Tösstalstrasse, Steigstrasse und Zürcherstrasse) haben während 33 676 (29 454) Kontrollstunden insgesamt 61 802 (90 427) Geschwindigkeits-Übertretungen registriert. Der Rückgang der erfassten Übertretungen ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Messeinheit an der Zürcherstrasse wegen einer Brückensanierung für längere Zeit deinstalliert werden musste. Andererseits dürften die Standorte der Anlagen inzwischen breiter bekannt sein, so dass einzelne Verkehrsteilnehmende ihr Fahrverhalten entsprechend angepasst haben, was letztlich zur gewünschten Erhöhung der Verkehrssicherheit beiträgt. Das Büro Ordnungsbussen/Parkbewilligungen stellte im vergangenen Jahr 8496 Spezialbewilligungen (Zonen, Schulhäuser, Anwohner usw.) aus, dies sind 635 weniger als im Jahr 2006. Ursache dieses Rückgangs ist unter anderem, dass neuerdings das kantonale Strassenverkehrsamt und nicht mehr die Stadtpolizei für die Ausstellung der Bewilligungen für Gehbehinderte zuständig ist.

Mit der Einführung der neuen Software zur Zeit- und Tätigkeitserfassung («projekto/presento») können für das Jahr 2007 die für die verschiedenen Aufgaben aufgewendeten Arbeitsstunden präzise ausgewiesen werden: Für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung wurden total 62 738 Personalstunden benötigt, der Grössteil davon (40 918 Stunden) entfällt auf die Patrouillentätigkeit. Auch hatte die Stadtpolizei erneut zahlreiche Spezialeinsätze zu leisten: So musste wegen Alarmen zu 451 (515) Objekten ausgerückt werden, und 20 (16) Mal wurden Beamtinnen und Beamte für Ordnungsdienst-Einsätze (u.a. auch für Sportveranstaltungen) in Bereitschaft gestellt. Jene Polizeigrenadiere, welche zusammen mit der Spezial-Einheit der Kantonspolizei Zürich, der Einsatzgruppe Diamant, ausgebildet werden und trainieren, wurden für 48 (35) Einsätze aufgeboten. Die Arbeitslast der Einsatzzentrale blieb mit 17 509 (17 911) disponierten Einsätzen nahezu unverändert. Dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wurde ferner mit zahlreichen ergänzenden Präventivmassnahmen, wie Schwerpunktkontrollen an Wochenenden, Dämmerungspatrouillen und zusätzlicher Präsenz in der Altstadt während der Vorweihnachtszeit begegnet. Mit Unterstützung der Stadtpolizei wurden insgesamt 11 (7) Cityskate-Anlässe durchgeführt, die bei der Winterthurer Bevölkerung grossen Anklang fanden. Bei den Zustellungen von Zahlungsbefehlen 2578 (2777) und Vorführungsaufträgen der Betreibungsämter 3135 (3297) gab es eine leichte Entlastung. In Fällen von Verdacht auf häusliche Gewalt rückten die Patrouillen der Stadtpolizei 211 Mal aus. Seit dem Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes am 1. April 2007 stellte die Stadtpolizei 66 Schutzverfügungen aus.

Diensthundewesen

Die Diensthundegruppe der Stadtpolizei setzt sich per Ende 2007 aus einem Dienstchef, einer Hundeführerin und acht Hundeführern zusammen. Fünf Diensthunde sind einsatzfähig, fünf in Ausbildung. Erwähnenswert ist die Beschaffung eines zweiten Drogenspürhunds (ein Springer-Spaniel), welcher bis im Sommer 2008 einsatzfähig sein sollte. Im Berichtsjahr hat die Diensthundegruppe 154 (191) Einsätze geleistet und dabei 26 Erfolge erzielt.

Ermittlungsdienst

Im Rahmen seiner Ermittlungs- und Fahndungstätigkeit hat der Ermittlungsdienst insgesamt 402 (507) tatverdächtige Personen verhaftet, welchen verschiedenste Delikte hauptsächlich aus den Bereichen Ausländerrecht, Strafrecht und Betäubungsmittelrecht zur Last gelegt werden. Aus diesen und weiteren Fällen resultierten insgesamt 1902 Einvernahmen, Berichte und Rapporte.

Im Bereich der Drogenfahndung hat der Ermittlungsdienst unter anderem 348 Gramm Heroin, 199 Gramm Kokain, 7683 Gramm Cannabisprodukte und 72 654 Franken sichergestellt. Zudem wurden 97 (66) Personen, welche beim Musikpavillon Betäubungsmittel konsumiert oder mit Betäubungsmitteln gehandelt hatten, mit einem zeitlich befristeten Rayonverbot belegt. Als Grundlage für weitergehende Massnahmen zur Bewältigung der Situation beim Musikpavillon hat der Ermittlungsdienst zusammen mit der Sicherheitspolizei im Oktober 2007 umfangreiche Kontrollen durchgeführt und die dabei gewonnenen Erkenntnisse in einem separaten Bericht zusammengefasst.

Jugenddienst

Die polizeilich registrierte Jugenddelinquenz bei den Delikten gegen Leib und Leben blieb im Vorjahresvergleich unverändert. Die Dunkelziffer der nicht verzeichneten Straftaten ist weiterhin als sehr hoch einzuschätzen. Vielerorts bestehen offenbar immer noch Hemmungen, die Täterinnen oder Täter anzuzeigen. Ebenso wie die registrierten Straftaten von Jugendlichen gegen das Vermögen (Diebstahl, Raub, Betrug, Sachbeschädigungen usw.) nahmen die polizeilich verzeichneten Betäubungsmitteldelikte gegenüber dem Vorjahr weiter zu und erreichten damit einen Höchststand. Eine wesentliche Ursache dafür war die intensive polizeiliche Ermittlungstätigkeit. Besonders an den Schulen kam es oft zu Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz (Handel und Konsum), häufig waren auch Bargelddiebstähle. Über 90 % dieser Fälle konnten dank den Ermittlungen des Jugenddienstes gelöst und die Fehlbaren zur Anzeige gebracht werden. Der Jugenddienst war in insgesamt über 600 (560) Fällen aktiv, aus welchen über 300 (215) Anzeigerapporte oder Berichterstattungen resultierten.

Zur Bekämpfung des Hooliganismus sind – im Speziellen im Hinblick auf die Euro 08 – seit Anfang Januar 2007 neue gesetzliche Grundlagen in Kraft. Die damit verbundenen Neuerungen (Rayonverbote, Meldeauflagen usw.) haben für die Polizei einen spürbaren Mehraufwand zur Folge. Um Ausschreitungen vorzubeugen, mussten zudem die Spiele des FC Winterthur vermehrt polizeilich begleitet und überwacht werden.

Damit Jugendkriminalität noch gezielter mit präventiven und repressiven Massnahmen entgegen gewirkt werden kann, hat der Stadtrat dem Reformprojekt «Leitstern Jugend» zugestimmt und dem Jugenddienst der Stadtpolizei per 1. Januar 2008 sieben zusätzliche Vollzeitstellen bewilligt. Damit verfügt der Jugenddienst neu über elf Vollzeitstellen, die bis April 2009 gestaffelt besetzt werden.

Quartierpolizei

Die Arbeit der Quartierbeamtin und der Quartierbeamten richtete sich auch im vergangenen Jahr nach den Prinzipien des «Community Policing». Dahinter steht bürgernahe, quartierbezogene und lösungsorientierte Polizeiarbeit. Bei diesem proaktiven Ansatz steht die präventive Arbeit im Vordergrund, die repressive Tätigkeit gehört aber, wenn auch erst in zweiter Priorität, ebenfalls dazu.

Die sichtbare Präsenz der Quartierpolizei im Quartier – ein wichtiger Pfeiler der Präventionsarbeit – lag im Berichtsjahr bei 67 % der Gesamtarbeitszeit; der Anteil der administrativen Tätigkeit (inkl. Rapporterstattung) belief sich auf 25 %.

Verkehr

Übertretungen im Strassenverkehr	2007	2006
Rotlichtmissachtungen	2 964	2 522
Geschwindigkeitskontrollen mob. (Kontrollstunden)	1 376	1 305
Geschwindigkeitskontrollen stat. (Kontrollstunden)	33 676	29 454
Überschreiten der Geschwindigkeit mob. Messung	18 683	21 955
Überschreiten der Geschwindigkeit stat. Messung	61 802	90 427

In diesem Jahr hat die Stadtpolizei 290 (197) Fahrzeuglenkende in alkoholisiertem Zustand angetroffen; davon waren ungefähr gleich viele (81) wie im Vorjahr (80) in einen Verkehrsunfall verwickelt. Ferner wurden 16 (24) Verkehrsteilnehmende kontrolliert, die unter Drogeneinfluss einen Personenwagen oder ein Motorrad lenkten; 4 (1) davon waren an einem Verkehrsunfall beteiligt. 39 (20) Verkehrsteilnehmende standen gleichzeitig unter dem Einfluss von Drogen und Alkohol; von diesen waren 18 (5) in einen Verkehrsunfall involviert.

Auf dem Stadtgebiet Winterthur (ohne A1 und A4) ereigneten sich im Berichtsjahr rund 4 % mehr Verkehrsunfälle als im vergangenen Jahr. Die Zahl der Verletzten hat ebenfalls leicht zugenommen. Es kam auf dem Stadtgebiet (ohne A1/A4) auch zu 3 Verkehrsunfällen mit Todesfolge. Sämtliche dieser Unfälle ereigneten sich auf oder unmittelbar bei einem Zebrastreifen und waren zudem alle auf ein Fehlverhalten entweder der Fahrzeuglenkenden oder der Fussgänger zurückzuführen (alkoholisierter Fahrzeuglenker, mangelnde Sicht wegen vereister Frontscheibe und Missachten Rotlicht seitens Fussgänger).

Verkehrsunfälle	2007	2006
Verkehrsunfälle	1 474	1 429
Stadtgebiet ohne A1/A4	1 294	1 243
Verletzte	490	459
Stadtgebiet ohne A1/A4	447	410
Tote	4	1
Stadtgebiet ohne A1/A4	3	1
Sachschaden (in Mio. Fr.)	13,5	11,8
Stadtgebiet ohne A1/A4	6,8	5,9

Sach- und Fahrzeugfahndung

Im Fundbüro der Stadtpolizei wurden im Jahr 2007 insgesamt 4016 (2184) Fundfälle bearbeitet; 2287 Gegenstände (Handys, Ausweise, Portemonnaies, Schlüssel und insgesamt 4600 Franken loses Bargeld) konnten an die Eigentümer/innen zurückgegeben werden. Die Fahrzeugfahndung hat insgesamt 1702 (1989) entwendete oder herrenlose Fahrräder eingezogen. 546 (810) Fahrräder konnten an ihre rechtmässigen Eigentümer bzw. Eigentümerinnen vermittelt werden.

Medien- und Präventionsarbeit

Für einmal startete das Jahr für die Abteilung Medien und Kommunikation, was akute Fälle betraf, etwas ruhiger. Es standen aber diverse Konzepte zur Planung nachhaltiger Präventionskampagnen an. Die Palette reichte von der Unterstützung kleinerer Aktionen der Quartierpolizei bis hin zur breit angelegten Verkehrssicherheitskampagne 2007 «Handy am Steuer» der drei grossen Zürcher Polizeikörpers, mit Federführung durch die Stadtpolizei Winterthur.



Cards for free der Kampagne «Handy am Steuer»

Medial war im Berichtsjahr 2007 insgesamt die Jugendkriminalität das dominierende Thema. Immer wieder waren Berichte über Schlägereien, Körperverletzungen, «stupid slapping», Alkoholexzesse usw. zu lesen, was aussergewöhnlich viele Nachfragen unterschiedlicher Herkunft sowie Recherchen nach sich zog. Aus Anlass dieser Entwicklung hat die Stadtpolizei ihren Jugenddienst der Öffentlichkeit näher vorgestellt. Diese Veranstaltung war sehr gut besucht, und die Informationen über die Organisation und Tätigkeit des Jugenddienstes stiessen auf reges Interesse. Entsprechend positiv fiel denn auch die Medienberichterstattung aus. Insgesamt lancierte die Abteilung Medien und Kommunikation ein Dutzend Präventiv- und PR-Aktionen oder wirkte an solchen mit (zum Beispiel «I like my bike»). Im Weiteren wurden neue Flyer und Broschüren realisiert oder veraltetes Info-Material aktualisiert. Auch für die betriebsinterne Kommunikation wurde die Abteilung Medien und Kommunikation in etlichen Fällen beigezogen. Im Hinblick auf die Euro 08 wurde sodann ein Informationskonzept mit Pflichtenheft erarbeitet. Insgesamt erteilte die Abteilung Medien und Kommunikation im vorliegenden Berichtsjahr 448 Auskünfte. Nebst über 100 Statements und Interviews für Medienschaffenden berichtete die Abteilung mit insgesamt 286 Medieninformationen über Vorfälle, Fahndungserfolge und Kontrolltätigkeiten. 256 Mal wurde auf elektronischem Wege mit der Stadtpolizei Kontakt aufgenommen. Schliesslich organisierte die Abteilung vier Kurse für die interne Weiterbildung im Medienbereich, insbesondere in der Krisenkommunikation.



Vom 5. November bis 14. Dezember 2007 hat die Aktion «SERA» stattgefunden. Dabei wurden alle Streifenfahrzeuge, inkl. die Smarts der Quartierpolizei, entsprechend beschriftet.

Verkehrslenkung

Im Berichtsjahr hat die Hauptabteilung Verkehrslenkung nebst der Neugestaltung verschiedener Strassen (Unterwiesenstrasse, Frauenfelderstrasse; Seenerstrasse – Bahnhof Oberwinterthur, Riedhofstrasse und Sulzerallee) auch zwei weitere Tempo-30-Zonen (Erweiterung «Veltheim» und Erweiterung «Mattenbach») realisiert. Zudem wurden zahlreiche Bauvorhaben verkehrstechnisch begleitet; so die Änderung der Signalisation an der Frobergstrasse, die Eröffnung des «Parkhaus Kantonsspital», inklusive neuer Radwegführung und den neuen Radweg vom Bahnhof Hegi bis zum Sulzerareal. Total wurden 518 (532) Aufträge für Markierungen und Signalisationen erteilt.

Auch in diesem Jahr gehörten zu den Hauptaufgaben der Abteilung Verkehrssteuerung Arbeiten wie der Neubau bzw. die Erneuerung stationärer Lichtsignalanlagen, die Bereitstellung diverser Baustellenlichtsignale sowie die Wartung und Sicherstellung des störungsfreien Betriebstechnischer Einrichtungen (Lichtsignalanlagen, Parkleitsystem, Baustellenanlagen und Verkehrszähler).

Parkplätze, Parkhäuser und Parkplatzvermietung

Im Jahr 2007 gelang es, die Auslastung in den Parkhäusern Technikum Nord, Theater und Winterthur Versicherungen weiter zu optimieren. Im Bereich Nachtparkierung konnten die geplanten Erhebungen und Kontrollen wiederum vollumfänglich durchgeführt werden.

Motorfahrzeugbestand

Der Motorfahrzeugbestand in der Stadt Winterthur nahm im Vergleich zum letzten Jahr sowohl bei den Personenwagen als auch bei den Motorrädern erneut zu.

Motorfahrzeugbestand in Winterthur

	August 2007	August 2006
<i>Motorwagen</i>		
a) leichte Motorwagen (PW, Kombi, Lieferwagen, Kleinbusse)	47 707	43 991
b) schwere Motorwagen (LW, Sattelschlepper, Traktoren, Car)	484	502
c) übrige (Arbeitsmotorwagen, u.ä.)	324	312
Total (ohne Landwirtschaftsfahrzeuge)	45 515	44 805
<i>Motorräder</i>		
a) Motorräder und Dreiräder	5 639	5 552
b) Kleinmotorräder	539	573
Total	6 178	6 125
Total aller Motorfahrzeuge	51 639	50 930

Informatik

Auch im Berichtsjahr 2007 konnten mehrere interne Projekte umgesetzt oder in Angriff genommen werden. Verschiedene Erweiterungen oder Änderungen wurden in Zusammenarbeit mit den grossen Partnerkorps (Kantonspolizei und Stadtpolizei Zürich) realisiert. Für das ganze Korps bedeutete die Umstellung auf die neue Zeit- und Projekterfassungssoftware «presento/projekto» auf Anfang Jahr die wohl grösste Umstellung. Weiter sind folgende

Projekte zu erwähnen:

- Mitwirkung bei der Erneuerung der Telefonvermittlungsanlage und der Sprachaufzeichnung;
- Initialisierung des Projekts «IT-Erneuerung», Austausch der Arbeitsplatz-Infrastruktur;
- Mitarbeit bei der Initialisierung des Projekts «LageZH» (Lagebild/Lageführung) in Zusammenarbeit mit den Blaulichtorganisationen des Kantons Zürich;
- Diverse Erweiterungen/Erneuerungen für das Einsatzleitsystem ELS.

Wirtschaftspolizei

Die Wirtschaftspolizei hatte im Berichtsjahr wiederum mehr schriftliche Verzeigungen vorzunehmen als im Vorjahr. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten dieses Jahr Kontrollen betreffend Widerhandlungen gegen das Unterhaltungsgewerbe-Gesetz: Es mussten rund zehn Betriebe, welche illegale Wetten über das Internet angeboten hatten, zuhänden des Statthalteramtes verzeigt werden. In Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Alkoholverwaltung führte die Wirtschaftspolizei weiter Kontrollen betreffend die Abgabe von gebrannten Wassern zu nicht kostendeckenden Preisen durch. Schliesslich wurde auch im Jahr 2007 ein besonderes Augenmerk auf die verbotene Abgabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche gelegt; erfreulicherweise mussten diesbezüglich weniger Betriebe zur Anzeige gebracht werden als noch im Vorjahr (30 [50]).

Die Anzahl Patente für den Klein- und Mittelverkauf von alkoholischen Getränken blieb mit einer Zunahme von sechs Betrieben in etwa konstant bei 155 Betrieben. Das gleiche Bild bot sich bei den Patenten für Gastwirtschaften: Auf dem ganzen Stadtgebiet waren per 31. Dezember insgesamt 462 (459) Gastwirtschaften registriert, davon 3 (4) mit provisorischer Bewilligung. Die Gesuche um vorübergehende Ausnahmen von der Schliessungszeit sind gegenüber dem letzten Jahr auf 779 (870) gesunken; dieser Rückgang lässt sich damit erklären, dass Betriebe vermehrt Gesuche für eine dauernde Hinausschiebung der Schliessungsstunde stellen.

Gewerbepolizei

Die Gewerbepolizei befasste sich auch im Jahr 2007 mit zahlreichen Lärmklagen. In einzelnen Fällen mussten umfangreiche Abklärungen getätigt und dazu auch andere städtische Ämter mit einbezogen werden.

Während der Musikfestwochen wurden die gesetzlich vorgegebenen Schallgrenzwerte jederzeit eingehalten, so dass keine Verwarnungen ausgesprochen werden mussten. Kontrollmessungen erfolgten ausserdem bei den Vorführungen der beiden Freiluftkinos «Kino Icerink» und «Kino über den sieben Gleisen». Auch in diesem Jahr gaben diese Veranstaltungen kaum Anlass zu Lärmklagen aus der Bevölkerung; die festgelegten Grenzwerte haben sich somit bewährt. Des Weiteren wurden wieder in zahlreichen Musiklokalen verdeckte Schallmessungen gemäss Schall- und Laserverordnung vorgenommen; auch am Albanifest, an den Dorfeten sowie mehreren Technopartys erfolgten solche Kontrollen. Die insgesamt 29 (51) Messungen führten zu 2 (17) Verzeigungen und 1 (2) Verwarnung; der Rückgang ist vor allem durch die im ersten Halbjahr in Kraft getretene Revision der Schall- und



Die Aspiranten der Polizeischule 2007/2008 bei der Ausbildung in Walenstadt.

Laserverordnung zu erklären.

Bei der Bewirtschaftung des öffentlichen Grundes wurden im Berichtsjahr in der Sommersaison 75 (74) Strassencafés bewilligt, davon 12 (14) Betriebe mit Wintersaison. Für die Geschäfte mit unbedienten oder bedienten Auslagen wurden 298 (304) Bewilligungen erteilt. Die Durchführung der Floh- und Trödlermärkte war ein Erfolg, konnten doch für alle 11 (12) Markttage sämtliche Plätze vergeben werden. Gesamthaft erstellte die Gewerbeполиizei im Berichtsjahr 31 (40) Verzeigungen/Anzeigen.

Polizeischule

Am 1. März 2007 begann die Polizeischule 2007/2008 mit 3 Aspirantinnen und 9 Aspiranten der Stadtpolizei sowie zusätzlichen zwei Mitarbeitenden der Bahnpolizei. Nachdem eine Aspirantin und ein Aspirant die Ausbildung im Dezember vorzeitig abgebrochen haben, werden an der Vereidigungsfeier vom 29. Februar 2008 voraussichtlich 10 Aspirantinnen und Aspiranten der Stadtpolizei teilnehmen.

Verkehrsinstruktion

Die IG Velo führte wiederum Velokurse im Verkehrsgarten durch, wobei sie während rund 70 Stunden durch Mitarbeiter der Verkehrsinstruktion unterstützt wurde. Ausserdem wurde für knapp 50 Kinder des Familienvereins Rickenbach eine Verkehrssicherheitschulung durchgeführt. Weiter bildeten die Mitarbeitenden der Verkehrsinstruktion die Aspirantinnen und Aspiranten der Polizeischule, Verkehrskadetten und auch Feuerwehrleute in der Verkehrsregelung aus, was insgesamt rund 150 Stunden beanspruchte. Zur Hauptsache waren die vier Verkehrsinstruktoren aber auch im vergangenen Jahr mit Referaten, Schulwegsicherungen und -kontrollen, der Ausbildung und Betreuung der Lotsendienst-Angestellten sowie Nachinstruktionen im Zusammenhang mit Verkehrsübertretungen, Unfällen und nicht bestandenen Veloprüfungen beschäftigt.

Feuerwehr

Winterthur wurde im Berichtsjahr 2007 von Naturereignissen heimgesucht. Heftige Gewitter mit orkanartigen Sturmböen im Juni, äusserst ergiebige Regenfälle Ende Juli und Anfangs August bedeuteten viel Arbeit und Einsatzzeit für die Feuerwehrleute. Dank schnellem Eingreifen konnte, trotz vermehrt grösserer Brände auf Stadtgebiet, Schlimmeres verhindert werden. Die vielen Einsatzstunden haben das Budget der Feuerwehr stark belastet, aber auch gezeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen der Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehr bestens funktioniert.

Die Berufsfeuerwehr leistete 2007 insgesamt 805 (915) Einsätze im Zusammenhang mit Bränden, Elementar- und ABC-Ereignissen, schweren Verkehrs- und Arbeitsunfällen, automatischen Brandmeldeanlagen und anderen Schadenereignissen. Sie wurde dabei in 231 (153) Fällen von der Freiwilligen Feuerwehr unterstützt. Gegenüber dem letzten Berichtsjahr erhöhten sich die reinen Personal-Einsatzstunden, ohne Retablierungsaufwand, insgesamt um 47 % auf total 12 514 (2006: 8650 h/Mittel der letzten 4 Jahre: 6680 h).

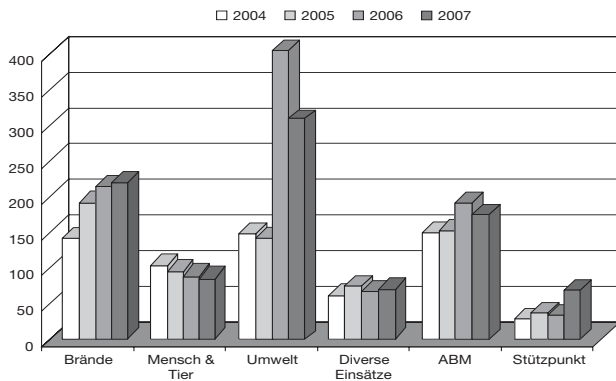
<i>Einsatzstundenverteilung</i>	2007	** 2006
– Brandbekämpfungen	4 197	
– Elementarereignisse	2 399	
– Strasseneinsätze	394	
– Technische Hilfeleistungen	1 383	
– Ölwehr	574	
– Chemiewehr (inkl. B-Einsatz)	1 461	
– Strahlenwehr	24	
– Automatische Brandmelde- und Löschanlagen (ABM)	1 726	
– Verschiedene Einsätze	356	
Total der geleisteten Einsatzstunden	12 514	8 513
** keine Detaillierung		

<i>Einsatzstatistik</i>	2007	2006
<i>Brände</i>	209	201
– 4 (0) Grossbrände		
– 20 (13) Mittelbrände		
– 97 (109) Kleinbrände		
– 12 (12) Wald-, Flur- und Abräumbrände		
– 16 (27) Motorfahrzeugbrände		
– 3 (0) Kaminbrände		
– 40 (38) Rauchentwicklungen (inkl. ABM)		
– 3 (1) Explosionen		
– 0 (1) andere Brandfälle		
– 14 (0) ADL-Einsätze Stützpunkt (Gebäudebrände)		
<i>Alarme automatischer Brandmelde- und Löschanlagen (ABM)</i>	151	152
<i>Öl- und Chemiewehreinsätze</i>	104	134
– 39 (38) Ölunfälle		
– 45 (26) C-Wehr (Chemie) und Gaswehr		
– 19 (69) B-Wehr		
– 1 (1) Strahlenwehr		
<i>Technische Einsätze</i>	341	428
– 5 (2) Pioniereinsätze bei schweren Verkehrsunfällen		
– 18 (13) Personenbergungen aus Gebäuden		
– 16 (17) Lifteinsätze		
– 22 (40) Tierrettungen		
– 140 (75) Wasserwehreinsätze		
– 55 (191) Sturmschadeneinsätze		
– 85 (90) Diverse Einsätze		
Total der Einsätze	805	915

GVZ-Feuerwehrkonzept 2010

Im Verlauf des Jahres wurden in der GVZ-Arbeitsgruppe die Anpassungen der Rechtsgrundlagen für das Feuerwehrkonzept 2010 (Feuerwehrgesetz und Verordnung zum Feuerwehrgesetz) abgeschlossen. Ein verbindlicher Zeitplan für die Umsetzung der Gesetzesrevision lag bis Ende des Berichtsjahrs noch nicht vor; somit arbeiten die Feuerwehren einstweilen weiterhin nach dem Konzept 2000. Trotz Verzögerung im Einführungszeitplan konnte ein weiteres operatives Segment aus dem neuen Feuer-

Vergleich Feuerwehrstatistik 2004 bis 2007



wehrkonzept im Kanton umgesetzt werden. So werden ab Anfang 2007 bei allen Bränden an und in Gebäuden automatisch Autodrehleitern aufgeboden. In diesem Zusammenhang leistete die Berufsfeuerwehr 14 Einsätze in anderen Gemeinden.

Die ersten 3 der insgesamt 9 Vollzeitstellen gemäss Leistungsvereinbarung (LV) für Feuerwehrstützpunkte zwischen der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) und der Stadt Winterthur konnten in diesem Jahr mit Feuerwehrrekruten besetzt werden. Gemäss LV finanziert die GVZ zum Betrieb eines «Kompetenzzentrums Material» in Winterthur bei der Berufsfeuerwehr 9 zusätzliche Stellen.

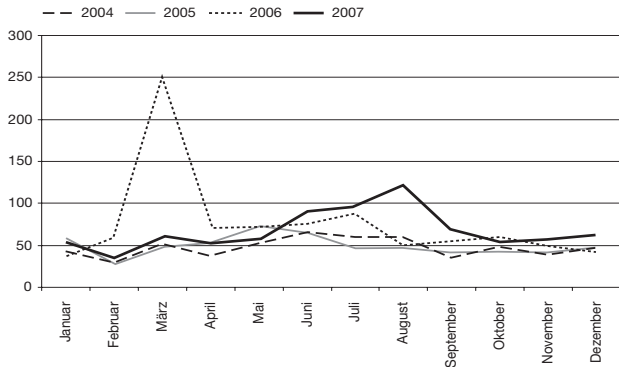
Die grösseren Ereignisse in der Kurzzusammenfassung

- Mittelbrand; Wohnzimmerbrand nach Einbruch in Einfamilienhaus (1.1.)
- B-Alarm; 4 Biologie-Einsätze wegen Drohbrieffen mit Pulver (22.3.)
- Stützpunkteinsatz; Chemiewehr wegen säurehaltigem Rauch in einer Werkstatt in Bassersdorf (5.5.)
- Ausserkantonaler Einsatz; Hilfeleistung bei Grossbrand in Steinhausen ZG (25.5.)
- Grossalarm; Explosion in einem Mehrfamilienhaus nach dem Versprühen einer grossen Menge Insektizid (div. Sprühdosen), 1 verletzte Person (6.6.)
- Grosseinsatz; Gewittersturm über Winterthur, 24 Einsätze, diverse zerstörte Fahrzeuge durch umgefallene Bäume (21.6.)
- Grossbrand; Dachstockbrand in Einfamilienhaus nach Brandstiftungsserie am Albanifest-Wochenende (30.6.)
- Mittelbrand; Wohnungsbrand in Mehrfamilienhaus mit diversen Evakuierungen (3.7.)

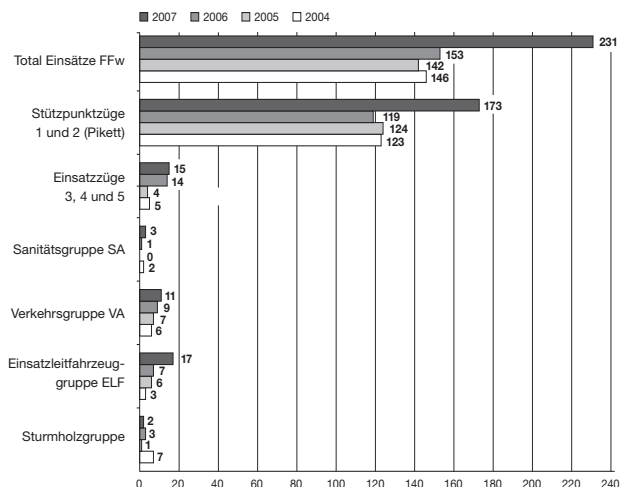


Dachstockbrand an der Kurlistrasse am 30.6.07

Einsatzzahlenvergleich nach Monaten



Einsatzzahlen der Freiwilligen Feuerwehr (FFw)



- Stützpunkteinsatz; Chemiewehr in Kloten wegen einer grösseren Menge ausgelaufener Harzlösung UN 1866 (4.7.)
- Unwetter; 35 Einsätze auf Stadtgebiet wegen heftiger Niederschläge und Blitzschlag (21.7.)
- Grossbrand; Dachstockbrand in Reihenmehrfamilienhaus mit Notwendigkeit einer umfangreichen Personenbetreuung (1.8.)
- Grosseinsatz; Unwettereinsatz wegen Starkregens, 60 Einsätze auf Stadtgebiet (8./9.8.)
- Umwelteinsatz; grössere Menge Diesel fliessen in die Eulach (12.9.)
- Mittelbrand; Küchenbrand in Mehrfamilienhaus mit diversen Personenrettungen (13.9.)
- Pioniereinsatz; Personenbergung aus Eulach mit Kran (4.11.)
- Grosse Wasserwehr nach Leitungsbruch in Wülflingen (1.12.)
- Pioniereinsatz; Personenrettung nach Verkehrsunfall auf A1 mit mehreren Fahrzeugen und Verletzten (8.12.)

Ausbildung und Technik

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung absolvierten die Kader- und Feuerwehrleute insgesamt 344 (311) ordentliche Übungsanlässe, wovon die Berufsfeuerwehr 231 (202) und die Freiwillige Feuerwehr 97 (109). Hinzu kamen 10 (10) Spezialübungen mit Betriebsfeuerwehren, Stützpunktgemeinden, Partnerorganisationen aus dem Bevölkerungsschutz (Kantons- und Stadtpolizei, Rettungsdienst) und der SBB (Lösch- und Rettungszug Betriebswehrstützpunkt Winterthur). Diese praxisbezogenen Anlässe wurden ergänzt durch die Aus- und Weiter-



Mit der Nachrüstung einer Notalarmierungskomponente für die Anlage zur internen Einsatz-Alarmierung konnten im Bereich der Alarmierungssicherheit grosse Fortschritte erzielt werden.

bildungskurse der GVZ mit 127 (112) Kurstagen für die Berufsfeuerwehr und deren 65 (92) für die Freiwillige Feuerwehr. Absolviert wurden ferner berufsspezifische Sonderlehrgänge in den Bereichen Tunnelbrandbekämpfung (RISC Dortmund), ein Chemiewehrkurs für Einsatzleiter (Siegfried AG), eine Ausbildungsveranstaltung zum Verhalten im Einsatz mit Ammoniak (MIDOR AG), Generalstabslehrgänge der Armee (Übung Siegfried) sowie weitere fachspezifische Ausbildungen.

Im Bereich Gebäudetechnik fielen im Berichtsjahr ausserordentliche Unterhaltsaufwendungen für das Feuerwehrgebäude an. Zudem konnten die ersten drei Einsatz-

fahrzeuge des 1. Löschzugs mit einer an der Hallendecke montierten Abgasabsaugvorrichtung ausgerüstet werden. Mit dieser Vorrichtung wird die Abgas- und Feinstaubbelastung in der Fahrzeughalle und der nahen Einsatzzentrale merklich vermindert. Bei Ausfahrt der Fahrzeuge koppeln sich die Abgas-Absaugschläuche an den Auspuffrohren auf Höhe der Garagentore automatisch ab.

Prävention

Um das korrekte Verhalten im Brandfall theoretisch und praktisch zu erlernen und in den wichtigsten Massnahmen zur Brandverhütung und -bekämpfung geschult zu werden, absolvierten 293 (197) Personen aus verschiedensten städtischen und privaten Betrieben (Kindertagesstätten, Melde- und Zivilstandsamt Winterthur, Landwirtschaftliche Schule Strickhof, Genossenschaft Migros Ostschweiz, Firma APG usw.) bei der Berufsfeuerwehr eine Verhaltens- und Brandschutzausbildung. Gesamthaft haben Feuerwehrmitarbeitende im Jahr 2007 in ihrer Freizeit 15 (14) Halb- und Ganztageskurse erfolgreich und unfallfrei durchgeführt.

Wie soll man sich im Brandfall verhalten, und welche Notrufnummer dient zur Alarmierung der Feuerwehr? Die 2006 gestartete Präventivaktion an der Schule konnte in diesem Jahr mit der Abgabe der «Präventionsmassstäbe» an die Mittel- und Oberstufe abgeschlossen werden.

Kompetenzzentrum Material

Die Werkstätten erbrachten für die GVZ und zahlreiche andere Feuerwehren im Kanton gegen Verrechnung folgende Dienstleistungen:

- 58 (97) Prüfungen und Revisionen von Langzeitatemschutzgeräten BG 174
- 547 (614) Prüfungen und Revisionen von Atemschutzgeräten PA (davon 130 eigene Geräte)
- 131 (104) Retablierungen und Prüfungen von Chemiewehr-Vollschutzanzügen
- 1413 (1470) Füllungen von Atemluftflaschen
- 285 (331) Füllungen von Sauerstoffflaschen
- 2413 (974) Ventilumrüstungen im Kanton Zürich

<i>Personalbestand am 1.1.</i>	2007	2006
Feuerwehrkommando/Stab	6	8
Berufsfeuerwehr	30	30
Stützpunktzüge 1 und 2 (Pikett)	24	30
Einsatzzüge 3 bis 6	106	106
Rekrutenzug	8	7
Total	174	181

Zivilschutz

Die Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung (ZSO) leistete im Jahr 2007 rund 4500 Dienstage in Form von Wiederholungskursen und Einsätzen zu Gunsten der Gemeinschaft. Das Zivilschutz-Stützpunkt-Rettungsdetachment wurde zu Betreuungs- und Wasserwehreinsätzen aufgeboten. Im Auftrag des kantonalen Amtes für Militär und Zivilschutz wurden genügend präpandemische Impfstellen rekognosziert. Der Zivile Stadtführungsstab bearbeitete Fragen um die Themen Hochwasser (AQUA 07) und die wirtschaftliche Landesversorgung. Der Rettungsdienst leistete mit 6764 Einsätzen rund 110 Einsätze mehr als im Vorjahr.

Zivilschutzorganisation (ZSO)

Die Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung umfasst neben der Stadt Winterthur die Gemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon. Insgesamt leistete die Zivilschutzorganisation 4476 Dienstage.

Das Zivilschutz Stützpunkt-Rettungsdetachment wurde im Berichtsjahr verschiedentlich zu Betreuungseinsätzen, zur Wasserwehr und für die Verpflegung von Partnerorganisationen aufgeboten.

Am ersten Mittwoch im Februar wurde ein Sirenen-Test durchgeführt. Die gesamthaft 47 Sirenen (41 an der Fernsteuerung Winterthur angeschlossene und sechs mobile Sirenen) der Stadt Winterthur sowie der Partnergemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon funktionierten einwandfrei. Erstmals erfolgte die Testauslösung zentral durch die Kantonspolizei Zürich. Einhergehend mit der Umstellung der Sirenensteuerung in der Zivilschutzorganisation wurden die Routen- und Übersichtspläne überarbeitet.

Vom 12. bis 16. Juni leistete die Unterstützungs-Kompanie 20 einen Wiederinstandstellungs-WK in Meiringen. Dabei konnten die Zivilschutzpflichtigen ihr Können in unwegsamem Gelände unter Beweis stellen. Der Kompanieführung kam die Aufgabe zu, einen überörtlichen Zivilschutzeinsatz umfassend zu planen und in eigener Regie durchzuführen.

Willkommene Dienstleistungen zu Gunsten der Gemeinschaft haben Angehörige des Zivilschutzes im Berichtsjahr bei der Durchführung des Winterthurer Marathons sowie im Rahmen der 1. Augustfeier auf dem Brühlweg, der Musikfestwochen und der Seemer Dorfet geleistet. Für den Winterthurer Marathon wurde erstmals eine Brücke über die Kempt erstellt.

Ferner konnten wiederum Einsätze für Institutionen geleistet werden, die in der Pflege und Betreuung von Heimbewohnerinnen und -bewohner tätig sind. Im September führte die Ergotherapie des Alters- und Pflegezentrums Adlergarten für ihre Bewohnerinnen und Bewohner eine Ferienwoche in Gais/AI durch. Zivilschutzpflichtige unterstützten während dieser Zeit das Pflegepersonal bei der Betreuung der betagten Feriengäste.

Des Weiteren unterstützten Zivilschutzpflichtige diverse Tagesausflüge für Bewohnerinnen und Bewohner der städtischen Alters- und Pflegezentren Adlergarten, Rosental, Neumarkt und Brühlgut. Die gleiche Hilfeleistung wurde zu Gunsten des Alterszentrums im Geeren, Seuzach, erbracht. Auch die Organisation Insieme Cerebral Winterthur, welche Ferienwochen für Behinderte durchführte, wurde jeweils von Zivilschutzpflichtigen unterstützt. Diese Einsätze im Pflegebereich sind gesamthaft gesehen in dreierlei Hinsicht ein Gewinn: Einerseits bieten sie den Zivilschutzpflichtigen die Möglichkeit, die gelernte Theorie in der Praxis anzuwenden; andererseits werden durch diese

Dienstleistungen soziale Institutionen unterstützt. Und schliesslich sind die fraglichen Einsätze für alle Beteiligten eine menschliche Bereicherung.

Im September des Berichtsjahres hat der Zivilschutz Winterthur mit rund 170 Dienstagen Instandstellungsarbeiten zu Gunsten des Winterthurer Forstbetriebes geleistet. Im Gebiet Rossberg wurden ausgespülte Wege saniert, eine Treppe gebaut sowie Holz entfernt, um die Wege begehbar zu machen.

Anlässlich des 16. Festivals für gehobene Unterhaltungsmusik begeisterte die Zivilschutz Big Band unter der Leitung von Reto Parolari zusammen mit den Pinguin Singers aus München das Publikum.

Für die Werterhaltung der Anlagen und des Materials, die durch rund 100 eingeteilte Anlagewarten gewährleistet wird, wurden im abgelaufenen Berichtsjahr insgesamt 566 Dienstage geleistet. Im Rahmen eines zweitägigen Unterhalts-Wiederholungskurses wurden alle Anlagen auf Vordermann gebracht, die Böden maschinell gereinigt und allgemeine Putzarbeiten durchgeführt.

Zwei Anlagen wurden durch das kantonale Amt für Militär und Zivilschutz auf ihre technische Einsatzbereitschaft überprüft. Dabei stellte es fest, dass die Ausbildung und das Können der Miliz-Anlagewarten den Anforderungen entsprechen und die technische Einsatzbereitschaft der Anlagen gewährleistet ist. Kleinere Mängel oder technische Unzulänglichkeiten, welche zum Beispiel auf veraltete Installationen zurückzuführen sind, indessen keinen Einfluss auf die Personensicherheit haben, konnten durch den technischen Betrieb oder durch das Milizpersonal behoben werden.

Im Auftrag des Amtes für Militär und Zivilschutz wurden im vergangenen Dezember genügend Standorte für Impfzentren definiert, damit im Fall einer Pandemie die gesamte Bevölkerung zeitgerecht geimpft werden könnte.

Personelles

	Bestand 30.12.2007	30.12.2006
Zivilschutzpflichtige		
– Soll-Bestand (gemäss Richtlinien des Kantons)	900	900
– Ist-Bestand	825	812
davon nicht in Winterthur wohnhaft	76	76
– Zweitkontrolle	153	136

An der offiziellen Entlassungsfeier vom 13. Dezember wurden 27 Schutzdienstpflichtige mit Jahrgang 1967 und älter ordnungsgemäss aus der Schutzdienstpflicht entlassen.



Brückenschlag über die Töss



Zivilschutzpflichtige begleiten Bewohnerinnen und Bewohner eines städtischen Alters- und Pflegezentrums auf einem Ausflug.

Bauliches

Von den im Berichtsjahr kontrollierten 743 Schutzräumen (Winterthur: 548; Seuzach 111; Wiesendangen 63; Bertschikon 21) mit insgesamt 24 462 Schutzplätzen (Winterthur: 21 251; Seuzach: 1445; Wiesendangen: 1209; Bertschikon: 557) mussten rund 5 % beanstandet werden. Für 39 Schutzräume mussten Verfügungen zur Mängelbehebung erlassen werden. In verschiedenen Schutzräumen führten Zivilschutzpflichtige Unterhaltsarbeiten aus und behoben kleinere Mängel vor Ort.

Übernachtungen in Zivilschutzanlagen (zivile Nutzung) sowie Vermietung

Im vergangenen Jahr haben gesamthaft 532 Personen in Zivilschutzanlagen übernachtet. Per Ende 2007 bestehen 47 feste Mietverhältnisse in Zivilschutzanlagen.

Geschäftsstelle ZGF (Ziviler Stadtführungsstab)

Im Berichtsjahr absolvierte der Zivile Stadtführungsstab mehrere Stabs- bzw. Stabsrahmenübungen. Anlässlich der Übung AQUA 07 befasste sich ein Teilstab, verstärkt mit Teilen der Führungsunterstützungskompanie, mit dem Thema Hochwasser. An den Stabsübungen URBANO 07, BARBARA und SALUTE wurde anhand weiterer Szenarien die vernetzte Zusammenarbeit geschult.

Die Zuständigkeit für die Belange der wirtschaftlichen Landesversorgung ist seit Beginn des Berichtsjahrs im Zivilschutzamt angesiedelt. In diesem Bereich wurden im Jahresverlauf die Konzepte für die Heizöl- und Treibstoffbewirtschaftung sowie für die Lebensmittelrationierung überarbeitet und anschliessend der Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung des Kantons Zürich eingereicht.

Im Rahmen des Jahresschlussrapportes berichtete Marcus Müller, Dienststellenleiter Amt für Militär und Bevölkerungsschutz Kanton Baselland, über die Auswirkungen der Überschwemmung in der Stadt Laufen im Sommer 2007 und deren Bewältigung.

Rettungsdienst Region Winterthur

Im Jahr 2007 leistete der Rettungsdienst Region Winterthur und Umgebung total 6764 Einsätze, wovon 3506 als Notfall-Einsätze. Auf das Stadtgebiet Winterthur entfielen insgesamt 3358 Einsätze; die Zahl der Notfall-Einsätze lag bei 2089. Sowohl gesamthaft als auch beschränkt auf die Stadt Winterthur nahm die Anzahl der Einsätze im Vorjahresvergleich zu.

Zwei Mitarbeitende bestanden erfolgreich die Diplomprüfung zum Rettungssanitäter bzw. zur Rettungssanitäterin. Zwei weitere haben die Ausbildung begonnen.

Die Sanitätsnotrufzentrale des Rettungsdienstes Region Winterthur mit der Nr. 144 feierte das zehnjährige Bestehen. Im Jahr 2006/2007 wurde eine Umfrage zur Patientinnen- und Patientenzufriedenheit im Rettungsdienst durchgeführt: Der Rettungsdienst Winterthur schneidet im Durchschnitt in allen Bereichen besser ab als sechs vergleichbare Rettungsdienste.

Zivilschutzamt

Baulicher Zivilschutz

Das Kontrollorgan für den baulichen Zivilschutz bearbeitet und prüft sämtliche Baugesuche hinsichtlich Schutzraumbaupflicht für die Stadt Winterthur sowie für die Anschlussgemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon.

	2007	2006
Baugesuche betreffend Schutzraumbaupflicht beurteilt	278	396
Geschäfte (Vernehmlassungen, Bewilligungen)	65	111
Baugesuche (die zum Bau von Schutzräumen führten)	63	75
Schutzraumabnahmen	50	50

Die Ausgleichsgebietsplanung (AGB) für die Gemeinde Bertschikon wurde im Berichtsjahr überarbeitet. Die AGB dient der Steuerung des Schutzraumbaus nach Massgabe der gesetzlichen Vorgaben und wird jeweils im Fünf-Jahres-Rhythmus überarbeitet.

Zentrumsbelegung

Das Übungsgelände und das Kurszentrum waren im vergangenen Jahr gut ausgelastet. Der Kanton führte 10 zweitägige Schlussübungen der Pioniergrundausbildung und 11 Inspektions-Wiederholungskurse von Zivilschutzorganisationen durch. Mehrere Zivilschutzorganisationen haben ihren WK auf dem Übungsgelände durchgeführt, um sich auf die kommende Inspektion vorzubereiten. Um den gestiegenen Bedürfnissen gerecht zu werden, wurde die Anlage im Berichtsjahr technisch auf einen neueren Stand gebracht.

Technischer Betrieb

Ein Lehrling absolviert im Zivilschutzamt die zweijährige Lehre als Fahrzeugwart. Mitarbeiter des Technischen Betriebs haben die Prüfung für Gabelstapler und Deichselstapler erfolgreich absolviert. Im Dezember konnte ein neues Fahrzeug in Betrieb genommen werden.

Im Rahmen der neuen kantonalen Materialbewirtschaftung wurde das gesamte AC-Material zur Entsorgung an den Kanton zurückgeschoben. Einkleidung und Retablierung erfolgten für die Angehörigen des Zivilschutzes (AdZS) neu im Kantonalen Zeughaus in Zürich. Die meisten AdZS sind heute gemäss neuem Bekleidungskonzept ausgerüstet.

Melde- und Zivilstandswesen

Die Bevölkerung der Stadt Winterthur ist auch in diesem Berichtsjahr wieder markant gestiegen, und zwar um 1.6 % von 97 732 auf 99 307 Personen (plus 1575 Personen), nachdem schon im letzten Jahr ein Rekord-Zuwachs von 1589 Personen zu verzeichnen war. Damit nähert sich die Stadt Winterthur mit Riesenschritten der magischen Grösse von 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist in diesem Jahr mit 23.7 % (Vorjahr 23.6 %) nahezu unverändert geblieben. Wächst die Bevölkerung, bedeutet das für das Melde- und Zivilstandswesen immer auch mehr Arbeit: In diesem Jahr haben 63 649 Kundinnen und Kunden (Vorjahr 62 895) die Dienstleistungen der Einwohnerkontrolle in Anspruch genommen. Ein Anteil von 13 % (letztes Jahr 12 %) wählte den elektronischen Weg über das Internet. Vor allem junge Leute, insbesondere Studierende, machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Die durchschnittliche Wartezeit am Schalter konnte im Berichtsjahr wieder leicht gesenkt werden; gegenüber dem Vorjahr mit 4:20 Minuten betrug sie im Berichtsjahr noch 3:43 Minuten.

Ein markanter Anstieg war im Berichtsjahr bei den Dienstleistungen für das Stimmregister zu verzeichnen. Zwar entsprachen die 5 Urnengänge einem Durchschnittswert; jedoch mussten 47 718 Unterschriften für 21 Initiativen und 8 Referenden sowie Wahlvorschläge kontrolliert werden. Dies bedeutet eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr, als 24 619 Unterschriften für 17 Initiativen und 7 Referenden zu prüfen waren. Weiterhin steigender Beliebtheit erfreut sich die schriftliche Stimmabgabe, nahm doch ihre Zahl im Vorjahresvergleich bei gleicher Anzahl Urnengängen signifikant von 103 138 auf 118 802 zu.

Das wichtigste organisatorische Projekt war in der vorliegenden Berichtsperiode der Aufbau und die Einführung eines integrierten Managementsystems. Dieses unterstützt die kontinuierliche und systematische Verbesserung der Arbeitsabläufe und dient damit einer dauerhaften Qualitäts- und Wissenssicherung in allen Sachbereichen sowie auf allen betrieblichen Ebenen. Nach dreitägiger Prüfung des Systems und eingehenden Befragungen der Mitarbeitenden bestätigten im April die Prüfungsexperten der Zertifizierungsstelle, dass der Bereich Melde- und Zivilstandswesen der Stadt Winterthur für die gesamte Organisation ein Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001:2000 eingeführt habe und anwende. Dieses Zertifikat ist einerseits ein Gütesiegel, das bestätigt, dass der Qualitätssicherung in der betrieblichen Organisation eine zentrale Rolle zukommt, andererseits bedeutet es aber auch eine bleibende Verpflichtung, tagtäglich den entsprechenden Qualitätsanforderungen nachzuleben.

Im Hinblick auf den personellen Wechsel in der Amtsführung im Sommer 2008 wurde die Aufbauorganisation des Melde- und Zivilstandswesens umfassend überprüft. Daraus resultierte eine Reorganisation in Teilbereichen, die per Anfang 2008 umgesetzt wird: Während die Struktur des Zivilstandsamts unverändert bleibt, wird die Einwohnerkontrolle teilweise neu organisiert, weil nicht zuletzt durch die Zunahme der schriftlichen Kundenkontakte die Arbeitsbelastung der rückwärtigen Dienste erheblich zugenommen hat. Dieser Entwicklung wird dadurch Rechnung getragen, dass die Einwohnerkontrolle neu in eine Abteilung Publikumsdienste (Bedienung der Kundschaft am Schalter) und eine Abteilung Administration (Bedienung der Kundschaft am Telefon und Erledigung aller schriftlichen Aufträge) aufgeteilt wird. Mit dieser organisatorischen Massnahme wird nicht nur ein Effizienzgewinn, sondern auch ein bedarfsgerechterer Einsatz der Mitar-



Der grosse Aufwand hat sich gelohnt: offizielle Übergabe des ISO-Zertifikats im Mai 2007 durch Heinrich A. Bieler, Zertifizierungsleiter, an Esther Wertli, Leiterin Melde- und Zivilstandswesen.

beitenden erreicht, welcher es ermöglicht, dass die Einwohnerkontrolle die mit der ständig wachsenden Bevölkerung einhergehende Zunahme der Geschäftslast einweisen ohne zusätzliches Personal bewältigen kann.

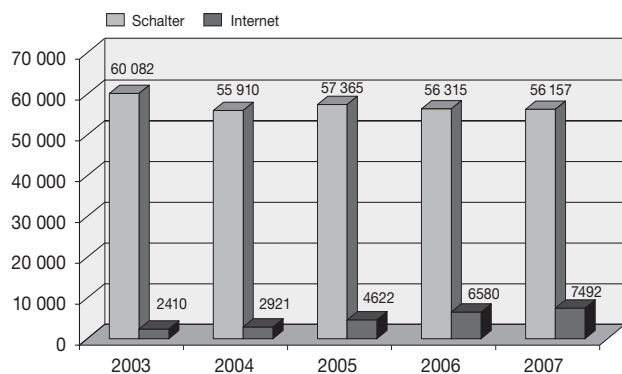
Die Nachführung der elektronischen Zivilstandsdatenbank Infostar kommt gut voran. Gesamtschweizerisch sind inzwischen bereits fünf Millionen Personen erfasst worden. Das Zivilstandsamt ist dem Zwischenziel nahe, bis Ende 2008 alle Personen mit Familienregisterblatt ab 1988 in der Datenbank erfasst zu haben. In der Berichtsperiode konnten insgesamt 21 224 Personen aufgenommen werden, was im Vorjahresvergleich einer Zunahme um 23 % entspricht. Bis Ende 2012 sollten alle lebenden Schweizer Bürgerinnen und Bürger des Zivilstandskreises Winterthur in der Datenbank erfasst sein. Zeitgleich zur Rückfassung erfolgt die Aufnahme aktueller Zivilstandsereignisse, wie Geburt, Tod, Eheschliessung, Scheidung oder Kindesanerkennung.

Seit Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare per Anfang 2007 sind in Winterthur 40 Partnerschaften beurkundet worden, 29 männliche und 11 weibliche. Bei der Anzahl Trauungen im Zivilstandskreis Winterthur – umfassend sämtliche Bezirksgemeinden – konnte im Berichtsjahr die Zahl 800 wieder übertroffen werden: So liessen sich im Jahresverlauf insgesamt 811 Paare von den insgesamt 12 Traupersonen verehelichen. Die meisten Paare (54 %) waren schweizerischer Nationalität. Der Anteil binationaler Ehen belief sich auf einen Drittel (34 %), jener der rein ausländischen Paare betrug 12 %. Waren 2006 noch 253 binationale Ehen zu verzeichnen, so waren es 2007 11 % mehr, d.h. 275. Insgesamt 10 Paare gaben sich in den Gemeinden Seuzach, Wiesendangen und Elgg das Ja-Wort. Seit letztem Spätherbst verfügt die Gemeinde Elgg im neuen Gemeindehaus über ein eigenes Trauzimmer. Insgesamt 55 Brautpaare, die nicht im hiesigen Zivilstandskreis wohnen, haben ihren Ehebund im Trauzimmer im Museum Lindengut in Winterthur geschlossen. Die Zahl der Samstagstrauungen ist um 15 % von 107 auf 123 gestiegen.

In der Berichtsperiode wurden 11 967 Auszüge aus Zivilstandsregistern (Heimatscheine, Geburtsscheine, Ehescheine, Familienausweise etc.) ausgestellt, was in etwa dem langjährigen Durchschnitt entspricht. 866 Bestellungen wurden über Internet in Auftrag gegeben, 13 % mehr als im Vorjahr. Jeder sechste dieser Aufträge wurde mit Kreditkarte bezahlt, was zu einer gewissen Entlastung des Zahlungsverkehrs führte.

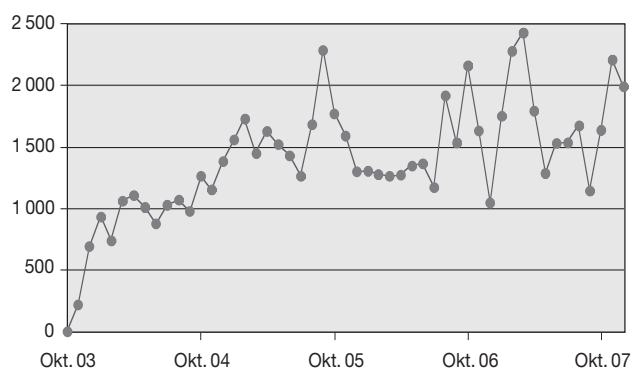
Eine Zunahme erfuhr die Zahl der beurkundeten Todesfälle im Zivilstandskreis Winterthur: Insgesamt waren 1246 Todesfälle zu verzeichnen, 59 mehr als im Vorjahr. Beinahe identisch mit der Vorjahresperiode ist die Anzahl registrierter Geburten mit 1764. Die meisten dieser Kinder wurden in den beiden städtischen Spitälern KSW und Klinik Lindberg geboren, 36 Kinder zu Hause.

Vergleich Schalter – Internet



Bei mehr oder weniger gleich bleibender Anzahl von Schalterkontakten entwickelt sich der Online-Kontakt stetig nach oben.

Beurkundete Personen in Infostar pro Monat



Je nach dem Tagesgeschäft, zusätzlichen Aufgaben, dem zur Verfügung stehenden Personal sowie der Anzahl Arbeitstage resultieren unterschiedliche Monatszahlen. Erfreulich ist die steigende Tendenz im Jahre 2007.

Departement Schule und Sport

Ausgelöst durch das neue Volksschulgesetz befindet sich die Volksschule im ganzen Kanton Zürich in einer Umbruchsituation, welche in ihrer 175-jährigen Geschichte einzigartig ist. Die Volksschulreform hat in Winterthur auch 2007 die Tätigkeit und die Entwicklung der Schulbehörden und des Departements Schule und Sport entscheidend geprägt. Neben den strukturellen Reformen (Einführung der Geleiteten Schule) werden sich insbesondere das «Lehrerbild» und die primären Aufgaben der Lehrpersonen stark verändern. Die Lehrperson der Zukunft ist kein Einzelkämpfer, sondern ein Teamplayer innerhalb einer Schule, in der die Schülerinnen und Schüler im Zentrum stehen sollen, die neben dem Bildungsauftrag auch einen Erziehungs- und Betreuungsauftrag wahrnimmt und so einen umfassenden Lebensraum für die Kinder bildet. Die Lehrperson ist nicht mehr die alles-könnende und alles-wissende Hauptfigur. Sie wird neu in der Schule oder im Klassenzimmer unterstützt durch die Schulleitung, durch Fachlehrpersonen für Heilpädagogik, Schulsozialarbeitende und andere Fachpersonen. Durch diese Unterstützung und zusätzlich durch pädagogische und didaktische Anpassungen kann der Unterricht in den stark heterogenen Schulklassen auf kompetente Art erteilt werden.

Dieser fundamentale Veränderungsprozess beeinflusst auch die Struktur und den Auftrag des Departements Schule und Sport. Das Departement hat im vergangenen Jahr seine Kompetenz zur fachlichen Unterstützung der Lehrpersonen ausbauen können. So konnte nach der bereits früher erfolgten Einführung der Fachstellen für Logopädie, Schulsozialarbeit und für Schule und Computer auch eine Fachstelle für die Integrative Förderung besetzt werden. Das Programm «Exploratio» zur Hochbegabtenförderung konnte zu einer schulunterstützenden Stelle ausgebaut werden, welche Lehrpersonen befähigt, auch diese Schülerinnen und Schüler innerhalb des Unterrichts ihren besonderen Fähigkeiten entsprechend zu fördern. Der Schulpsychologische Dienst wird neu vermehrt als beratende und unterstützende Institution für Lehrpersonen

und Eltern auftreten. Mit diesen Supportleistungen unterstützt das Departement Schule und Sport die Winterthurer Schulen, damit sie die Schülerinnen und Schüler individuell optimal fördern können.

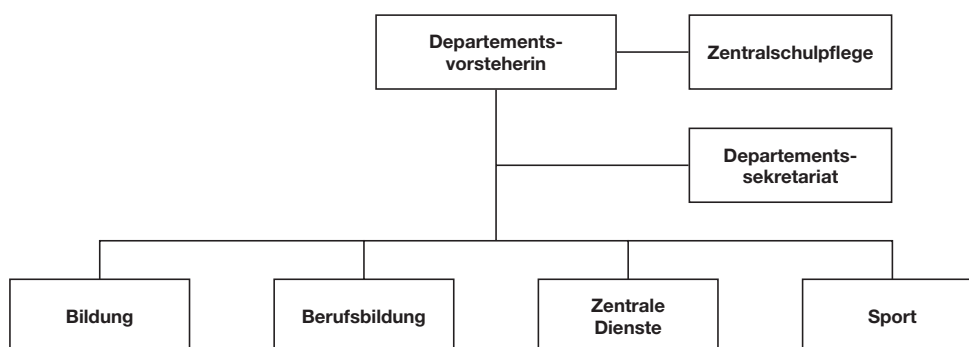
Reorganisation der Schulbehörden

Im Auftrag des Stadtrats wurde die Reorganisation der Schulbehörden per Schuljahr 2002/2003 evaluiert. Dabei musste festgestellt werden, dass die damals gesetzten Ziele nur teilweise erreicht werden konnten. Gleichzeitig führt das neue Volksschulgesetz zu einem Wandel der Aufgaben der Schulbehörden: Sie können sich auf die Wahrnehmung der Aufsicht über die geleiteten Schulen konzentrieren und werden dadurch entlastet. Aus diesen Gründen hat der Stadtrat beschlossen, einen Auftrag zur erneuten Reorganisation der Schulbehörden der Stadt Winterthur zu erteilen. Eine Projektgruppe bestehend aus Vertretungen der Zentralschulpflege, der Kreisschulpflegen, der Aufsichtskommission Sonderschulen und dem Departement Schule und Sport befasste sich intensiv mit dem in der Schule erwünschten Führungsmodell und der darauf basierenden Verteilung von Aufgaben und Kompetenzen. Die erarbeiteten Resultate werden frühzeitig den Schulbehörden, aber auch der Kommission für Bildung, Sport und Kultur des Grossen Gemeinderats vorgelegt, damit eine möglichst tragfähige Vorlage entstehen kann.

Jubiläum 175 Jahre Volksschule im Kanton Zürich

Einen Höhepunkt bildete 2007 das Jubiläum «175 Jahre Volksschule im Kanton Zürich». Im Jahr 1832 wurde der Grundstein für die moderne Volksschule gelegt: Sie wurde von der Kirche abgelöst und für Mädchen und Knaben obligatorisch erklärt. Um an die wechselvolle Geschichte zu erinnern, organisierte das Volksschulamt den Weg der Volksschule durch die zwölf Bezirke mit dem «Karussell

Departement Schule und Sport



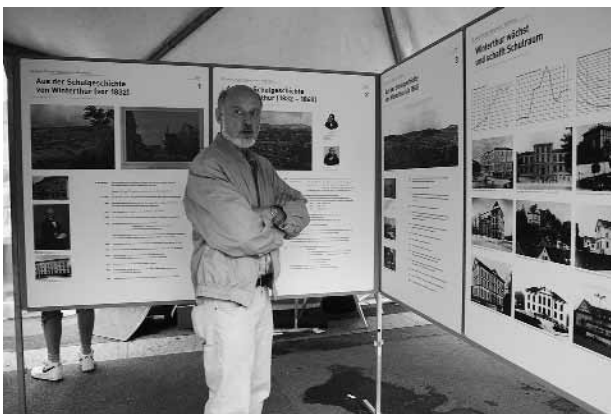
der Zeit», welches in Winterthur vom 21. bis 23. Juni Station machte. Einige Bilder sollen die Aktivitäten zum Jubiläum illustrieren:



Die zwei Theaterpädagoginnen führen Klassen auf spielerische Weise in die Geschichte der Volksschule ein und zeigen ihnen das vom italienischen Künstler Adriano Catalano gestaltete Karussell der Zeit.



In der Schönschreib-Werkstatt lernten die Schüler/innen, wie früher mit Feder und Tinte zu schreiben.



Der pensionierte Lehrer Werner Widmer gestaltete eine viel beachtete Ausstellung über die Schulgeschichte von Winterthur.



Begeisterte Kinder am Konzert mit Linard Bardill



Schülerinnen und Schüler der Primar- und Sekundarschule, der 10. Schuljahre, der msw-winterthur, von Pfadi und Cevi betrieben einen vielfältigen Markt.

Umfrage unter Schulabgängerinnen und Schulabgängern

Zusammen mit dem Berufsinformationszentrum (BiZ) Winterthur liess das DSS bei der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) eine Erhebung der Anschlusslösungen von Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Schuljahre erstellen. Die erste Umfrage erfolgte im Juni, ein Update bei jenen, welche keine feste Anschlusslösung hatten, im September. In einer dritten Befragung im Juni 2008 werden nochmals alle Schüler/innen nach ihrer aktuellen Tätigkeit befragt. Neu an dieser Umfrage ist, dass ein individueller Werdegang nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit über ein Jahr weiter verfolgt werden kann.

Nach Abschluss der zweiten Befragung im September zeigen sich folgende Resultate: Insgesamt wurden 646 Fragebogen ausgefüllt. 156 Schülerinnen und Schüler gaben im Juni 2007 an, nach den Sommerferien ein 10. Schuljahr oder ein Praktikum bei der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte zu absolvieren oder hatten keine Anschlusslösung. 134 von ihnen konnten im September nochmals befragt werden. Von ihnen gaben 17 an, eine andere Tätigkeit auszuüben. Neun von ihnen wollten ursprünglich in ein 10. Schuljahr, acht davon fanden aber während den Sommermonaten eine Lehr- oder Praktikumsstelle, jemand hat sich neu beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet. Acht gaben an, keine Anschlusslösung zu haben. Von ihnen machen vier ein 10. Schul- oder Welschlandjahr, zwei eine Vor- oder Anlehre, jemand hat

eine Teilzeitstelle gefunden und jemand hat keine Antwort gegeben. Vor den Sommerferien haben zwei angegeben, eine Arbeitsstelle zu haben. Vier Schülerinnen bzw. Schüler haben vor und nach den Sommerferien angegeben, keine Anschlusslösung zu haben.

Wichtige Volksabstimmungen und Geschäfte des Grossen Gemeinderats

- Am 25. November lehnte die Winterthurer Stimmbevölkerung zwei Kredite für die Durchführung eines Fussballfestes und für ein kulturelles Rahmenprogramm anlässlich der Fussball-Europameisterschaften Euro 08 ab. Bereits der Kreditantrag des Stadtrats wurde durch den Grossen Gemeinderat stark verändert. Gegen die Beschlüsse des GGR wurden erfolgreich zwei Referenden ergriffen. Winterthur wird damit der Bevölkerung während der Euro 08 keine Public Viewing-Arena mit Fanmeile und Kulturprogramm anbieten können.
- Die im Dezember 2006 eingereichte Initiative «mehr Kinderbetreuungsplätze für Winterthur» soll nach Ansicht des Stadtrats umgesetzt werden. Er beantragt dem Grossen Gemeinderat, dass die dazu notwendigen Vorlagen auszuarbeiten seien.
- Am 29. Oktober erliess der Grosse Gemeinderat die neue Verordnung über die Nutzung der Schul- und Sportanlagen. Die Verordnung ermöglicht eine intensivere Nutzung der mit Steuergeldern erstellten Anlagen, setzt aber auch die notwendigen Schranken.
- Am 9. Juli bewilligte der Grosse Gemeinderat einen Kredit von 1 580 000 Franken für die Sanierung des Schwimmbads Geiselweid und ein Bioschwimmbecken im Bereich des ehemaligen «Schüeli». Die Sanierungsarbeiten für die über 100-jährige, veraltete und stark sanierungsbedürftige Badeanlage sind bereits im Gange.
- Am 12. März genehmigte der Grosse Gemeinderat einen Kredit von 2 455 000 Franken für ein Pilotprojekt «Tagesschulen in Winterthur» während den Schuljahren 2007/08 bis 2009/10. Der Tagesschulversuch wird in den Schulen Brühlberg und Hegi durchgeführt, wo bereits ein grosser Bedarf nach Betreuungsplätzen bestand. In der Tagesschule werden Schülerinnen und Schüler unter einem Dach geschult und betreut, Lehr- und Betreuungspersonen arbeiten aufgrund ihres Schulkonzepts und -programms eng zusammen.
- Am 22. Januar genehmigte der Grosse Gemeinderat einen Projektierungskredit von 400 000 Franken für den Schulhausneubau im Niederfeld in Wülflingen. Kurz vor Weihnachten konnte das Siegerprojekt der Architekten von Ballmoos Krucker, Zürich, den Medien vorgestellt werden.

Behörden

Zentralschulpflege

Mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes werden zum einen die rechtlichen Grundlagen für die Volksschule den heutigen Gegebenheiten angepasst, zum anderen werden verschiedene – in den letzten Jahren erprobte – Reformelemente (wie geleitete Schulen, Blockzeiten usw.) verbindlich vorgeschrieben. Die Umsetzung des Volksschulgesetzes in Winterthur prägte die Arbeit der Zentralschulpflege (ZSP) im Jahr 2007.

Das Kernstück des neuen Volksschulgesetzes ist die Einführung der geleiteten Schulen. Gemäss vorgegebenen Terminplan müssen auf Beginn des Schuljahres 2008/09 alle Schuleinheiten definitiv gebildet und die Schulleitungen eingesetzt sein. Von den insgesamt 28 Schul-

einheiten sind bis heute 18 geleitet. Mit der Einführung der Schulleitungen wird eine neue Führungsebene in die Organisation Volksschule eingeschoben. Die Schulleitung ist zuständig für die Leitung der Schule im personellen, finanziellen und administrativen Bereich. Sie ist der Schulpflege direkt unterstellt.

Die neue Führungsebene hat Auswirkungen auf die Schulbehördenstruktur, da Kompetenzen von den Kreisschulpflegern (KSP) an die Schulleitungen delegiert werden. Die ZSP setzte sich intensiv mit dem Projekt Schulbehördenreorganisation auseinander. Im Auftrag des Stadtrates wurden im Frühling die bestehenden Strukturen vor dem Hintergrund der Ziele der Schulbehördenreorganisation 2002 und dem neuen Volksschulgesetz breit evaluiert. Das Resultat zeigte, dass die Ziele von 2002 nur ungenügend erreicht wurden. Der Stadtrat gab ein Folgeprojekt in Auftrag. Es gilt, die Schulbehörden den neuen Anforderungen anzupassen. Seit Sommer ist eine breit abgestützte Arbeitsgruppe damit betraut. Ziel ist, eine mehrheitsfähige Vorlage für die Schulbehörden der Stadt Winterthur (Volksschule, Sonderschulen, Brückenangebote) auszuarbeiten.

Die Vereinheitlichung der Sekundarstufenmodelle war ein weiteres wichtiges Geschäft der ZSP. Dank einem Kompromiss – der allerdings vom Regierungsrat noch genehmigt werden muss – gelang es, in einer umstrittenen Frage eine Konsenslösung zu finden. Ab Schuljahr 2008/09 werden in allen Sekundarschulen in zwei der drei Fächer Mathematik, Französisch oder Englisch drei Anforderungsstufen gebildet. Der Besuch und Wechsel einer Anforderungsstufe ist unabhängig der Einteilung in die Abteilung A, B oder C. Somit ist die Sekundarstufe durchlässiger und individuelle Neigungen können besser gefördert werden. Der Entscheid, ob nur noch zwei Abteilungen A resp. B oder drei Abteilungen A, B oder C geführt werden, wurde auf Schuljahr 2010/11 vertagt.

Mit der Kantonalisierung des Kindergartens werden die städtischen Kindergärtnerinnen mit einem Pensum von mehr als 8 Stunden pro Woche zu kantonalen Angestellten. Notwendige Kindergartenschliessungen konnten mit den natürlichen Abgängen und Fluktuationen aufgefangen werden. Die Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen hat auf Beginn des Schuljahres 2008/09 Auswirkungen auf die Lehrpersonen für pädagogische Massnahmen (z.B. Legasthenietherapie). An einer Informationsveranstaltung wurden ihnen die Wege für Nachqualifikationen aufgezeigt, damit sie als Lehrpersonen für Deutsch als Zweitsprache weiter angestellt werden können.

Kreisschulpflegen

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Kreisschulpflegen lag im vergangenen Jahr in der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes. Auf der Sekundarstufe wurde die integrative Förderung eingeführt, so dass der Übertritt in die Sekundarstufe auch in diesem Bereich nahtlos möglich ist. Weiter wurde die zweite Etappe der Einführung der geleiteten Schulen umgesetzt und die dritte und letzte mit den Stellenbesetzungen für das Schuljahr 2008/09 vorbereitet. Mit der vom Volksschulgesetz geforderten Vereinheitlichung der Sekundarstufenmodelle galt es, den Entscheid der ZSP umzusetzen und die Fächer für die Anforderungsstufen zu bestimmen. Mit der Integration der Kindergärten in die Volksschule musste vor allem die Stellsituation gut analysiert werden, um den Abbau von Stellen in zwei Schritten sorgfältig zu planen, damit Entlassungen möglichst vermieden werden können.

Alle Kreise beteiligten sich im Frühling an der Evaluation zur Schulbehördenreorganisation 2002. Daneben befas-

ten sich die Mitglieder auch mit kreisspezifischen Fragen wie Um- und Neubauten, die Verteilung der Vollzeitstellen auf alle Stufen, personalpolitischen Entscheiden und mit komplexen Schülersituationen, deren Bewältigung zeitintensiv ist.

Die Arbeit der Schulbehörden wird immer komplexer, die Neuerungen im Schulwesen bringen für viele Behördenmitglieder und die Kreisschulsekretariate eine grosse Mehrbelastung. Das kann ein Grund sein für vermehrte vorzeitige Rücktritte aus den Kreisschulpflegen.

Unselbstständige Aufsichtskommissionen

Aufsichtskommission der msw-winterthur

In einer ersten Sitzung genehmigte die Aufsichtskommission den Budgetantrag 2008 zu Händen der Zentralschulpflege und den Datenplan für das Schuljahr 07/08. Die Qualitätsentwicklung und die Resultate des Managementreviews 06 wurden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen. In einer zweiten Sitzung genehmigte die Aufsichtskommission die Zielsetzungen für das Jahr 2008. Auf der Grundlage einer Ausbildungsmarkanalyse wurde die Positionierung der msw-winterthur diskutiert und das weitere Vorgehen beschlossen.

Selbstständige Aufsichtskommissionen

Aufsichtskommission Berufswahlschule Winterthur (BWS), Werkjahrschule (WJS) sowie Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS)

Mit der Übernahme der HFS in städtische Strukturen wurde auch die Aufsicht über die drei 10. Schuljahre für die verbleibende Amtsperiode 2006 bis 2010 neu geregelt. Die ZSP übertrug auf das Schuljahr 07/08 die unmittelbare Aufsicht über die HFS an die bestehende Aufsichtskommission BWS/WJS, soweit dies zulässig ist. Die Revision des kantonalen Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz ist noch nicht abgeschlossen.

An der ersten gemeinsamen Sitzung vom August 2007 nahm die Aufsichtskommission Kenntnis vom Fortschritt der Harmonisierungsprojekte der 10. Schuljahre des Kantons Zürich.

Aufsichtskommission Sonderschulen

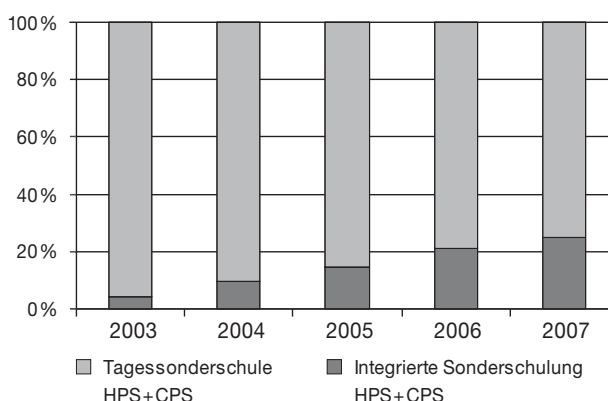
Die Aufsichtskommission hat sich intensiv mit der zukünftigen Ausrichtung der Michaelschule befasst und die notwendigen Entscheidungs- und Planungsgrundlagen erarbeitet. Weitere Schwerpunkte waren die externe Schulevaluation der Maurerschule und die Anpassungen, welche im Zusammenhang mit den neuen kantonalen Rechtsgrundlagen zu leisten waren.

Eine erfreuliche Entwicklung fand bei der Integrierten Sonderschulung statt, welche für rund 50 Kinder mit Behinderungen den Verbleib in der Regelklasse ermöglicht.

Entwicklung Schülerzahlen

	2003	2004	2005	2006	2007
HPS Tagessonderschule	89	85	82	86	86
HPS Integrierte Sonderschulung	6	12	13	17	22
CPS Tagessonderschule	70	69	71	71	65
CPS Integrierte Sonderschulung	1	4	13	19	23

Verhältnis Plätze an Sonderschulen – Integrierte Sonderschulung



Volksschulkonvent (VSK)

Das künftige Oberstufenmodell der Stadt Winterthur war für die Delegierten des Sekundarschulkonvents ein zentrales Geschäft. Eine umfassende Umfrage zeigte, dass über 80% aller Klassen- und Fachlehrkräfte drei Abteilungen (A/B/C) dem System mit nur zwei Abteilungen (A/B) vorziehen.

Die Vernehmlassung zur neuen Geschäftsordnung, zum Organisationsreglement und dem zugehörigen Funktionendiagramm mündete in eine umfangreiche Antwort des VSK.

Weiter befasste sich der Vorstand mit der Neuorganisation der Konvente und Fachkonferenzen. Eine erste Umfrage ergab, dass grundsätzlich an den Konventen oder Konferenzen festgehalten werden soll. Allerdings ist eine Vereinfachung der Strukturen erwünscht. Im Sommer musste das Präsidium des Primarschulkonvents neu besetzt werden, da die bisherige Amtsinhaberin sich beruflich neu ausgerichtet hat.

Viele Voten an Versammlungen zeigten, dass die Belastung der einzelnen Lehrkräfte durch die Einführung des neuen Volksschulgesetzes und durch die zunehmenden Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur stark gestiegen ist. Teamtage, Fortbildungen, Absprachen usw. verlangen mehr zeitliche Ressourcen. Weiter steigt die psychische und physische Belastung auch durch die integrative Ausrichtung der Volksschule.

Der VSK stellte der Zentralschulpflege folgende Anträge:

- Zusätzlicher Materialkredit für Fachlehrkräfte, infolge Einführung der Blockzeiten (gutgeheissen)
- Erhöhung der Beiträge für Klassenlager und Exkursionen (Antwort noch ausstehend)
- Erhöhung der Beiträge an die Wintersportlager der WAKO (Antwort noch ausstehend)
- Weiterführung der Fachkonferenz ISF-Lehrkräfte (Antwort noch ausstehend).

Bildung

Fachstelle Schulentwicklung/ Projektleitung Umsetzung neues Volksschulgesetz

Die Fachstelle und die Projektleitung koordinieren die Prozesse der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes mit der Zentralschulpflege (ZSP), den Kreisschulpflegen,

den Schulleitungen, den Hausvorständen und den Teilprojektverantwortlichen.

Kindergarten

Ab Januar 2008 sind die meisten Kindergartenlehrpersonen kantonale Angestellte. Auf Beginn Schuljahr 2008/09 wird der Kindergarten kantonalisiert und obligatorischer Teil der Schule. Der Eintritt in die 1. Klasse heisst neu Stufenübertritt. Diese Veränderungen auf der Grundlage des Volksschulgesetzes erforderten umfangreiche Vorarbeiten in personeller und organisatorischer Hinsicht.

Geleitete Schule

Im August 2007 kamen zu den bisherigen 14 geleiteten Schulen fünf neue dazu. Somit sind zwei Drittel der Schulen in Winterthur geleitet. Die etappierte Einführung von Schulleitungen verläuft plangemäss.

Zusammenarbeit Schul- und Quartierbibliothek

Die Förderung der Medien-, Sprach- und Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler bleibt ein Anliegen der Zentralschulpflege. Ein Projekt der verstärkten Zusammenarbeit der Quartierbibliothek Hegifeld und der Schule Hegi soll dieses Bestreben unterstützen.

Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung

Städtische Kinderhorte und Tagesschulen

Ende 2007 bot die Stadt Winterthur an 36 Standorten 789 Betreuungsplätze in Kinderhorten und Tagesschulen an. Im Dezember nutzten 1328 Kindern aus 1060 Familien die städtischen schulergänzenden Angebote. In den Kinderhorten und Tagesschulen wurden annähernd 130 000 Mittagessen abgegeben. Gegen eine Million Betreuungsstunden konnten mit 142 Mitarbeitenden sichergestellt werden.

Start der Tagesschulen

Mit Schulbeginn im August 2007 sind auch die Tagesschulen im Schulhaus Brühlberg und in der Schuleinheit Hegi gestartet. Weil in Hegi noch Raumengpässe bestanden, konnten erst 98 der 120 Plätze des Pilotprojektes eingerichtet werden.

Städtisch subventionierte Krippenplätze

Zum ersten Mal seit vielen Jahren konnte 2007 die Anzahl der subventionierten Krippenplätze erhöht werden. 246 Plätze wurden vom Grossen Gemeinderat als Zielvorgabe festgelegt. 652 Kinder konnten dieses Angebot in Anspruch nehmen.

Fachstelle für Schule und Computer – SCHU::COM

Die Primarlehrpersonen verbesserten ihre Kompetenz in der Nutzung von Computern in Kursen bestehend aus den Modulen «Grundlagen Betriebssystem», «Textver-

arbeitung», «Präsentation» und «Internetnutzung». Zudem wurden die Lehrpersonen durch die Informatikverantwortlichen in der Integration von Computern in den Unterricht weitergebildet.

Auf das neue Schuljahr wurden 500 mehr als sechs Jahre alte Computer ersetzt. Neu werden die Geräte geleast. Die Schulleitenden können nun die Schulverwaltungssoftware WinSchule nutzen. Dies bedingte eine Reorganisation der Zugriffsberechtigungen und die Ausbildung aller Schulleitenden.

Unterstützende Dienste

Das Berufsbild der Schulpsychologinnen und -psychologen ändert sich aufgrund des neuen Volksschulgesetzes grundlegend - weniger Diagnostik mehr Beratung vor Ort. Um fit für die Neuausrichtung zu sein, wurde eine Reorganisation des Schulpsychologischen Dienstes (SPD) initiiert.

Die Schulsozialarbeit (SSA) wurde im Sommer ausgebaut. Seit dem neuen Schuljahr bilden 14 meist neue Mitarbeitende ein Team mit total sieben Stellen. Sie beraten Schülerinnen und Schüler in sozialen Problemlagen, sowie deren Lehrpersonen und Eltern in den städtischen Schulkäusern unkompliziert, schnell und niederschwellig. Zur sorgfältigen Arbeit der Unterstützenden Dienste gehört auch die Vernetzung mit allen relevanten Fachstellen.

Sonderpädagogik in der Volksschule

Der Regierungsrat hat die neue Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen verabschiedet. Die integrative Förderung (IF) von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf verändert das Berufsfeld der Klassen- und Fachlehrpersonen sowie der heilpädagogischen und therapeutischen Fachpersonen. Die intensive interdisziplinäre Kooperation und Koordination stellt hohe Anforderungen an alle Beteiligten. Mit Weiterbildungen und Beratung durch die Fachstelle IF und durch eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem SPD werden sie unterstützt.

Schulgesundheits

Im Zentrum aller Anstrengungen des Schulärztlichen Dienstes und des Schulzahnärztlichen Dienstes stand die gesundheitliche Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen. Beide Dienste wurden von allen Beteiligten gut unterstützt.



Eine Mitarbeiterin der Schulzahnärztlichen Dienstes erfasst während einer Jahreskontrolle die Angaben der untersuchenden Zahnärztin.

Eine Arbeitsgruppe des Schulärztlichen Dienstes befasste sich zudem mit der Umsetzung der neuen Volksschulverordnung.

Im Schulzahnärztlichen Dienst wurde mit Hilfe der Informatikdienste die zahnärztliche Software erweitert. Dadurch können Dienstleistungen, Abläufe und Übersichtlichkeit verbessert werden. Untersuchungsergebnisse und Angaben zur Behandlung werden neu in ein elektronisches Patientendossier eingetragen.

Statistik Schulgesundheit

	Schuljahr 2006/07	Vorjahr
<i>Schulärztlicher Dienst</i>		
Anzahl Untersuchungen total	3 128	3 296
Privatarzt-Wahl	17,5 %	15,5 %
<i>Schulzahnärztlicher Dienst</i>		
Anzahl Untersuchungen total	7 749	7 531
Privatzahnarzt-Wahl	21,9 %	27,9 %
Karies- und füllungsfreie Schüler/innen (nur Schulzahnklinik)	31,8 %	32,5 %

Zentrale Dienste

Personalabteilung

Im Schuljahr 2007/08 arbeiteten in den städtischen Schulen (Sonderschulen, Brückenangebote, msw) 231 (242) Lehrpersonen. Von den 166 (162) Kindergärtnerinnen werden 123 per 1. Januar 2008 in eine kantonale Anstellung überführt, 43 bleiben aufgrund ihres Pensums von weniger als acht Wochenstunden bei der Stadt angestellt.

Schulbauten

Die Schulraumprognose wurde aktualisiert. Die Bautätigkeiten in den Schulkreisen Oberwinterthur (die beiden Teilgebiete Zinzikon und Hegi) und in Wülflingen (Teilgebiet Wyden) sind unverändert hoch. Der Handlungsbedarf für das Bereitstellen von zusätzlichem Schulraum wurde wieder bestätigt.

Für das Umsetzen des neuen Volksschulgesetzes wurden die schulraumrelevanten Elemente in einer ersten Etappe umgesetzt. In diversen Schulanlagen konnten Räumlichkeiten für die geleiteten Schulen, Blockzeiten, Tagesstrukturen und sonderpädagogische Angebote realisiert werden.

Wesentliche Schulbauvorhaben 2007

Kreis Stadt

Kindergarten Inneres Lind
– Aussenrenovation und Umgebungsarbeiten 1. Etappe

Kindergarten Äusseres Lind
– Aussenrenovation

Turnhalle Geiselweid
– Abschluss Sanierung der haustechnischen Anlagen
2. Etappe

Schulhaus Heiligberg
– Abschluss Sanierung der Holz- und Metallwerkstätten
2. Etappe

Kreis Mattenbach

Kindergarten Gutschick I
– Fassadensanierung und Einbau Küche für die Kinderbetreuung

Schulhaus Gutschick
– Betonsanierung 2. Etappe

Schulhaus Mattenbach
– Flachdachsanieierung Turnhallentrakt

Schulhaus Schönggrund
– Aussenrenovation mit Fensterersatz, 1. Etappe 2007

Kreis Oberwinterthur

Kindergarten Wallrüti
– Aussenrenovation, 1. Etappe aus der Gesamt-sanierung Schulanlage Wallrüti

Schulhaus Hegifeld
– Sanierung Flachdach und Allwetterplatz, Ersatz Heizungsanlage

Neubau Schulhaus Zinzikon
– Beginn Architekturwettbewerb in 1. Stufe

Kreis Seen

Schulhaus Sennhof
– Rohbau beendet, Innenausbau bis Mai 2008

Schulhaus Büelwiesen
– Fensterersatz 1. Etappe

Schulhaus Oberseen
– Hochwasserschaden (9.8.07) Sanierungsarbeiten
Ende Jahr abgeschlossen

Kreis Töss

Kindergarten Schlosstalstrasse
– Sanierung der Umgebung

Kindergarten Emil Klötistrasse
– Sanierung der Umgebung nach Gesamtrenovation im Jahre 2006

Schulhaus Eichliacker
– Sanierung Natursteineinfassungen und Umgebung

Kreis Veltheim

Schulhaus Feld, Neubau und Gesamtsanierung
– 1. Etappe: Sanierung Turnhallen und Schulhaus Löwenstrasse

Schulhaus Schachen
– Aussenrenovation

Kreis Wülflingen

Schulhaus Talhofweg
– 1. Etappe: Sanierung Turnhalle und Renovationen

Neubau Schulhaus Wyden
– Abschluss Architekturwettbewerb mit Gesamt-leistungssubmission

Schulhaus Hohfurri
– Sanierung Werkstätten Trakt B in Ausführung

Städtische Schulen

Michaelschule Erweiterungsbau
– Bezug der neuen Räume erfolgte im Januar, Abschluss der Umgebung im Frühjahr 2008

Maurerschule Altbau
– Sanierung Therapiebad

Maurerschule Erweiterungsbau
– Rohbau erstellt

Weitere Projekte der Abteilung Schulbauten

Alle grösseren Bauarbeiten für den allgemeinen baulichen und gärtnerischen Unterhalt wurden in den Frühjahrs- und Sommerferien abgeschlossen.

Materialverwaltung

Die Materialwirtschaftssoftware wurde zwar planmässig auf den 1. Januar eingeführt, umfangreiche Nacharbeiten und Ergänzungen belasteten jedoch die personellen Ressourcen bis Ende Jahr erheblich. Die Einführung des neuen E-Shop musste deshalb auf Anfang 2008 verschoben werden.

Im vergangenen Jahr wurde eine Submission nach GATT/WTO für Beschaffung von Apple-Computern für die Oberstufe beratend durchgeführt und abgeschlossen.

Berufsbildung

Berufswahlschule Winterthur (BWS)

Die Schülerinnen und Schüler des Jahrganges 06/07 haben fast alle eine Berufslösung oder die Prüfung in eine weiterführende Schule bestanden. BWS-Hits sind ECDL-, Tastatur-, DELF- und Pet-Cambridge-Diplome. Die Hektik auf dem Lehrstellenmarkt verursacht Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche. Die Gegenmassnahme in Form einer Vorkurswoche für die neuen Schüler hat sich bewährt. Das Schuljahr 07/08 hat gut begonnen und das Jahr 2007 konnte erfolgreich mit dem traditionellen kulturellen Jahresabschluss beendet werden. Über die Harmonisierung der 10. freiwilligen Schuljahre berät zurzeit der Kantonsrat.

Werkjahrschule (WJS)

Die Werkjahrschule Winterthur feierte am 7.7.2007 ihr vierzigjähriges Bestehen. Im Festakt würdigte die Stadträtin den Aufbau der Werkjahrschule Winterthur als berufsvorbereitende Schule und dankte allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Einen besonderen Dank sprach die Stadträtin dem zurücktretenden Schulleiter Heiner Brodtbeck aus, der die Schule seit 1993 mit viel Engagement führte. An diesem Jubiläumstag wurde die neue Abteilungsleiterin Christine Schmid Altermatt begrüsst.

Seit August 2007 wird das Team in der Werkjahrschule Winterthur in das Thema Qualitätsentwicklung nach einem erarbeiteten Qualitätsentwicklungskonzept der neuen Abteilungsleitung eingeführt. Die interne Schulung zur Sensibilisierung des Themas Qualität in den beiden Themenbereichen «Schule gestalten» und «Unterricht gestalten» fordert die Teammitglieder heraus. Am 28.11.2007 hat eine Gruppe von Lernenden ihre eigene Firma «best take away» unter dem Patronat von Young Enterprise Switzerland in Thalwil gegründet und die erste Presse-

konferenz mit Erfolg durchgeführt. Die Werkjahrschule Winterthur profitiert von erfolgreichen Aktionen in ihrer Publizität.

Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS)

Die Schülerinnen und Schüler bringen vermehrt grosse Wissenslücken mit. Zunehmend haben viele von ihnen persönliche und/oder familiäre Probleme, was den Schulalltag für alle Beteiligten sehr anspruchsvoll macht. Einige, die in der Oberstufe ISF (Integrative Schulungsform) betreut wurden, schaffen den Anschluss an eine Lehre im Hauswirtschaftlichen Jahreskurs (HJK) kaum. Dieselben Probleme haben auch die ganz schwachen Schülerinnen und Schüler, die nicht IV berechtigt sind. Ende Schuljahr 06/07 fanden 98 % aller HJK-Absolvierenden und 88 % aller Integrationsschülerinnen und -schüler eine Anschlusslösung.

msw-winterthur

Das vierte Lehrjahr der msw-winterthur endete am 7. Juli 2007. 47 (im Vorjahr 47) Auszubildende konnten die msw mit dem Eidgenössischen Fähigkeitsausweis und einem Gesamtnotendurchschnitt von 4.9 (4.9) verlassen. Um die wirtschaftliche Situation der msw-winterthur weiter zu verbessern, wurde das Projekt mit dem Titel HS 07 j fortgesetzt. Mit Massnahmen auf allen Ebenen konnte der Aufwandüberschuss von 5 757 000 Franken im Jahre 2004 auf 4 175 298 Franken (unter Berücksichtigung der exogenen Faktoren) vermindert werden. Damit wurde das anvisierte Ziel einer Verbesserung des Ausgabenüberschusses von 1 700 000 Franken annähernd erreicht. Das Projekt konnte deshalb abgeschlossen werden. Auf Schuljahre 07/08 eröffnete die msw mit der SWISS das neue Ausbildungsangebot «Polymechanik Fachrichtung Flugzeugunterhalt». Zukünftig werden bis zu acht Lernende die Grundausbildung der ersten zwei Lehrjahre an der msw erhalten. An der Berufsweltmeisterschaft in Japan eroberte das Team Ciril Stefanini (msw-Absolvent) und Adrian Trachsel (Fritz Studer AG, Steffisburg) die Goldmedaille im Fachbereich Mechatronik.



Ciril Stefanini und Adrian Trachsel gewannen die Goldmedaille im Berufsfeld Mechatronik an der Berufsweltmeisterschaft in Japan.

Sportamt

Die Aufgaben des Sportamtes sind vielfältig. Als Dienstleistungsbetrieb dient es der Bevölkerung, den Sportorganisationen, den Behörden, den Lehrpersonen und weiteren Interessierten als Fach- und Koordinationsstelle bei Fragen und Anliegen rund um den Sport in Winterthur. Der Verwaltungsanteil für die Ressourcen Personal, Finanzen und Infrastruktur, die Kommunikation nach innen und aussen und die Vernetzung mit anderen Verwaltungseinheiten erfordert einen erheblichen Aufwand. Die Kommunikation mit der Verwaltung, Kundinnen und Kunden und Geschäftspartnern erfolgt zu einem immer höheren Anteil über die elektronischen Netze. Fast ausschliesslich ist die Homepage das Bindeglied zu den Sporttreibenden und deren Institutionen. Der Austausch über diese Medien erfolgt einerseits rasch und unkompliziert, andererseits führt dies aber zu einer oft fast nicht mehr zu bewältigenden Flut von E-Mails. Diese macht den Effizienzgewinn wieder zunichte, wenn es nicht gelingt, die Informationsqualität und die Disziplin im Umgang mit E-Mails zu verbessern.

Die Vorbereitungen für ein vom Bund für 17 Städte lanciertes Public Viewing und eine Fanmeile während der EURO 08 haben einen grossen Raum beansprucht. Es wurde versucht, Winterthur als fussballbegeisterte bzw. sportbegeisterte Stadt in der Schweiz und im Ausland zu positionieren. Eigene Initiativen, politische Vorstösse und die eindrückliche Einforderung von einem Fussballfest während der EURO 08 durch die Medien haben, nachdem zwei Referenden gegen den Kreditantrag und gegen das Kulturprogramm gestellt wurden, nicht ausgereicht, um die Volksabstimmung zu gewinnen. So musste das weit fortgeschrittene Projekt gestoppt werden.

Im Hallenbad Geiselweid kam es zu einem Todesfall im Wasser. Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei der Todesursache um ein Herzversagen und nicht um einen Badeunfall. Die Ausbildung der Badangestellten, die technischen Vorbereitungen für einen Ernstfall und die laufende Weiterbildung der Mitarbeitenden schärfen das Verantwortungsbewusstsein der im Bad tätigen Mitarbeitenden. Wie der Vorfall gezeigt hat, ist das Personal bereit und fähig, rasch und kompetent zu handeln.

Sportanlagen

Die Anlagen sind in einem guten Zustand. Die Rasenflächen hingegen wurden weiterhin überstrapaziert. Dies führte zu einem Qualitätsverlust und einem hohen Unterhaltsaufwand. Zurückgeführt wird dies auf die Tatsache, dass die Zahl der fussballspielenden Kinder und Jugendlichen seit zehn Jahren markant anstieg.

Drei wichtige Bauvorhaben konnten in diesem Jahr realisiert bzw. in Angriff genommen werden:

- Auf dem Reitplatz konnte das seit vielen Jahren geforderte sanierte Garderobengebäude inklusive einer Aufstockung dem Betrieb übergeben werden.
- Ende August wurde auf der Sportanlage Flüeli das erste Kunstrasenfussballfeld der Stadt eingeweiht.
- Im Herbst wurde zudem mit den Bauarbeiten für die Sanierung des Freibades Geiselweid begonnen.

Vandalismus und Littering haben weiter zugenommen. Die Aufsicht auf den Anlagen muss intensiviert werden, was zu höheren Kosten führt.

Schwimmbäder

Beim Schwimmbad Wolfensberg wurde die zweite Etappe der Gebäudesanierungsarbeiten in Angriff genommen.

Für die anstehenden Sanierungsarbeiten, aber auch die Weiterentwicklung des Hallenbades Geiselweid wurde ein Planerwahlverfahren eingeleitet.

In einer Studie wurde für das Schwimmbad Oberwinterthur geprüft, ob ein Badeweiher/Biobad eine sinnvolle Alternative zu einem konventionellen Bad sein könnte. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Die Investitionsplanung sieht nach diversen Bevölkerungsinitiativen und grossem Engagement der Schwimmbadgenossenschaft eine Sanierung im Winterhalbjahr 2009/2010 vor.

Sportpark Deutweg

Der Umbau eines sanierungsbedürftigen Hartplatzes in drei Kleinspielfelder mit unterschiedlichen Bodenbelägen wurde im Frühling abgeschlossen. Seitdem wird dieser sehr beliebte Spielplatz fast rund um die Uhr benützt. Den zweiten Hartplatz baute man in ein Beach-Soccer-Feld um.

Fussballanlagen

Der Bau des neuen Hauptplatzes auf dem Reitplatz wurde vom Grossen Gemeinderat bewilligt. Mit den Bauarbeiten für ein Normrasenspielfeld wird im Februar 2008 begonnen.

Im Stadion Schützenwiese ist die alte Tribünenbestuhlung ersetzt worden. Dank der finanziellen Beteiligung des Präsidenten des FC Winterthur konnte der Rasen des Hauptspielfeldes saniert werden.

Nutzung

Schwimmbäder

Die Zutrittsfrequenzen und die Erträge der Freibäder und der offenen Eisfelder sind sehr stark wetterabhängig. Das Berichtsjahr mit ungünstigen Wetterbedingungen hat bei den Outdoorangeboten eine Einbusse von ca. 30 % verursacht. Die sanierten Bäder werden von der Bevölkerung und den Schwimmbadgenossenschaften geschätzt und gut geführt.

Sportpark Deutweg

Auf dem Areal des Sportparks Deutweg wurde von privaten Initianten in Zusammenarbeit mit der Stadt ein Konzept für ein «Zentrum für Breiten- und Leistungssport» (Arbeitstitel) entwickelt. Der Stadtrat hat mit den Initianten eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit abgeschlossen. Das Projekt wird im kommenden Jahr in die entscheidende Phase kommen. Der sportliche Nutzen für die Stadt würde insbesondere bei zwei Dreifachturnhallen und der besseren Auslastung der vorhandenen Infrastruktur tagsüber, sowie die Ausstrahlung des Sportes über die Stadtgrenzen hinaus liegen.

Die Eishalle wurde für fast doppelt so viele Veranstaltungen wie im vergangenen Jahr gebucht. Höhepunkte waren unter anderem die Konzerte von Nelly Furtado und MIKA sowie die Schweizer Meisterschaft im Eiskunstlauf.

Turnhallen

Die Auslastung der Turnhallen ist weiterhin sehr gut. Unter der Woche sind im Winter praktisch keine freien Trainingseinheiten mehr verfügbar. Der Mangel an Dreifachturnhallen ist ausgeprägt, weil die Eulachhallen aus ökonomischen Gründen immer häufiger für kommerzielle Anlässe genutzt werden und damit von den Vereinen eine sehr hohe Flexibilität für den Trainings- und Spielbetrieb verlangen. Dies ist für die drei Nationalligavereine im

Handball und Unihockey und für die Reservationsstelle des Sportamtes mit grossem Aufwand verbunden.

Dienste und Information

Freiwilliger Schulsport

Die zahlreichen Angebote/Sportarten wurden gut besucht. Der Umfang wurde leicht ausgebaut und das Angebot mit der Trendsportart «Inline» ergänzt. An zwei Mittwochnachmittagen wurde im Stadtkreis Töss ein offenes Sportangebot für Schülerinnen und Schüler organisiert. Falls sich die Anzahl der teilnehmenden Kinder positiv entwickelt, wird eine Ausweitung des Projektes auf weitere Stadtkreise geprüft. Neu sind Anmeldungen für den freiwilligen Schulsport online möglich.

Aquafitness

Die Aquafitnesskurse, durchschnittlich über 15 Lektionen in der Woche, in den Schulschwimmanlagen und im Hallenbad Geiselweid verzeichnen weiterhin hohe Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahlen.

Hochschulsport

Im Auftrag der Zürcher Hochschule Winterthur (ZHAW) organisierte das Sportamt seit sechs Jahren ein attraktives und offenes Sportangebot für die Angehörigen der Fachhochschule. Die Dienstleistungen werden der Hochschule verrechnet. Mehr Studierenden an der neuen ZHAW und gute Information über das Sportangebot zum Semesterstart führten dazu, dass die Nachfrage nach Infrastruktur zu den gewünschten Zeiten nicht mehr abgedeckt werden konnte.

Jugendsportförderung

Im Rahmen der Jugendsportförderung bezahlt das Sportamt seit Jahren 110 000 Franken an Winterthurer Sportvereine aus. Sonderleistungen und neue Projekte der Sportvereine zur Jugendsportförderung wurden entsprechend honoriert.

Die Sportlagerangebote für Kinder konnten im Sommer, Herbst und Winter weiter ausgebaut werden. Sie sind beliebt und wurden erfolgreich in Zusammenarbeit mit einer «professionellen» Lagerleitung im Auftrag des Sportamtes durchgeführt.



Anspiel zum Inlinehockey-Match in einem der sieben durchgeführten Jugendsportlager in Tenero.



Kraft, Koordination, Zusammenarbeit und Lachen sind die Anforderungen an die Jugendlichen aus Winterthur und der Region Bern im Jugendsportlager in Tenero.

Departement Soziales

Gesellschafts- und sozialpolitische Themen, welche im vergangenen Jahr in anderen Schweizer Städten oder auch gesamtschweizerisch diskutiert wurden, beschäftigen auch das Departement Soziales. Es erweist sich vor diesem Hintergrund immer wieder als Vorteil, dass sowohl die Departementsvorsteherin als auch die Kadermitarbeitenden in überregionalen oder gesamtschweizerischen Gremien, wie z.B. der Städteinitiative Sozialpolitik, der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) oder Verbänden wie Curaviva (Verband der Heime) oder dem Schweizerischen Verband der Organisationen von Arbeitsmassnahmen (SVOAM) vertreten und dadurch gut vernetzt sind. Lösungen können so gemeinsam erarbeitet und Ressourcen effizient genutzt werden.

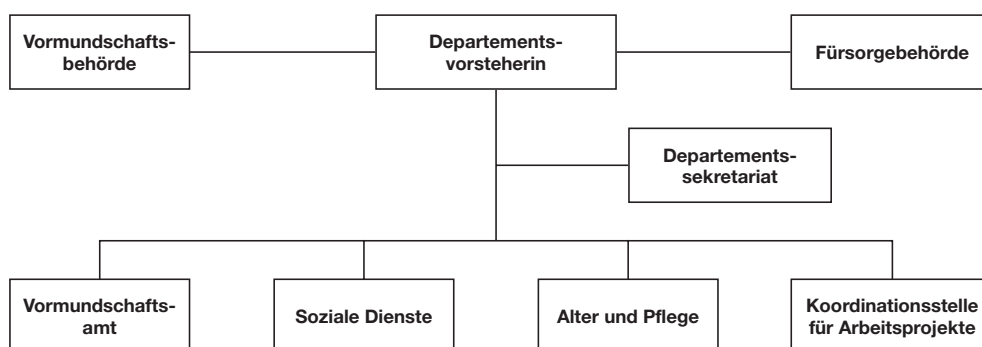
Im Fokus der Diskussion in Politik und Öffentlichkeit stand insbesondere die Sozialhilfe. Hier wurde zum einen die Frage der Bekämpfung von Sozialhilfemissbrauch, zum anderen jene der Integration von Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt intensiv erörtert. Im Departement Soziales bestehen zu diesen Themen bereits seit längerer Zeit Konzepte, und es wird aktiv an Strategien und Umsetzung gearbeitet. Wiederholt wurde klar kommuniziert, dass Missbräuche in der Sozialhilfe konsequent verfolgt werden. Dafür kommt ein Bündel von Massnahmen zum Einsatz, die Missbrauch vorbeugen, diesen durch Revision und Kontrolle aufdecken und bei Verdachtsmomenten Überprüfungen auslösen sollen, die allenfalls zu Rückforderung und Sanktionen führen. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass nur jenen Personen Leistungen ausbezahlt werden, die auch einen Anspruch darauf haben. Nach wie vor sind aber zu viele Menschen in Winterthur von der Sozialhilfe abhängig; besorgniserregend ist insbesondere die sich abzeichnende Tendenz, dass der Anteil der Langzeitbezüglerinnen und Langzeitbezüger zunimmt. Diese Menschen profitieren nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung. Die Anstrengungen des Departements Soziales gehen deshalb gezielt in Richtung der Wiedereingliederung der Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt, wo dies aufgrund ihrer persönlichen und fachlichen Kompetenzen als möglich erscheint. Der Grundsatz «fordern und fördern» wird dabei durch entsprechende Arbeitsintegrationsprogramme für Sozial-

hilfebeziehende umgesetzt. Die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte KAP und die Sozialen Dienste arbeiten hier eng zusammen. Schliesslich ist aber auch dem präventiven Aspekt vermehrt Beachtung zu schenken: Ziel sollte es sein, zu verhindern, dass Menschen überhaupt in die Abhängigkeit von Sozialhilfe gelangen. Eine Gruppe, der hier die besondere Aufmerksamkeit gilt, ist jene der jungen Erwachsenen. Eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage bietet hier keine Garantie dafür, dass sie sich im Arbeitsmarkt eingliedern können, da es diesen Jugendlichen häufig an einer Ausbildung fehlt oder sie die minimalsten persönlichen Anforderungen, die ein Arbeitgeber an Lernende stellt, nicht erfüllen. Das im letzten Jahr gemeinsam mit der Hilfsgesellschaft lancierte Projekt «Trampolin» setzt hier an, indem es Jugendliche an der Schwelle zwischen Schule und Beruf gezielt unterstützt.

Veränderungen in den demographischen Strukturen oder in der Zusammensetzung der städtischen Bevölkerung machen sich auch im Departement Soziales bemerkbar. Der Tendenz, dass betagte Menschen erst dann in ein Heim umziehen, wenn sie schon in erheblichem Masse pflegebedürftig sind, kommt man mit einer Konzeptänderung in den städtischen Alterszentren entgegen, indem nun in allen Heimen auch bereits pflegebedürftige Menschen aufgenommen werden. Auch in der Spitex macht sich dieser Wandel bemerkbar: Der Bedarf nach Leistungen, die es ermöglichen, zu Hause zu leben, hat im vergangenen Jahr nochmals stark zugenommen. Die Spitex hat darauf mit einem Ausbau der Stellen reagiert.

Im Departementssekretariat werden die einzelnen Themen im Sinne einer Gesamtschau verknüpft. Hier ist auch die Ende 2006 neu geschaffene Stabsstelle für Gesundheit angesiedelt, die im vergangenen Jahr ihrer Bestimmung gemäss wirken konnte: Schwerpunkttätigkeiten waren die Vernetzung mit «Gesundheitsförderung Kanton Zürich» sowie mit anderen im Bereich Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention tätigen Organisationen und Institutionen. Im November 2007 wurde zusammen mit «Gesundheitsförderung Kanton Zürich» und weiteren Fachstellen das erste Winterthurer Forum Gesundheit und Prävention durchgeführt. Im Weiteren wurde unter Federführung der Fachstelle Gesundheit in einer

Departement Soziales



interdepartementalen Arbeitsgruppe ein Rahmenkonzept für betriebliche Gesundheitsförderung in der Stadtverwaltung Winterthur erstellt. In dieser Arbeitsgruppe wurden zudem die entsprechenden Massnahmen zur Einführung eines Passivrauchschutzes in der Stadtverwaltung erarbeitet und im Hinblick auf das per 1. Januar 2008 geltenden Rauchverbot innerhalb der Stadtverwaltung umgesetzt. Die Fachstelle Gesundheit wirkte zudem in verschiedenen Arbeitsgruppen zu den Themen Personalbefragung, Reorganisation Schulärztlicher Dienst oder Pandemieplanung mit.

Schliesslich stand 2007 im Zeichen der Konsolidierung von Prozessen und Strukturen. Sowohl im Bereich Alter und Pflege als auch bei den Sozialen Diensten mussten sich die Neuerungen im Alltag bewähren. Für die KAP galt es, ihre Rolle als Anbieterin von Programmen innerhalb des Departementes zu definieren und umzusetzen.

Vormundschaftsamt

Auch 2007 bescherte dem Vormundschaftsamt eine grosse Anzahl neuer Klientinnen und Klienten, wobei 1788 (2070) vormundschaftliche Verfahren abgeschlossen und 1770 (2104) neue eröffnet wurden. Per Ende Jahr waren noch 516 (534) Verfahren pendent. Der Bestand an vormundschaftlichen Massnahmen lag per 31. Dezember erneut etwas höher. Die aufwändigen Rechtsmittelverfahren gegen Beschlüsse der Vormundschaftsbehörde nahmen zudem um einen Drittel zu. Nebst der anhaltend hohen Belastung galt es, die per Jahresanfang eingeführten neuen Organisationsstrukturen umzusetzen. Insgesamt verliefen Einübungs- und erste Konsolidierungsphase ohne nennenswerte Schwierigkeiten. Die Aufteilung in je ein Fachteam Kindes- und Erwachsenenschutz mit der daraus resultierenden Spezialisierung rief extern ausschliesslich positive Reaktionen hervor, insbesondere wurde die – damit auch beabsichtigte – erhöhte Transparenz betreffend jeweils zuständiger Ansprechpersonen erreicht und anerkennend kommentiert. Aber auch die intern verschiedentlich geäusserte Befürchtung der Mitarbeitenden, dass mit der Beschränkung auf das eine oder andere Segment ein qualitativer Verlust des Arbeitsinhaltes einhergehe, bewahrheitete sich nicht. Die befürchtete Verengung des Spektrums hatte vielmehr eine Vertiefung der Kompetenz im je eigenen Fachgebiet zur Folge, was bereits in der nach einem Vierteljahr vorgenommenen ersten Auswertung deutlich wurde.

Alle Mitarbeitenden des Vormundschaftsamtes suchten die Weiterbildung zur Gewaltprävention in der Sicherheitsarena, welche auf breite Zustimmung stiess.

Seit der Einführung des neuen kantonalen Gewaltschutzgesetzes per 1. April 2007 erhält das Vormundschaftsamt offiziell Kenntnis von den bei häuslicher Gewalt getroffenen Massnahmen und klärt regelmässig ab, ob zum Schutz der Kinder ein zusätzlicher Handlungsbedarf im Sinne des Gesetzes besteht. Bei virulenten Gewaltverhältnissen kann zudem die Besuchsregelung von vorgängigen, Gewalt mindernden Massnahmen abhängig gemacht werden. Durch das konsequente Vorgehen aller beteiligten Stellen sollen weitere Eskalationen in den betroffenen Familien reduziert werden. Vermehrt haben sich nicht verheiratete Eltern zum Tragen der gemeinsamen Erziehungsverantwortung entschieden. Die Anzahl Regelungen der gemeinsamen elterlichen Sorge hat sich 2007 verdoppelt.

Im Bereich der vermögensrechtlichen Geschäfte, welchen die Vormundschaftsbehörde zuzustimmen hat, war bei den Anlagekonzepten ebenfalls eine Verdoppelung der Anträge zu verzeichnen. Damit wurde der im Oktober 2005 mit den neuen Richtlinien für die Anlage von Mündelvermögen eingeräumte geringfügig grössere Spielraum in der Verwaltung von Klientenvermögen rege genutzt. Dabei wurde deutlich, dass die Option einer aktiveren und Rendite orientierteren Anlagepraxis von allen Beteiligten grosses zusätzliches Know-how verlangt. Sowohl die Mandatspersonen als auch die Mitarbeitenden des Vormundschaftsamtes waren mit Prüfung und Beurteilung der zahlreichen Anlagekonzepte inhaltlich und zeitlich stark gefordert. Nicht zuletzt deshalb, weil die Zusammenarbeit mit den beteiligten Bankinstituten ebenfalls zunächst erprobt werden musste. So stiess etwa das Bestehen auf den gesetzlich vorgeschriebenen «mündelsicheren Anlagen» bei Bankfachleuten nicht nur auf Begeisterung. Auf der anderen Seite verlangten die zahlreichen Vorschläge, welche den Richtlinien nicht entsprachen, den Zuständigen viel Geduld und Verständnis ab. Auch im kommenden Jahr wird es darum gehen, die geltenden Anforderungen gegenüber professionellen Anlegern zu kommunizieren

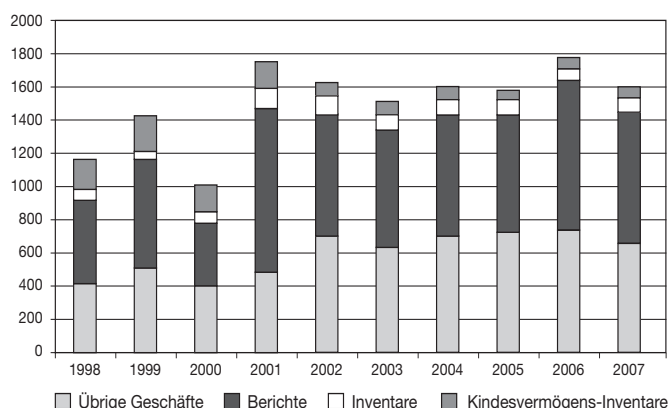
und durchzusetzen, zumal die bei Privatbanken hinterlegten Klientenvermögen zugenommen haben.

Vormundschaftsbehörde

An vier Plenarsitzungen befasste sich die Vormundschaftsbehörde u.a. mit folgenden Themen: Angebot des begleiteten Besuchstreffs der freiwilligen Familien- und Jugendhilfe, Umgang in Bedrohungssituationen, Anzeigepflicht der Behörde bei strafrechtlich relevanten Tatbeständen, Mandatsführung im Kindes- und Erwachsenenschutz sowie Vorgehen bei der Regelung der gemeinsamen elterlichen Sorge. Sowohl mit der Jugendhilfe, dem Jugendsekretariat Winterthur, als auch der Erwachsenenhilfe, dem Gesetzlichen Betreuungsdienst, wurde ein reger Austausch gepflegt.

Die Vormundschaftsbehörde erledigte 1602 (1771) Geschäfte, davon 397 (410) in 12 (12) Sitzungen der Ausschüsse, die übrigen auf dem Zirkulationsweg oder präsidial.

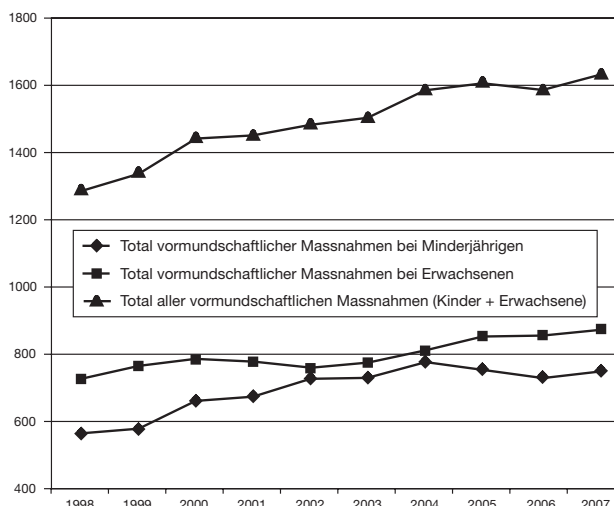
Erledigte Geschäfte



Bestehende vormundschaftliche Massnahmen

	am 31. Dezember 2007 Personen	Vorjahr Personen
Kinder		
Vormundschaften, Art. 368 ZGB	32	28
Beistandschaften	567	548
Beistandschaften, Art. 308 ZGB	0	0
Vaterschaftsregelungen, Art. 309 ZGB	69	72
Vaterschafts- und Unterhaltsregelungen, Art. 309/308 ZGB	60	61
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	5	8
Prozessbeistandschaften, Art. 146 ZGB	4	3
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 325 ZGB	4	3
4 (3) in Verbindung mit einer Kinderschutzmassnahme	11	10
Kindesvermögenskontrollen, Art. 318 Abs. 3 ZGB	2	3
Vormundschaftliche Aufsichten, Art. 307 ZGB	2	3
Total	750	733
Erwachsene		
Vormundschaften	140	144
Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Art. 369	7	8
Trunksucht, Verschwendung, Misswirtschaft, Art. 370 ZGB	59	63
Eigenes Begehren, Art. 372 ZGB	8	7
Beistandschaften	2	4
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	504	466
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 393 ZGB	145	151
Vertretungs- und Verwaltungsbeistandschaften, Art. 392/393 ZGB	12	13
Eigenes Begehren, Art. 394 ZGB	4	0
Beiratschaften, Art. 395 ZGB	4	0
Vorläufige Fürsorge, Art. 386 ZGB	4	0
Total	881	856
Kinder	750	733
Erwachsene	881	856
Total	1 631	1 589

Bestand vormundschaftlicher Massnahmen



Per 31. Dezember 2007 wurden 1401 (1394) Massnahmen von beruflichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, 219 (195) von Privatpersonen geführt. Für 11 (10) Aufsichten über das Kindesvermögen war das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde zuständig.

Neue Massnahmen

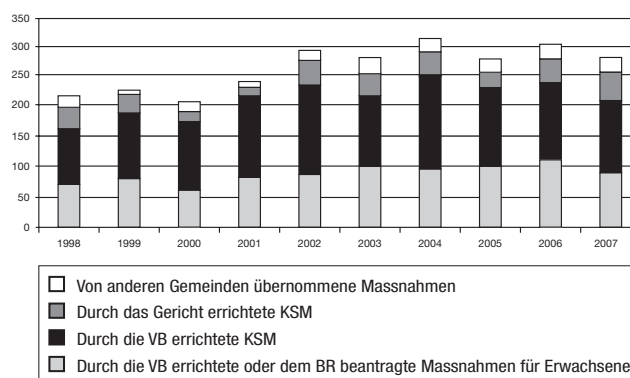
In eigener Kompetenz wurden angeordnet:

- 30 (32) Beistandschaften für Kinder zur Regelung der Vaterschaft und des Unterhaltes
- 1 (1) Beistandschaft zum Abschluss eines Unterhaltsvertrages
- 10 (8) Beistandschaften zur Überwachung des Besuchsrechtes
- 44 (43) Erziehungsbeistandschaften sowie Beistandschaften zur Regelung der finanziellen Interessen, davon 2 (5) in Verbindung mit Obhutsentzug
- 22 (33) Vertretungsbeistandschaften für Kinder
- 9 (9) Vormundschaften für Kinder
- 1 (0) Kindesvermögenskontrollen
- 79 (86) Beistandschaften für Volljährige
- 2 (2) Vormundschaften für Entmündigte

Dem Bezirksrat wurden beantragt:

- 7 (14) Entmündigungen

Neue Massnahmen



Inventarwesen

80 (73) Inventare wurden aufgenommen einschliesslich Massnahmen zur Sicherung des Erbganges. Zusätzlich wurden 60 (66) Kindesvermögensinventare nach Scheidung oder Trennung sowie für Kinder nicht verheirateter Eltern aufgenommen.

In 9 (5) Fällen musste dem Bezirksrat die Ausschlagung des Nachlasses beantragt werden.

Berichtsprüfung

796 (928) Rechenschaftsberichte von Mandatspersonen und 9 (8) Elternberichte über Kindesvermögen wurden geprüft und abgenommen. Zum Teil mussten sie ergänzt, abgeändert oder ganz für den Berichtersteller oder die Berichterstellerin erstellt werden.

13 (13) Kinderkrippen-Aufsichtsberichte wurden genehmigt.

Rechtsgeschäfte

Über folgende Rechtsgeschäfte war zu beschliessen:

Liegenschaftsverkäufe	13	(11)
Erbschaftsverträge	14	(26)
Zustimmungen zur Wohnungsauflösung	7	(5)
Prozessführungen, Vergleiche, Darlehensaufnahmen usw.	7	(19)
Zustimmung zu Pachtvertrag	1	(0)
Zustimmung zu Vermögensanlagen	30	(16)
Unterhaltsverträge	95	(84)

Adoptionen

Volladoptionen	5	(9)
Stiefkindadoptionen	2	(5)

Unterbringungen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen der fürsorgerischen Freiheitsentziehung musste keine (1) erwachsene Person untergebracht werden.

Gestützt auf das Kindesrecht in Verbindung mit den Vorschriften der fürsorgerischen Freiheitsentziehung wurden 9 (6) Kinder/Jugendliche in einem Heim platziert. Nach dem Kindesrecht wurden 3 (2) Pflegeplätze und 2 (3) Heimplätze für Kinder durch Beschluss abgesichert.

Regelung der gemeinsamen elterlichen Sorge

Nach Art. 134 Abs. 3 ZGB wurde für 3 (6) Kinder die elterliche Sorge neu geregelt.

Nach Art. 298a Abs. 1 und 2 ZGB wurde für 60 (31) Kinder das gemeinsame Sorgerecht geregelt.

Beschwerden

Der Bezirksrat traf im Rechtsmittelverfahren gegen Beschlüsse der Vormundschaftsbehörde folgende Entscheide: Er wies 10 (7) Beschwerden ab. 10 (7) Beschwerdeverfahren endeten durch Rückzug der Beschwerde oder wurden gegenstandslos. Auf 3 Beschwerden wurde nicht eingetreten. Das Obergericht hat 3 (1) Rekurse gegen einen Entscheid des Bezirksamtes gutgeheissen und 1 (4) Rekurs abgewiesen. Das Bundesgericht ist auf 1 (1) Berufung gegen ein Urteil des Obergerichtes nicht eingetreten.

Verschiedenes

Von Gerichten gingen Mitteilungen über 142 (152) Ehescheidungen sowie 8 (3) Scheidungsabänderungen und 23 Ehetrennungen sowie 6 (18) Beschlüsse über vorsorgliche Massnahmen ein, die zu 48 (35) Beistandschaften nach Art. 308 ZGB sowie 3 (8) Beistandschaften nach Art. 146 ZGB führten.

8 (10) Bewilligungen zur Aufnahme eines Pflegekinds wurden erteilt.

14 (11) Betriebsbewilligungen wurden an Kinderkrippen erteilt.

Die Vormundschaftsbehörde erteilte 4 (2) Personen die nötige Hilfestellung bei der Suche nach ihrer Abstammung.

Vermögensverwaltung

In der amtseigenen Schirmkade, in vormundschaftlichen Depots und Konti bei der Zürcher Kantonalbank und bei anderen Banken sind an Wertschriften, Sparguthaben und Wertsachen 55 115 303.90 Franken deponiert. Darin enthalten sind 20 freie Depots mit einem Bestand von insgesamt 97 715.80 Franken.

Ende Jahr bestanden 11 (10) Aufsichten über das Vermögen von Kindern, welche unter elterlicher Sorge eines Elternteils stehen. Das beaufsichtigte Kindesvermögen betrug Ende 2007 2 889 810.98 Franken.

Soziale Dienste

Die Sozialhilfe war im vergangenen Jahr immer wieder im Fokus der Medien. Dabei ging es vorab um die Missbrauchsproblematik, aber auch um die Frage, ob sich Arbeit für Sozialhilfe Beziehende denn überhaupt lohne. Mit diesen Fragestellungen beschäftigen sich die Verantwortlichen der Sozialen Dienste bereits seit längerem. Darum konnte auch die Öffentlichkeit gut darüber informiert werden, mit welchen Strategien die Sozialen Dienste Winterthur dem Missbrauch begegnen und wie sie im Schadenfall konkret handeln. So wurde zum Beispiel die interne Revisionsstelle personell verstärkt und damit die systematische Kontrolle verbessert.

Mitte Jahr konnte in feierlichem Rahmen das Leitbild der Sozialen Dienste eingeweiht werden. Darin sind verschiedene Grundsätze festgehalten, welche die Mitarbeitenden bei ihrer Arbeit leiten sollen. So zum Beispiel: «Wir erbringen unsere Leistungen im Spannungsfeld zwischen persönlichen Bedürfnissen unserer Klientinnen und Klienten und dem von der Gesellschaft und Politik vorgegebenen Rahmen. Dabei respektieren wir die vielfältigen Lebenssituationen der Hilfesuchenden». Das bedeutet, dass die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste einerseits ein konstruktives Vertrauensverhältnis mit ihren Klientinnen und Klienten aufbauen sollen, um sie fordern und fördern zu können. Andererseits sind die Mitarbeitenden bei ihrer Tätigkeit der Gesellschaft und der Politik verpflichtet, welche Rahmenbedingungen definieren und die Mittel für die tägliche Arbeit zur Verfügung stellen. Ein haushälterischer Umgang mit diesen Ressourcen ist selbstverständlich.

2007 gingen die Fälle bei der Sozialhilfe wiederum leicht zurück, beim Gesetzlichen Betreuungsdienst und den Zusatzleistungen hingegen stiegen sie weiter an. Die permanent hohen Fallzahlen sind für die Mitarbeitenden belastend, und es bedarf Strategien und Massnahmen, um eine Verbesserung der Situation zu erzielen. Einen Teil dazu leisten konsequente Optimierungen der internen Prozesse, die in umfassenden Projekten angegangen wurden. Es muss jedoch auch immer wieder die Frage gestellt werden, ob die vorhandenen personellen Ressourcen wirklich ausreichen, um die Arbeit in der geforderten Qualität zu leisten.

Andere Veränderungen wurden von aussen diktiert. So zum Beispiel im Asylwesen, wo durch die Umsetzung der neuen Gesetzgebung ein Teil der Betroffenen nur noch Anspruch auf Nothilfe hat. Dies führte zu einer weiteren Reduktion der Angebote der Asylkoordination, so dass diese per Ende Jahr als Hauptabteilung aufgelöst und neu als Sozialdienst Asyl in die Hauptabteilung Sozialberatung integriert wurde.

Weiter gab es bei den Sozialen Diensten einige organisatorische Anpassungen vorzubereiten. Das Kinder- und Jugendheim Oberi wechselte per 1. Januar 2008 zum Departement Schule und Sport, das Unterhaltszentrum der Asylkoordination zur Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte KAP und der Betrieb des Nothilfezentrums Kloster wurde an die Asylorganisation Zürich übergeben.

In der Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe war der Umzug an die Tösstalstrasse 53 und die Zusammenlegung von verschiedenen Angeboten an zwei weiteren Standorten zu bewerkstelligen. Im Mai wurde zudem das Strategiepapier «Suchtpolitik Winterthur 2007 – 2011» vom Winterthurer Stadtrat verabschiedet, das von Vertreterinnen und Vertretern der Departemente Soziales, Sicherheit und Umwelt und Schule und Sport sowie der Bezirksgemeinden und der Integrierten Psychiatrie Winterthur erarbeitet wurde. Darin wird die Suchtpolitik als komplexe Querschnittsaufgabe definiert, die einer koor-

dinierten und vernetzten Zusammenarbeit zwischen den politischen Gremien (städtischen und kantonalen) sowie den privaten Organisationen bedarf. Die Stadt will im Rahmen ihrer Zentrumsfunktion ihre Dienstleistungen den Bezirksgemeinden auch weiterhin zur Verfügung stellen. Dies bedingt eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und angemessene Lastenverteilung zwischen Stadt, Gemeinden und Kanton. Im Anschluss an eine Lagebeurteilung und Zieldefinition wurde ein Katalog von Massnahmen beschlossen, der bis ins Jahr 2011 schrittweise umgesetzt wird.

Sozial- und Erwachsenenhilfe

Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz

Zentrale Anlaufstelle

Die Zentrale Anlaufstelle (ZAS) hat neben dem Kerngeschäft – der Abklärung des Sozialhilfeanspruches – vermehrt Dienstleistungen im Bereich der persönlichen Hilfe erbracht. Insbesondere wurden in Einzelfällen für Personen ohne einen expliziten Sozialhilfeanspruch Hilfestellungen in komplexen Sozialversicherungsfragen gegeben. Auch haben Fonds- und Stiftungsgesuche und reine Beratungsangebote zugenommen.

Die ZAS der Sozialberatung verzeichnete mit 1935 (1977) Anmeldungen zum Sozialhilfebezug einen leichten Rückgang. Von diesen Anmeldungen wurden schlussendlich 1409 (1508) Fälle finanziell unterstützt und als Neuzugänge in die Sozialhilfe aufgenommen. Knapp 60 % davon wurden in der ZAS abschliessend behandelt, indem andere, der Sozialhilfe vorgelagerte Leistungen erschlossen wurden oder die Problemstellungen innert vier bis fünf Monaten anderweitig gelöst werden konnten. Eine leichte Zunahme ist bei den Anmeldungen zu verzeichnen, bei denen Arbeitslosigkeit als Anlassgrund für die wirtschaftliche Notlage genannt wurde (493, im Vorjahr 473). Weiter zugenommen hat auch der Anmeldegrund «zu wenig Lohn» bei 541 Fällen (483). Ein Rückgang ist dagegen bei der Fallkategorie der Jungen Erwachsenen (214, im Vorjahr 259) sowie bei den Ausgesteuerten (200, im Vorjahr 323) zu beobachten.

Die Zugangssteuerung zum Sozialhilfebezug unter dem Leitgedanken «Arbeit vor Sozialhilfe» bewährt sich nach wie vor. Arbeitsfähigen Personen ohne Betreuungspflichten, die wirtschaftliche Hilfe beantragen, wird die Möglichkeit geboten, kurzfristig in ein Arbeitsprojekt der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) einzusteigen und so einen existenzsichernden Lohn zu verdienen («Passage»). Während des einmonatigen Einsatzes werden die Integrationschancen der Teilnehmenden umfassend abgeklärt und diese werden bei ihren Bemühungen um eine Stellensuche intensiv begleitet. 310 (402) Personen konnte dieses Angebot unterbreitet werden, 256 (342) Personen meldeten sich bei der KAP und 192 (291) Personen leisteten einen Einsatz. Die übrigen verzichteten auf das Angebot, meldeten sich aber auch nicht mehr für den Sozialhilfebezug. 27 (40) Personen fanden aus dem Einsatz eine reguläre Stelle. 2 (4) Teilnehmende erwarben einen neuen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung und eine Person (3) fand eine anderweitige Lösung. 172 (231) Personen meldeten sich nach dem Einsatzmonat zum Bezug wirtschaftlicher Hilfe an. Erneut hat Passage deutlich gemacht, dass viele arbeitsfähige Hilfesuchende gerne Eigenverantwortung übernehmen und den Arbeitseinsatz als Chance für ihren Berufseinstieg nutzen können. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Zahl der Personen abnimmt, die für eine Teilnahme an Passage in Frage kommen. Dies steht im Zusammenhang

mit der Zunahme der Fälle mit Anmeldegrund «zu wenig Lohn», also jenen Personen, die bereits einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sowie der kurzfristigen Unterstützungsfälle. Bei beiden handelt es sich um Personengruppen, die den Aufnahmekriterien für Passage nicht entsprechen.

Sozialversicherungsfachstelle und Rechtsdienst

Die Sozialversicherungsfachstelle führte am Stichtag 31.12.07 290 (340) Sozialhilfefälle mit einer sozialversicherungsrechtlichen Fragestellung. In 47 (28) Fällen wurden Entscheide von Sozialversicherungsorganen mittels Einwand oder Beschwerde angefochten. An internen Weiterbildungsveranstaltungen konnten die Mitarbeitenden ihr Wissen im Bereich Sozialversicherungen und Arbeitsrecht auffrischen oder vertiefen. Daneben wurden Mitarbeitende der Asylkoordination und des Gesetzlichen Betreuungsdienstes sowie Private Mandatsträger bei sozialversicherungsrechtlichen Fragen beraten.

Der Rechtsdienst behandelte 309 (250) Anfragen von Mitarbeitenden der Sozialen Dienste, 25 (24) Fälle wurden vom Gesetzlichen Betreuungsdienst delegiert, am 31.12.07 waren 22 (15) davon noch hängig und 7 (davon 4 aus dem Vorjahr; 9) konnten mit Zustimmung der Vormundschaftsbehörde abgeschlossen werden. Im Weiteren wurden 11 (8) Einspracheentscheide sowie 8 (3) Vernehmlassungen zuhanden des Bezirksrats und 3 Vernehmlassungen zuhanden des Verwaltungsgerichts für die Sozialhilfe sowie 2 (5) Einspracheentscheide für die Zusatzleistungen zur AHV/IV verfasst. Ausserdem verfasste der Rechtsdienst 11 Strafanzeigen für die Sozialhilfe und deren 3 für die Zusatzleistungen, bearbeitete 3 Einsprachen bei den Stipendien und ergriff 8 andere Rechtsmittel (für Zuständigkeitsfragen und den Bereich Krankenversicherung).

Work-In

Das interinstitutionelle Fachteam Work-In befasst sich mit der beruflichen Integration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden. In vier Unterteams werden die folgenden Supportleistungen angeboten:

- Die Fachberatung vermittelte den Mitarbeitenden der Sozialberatung monatlich in durchschnittlich 44 (40) Fällen Fachwissen und gab Zweitmeinungen zur Integrationsplanung ab.
- Das Abklärungsteam führte monatlich für rund 22 (20) Fälle vertiefte Assessments durch. Etwa 13 (10) Personen monatlich absolvierten zusätzlich den Abklärungsmonat «Kompass» mit dem Ziel, das Eingliederungspotential in einer realen Arbeitssituation zu erfassen. Das Abklärungsteam erarbeitet für jeden Fall einen Integrationsplan und leitet alle notwendigen Schritte für die Zuweisung in die geeignete Massnahme ein (Bewerbungscoaching, Arbeitstraining, Qualifizierungsmassnahmen, u.a.).
- Work-In Mitarbeitende des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum Winterthur (RAV) prüfen mögliche Anspruchsberechtigungen auf Arbeitslosentaggelder.
- Eine weitere erfolgreiche Spezialität von Work-In stellt die Tandemfallführung dar. Dabei führen eine RAV-Mitarbeiterin und eine Mitarbeiterin der Sozialberatung zusammen RAV- und Sozialhilfefälle. 69 (81) Personen profitierten von der intensiven Begleitung bei der Stellensuche und dem doppelten Know-how. 17 (27) Personen haben bereits eine Stelle gefunden.

Sozialhilfestatistik

	2007	2006	Differenz
Anzahl Unterstützungsfälle ¹	2 892	2 923	– 1,1 %
Anteil Alleinstehende in eigenem Haushalt	43,3 %	42,9 %	+ 0,4 %
Anteil Alleinstehende in Heimen oder Pflegefamilien	22,1 %	21,7 %	+ 0,4 %
Anteil Alleinerziehende	17,3 %	16,7 %	+ 0,6 %
Anteil (Ehe-/Konkubinats-)Paare	17,3 %	18,7 %	– 1,4 %
Anzahl Fallzugänge	993	1 047	– 5,2 %
Einige häufige Unterstützungsmerkmale			
Arbeitslos (ALV / ALH, Bezug oder in Abklärung)	12,1 %	12,1 %	– 0,1 %
Ausgesteuert	19,9 %	23,1 %	– 3,3 %
Zu geringes Erwerbseinkommen trotz voller Erwerbstätigkeit	1,5 %	1,0 %	+ 0,4 %
Suchtproblematik	14,4 %	15,0 %	– 0,6 %
Scheidung, Trennung	22,3 %	20,6 %	+ 1,6 %
Wohnverhältnisse			
Anteil Personen in eigenen Haushalten	83,6 %	84,0 %	– 0,4 %
Anteil Personen in Heimen oder Pflegefamilien	8,1 %	7,3 %	+ 0,8 %
Abschluss der Unterstützung			
Total abgeschlossene Fälle	1004	1069	– 6,1 %
Wichtigste Abschlussgründe			
Wiedererlangen wirtschaftlicher Selbständigkeit	390	354	+ 10,2 %
Eingang der Sozialversicherungsleistung	213	310	– 31,3 %
Wegzug	129	120	+ 7,5 %
Unterstützte Personen bezogen auf Bevölkerungszahlen			
insgesamt	4,9 %	5,1 %	– 0,2 %
Minderjährige	8,8 %	9,0 %	– 0,2 %
18–25-Jährige	5,5 %	5,9 %	– 0,4 %
Niedergelassene	9,1 %	9,2 %	– 0,1 %
Kontrollpflichtige Ausländer/innen	10,1 %	11,0 %	– 0,9 %

¹ Nur Fälle mit Unterstützungsbuchungen im Berichtsjahr

240 (246) Sozialhilfe Beziehende gelangten dieses Jahr in den Genuss von vorübergehender Beschäftigung, Arbeitstraining und Qualifikation durch Beschäftigungsprogramme der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte. Je nach Programm konnten im Schnitt 32 % (23 %) der Teilnehmenden anschliessend eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt antreten.

71 Sozialhilfe Beziehende waren 2007 in Teillohnprojekten angestellt, davon 38 bei externen Arbeitsstellen und 33 im Rahmen von Gruppeneinsätzen bei der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte.

110 (88) Sozialhilfe Beziehende leisteten insgesamt 18 331 (9966) Stunden freiwilliger Arbeit an verschiedenen Einsatzorten (Alters- und Pflegeheime, Mittagstisch, Hort) im Rahmen des Projekts «Heks-Visite».

8 junge Menschen fanden Aufnahme im sozialpädagogisch ausgerichteten Jugendprojekt «Trampolin», das Mitte Jahr in Zusammenarbeit mit der Hilfsgesellschaft startete.

Das Projekt «zweiTakt», das mittels intensiver Beratung und engem Coaching junge Menschen einer Ausbildung zuführen will, wurde erfolgreich weitergeführt. 34 junge Menschen nahmen im Jahr 2007 daran teil. Davon traten 15 während des Berichtsjahres neu ins Projekt ein. 11 junge Erwachsene traten im Sommer 2008 eine Lehrstelle an oder hatten eine Lehrstellenzusage. Sie arbeiteten bis zum Antritt in einer geeigneten Zwischenlösung. Weiter nahmen 10 der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein neues Arbeitsintegrationsprogramm in Angriff. 9 junge Erwachsene stiegen in ein Praktikum (Privatwirtschaft) ein. 4 junge Erwachsene fanden eine Arbeitsstelle.

Fürsorgebehörde

Die Gesamtbehörde führte im Jahr 2007 4 (4) Sitzungen durch. Von den gesamthaft 3105 (3056) gefällten Entscheide behandelte die Unterstützungskommission an 10 (10) Sitzungen deren 333 (420). Die Geschäftsprüfungskommission führte 4 (3) Sitzungen durch. Im Wiedererwägungsverfahren behandelte die Unterstützungs-

kommission 56 (56) Einsprachen und die Gesamtbehörde deren 12 (19).

Die Revisionsstelle der Fürsorgebehörde setzte ihre Arbeit fort und überprüfte in 1506 laufenden Fällen die Anspruchsberechtigung.

Aufwendungen Sozialhilfe

	2007	2006
Brutto-Unterstützungsaufwendungen	57 486 201.55	57 215 810.46
Rückerstattungen (Staatskasse, Versicherungsleistungen, Alimentenbevorschussungen, Heimatbehörden usw.)	25 581 627.36	23 962 169.79
Netto Aufwendungen	31 904 574.19	33 253 641.67

Inkasso Sozialhilfe

Insgesamt wurden 1 278 954.47 (1 049 587.55) Franken an Rückerstattungen von Klientinnen und Klienten verbucht. Neben dem Rückerstattungsgrund «unrechtmässiger Bezug» sind darin freiwillige Rückzahlungen von Sozialhilfe, Rückerstattungen aus Erbschaften und Nachlässen sowie Rückzahlungen von Mietzinsdepots eingeschlossen.

Gestützt auf Art. 328/329 ZGB gingen 152 297.10 (68 572.45) Franken an Verwandtenbeiträgen ein. Die aufgrund von Art. 276 ff. ZGB durch die Inkassostelle verpflichteten Eltern entrichteten 146 073.70 (172 560.00) Franken an Elternbeiträgen.

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Hilfs- und schutzbedürftige erwachsene Personen werden durch den Gesetzlichen Betreuungsdienst beraten und betreut. Bei über 92 % der 1133 Klientinnen und Klienten erfolgt die Betreuung im Rahmen einer vormundschaftlichen Massnahme (Beistandschaft, Beiratschaft oder Vormundschaft). Bei den übrigen handelt es sich um urteilsfähige, kooperative Personen, die freiwillig um Betreuung nachsuchen, weil sie Unterstützung im administrativen Bereich benötigen (persönliche Betreuung nach Sozialhilfegesetz). Bei allen Klientinnen und Klienten umfassen die Dienstleistungen die Erledigung der persönlichen, finanziellen und administrativen Angelegenheiten sowie die Beratung in verschiedensten Lebensbereichen. Gerade im administrativen und finanziellen Bereich ist der Aufwand insbesondere bei der Aufnahme der Betreuung beträchtlich. In der Regel handelt es sich um langfristige Betreuungen, und die Klientinnen und Klienten verfügen über wenig eigene Ressourcen. Dennoch sollen die Betreuten so weit als möglich befähigt werden, wirtschaftlich und sozial selbstständig zu leben. Mit dieser Grundhaltung wurden im vergangenen Jahr neue Instrumente zur ziel- und ressourcenorientierten Führung der vormundschaftlichen Massnahmen eingeführt. So wird bei Beginn der Massnahme der Auftrag der Vormundschaftsbehörde konkretisiert und der Beitrag der Beteiligten zur Zielerreichung schriftlich festgehalten. In den periodischen Rechenschaftsberichten werden die vereinbarten Ziele ausgewertet und diejenigen für die nächste Berichtsperiode formuliert.

Die dem Gesetzlichen Betreuungsdienst angegliederte Fachstelle für Private Mandate und Freiwilligenarbeit ist zuständig für die Anwerbung, Schulung und Beratung von Privatpersonen, welche vormundschaftliche Massnahmen führen oder Klientinnen und Klienten auf freiwilliger Basis betreuen. Im Verlauf des Jahres 2007 konnte die Zahl dieser Fälle von 206 auf 240 gesteigert. 32 neue Freiwillige konnten gewonnen und geschult werden. Inzwischen wird rund ein Viertel aller Klientinnen und Klienten durch

Privatpersonen betreut. Die privaten Mandatspersonen schätzen, dass ihnen mit der Fachstelle praxisnahes Fachwissen bezüglich Betreuung und Administration unmittelbar zur Verfügung steht. Sie wenden sich bei Fragen und Problemen in der Regel frühzeitig an die Fachstelle. Für die Betreuungsqualität ist wichtig, dass die privaten Mandatspersonen deutlich mehr Zeit für die Klientinnen und Klienten einsetzen können als die Gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer.

Die Gesamtzahl der geführten Fälle stieg im vergangenen Jahr um 8.6 %, die Zahl der von Gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer geführten Fälle um 4.7 %. Die Zunahme beträgt bei den vormundschaftlichen Massnahmen 5 %, bei den Betreuungen nach Sozialhilfegesetz 46 %. Diese Entwicklung hängt vermutlich mit den Veränderungen in den familiären Bindungen, der Zunahme der Einpersonen-Haushalte und der steigenden Zahl der Demenzerkrankungen zusammen. Für die Gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer bedeutet die Zunahme, dass die Fallbelastung pro 100 % Stelle erstmals auf über 100 Fälle angestiegen ist.

Anzahl durch Gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer (GB) sowie Private Mandatsträgerinnen und -träger (PriMa) betreute Klientinnen und Klienten

	2007	2006	2005	2004	2003	2002
Per 1.1. durch GB	732	710	693	670	640	677
Neuaufnahmen durch GB	125	108	75	81	81	59
Total im laufenden Jahr durch GB betreut	857	818	768	751	721	736
Davon Betreuung nach SHG*	74	6	6			
Per 1.1. durch PriMa**	208	175				
Neuaufnahmen durch PriMa	68	50				
Total im laufenden Jahr durch PriMa betreut	276	225				
Davon Betreuung nach SHG	13	6				

* Persönliche Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz

** Private Mandatsträger/innen bis 2005 bei Vormundschaftsamt

Zusatzleistungen zur AHV/IV

Die Stadt Winterthur richtet Ergänzungsleistungen nach Massgabe der Vorschriften des Bundes und Beihilfen nach Massgabe des kantonalen Gesetzes aus. Zudem gewährt sie Gemeindezuschüsse nach den Bestimmungen der Verordnung über den Vollzug der Zusatzleistungen zur AHV/IV gemäss Beschluss des Grossen Gemeinderates.

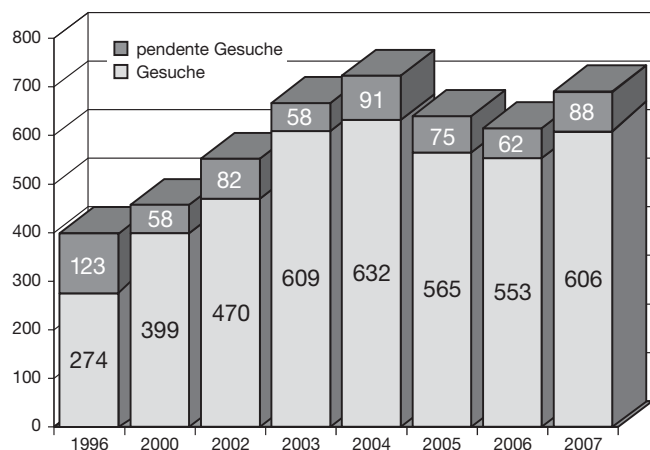
Wie in den letzten Jahren stiegen die Fallzahlen weiter an und überschritten die Marke von 3200 Fällen. Die Zahl der ZL-Beziehenden im AHV-Alter nahm leicht, die Zahl der IV-Rentnerinnen und IV-Rentner, welche Zusatzleistungen zur IV bezogen, wiederum deutlich zu.

Entsprechend ist zu beobachten, dass auch die Zahl der neuen Gesuche um Zusatzleistungen zur IV merkbar anstieg. Hier machen sich diverse Einflüsse bemerkbar, so etwa die Gesuchsaufarbeitung bei der IV des Kantons Zürich, welche ihrerseits in Zusammenhang mit den Neuerungen im Rahmen der am 1. Januar 2008 in Kraft tretenden 5. IV-Revision steht.

Fallzahlen der Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich

	Betagte	Behinderte	Hinterlassene	Total	Veränderung in %
2007	1 580	1 568	83	3 231	3,6 %
2006	1 544	1 489	81	3 114	2,4 %
2005	1 545	1 418	77	3 040	5,5 %
2004	1 536	1 273	74	2 883	5,5 %
2003	1 548	1 124	61	2 733	6,8 %
2002	1 511	995	52	2 558	5,2 %
2001	1 494	890	47	2 431	4,9 %
2000	1 484	794	39	2 317	8,9 %
1996	1 460	621	23	2 104	

Gesuche



Die Durchführungsstelle Winterthur übernahm zudem für 4 (6) Gemeinden – Brütten, Dägerlen, Ellikon a. Th. und Schlatt – in insgesamt 43 (124) Fällen sämtliche Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Zusatzleistungen. Die Gemeinden leisten für diese Dienstleistung kostendeckende Beiträge. Der deutliche Fallrückgang erklärt sich dadurch, dass die Gemeinde Seuzach aufgrund einer internen Umstrukturierung ihre über 70 Fälle neu selber bearbeitet.

Krankenkassenwesen

Auf Gesuch hin wurden in 150 Fällen (215) die Nettoprämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung für einkommensschwache Personen unmittelbar an der Sozialhilfeschwelle übernommen. Zudem mussten im Jahr 2007 1938 (2062) Verlustscheine für nicht einbringliche Krankenversicherungsprämien von den Krankenkassen übernommen werden. Die Abnahme zeigt, dass sich die Zahlungsmoral verbessert hat. Gleichwohl ist ein nicht zu vernachlässigender Bevölkerungsanteil nicht in der Lage oder nicht willens, die Gesundheitskosten zu bezahlen.

Die Aufwendungen für die Prämienübernahmen von Sozialhilfe Beziehenden und anderen Personen in wirtschaftlichen Notlagen sowie die Übernahme von Verlust-

scheinen der Krankenkassen aus uneinbringbaren Prämien von Versicherten stellen das Krankenversicherungsobligatorium sicher und werden je hälftig von Bund und Kanton finanziert.

	2007	2006
Aufwand Prämienübernahmen	6 610 220.–	6 499 586.–
Rückerstattungen von Prämienverbilligungen	589 194.–	501 621.–
Nettoaufwendungen für Prämienübernahmen	6 021 026.–	5 997 965.–
Nettoaufwand Übernahme von Verlustscheinen	2 220 645.–	2 505 537.–

Asylwesen

Die Zahl der in der Schweiz eingereichten Asylgesuche hat um 1.4 % abgenommen. Die Gesetzesänderungen, welche bereits ab 2007 umgesetzt wurden, hatten eine Reduktion der Zahl der zugewiesenen Asyl Suchenden zur Folge. Im Berichtsjahr sank diese Zahl in Winterthur um 45 auf 469 Personen. Das Kontingent von 493 Personen oder 0.5 % der Wohnbevölkerung wurde somit nicht ausgenutzt.

Die Arbeit im Nothilfezentrum «Kloster» war geprägt durch ein häufiges Kommen und Gehen der Bewohnerinnen und Bewohner, so dass sich die Arbeit für die Mitarbeitenden anspruchsvoll und belastend gestaltete. Per Ende 2007 wurde der Auftrag zur Führung des Nothilfezentrums vom Kanton Zürich an die Asylorganisation Zürich (AOZ) übergeben. Fast alle Mitarbeitenden sind vom neuen Arbeitgeber übernommen worden.

Die Deutschkurse im «Kursladen» konnten auch 2007 angeboten werden und wurden mit Bundesgeldern finanziert. Aufgrund der veränderten finanziellen Rahmenbedingungen wurde der «Kursladen» per Ende 2007 der AOZ übergeben, welche auch die beiden Kursleiterinnen sowie die Räumlichkeiten übernahm. Durch diesen Wechsel bleibt dieses Bildungsangebot für die Region erhalten.

Die Zahl der betreuten Asyl Suchenden der zweiten Unterbringungsphase nahm um 28 auf 432 Personen ab. Ende 2007 waren 105 Personen in einer Kollektivunterkunft und 170 in von der Asylkoordination gemieteten Wohnungen untergebracht. 157 Personen lebten in Unterkünften mit privaten Mietverhältnissen.

Das «Unterhaltszentrum» leistete viele Einsätze für stadtinterne Dienststellen bei Hauswartungs-, Renovations-, Umzugs-, Räumungs-, Reinigungs- und Einlage-

Leistungen der Stadt Winterthur für Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich:

Jahr	brutto	Rück- erstattungen	netto	Beitrag Bund	Beitrag Staat	Beiträge total	zulasten Stadt	Härtekredit übrige	zulasten Stadt
2007	71 409 857	2 958 636	68 451 221	a) 11 123 887	a) 25 196 580	36 320 467	32 130 754	0	32 130 754
2006	67 753 204	2 853 539	64 899 665	a) 10 513 120	a) 23 862 321	34 375 441	30 524 224	0	30 524 224
2005	65 850 190	2 685 527	63 164 663	a) 9 725 106	a) 23 858 076	33 583 182	29 581 481	0	29 581 481
2004	62 744 755	2 725 829	60 018 926	a) 9 079 741	a) 21 976 914	31 056 655	28 962 271	0	28 962 271
2003	56 577 767	2 705 642	53 872 125	a) 8 376 505	a) 19 730 409	28 106 914	25 765 211	500	25 765 711
2002	51 706 964	1 869 172	49 837 792	a) 7 458 713	a) 18 083 457	25 542 170	24 295 622	1 006	24 296 628
2001	47 544 716	1 916 348	45 628 368	a) 7 137 188	a) 16 684 488	23 821 676	21 806 692	445	21 807 137
2000	43 615 524	1 743 562	41 871 962	a) 6 142 308	11 570 297	17 712 605	24 159 357	b) 3 109	24 162 466
1996	34 814 700	1 742 502	33 072 198	2 739 549	11 216 764	13 956 313	19 115 886	199 127	19 315 013

a) KVG – Subventionen von Bund und Staat für Prämienübernahmen mittels EL + BH (fürs 2000 nur Bundesanteil; kein Staatsanteil, weil noch EVO KVG gilt).

b) keine Winterzulagen ab 1999, Übernahme der AHV/IV-Beiträge für mittellose Nichterwerbstätige durch Sozialberatung per 1. Januar 2000.

rungsarbeiten. Die Beschäftigungsangebote sind nicht mehr ausschliesslich den Personen aus dem Asylbereich vorbehalten. Sie stehen auch Langzeitarbeitslosen zur Verfügung. Mit Stadtratsbeschluss vom 13. Juni 2007 wurde das Unterhaltszentrum per 31. Dezember 2007 der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) unterstellt.

Weiterhin wurden auch Asyl Suchende für Gemeinden der Bezirke Winterthur und Andelfingen betreut. Die 37 Gemeinden waren mit den erbrachten Dienstleistungen sehr zufrieden. Alle Vereinbarungen werden weitergeführt. Die Zahl der zugewiesenen Asyl Suchenden nahm um 54 Personen beziehungsweise 19 % markant ab. Ende Dezember 2007 wurden 244 Asyl Suchende im Auftrag der Gemeinden unterstützt.

Jugend- und Familienhilfe

Per 31. Dezember 2007 wurde die Fachabteilung Jugendhilfe aufgelöst. Das Kinder- und Jugendheim wurde in die Strukturen des Departementes Schule und Sport überführt. Die Jugendförderung wurde als Querschnittsaufgabe der Bereichsleitung der Sozialen Dienste unterstellt. Die übrigen Jugendhilfeaufgaben werden von der Fachstelle Jugendhilfe, welche in die Hauptabteilung Abklärung und Support integriert wurde, wahrgenommen.

Alimentenwesen

Die Fallzahlen blieben stabil. Für insgesamt 812 (818) Kinder wurden 4,42 Mio. (4,45 Mio.) Franken an Alimenten bevorschusst. Es wurde über insgesamt 985 (920) Schuldner ein Inkasso geführt. Der Inkassoerfolg belief sich auf 3,12 Mio. (3,15 Mio.) Franken. Davon waren 1,68 Mio. (1,69 Mio.) Franken Rückerstattungen für die Alimentenbevorschussung. Der Inkassoerfolg betrug somit 38 % (38 %). 1,44 Mio. (1,46 Mio.) Franken wurden an Kinder und geschiedene Ehegatten vermittelt, die keinen Anspruch auf Bevorschussung stellen konnten. Die Nettoaufwendungen belaufen sich auf 2,74 Mio. (2,76 Mio.) Franken.

Insgesamt 148 (151) Eltern und Kinder profitierten von Kleinkinderbetreuungsbeiträgen. Die Nettoleistungen betrugen 1,47 Mio. (1,40 Mio.) Franken.

Jugendkommission Stadt

Die Jugendkommission ist eine Fachkommission des Stadtrates und dient als Plattform für den regelmässigen Koordinations- und Informationsaustausch zu aktuellen Jugend- und Familienfragen zwischen den Departementen und den kantonalen Jugendhilfestellen. Sie setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Departemente Soziales, Schule und Sport, Kulturelles und Dienste sowie Sicherheit und Umwelt zusammen. Im Zusammenhang mit der Kantonalisierung der Jugendhilfe wurde mit dem Ziel einer optimalen Vernetzung der Leiter des kantonalen Jugendsekretariates ebenfalls in diese Kommission aufgenommen. Die Jugendkommission beschäftigte sich im vergangenen Jahr schwerpunktmässig mit Fragen der beruflichen Eingliederung von Problemschülern und schwerstvermittelbaren Jugendlichen. Daraus entstand das niederschwellige Schulungs- und Arbeitsintegrationsangebot «Trampolin», das in Kooperation mit der Hilfs-gesellschaft entwickelt und finanziert wird. Ferner wurde ein Pilotprojekt an den Schulen gestartet. In dezentralen Fachgremien soll bei Problemschülern in den Schulen frühzeitig interveniert und es sollen geeignete Vorkehren getroffen werden, um negative und kostspielige Entwicklungen frühzeitig auffangen zu können.

Jugendförderung

Neben vermehrten Aufgaben im Rahmen einer sozialen Stadt- beziehungsweise Quartierentwicklung widmete sich der Jugenddelegierte 2007 folgenden Projekten:

- Erstmalige Herausgabe eines gemeinsamen Jahresberichtes (2006) der offenen Jugendarbeit in Winterthur. Dieses neue Instrument einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit der privaten beziehungsweise kirchlichen Trägerschaften zusammen mit der Stadt hat sich bereits bewährt: Die lokalen Medien schenken dem Wirken der offenen Jugendarbeit und der städtischen Jugendförderung im Berichtsjahr mehr Aufmerksamkeit.
- Nachdem der Grosse Gemeinderat am 3. September 2007 den Kredit (400 000 Franken, wiederkehrend bis 2015) für die Weiterführung des Jugendhausbetriebes bewilligt hatte, wurde am 3. Dezember 2007 eine entsprechende Leistungsvereinbarung, vorerst für die Jahre 2008 und 2009, zwischen dem Departement Soziales und dem Jugendhaus-Trägerverein unterzeichnet.
- Im Rahmen des Stadtteilentwicklungsprojektes Töss sind neue Kinder- und Jugendarbeitsprojekte erprobt worden: Das Bewegungs-Projekt «Open Sunday» (offene Sporthalle am Sonntag-Nachmittag für Kinder) wird nach einer erfolgreichen ersten Durchführung auch im Winterhalbjahr 2007–2008 wieder durchgeführt.
- Dem Projekt einer offenen Jugendarbeit im öffentlichen Raum «Jugendspielkiosk» war im Sommer 2007 im Quartier Dätteln nur ein teilweiser Erfolg beschieden. 2008 soll es an einem noch zu bestimmendem Ort neu gestartet werden.

Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 35 (32) Kinder betreut. 9 (5) Kinder sind ausgetreten, 8 (5) Kinder wurden neu aufgenommen. Der Trend zu kürzeren Aufenthalten im Heim ist seit einigen Jahren deutlich spürbar. 29 (26) Platzierungen wurden im Zusammenhang mit einer vormundschaftlichen Massnahme angeordnet. Bei 6 (6) Kindern war keine vormundschaftliche Massnahme notwendig, sie konnten vom Jugendsekretariat und im Einvernehmen mit den Eltern betreut werden. 17 (15) Kinder hatten Wohnsitz in der Stadt Winterthur, 15 (14) in auswärtigen Gemeinden des Kantons Zürich und 3 (3) aus-



Das Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur wechselte per 31. Dezember 2007 vom DSO zum DSS. Die beiden Stadträtinnen bei der Schlüsselübergabe.

serhalb des Kantons. Die Bruttokosten pro Kind und Tag beliefen sich auf 263 (243) Franken. Insgesamt wurden 9552 (9999) Belegungstage ausgewiesen. Die Auslastung lag bei 93 % (97 %). Die kantonalen Belegungsvorgaben werden im Zusammenhang mit der Subventionierung mit 85 % berechnet.

Prävention und Suchthilfe

In den letzten Jahren haben sich der Beratungs- und Therapiebedarf sowie die Zusammensetzung der Klientinnen und Klienten verändert: weniger neu einsteigende Heroinpazienten und mehr Cannabis- und Alkohol-Konsumierende. Darauf reagierte die Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe und passte ihr Angebot und ihre Strukturen im Berichtsjahr an. Angestrebt wurde eine Entflechtung der chronisch kranken Heroin- und Methadonpatienten von den Klienten mit Alkohol-, Cannabis- oder Kokainabhängigkeit. In der Folge wurden die Beratungsstelle für Drogenprobleme und das Zentrum für heroin- und methadongestützte Behandlungen Ikarus zusammengelegt. Sie zogen im Herbst an die Tösstalstrasse 53, wo nun die Heroin- und Methadonbehandlungen durchgeführt werden. Für Kokain- und Cannabis-Konsumierende sowie für Internet-Abhängige und jugendliche Risikokonsumenten wurden neue Beratungsmodelle entwickelt, die nun zusammen mit den Angeboten der Fachstelle für Alkoholprobleme an der Tösstalstrasse 19 angeboten werden. Auch die Suchtpräventionsstelle ist umgezogen. Sie befindet sich neu an der Technikumsstrasse 1. Damit konnten alle Abteilungen der Prävention und Suchthilfe in städtischen Liegenschaften untergebracht werden, was den Zielsetzungen des Projektes Fokus entspricht.

Suchtpräventionsstelle von Stadt und Bezirk Winterthur

Schwerpunkt der Suchtpräventionsstelle bildeten Projekte im Bereich Frühintervention in der Schule sowie im Bereich Jugendschutz und Alkohol.

Bereich Schule

Innerhalb des Jahresschwerpunktes der Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich «Frühintervention – Die Schulen handeln» wurden in mehreren Oberstufenschulen Massnahmen umgesetzt. In zwei Schulen wurden Regelwerke zum Umgang mit Suchtmitteln implementiert. In der Schule Elgg, die während 1½ Jahren als Best Practice-Schule durch die Suchtpräventionsstelle fachlich begleitet ist, wurden die Lehrpersonen in zwei Weiterbildungen in zentrale Elemente der Frühintervention eingeführt.

Weiterhin beteiligt sich die Stelle aktiv am Projekt «Clean teen» in Oberseen sowie am Projekt «Stufenübergreifende Sucht- und Gewaltprävention im Schulkreis Oberwinterthur».

Bereich Jugendliche

Erstmals wurde der Standortbestimmungskurs «Klarblick» durchgeführt. Er richtet sich an Jugendliche, welche Auffälligkeiten im Zusammenhang mit Alkoholkonsum zeigen. Die beiden ähnlich konzipierten Kurse für kiffende, respektive rauchende Jugendliche «Grasklar» und «Smokeless» wurden ebenfalls weiter geführt.

Jugendprogramme jump und jumpina

Der Grosse Gemeinderat beschloss in seiner Budgetdebatte Anfang Dezember 2007, die beiden Programme «jump» und «jumpina» um weitere sechs Plätze auszubauen. Somit bieten beide ab Januar 2008 insgesamt 36 Plätze an. Im 2007 waren die je 15 Plätze der beiden ambulanten Programme, welche die Integration von belasteten Jugendlichen an der Schnittstelle von Schule und Ausbildung beziehungsweise Arbeit zum Ziel haben, ausgebucht.

Bereich Elternbildung

In Kombination mit Aktivitäten in der Schule wurden Informationsveranstaltungen für Eltern durchgeführt. Auf grosses Interesse stiessen zwei Veranstaltungen zum Thema Zappen, Gamen, Surfen. Die in Zusammenarbeit mit der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule Winterthur und dem Jugendsekretariat Winterthur organisierte vierteilige Referatsreihe zu Erziehungs- und Präventionsthemen stiess im Herbst auf ein grosses Echo. Gegen 500 Personen wurden mit Themen zum Erziehungsaltag erreicht.

Bereich Gemeinwesen

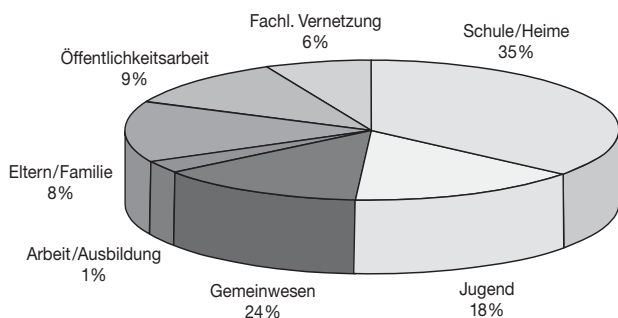
Der Jugendschutz im Zusammenhang mit Alkoholmissbrauch wird zunehmend zu einem zentralen Thema in der Stadt und in den Landgemeinden. Eine wirksame Methode zur Reduktion des Alkoholkonsums bei Kindern und Jugendlichen ist die Einschränkung der Erhältlichkeit. Alle Alkohol-Abgabestellen sind verpflichtet, die entsprechenden Gesetze einzuhalten. Die Suchtpräventionsstelle informierte bei allen Info-Veranstaltungen der Dorffeste sowie des Albanifestes die Standbetreibenden und die Organisationskomitees. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftspolizei wurden auch Testkäufe durchgeführt um zu prüfen, ob die Jugendschutzgesetze eingehalten werden.

Mit den Kontaktpersonen für die Suchtprävention der Bezirksgemeinden wurde das Projekt «Klarsicht 16/18» zur Vernetzung der Aktivitäten im Bereich Jugendschutz und Alkohol im Bezirk erarbeitet. Die konkrete Umsetzung beginnt im Februar 2008.

Die im Januar 2007 gegründete Sektion Winterthur von «Safer Clubbing», bei der die Suchtpräventionsstelle die für die Prävention zuständige Qualitätskommission präsidiert, war bereits aktiv. Gegen 190 Mitarbeitende der beteiligten Winterthurer Clubs besuchten die drei Weiterbildungsmodulare, die durch die Suchtpräventionsstelle organisiert wurden.

Jahresstatistik Suchtprävention 2007

Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Arbeitsgebiete (exkl. Administration/Organisation)



Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Neben verschiedenen Informations- und Schulungsveranstaltungen zum Thema Frühintervention in der Schule auf kantonaler Ebene konnten auf nationaler Ebene die Erfahrungen mit den Projekten «jump» und «jumpina» vermittelt werden.

Im September feierte die Suchpräventionsstelle ihr 15-jähriges Bestehen. In einer unterhaltsamen Rückschau erhielten die gegen 100 Gäste im Salzhaus einen Einblick in die facettenreiche Geschichte der Stelle. Sie zeigte, wie sich die Arbeitsweise in den 15 Jahren immer mehr weg von der Informations- hin zur Projektarbeit entwickelt hatte.

Betreuung und Wohnen

Die Abteilung Betreuung und Wohnen ist für die Platzierung von akut obdachlosen Menschen, die Klärung ihrer Wohn- und Sozialkompetenz und ihre Begleitung in eine dauerhafte Wohnsituation zuständig. Mit dem Angebot der Drogenanlaufstelle bietet sie Randgruppen eine Tagesstruktur und betreibt zusätzlich aufsuchende Sozialarbeit beim Pavillon. Der Bereich Wohnen wurde einer umfassenden Analyse unterzogen, um Aufschluss über das weitere Entwicklungspotential zu erhalten.

Begleitetes Wohnen (BeWo)

Das niederschwellige Angebot des Begleiteten Wohnens bietet suchtkranken Menschen ab 18 Jahren, die obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht sind, eine Wohnmöglichkeit. Diese Personen weisen oft Verwahrlosungstendenzen sowie Krankheitsverläufe mit psychischen, physischen und/oder sozialen Problemen auf. Auch externe Begleitungen im Auftrag von anderen Stellen werden übernommen.

Das BeWo hat die Aufgabe, die Mieterinnen und Mieter in ihrem Bemühen zu unterstützen, sich in der Gesellschaft einzugliedern und sich Sozialkompetenzen anzueignen oder diese zu verbessern (zum Beispiel Umgang mit Mitbewohnerinnen und -bewohnern, Nachbarn, Behörden, Führung eines Haushaltes).

Die vier BeWo-Mitarbeitenden begleiteten per Ende Jahr 89 Personen in ihrem Alltag, davon 18 im Auftrag von externen Stellen. Die Klientinnen und Klienten sind in möblierten Zimmern, 1-Zimmer-Wohnungen und in einem Haus mit sechs Plätzen dezentral in der Stadt Winterthur untergebracht. Zusätzlich bietet das BeWo insgesamt zehn Plätze an für Personen, welche aufgrund ihrer minimalen Sozialkompetenz einen erhöhten Bedarf an Begleitung haben. Neu eintretenden Klientinnen und Klienten werden nach Möglichkeit zuerst diese Zimmer untervermietet.

Büro für Notwohnungen

Auch 2007 war der Wohnungsmarkt in Winterthur angespannt. Der Leerwohnungsbestand betrug durchschnittlich 0.47 %, was 222 leer stehenden Wohnungen entsprach. Nicht alle diese Wohnungen waren für Wohnungssuchende erschwinglich. So hatte das Büro für Notwohnungen auch 2007 einen grossen Zulauf von Familien mit beschränkten finanziellen Mitteln, sozial auffälligen Personen, Sozialhilfe Beziehenden sowie vielen hoch verschuldeten Menschen. In erster Linie wurde den Klientinnen und Klienten bei der Suche auf dem freien Wohnungsmarkt geholfen, Inserate aus dem Internet abgegeben, Anmeldeformulare ausgefüllt und den Leuten erklärt,

wie man sich generell um eine Wohnung bewirbt. Konnte bis zum drohenden Umzugstermin keine Wohnung gefunden werden, wurde eine Notwohnung mit begrenztem Platzangebot und einem auf sechs Monate befristeten Mietvertrag zur Verfügung gestellt.

Obwohl die Mietzinszahlungen vor Vertragsantritt geregelt sein müssen (zum Beispiel Direktzahlungen durch Arbeitgeber, Arbeitslosenkasse), kam es auch dieses Jahr zu Mietzinsausständen, die zu einer Kündigung oder einer Nichtverlängerung des Mietvertrages führten. Es mussten 5 (2) Ausweisungen veranlasst werden. Ein Teil dieser Mieterschaft fand eine eigene Wohnlösung. Den anderen Mietparteien wurde neben der Erstellung einer Abzahlungsvereinbarung eine kleinere und billigere Wohnung zugewiesen. Für rasche Platzierung stehen ausserdem die eigenen Notzimmer und die der Heilsarmee Winterthur zur Verfügung.

Der Liegenschaftsbestand bei den Wohnungen hat abgenommen, da auf Wohnungen in einer grösseren Liegenschaft verzichtet wurde, um so die Umgebung und das Quartier zu entlasten.

Statistik Notwohnungen

	2007	2006
Liegenschaftsbestand des Büros für Notwohnungen per 31.12.		
– Wohnungen	129	141
– Einfamilienhäuser	1	1
– Zimmer	19	18
Belegung von Notwohnungen per 31.12.		
– Erwachsene	210	230
– Kinder	225	237

Drogenanlaufstelle

Durchschnittlich 30,9 (28,8) Personen pro Tag nutzten die Angebote der Anlaufstelle, der Frauenanteil betrug rund 20 %. Die Klientinnen und Klienten sind zwischen 18 und 75 Jahren alt.

Besucherinnen und Besucher der Drogenanlaufstelle

	2007	2006	2005	2004	2003	2002
Total Besucher/innen	9 646	8 985	9 824	13 193	17 120	23 102
Anzahl Besucher/innen pro Tag	30,9	28,8	31,5	43	47	63

Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass die Drogenanlaufstelle vermehrt von Menschen mit psychischen Problemen ohne Suchtproblematik oder von anderen Randständigen besucht wird, die eine Tagesstruktur benötigen. Diese schätzen insbesondere die Möglichkeit einer im Stundenlohn bezahlten Arbeit. Insgesamt wurden rund 2000 Einsatzstunden geleistet. Die Beschäftigungsangebote umfassen hauptsächlich Reinigungsarbeiten, Thekenarbeit und Kochen sowie kleinere Reparaturen und Renovationen. Neben dem Cafeteria-Betrieb nutzen die Klientinnen und Klienten die Möglichkeit zu Gesprächen, zum Spielen, zum Lesen oder zur Körperpflege. Nach einem erfolgreichen Versuch mit Erlaubnis für einen beschränkten Alkoholkonsum (max. 2 Büchsen Bier pro Tag und Person), wird diese Regelung definitiv eingeführt.

Zur Infektionsprophylaxe gegen Aids und Hepatitis wurden im Tauschverfahren 52 200 (82 400) Spritzen abgegeben. Diese deutliche Abnahme zeigt die Veränderung des Konsumverhaltens. So werden Substanzen vermehrt geraucht und gesniff. Ausserhalb der Öffnungszeiten steht ein Automat zur Verfügung, an welchem gegen Bezahlung steriles Spritzenmaterial bezogen werden kann. Die Mitarbeitenden wurden dieses Jahr zu keiner Reanimation gerufen.

Therapie und Behandlung

Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme wfa

Alkoholmissbrauch und -abhängigkeit wird in der Öffentlichkeit immer weniger stigmatisiert. Die Betroffenen werden dadurch entlastet und beschreiten eher den Weg in eine angepasste Behandlung. Dies ist vermutlich einer der Gründe, warum die Zahl der Anmeldungen um 11 % zugenommen hat. Die Konsultationen blieben auf einem hohen Niveau und die Zahl der Behandlungen von Menschen mit einer ambulanten Massnahme im Bereich Alkohol am Steuer stieg um 8 %. Die Nachfrage nach dem qualifizierten ambulanten Alkohol-Entzug fiel nach einem guten Start im 2006 aufgrund eines personellen Wechsels geringer aus. Die Werbung für das Angebot wird deshalb erst 2008 wieder intensiviert.

Statistik Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme

	2007	2006
Behandelte Fälle		
– Behandelte Fälle Total	404	362
– Bestand 1.1.	157	140
– Aufnahmen	247	222
– Abschlüsse	235	205
– Weiterlaufende Behandlungen 31.12.	169	157
Leistungen		
– Konsultationen Total (inkl. Gruppen)	3 342	3 269
– Therapie Erwachsene	2 758	2 802
– Therapie Kinder	550	443
– Informationsgespräche	34	24
Atemlufttest	984	948
Antabusabgabe	753	715

Das Gruppentherapieangebot wurde ausgebaut und differenziert; insgesamt nahmen 46 Personen daran teil. In Ergänzung zur Gruppentherapie für Frauen startete eine neue Motivationsgruppe sowie eine Therapiegruppe für Männer. Die Angebote für Kinder erlebten mit vier Gruppen einen Höchststand. Im Sommer wurde das dreijährige Projekt «Therapieangebot für Kinder aus Familien mit Alkohol- und anderen Suchtproblemen» erfolgreich abgeschlossen. Bis im Frühjahr 2008 wird eine Evaluation vorliegen. Fest steht bereits, dass das Angebot im Sinne des Konzeptes «Suchtpolitik Winterthur 2007–2011» weitergeführt und ausgebaut wird.

Den diesjährigen Nationalen Alkoholaktionstag vom 15. November nutzte die wfa für Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Risikokonsum. Es wurden 800 Säckli mit einer süssen Überraschung und einem Beipackzettel zu Alkohol verteilt. Die spontanen Bemerkungen und Fragen zeigten, dass die Aktion positiv beurteilt wurde und Interesse am unkomplizierten Gespräch mit einer Fachperson bestand.



Süsses Präsent der wfa am Nationalen Aktionstag

Beratungsstelle für Drogenprobleme

Die Kennzahlen der Beratungsstelle für Drogenprobleme sind seit Jahren weitgehend stabil. Trotz Umzug und Neustrukturierung des Betriebs konnten im letzten Jahr gleich viele oder mehr Fälle und Behandlungen ausgewiesen werden. Auch im Jahr 2007 wurde eine hohe Zahl von Menschen mit Heroinproblemen im Methadonprogramm behandelt. Zusätzlich musste in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme von Personen mit Kokainproblemen und Cannabismissbrauch verzeichnet werden. Neu werden auch Klientinnen und Klienten mit Internetabhängigkeit oder Abhängigkeit von neuen Medien behandelt. Für sie wurden Spezialsprechstunden entwickelt, die gut frequentiert und von den Fachleuten mit Interesse verfolgt werden.

Statistik Beratungsstelle für Drogenprobleme

	2007	2006
Behandelte Fälle (exkl. Gruppenteilnehmer)	451	407
Neue	197	171
Bisherige	254	236
Behandlungsabschlüsse	183	149
Weiter laufende Behandlungen	260	258
Informationen, Beratungen einmalig	370	398
Konsultationen Total	4 106	4 279
Präsentiersymptomatik		
Patient/innen mit Suchtproblematik	356	311
davon im Methadonprogramm	229	229
abgegebene Methadondosen	66 480	66 608

Zentrum für heroin- und methadongestützte Behandlungen Ikarus

Auch in diesem Jahr waren alle Plätze des Heroinprogramms besetzt. An insgesamt 18 030 (18 425) Behandlungstagen wurden 5 364 585 mg (5 604 328 mg) Heroin flüssig und 22 856 (13 531) Tabletten abgegeben. Die stärkere Nachfrage an Tabletten ist vorwiegend darauf zurückzuführen, dass neu eintretende Patientinnen und Patienten diese Form wählen.

Statistik heroingestützte Behandlung

	1.1.07	1.1.07 bis 31.12.07	31.12.07
Patient/innenzahl	55		
Eintritte		3	
Austritte		3	
Patient/innenzahl			55, davon 44 männlich, 11 weiblich

Im Rahmen der methadongestützten Behandlung wurden im Jahr 2007 rund 15 Personen betreut.

Statistik methadongestützte Behandlung

	1.1.07	1.1.07 bis 31.12.07	31.12.07
Patient/innenzahl	20		
Eintritte		3	
Austritte		8	
Patient/innenzahl			15, alle männlich

Rechtsauskunft und Institutionen mit städtischer Beteiligung

Unentgeltliche Rechtsauskunft

Die Rechtsauskunftsstelle der Stadt Winterthur wurde im Jahre 2007 mit 924 (939) Anfragen wieder stark frequentiert. Pro Sprechstunde wurden durchschnittlich 10 Fälle bearbeitet. Analog der letzten Jahre bildeten arbeits- und familienrechtliche (vorwiegend scheidungsrechtliche) Fragen das Schwergewicht bei den Beratungen. Dabei fällt der grosse Anteil mit 21 % an diversen Rechtsproblemen auf (unter anderem vertrags- oder verwaltungsrechtliche Fragestellungen), wobei sich eine steigende Tendenz bei Problemen im Zusammenhang mit dem Ausländerrecht feststellen lässt. Bei der Rechtsberatung geht es teilweise nicht nur um eine eigentliche juristische Beratung, sondern auch darum, einen praktischen Ratschlag zu erteilen, jemanden an die richtige Adresse oder Amtsstelle zu verweisen, zu vermitteln oder einfach zuzuhören. Die Komplexität der Fälle und die Erwartungshaltung der Klienten haben spürbar zugenommen und die zur Verfügung stehende Zeit reicht vielfach nicht aus. Die Bevölkerung schätzt das Angebot der unentgeltlichen Rechtsauskunft, welche dazu beiträgt, dass Zivil- und Strafprozesse sowie verwaltungsrechtliche Verfahren verhindert oder den Parteien Wege zur Lösung ihrer (rechtlichen) Probleme aufgezeigt werden können.

Brühlgutstiftung für Behinderte

Die Brühlgutstiftung nimmt am Gebäude an der Brühlgutstrasse 6 in den nächsten Jahren bauliche Anpassungen vor, um so einen zeitgemässen Betrieb zu gewährleisten. Die Erfolge der ersten Bauetappe sind sichtbar: Eine markante Treppe führt direkt zum Empfang. Dieser ist mit einem modernen, lichten Grossraumbüro kombiniert, wo acht Mitarbeitende mit Beeinträchtigung administrative Aufgaben erfüllen. Renoviert sind auch die Räumlichkeiten der Bäckerei und der Therapiestelle. Der bevorstehende zweite Teil des Umbaus betrifft den Bereich Wohnen. Um dem Bedürfnis nach mehr Individualität nachzukommen, werden die heutigen Wohngruppen in zwei kleinere, selbständige Einheiten eingeteilt und pro Stock ein Studio sowie mehr Nasszellen eingebaut. Gemeinsam nutzbarer Raum entsteht auf den angebauten Balkonen. Die Bauarbeiten beginnen im Juli 2008 und dauern rund ein Jahr. Die Bewohnerinnen und Bewohner gestalten den Prozess aktiv mit. Auch im vergangenen Jahr musste die Defizitgarantie für die Werkstatt nicht in Anspruch genommen werden.

Projekt Taglohn

Arbeit statt Fürsorge» – mit dieser Vision entwickelte sich der Verein Läbesruum zum bekannten Taglohnbetrieb für randständige und arbeitslose Personen. Die deutliche Annahme der Erhöhung des Beitrags im Juni durch das Winterthurer Stimmvolk bildete einen wichtigen Meilenstein im Berichtsjahr. Die gute Wirtschaftslage, eine erhöhte Medienpräsenz sowie aktive Weiterempfehlung zufriedener Kundinnen und Kunden ermöglichten ein starkes Wachstum. Im letzten Jahr konnten mehr als 250 Tagelöhnerinnen und Tagelöhner in über 70 000 Taglohnstunden (52 000) eingesetzt werden. Davon wurden 13 132 Stunden von Sozialhilfe Beziehende sowie 44 739 Stunden von weiteren Personen aus Winterthur geleistet. Zum Wachstum trugen die Fachbereiche (Gartenbau, Bau, Malen, Reinigung, Umzug) wie auch das ausgebaute Angebot an Arbeiten im neuen Werkbereich bei. Dieser

Bereich bietet einen niederschweligen Einstieg in Tagesstrukturen und die Taglohnarbeit.

Partnerschafts- und Eheberatung der Bezirke Winterthur und Andelfingen

Der Verein für Eheberatung Winterthur und Andelfingen bietet in Winterthur sowohl Paarberatung als auch Mediation bei Scheidung an. Erstere berät die Paare, die ihre Probleme in der Ehe beziehungsweise Partnerschaft lösen möchten. Die Paarberatung wurde von 174 (166) Fällen während insgesamt 1028,25 (1018,75) Stunden in Anspruch genommen. Die Fachstelle Mediation hilft Paaren, die sich zur Trennung oder Scheidung entschlossen haben, auf faire Art auseinander zu gehen. Dabei werden besonders die Interessen der betroffenen Kinder berücksichtigt. Für die 89 (72) Fälle wurden 546,9 (362,5) Stunden aufgewendet.

Die steigende Zahl der Beratung ist Zeugnis der kontinuierlich guten Leistung der Beratungsstelle. Der städtische Beitrag ermöglicht auch Paaren mit geringem Einkommen eine Beratung.

Frauenzentrale Winterthur

Das Sekretariat fungiert als wichtige Vermittlungsstelle; es fanden 3367 (3196) Kontakte statt. Eine persönliche Rechtsberatung erhielten 376 (362) Personen. Die Rechtsanwältinnen der Frauenzentrale leisteten zu verschiedenen Themen Unterstützung, die meisten betrafen Trennung und Scheidung. Die Budgetberaterinnen führten 90 (89) persönliche Besprechungen und erstellten 83 (88) schriftliche Budgets. Der Verkauf von Budgetblättern und -richtlinien erhöhte sich auf 936 (193), weil die Ansätze basierend auf den SKOS-Richtlinien angepasst wurden. Der Fonds Kur- und Ferienhilfe unterstützte 9 (15) Gesuche von erholungsbedürftigen Frauen. Im Laden Chriesibaum wurden von 22 (22) Heimarbeiterinnen selbstgefertigte Handarbeiten verkauft. Der Flickservice freut sich einer steigenden Beliebtheit.

Frauenhaus Winterthur

Im Jahr 2007 haben 70 (78) Frauen und 78 (83) Kinder im Frauenhaus Winterthur vor weiterer Gewalt im sozialen Nahraum Zuflucht gefunden. Dies entspricht insgesamt 4406 (4043) Übernachtungen. 16 (26) Frauen und 15 (21) Kinder kamen aus der Stadt Winterthur. Die Aufenthaltsdauer betrug im Durchschnitt 28,13 Tage. Der Fachbereich Mutter-Kind initiierte 2007 ein regionales Beratungsprojekt für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche, das als Pilotprojekt voraussichtlich noch im Jahr 2008 startet. Das Frauenhaus beteiligte sich mit einem Beitrag am Tag der psychischen Gesundheit zum Thema Migration und psychische Gesundheit. Auch mit dem neuen Gewaltschutzgesetz benötigten zahlreiche Frauen und ihre Kinder trotz verordneter Schutzmassnahmen das stationäre Angebot des Frauenhauses.

Frauen Nottelphon Winterthur – Beratungsstelle für gewaltbetroffene Frauen

Das Frauen Nottelphon hat im Berichtsjahr 954 (664) Frauen beraten. Die Anzahl Fälle pro Beraterin stieg auf 213 (123). Diese starke Zunahme ist mit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes im Kanton Zürich zu erklären. Der Kanton hat deshalb eine Aufstockung der Stellenprozente um 80 % per 1. Januar 2008 bewilligt. Das Frauen Nottelphon führte 2007 drei öffentliche Veranstaltungen mit prominenten Gästen durch.

Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes Winterthur

Die Rechtsberatung des Gewerkschaftsbundes des Bezirks Winterthur steht der Bevölkerung der Stadt- und des Bezirkes Winterthur mit umfassenden Auskünften aus allen Rechtsgebieten zur Verfügung. Die Leistungen beinhalten vor allem die Beantwortung mündlicher, schriftlicher und telefonischer Anfragen, das Abfassen von Briefen, das Führen von Vergleichsgesprächen sowie die Einsprache- und Beschwerdeführung gegen Entscheide verschiedener öffentlichen Institutionen. Die Beratungen im Jahr 2007 betrafen zu 90 % das Arbeits-, Arbeitslosenversicherungs- und das übrige Sozialversicherungsrecht. In den anderen Rechtsgebieten war die Rechtsauskunftsstelle öfters mit Fragen aus dem Obligationenrecht, insbesondere aus dem Kaufrecht, Auftragsrecht, Werkvertragsrecht, dem Internetrecht, dem Erbrecht, dem Familienrecht, dem Ehe- und Scheidungsrecht und aus dem Gesellschaftsrecht sowie dem Strafrecht und dem Ausländerrecht konfrontiert.

Im Berichtsjahr 2007 wurden insgesamt 1947 (1986) Beratungen durchgeführt, wovon 647 (686) persönliche, 1250 (1260) telefonische und zirka 50 (40) per E-Mail.

SelbsthilfeZentrum Region Winterthur

Das SelbsthilfeZentrum Region Winterthur unterstützt Initiativen zur Gründung von Selbsthilfegruppen, vermittelt Kontakte zu bestehenden Gruppen, unterstützt diese mit Methodeninputs und Weiterbildungsmöglichkeiten, stellt Räumlichkeiten und eine Infothek zur Verfügung. Im Berichtsjahr trafen sich rund 700 Menschen in zirka 70 Selbsthilfegruppen zu den verschiedensten Themen, die von A wie ADHS bis Z wie Zöliakie reichten.

Aids-Infostelle

Wichtigster Schwerpunkt im Jahresprogramm der Aids-Infostelle stellte die Ausstellung zu 20 Jahren Aids-Arbeit in der Schweiz «Ohne Dings kein Bums» dar, die im März im Zeughaus zu sehen war. Fast 2000 Jugendliche in 110 Schulklassen, davon 85 aus Winterthur, besuchten im Rahmen von zwei Stunden die Ausstellung. Neben diesem Grossanlass wurden 2007 insgesamt 95 Informationsveranstaltungen mit 1796 Teilnehmenden durchgeführt. Die Jugendlichen machten den weitaus grössten Teil der Zielgruppen aus. Für Berufsschulen wurde ein neues HIV-Informationskonzept erarbeitet, das nun umgesetzt wird. Die Nachfrage nach sexualpädagogischen Einsätzen in Schulen und Fachberatungen für Lehrpersonen war so gross wie nie zuvor.

Alter und Pflege

*Vom Altersheim/Pflegezentrum zum Alterszentrum:
Nur eine Namensänderung?*

Sicherlich steht nicht die Namensänderung im Vordergrund, wenn über Veränderungen berichtet wird, sondern die konsequente Umsetzung der in der Altersplanung der Stadt Winterthur und dem dazugehörenden Massnahmenplan vorgegebenen Zielsetzungen.

Die Beobachtung der Entwicklung der älteren Bevölkerung der Stadt Winterthur, verbunden mit der Tatsache, dass die in die Institutionen eintretenden Menschen tendenziell älter werden und in der Regel bereits einen beträchtlichen Betreuungs- und Pflegeaufwand erfordern, haben dazu geführt, dass die Wohngruppenstruktur insbesondere an den Standorten Brühlgut und Rosental angepasst werden musste.

Im Alterszentrum Brühlgut werden nun seit Februar 2007 und im Alterszentrum Rosental seit Juni 2007, die Bewohnerinnen und Bewohner in vier, respektive zwei Wohngruppen betreut, welche grundsätzlich über das gleiche Angebot verfügen.

Dies hat für die Bewohnenden den Vorteil, dass in der Regel auch bei stark verschlechtertem gesundheitlichem Zustand keine aufwendige und für sie mit viel Unsicherheit verbundene Verlegung auf eine Pflegewohngruppe mehr stattfinden muss.

Da gleichzeitig in diesen Häusern auch keine Eintrittskriterien bezüglich Pflegebedürftigkeit mehr bestehen, entsteht für die Planung der Bettenbelegung eine sehr hohe Flexibilität und die Möglichkeit, rascher auf interne und externe Bedürfnisse zu reagieren.

Die strukturellen Veränderungen hatten sowohl beim Pflege- als auch beim Hotelleriepersonal viele Anpassungen zur Folge. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden mit neuen Anforderungen und Tätigkeiten konfrontiert, die teilweise neu oder wieder erlernt werden mussten. Mit viel Engagement und Einsatz wurde auch dies gemeistert; die Stellenerweiterung im Budget 2008 wird die Umsetzung dieser Massnahmen noch erleichtern.

Selbstverständlich bedarf es auch in der bestehenden Infrastruktur der Häuser kleinerer Anpassungen, welche aber in keinem Verhältnis zu einem allenfalls notwendig werdenden Neubau stehen würden.

Die Alterszentren sind nun in der Lage, alte Menschen unabhängig ihres gesundheitlichen Zustandes aufzunehmen, und sie können eine kontinuierliche Betreuung und Pflege gewährleisten, in der Regel ohne dass eine weitere Verlegung notwendig wird. Also sicher mehr, als nur ein Namenswechsel.

*Kundenzufriedenheitsbefragungen im Bereich
Alter und Pflege*

Im Januar und Februar wurde in allen fünf Alterszentren eine Befragung bei den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie deren Angehörigen und in der Spitex bei allen Klientinnen und Klienten durchgeführt.

Die Alterszentren führten diese Befragung in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut Mecon aus Zürich durch. Der Rücklauf bei den Bewohnerinnen und Bewohnern betrug 44.3 % (= 286), jener der Angehörigen 58.6 % (= 361). Das Messinstrument untersuchte folgende Bereiche: Betreuung durch Personal, Pflege, Information, Zusammenarbeit mit Personal, Organisation, Zimmer/Wohnbereich, öffentlicher Raum, Essen, Angebot und medizinische Dienstleistungen. Das Ergebnis zeigte, dass sich rund 90 % der Bewohnerinnen und Bewohner im Alterszentrum wohl fühlen und rund 88 % der An-

gehörigen würden das Alterszentrum weiterempfehlen. Weitere Auswertungen zeigen gezielt die Stärken und Schwächen der Organisation auf.

Die Spitex führte zum zweiten Mal mit dem Meinungsforschungsinstitut NPO Plus eine Klientenbefragung durch. Total wurden 1170 Fragebogen an Klientinnen und Klienten versandt. Davon wurden 60.2 % (= 724) Fragebogen zurückgesandt, was einem guten und deutlich höheren Rücklauf als 2004 (Rücklauf: 49.3 %) entspricht.

Die Spitex erzielte dabei mit dem gleichen Messinstrument mit 86.9 % einen sehr guten Zufriedenheitswert. Die Klientinnen und Klienten sind mit den bezogenen Leistungen sehr zufrieden, praktisch die ganze Kundschaft würde die Spitex ihren Freunden und Bekannten ohne Vorbehalt weiterempfehlen. Die Auswertung zeigt auch hier differenziert die Entwicklungspotentiale der Organisation.

Über die Ergebnisse wurde an zahlreichen Informationsveranstaltungen sowohl für Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehörige, als auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berichtet. Eine Aufbereitung bzw. Nachbearbeitung der Resultate findet seit Mitte des Jahres zudem im interdisziplinär durchgeführten Qualitätszirkel statt, der durch die Qualitätsverantwortliche des Bereiches geleitet wird.

Veranstaltungsreihe «Älter werden in...»

Die Veranstaltungsreihe «Älter werden in...» wurde zwischen August und November in Zusammenarbeit mit dem Altersforum Winterthur zum vierten Mal mit Erfolg durchgeführt. Rund 1000 Personen besuchten die Informationsveranstaltungen in den sieben Stadtkreisen Winterthurs. Stadträtin Maja Ingold sprach zum Thema «Altersperspektiven einst und jetzt – und morgen?» und beantwortete die Fragen der Anwesenden. Das Theaterensemble Obertor spielte «Bon Ap», ein kleines Theaterstück über die Ernährung im Alter. Die Veranstaltungen beinhalteten einen Informationsmarkt mit 28 Organisationen, welche ihre Dienstleistungen präsentierten. Die Veranstaltungen lösten ein positives Echo aus und der Wunsch nach weiteren Durchführungen wurde deutlich geäußert.

Alterszentren

Im Jahr 2007 stand weiterhin die Anpassung von Abläufen und Prozessen im Vordergrund. In fast allen Bereichen der Alterszentren wurde bis anhin nach unterschiedlichen Vorgaben gearbeitet und die Entscheidungswege waren noch nicht überall harmonisiert.

Parallel mit der Umsetzung der neuen Strukturen im Bereich Alter und Pflege im Jahr 2006 wurden auch vier Zielsetzungen festgelegt, welche die Richtung für den Entwicklungsprozess vorgeben. An diesen Zielen wurde intensiv gearbeitet, und es konnten wesentliche Schritte zu ihrer Erreichung innerhalb der Produktgruppe umgesetzt werden.

Ziele

1. Die Qualität unserer Produkte und Dienstleistungen ist definiert und die Erbringung gesichert.
2. Wir richten unser Angebot bedarfsorientiert aus.
3. Optimierte und innovative Prozesse führen zu einem verbesserten Preis-/Leistungsverhältnis für unsere Kundinnen und Kunden.
4. Führung von Selbstorganisation ist umgesetzt.

Die markanteste Entwicklung hat dabei, wie oben dargestellt, in der Angebotsgestaltung stattgefunden, die vor allem im Bereich der ehemaligen Altersheime eine wesentliche Verbesserung der Flexibilität in der Aufnahme und der folgenden Betreuung und Pflege von Menschen mit höherem Pflegebedarf brachte.

Diese Entwicklung unterstützt die Stadt Winterthur auch in ihrer Haltung, dass alte Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld zu Hause leben können sollen und wenn nötig, erst zu einem späteren Zeitpunkt und in der Regel bereits in einem gesundheitlich schlechteren Zustand einen Eintritt in ein Alterszentrum in Betracht ziehen müssen.

Die angepasste Form der Angebote führte auch dazu, dass die beiden Produkte Langzeitwohnen und Langzeitpflege ab dem 1. Januar 2008 zu einem Produkt «Langzeit Betreuung und Pflege» zusammengefasst wurden, weil eine weitere Unterscheidung keinen Sinn mehr macht.

Die Angebote der Aktivierungs- und Ergotherapie in allen Alterszentren konnten gemäss dem Ende 2006 genehmigten Konzept konsolidiert werden. In allen Zentren sind nun proportional zur Bewohnerzahl Stellen für Aktivierungs- und Ergotherapie vorhanden. Erstmals in diesem Jahr sind sämtliche Veranstaltungen für die Bewohnenden der Alterszentren von einer Stelle aus organisiert worden. Die Rückmeldungen waren bislang mehrheitlich positiv.

Langzeitpflege

In der «Langzeitpflege», also vor allem in den Alterszentren Adlergarten und Oberi, wurde im Jahr 2007 der Grundsatz umgesetzt, dass Bewohnerinnen und Bewohner möglichst vieles aus ihrem gewohnten Alltag beibehalten können sollen, auch nach einem Eintritt ins Alterszentrum. Das bedeutet, dass Neueintretende vermehrt eigene Möbelstücke mitbringen können, dass lieb gewordene Gewohnheiten möglichst beibehalten werden können, soweit das die Gemeinschaft der Wohngruppe zulässt.

Daneben konnten im Laufe des Jahres 2007 die noch bestehenden Unterschiede in der Wahrnehmung der pflegerischen und betreuenden Aufgaben an den einzelnen Standorten ausgeglichen werden. So wurde überall ein einheitliches Konzept zum Bezugspersonensystem eingeführt und umgesetzt.

Auch strukturell werden nun auf allen Wohngruppen Mitarbeiterinnen mit erweitertem Fachwissen eingesetzt, die in komplexeren Pflegesituationen zusammen mit den Pflegeexpertinnen, den Bezugspersonen und anderen involvierten Personen Pflegefachgespräche durchführen.

So führen nun viele kleinere Anpassungen von Abläufen und die Anwendung einheitlicher Standards, zum Beispiel bei der Medikamentenabgabe, der Bewohnerinnendokumentation oder im Bezug auf die Anwendung freiheitsbeschränkender Massnahmen, zu einer Ausgleiche der Qualität.

Auch aus organisatorischer Sicht, konnte durch die Anpassung der verschiedenen Dienstplanungen ein erster Schritt Richtung Vereinfachung erreicht werden, der für die Führungskräfte zu einer erhöhten Übersichtlichkeit und Klarheit führte.

Im Bereich der Hotellerie bringen die verschiedenen parallel laufenden Verbesserungsprojekte erste Resultate. So konnten im Laufe des Jahres auf vielen Langzeitpflegegruppen Frühstücksbuffets angeboten werden. Auch das Verpflegungsangebot wurde in den einzelnen Häusern bezüglich der Zusammensetzung und der Verkaufspreise aufeinander abgestimmt und führte für die Bewohnerinnen und Bewohner zu einer Verbesserung.

In der Abteilung Medizin-Therapie und Tagesklinik MTT ist im ärztlichen Dienst nun ein weiterer geriatrisch spezialisierter Facharzt im Alterszentrum Oberi tätig, der sich bisher vor allem mit der Rehabilitation von älteren Menschen beschäftigt hat. Auf Bereichsebene wurden die ärztlichen Mitarbeitenden vor allem in den übergeordneten Projekten eingebunden (Wundkonzept, Hygienekommission, Erarbeitung des Ethikkonzeptes, Projekt Kundenberatung, Projekt Betreuung und Pflege, Beschaffungswesen und Spezialwohngruppen).

Die Versorgung mit Arzneimitteln durch die Kantonsapothek funktioniert für die Alterszentren Adlergarten und Oberi sehr gut. 2007 wurden sämtliche Arzneimittelkästen der Wohngruppen kontrolliert. Diese Überprüfung hat eine hohe Qualität im Umgang mit Arzneimitteln gezeigt.

Langzeitwohnen

Im Alterszentrum Neumarkt standen grössere Veränderungen an. Der Pflegestab, das heisst die Mitarbeitenden, die bisher vor allem für die pflegerischen Aufgaben auf den Wohngruppen ähnlich einer internen Spitex zugezogen wurden, wurde in beiden Wohngruppen integriert. Somit sind jetzt auch die Teams im Langzeitwohnen interdisziplinär zusammen gesetzt und für die Pflege und Betreuung der Bewohnenden verantwortlich. Eine weitere Herausforderung für eine der beiden Wohngruppen war der Start des Projektes «Einsatz FAGE/FABE» (Fachangestellte/r Gesundheit/Betreuung). Die Wohngruppe 1 im Neumarkt ist als Pilotwohngruppe seit Mitte November dabei mit den neuen Aufgabenteilungen zu arbeiten, um anschliessend Aussagen für die weitere Umsetzung des Projektes machen zu können.

Temporäre Angebote

Überbrückungspflege

Die Auslastung der Überbrückungspflege war über einige Monate hoch, dazwischen gab es aber auch immer wieder tiefere Zahlen. Grundsätzlich ist die Nachfrage aber sehr gross. Mit der gestiegenen Zahl von Ein- und Ausritten, 115:2005, 170:2006 und mehr als 200 in 2007, ist auch die Arbeitsbelastung bei der Pflege und Betreuung, dem medizinischen Dienst und dem Kundendienst stark gestiegen.

Temporärheim Sunnehus

Das Sunnehus wurde in der zweiten Jahreshälfte renoviert. Der Eingangsbereich und der ganze Wohngruppenbereich wurden frisch gestrichen, die Bodenbeläge wurden erneuert und in einem der beiden Bäder wurde eine Pflegebadewanne eingebaut. Alle Bewohnerzimmer wurden neu möbliert und mit Pflegebetten ausgestattet, das Stationszimmer entspricht nach der Renovation den heutigen Anforderungen. Während der Bauzeit waren nicht alle Betten belegt. Da die Nachfrage aber nach wie vor gross ist, konnten nach Abschluss der Renovationsarbeiten alle Zimmer wieder vermietet werden.

Tagesklinik

Die Tagesklinik stand unter dem Zeichen einer hohen Nachfrage und Auslastung. Ein Konzept zur Erweiterung des Angebots wurde erstellt. Im Verlauf des Jahres zeigte sich, dass die Führungsspanne für die Leitung der Tagesklinik und der Aktivierungs- und Ergotherapie für eine Person zu gross ist. Eine Änderung wurde per Beginn 2008 beschlossen.

Bewohnerstatistik

	Alterszentren Adlergarten / Neumarkt			Alterszentren Brühlgut / Oberli / Rosental		
	Langzeit- pflege	Langzeit- wohnen	Temp. Angeb. ¹	Langzeit- pflege	Langzeit- wohnen	Temp. Angeb.
Bestand per 1.1.07	168	93	77	212	229	1
Neuaufnahmen	76	21	257	81	37	5
Total	244	114	334	293	266	6
Todesfälle	69	18	7	75	15	0
Austritte	13	4	238	15	12	5
Bestand 31. Dezember	162	92	89	203	239	1
Verfügbare Plätze	169	93	50	208	246	5
Pflegetage	60 270	32 637	13 495	74 194	88 809	109
Bettenbelegung	98,22 %	98,9 %	79,88 %	97,73 %	98,91 %	5,97 %

¹ inkl. Tagesklinik

Weitere Dienstleistungen an Dritte

Restaurants

Die Frequentierung der Restaurants war auch im Jahr 2007 wieder hoch und im Bereich Vermietungen von Räumlichkeiten konnte eine Steigerung erreicht werden.

Bei der Festlegung der neuen organisatorischen Strukturen war man davon ausgegangen, dass gerade auch im Bereich der Produktion von Mahlzeiten und des Angebotes in den Restaurants Synergiepotential liegt. Dies konnte nun mit der Umsetzung erster Massnahmen im Laufe des Berichtsjahres erstmalig genutzt werden. Angepasste Beschaffungswege und eine geringere Zahl von Lieferanten für die Rohprodukte führten zu einer Reduktion des administrativen Aufwandes. Mit der Abstimmung der angebotenen Mahlzeiten und Menus konnte die Planung in den Küchen optimiert und aufeinander ausgerichtet werden.

Durch die koordinierte Personalplanung, kann ein Teil des Personals ohne grossen Aufwand flexibel an den einzelnen Standorten eingesetzt werden und kurz- oder langfristige Ausfälle kompensieren.

Wohnungen

Auch im vergangenen Jahr konnten nicht alle Seniorenwohnungen am Fischmarkt auch wirklich an ältere Menschen vermietet werden.

Die Personalthäuser auf dem Areal des Alterszentrums Adlergarten waren wie immer begehrt. Die Vermietung von Wohnungen auf insgesamt zwei Stockwerken an die Sozialen Dienste, die diese wiederum als Notwohnungen für Menschen in schwierigen finanziellen und sozialen Verhältnissen weitervermieteten, hat sich nach anfänglichen Schwierigkeiten gut eingespielt.

Therapeutische Dienstleistungen an Dritte

In der Physiotherapie konnte die geplante Ergänzung mit Kraftgeräten realisiert werden. Gegen Ende 2007 wurde mit dem Umsetzen von Kraft- Balance-Angeboten in allen Alterszentren begonnen. Der Nutzen von solchen Trainings ist unter Bewohnenden nachgewiesen, langfristig wird eine verbesserte Mobilität und eine Senkung der Anzahl Stürze erhofft.

Spitex

Übernahme der Haushilfe

Per 1. Januar 2007 wurde die Haushilfe von der Pro Senectute übernommen und in die städtische Spitex eingegliedert. Im Rahmen eines Projekts konnte eine neue Aufbaustruktur mit den Abteilungen Pflege und Haushilfe

realisiert werden. Die Veränderungen waren eine grosse Herausforderung. Neben den formalen Abläufen geht es auch darum, eine gemeinsame Kultur zu entwickeln. Die insgesamt 120 neuen Mitarbeiterinnen der Haushilfe, alles teilszeitlich angestellte Frauen, haben sich bei der Spitex gut integriert. Die Zusammenarbeit mit den Leiterinnen und Teams entwickelte sich erfreulich.

Leistungserbringung

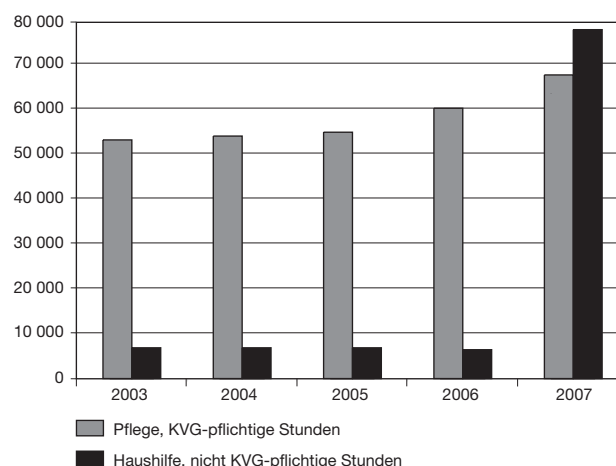
Das Bedürfnis nach pflegerischen Dienstleistungen ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Neben der Zunahme hoch betagter Menschen spielen dabei auch Veränderungen im Gesundheitswesen eine Rolle. So führt die stetige Verkürzung der Aufenthaltsdauer im Akutspital zu einer schnelleren, oft kurzfristigen Entlassung von rekonvaleszenten und hilfsbedürftigen Patientinnen und Patienten nach Hause.

Die verrechneten Stunden für die Haushilfe wie auch für die Pflege haben auffallend zugenommen. Bei den hauswirtschaftlichen Hilfeleistungen ist dies mit der Eingliederung der Haushilfe zu erklären, bis 2006 erbrachte die Pro Senectute in etwa gleich viele Leistungen. Die Steigerung der Leistungsstunden in der Pflege entspricht hingegen der grösseren Nachfrage. Mit der Einführung des neuen elektronischen Leistungserfassungssystems können die erbrachten Stunden schneller und genauer erfasst werden.

Trotz einer Erweiterung des Stellenplans für Pflegefachpersonen war der grosse Bedarf nach pflegerischer Unterstützung nicht zu bewältigen. Aufgrund der mangelnden personellen Kapazitäten wurden 158 Einsätze, u.a. an die konfessionellen Spitexorganisationen weitergeleitet. Ohne diese Spitex-Vereine, mit denen die Zusammenarbeit geregelt ist, könnte in Winterthur der gesetzliche Auftrag zur ambulanten Krankenpflege nicht gewährleistet werden.

Die optimale Versorgung der oft betagten Menschen, die Hilfe zu Hause benötigen, bedeutet häufig einen grossen organisatorischen Aufwand und verlangt umfassende Kenntnisse der ambulanten Möglichkeiten sowie des lokalen Umfelds. Obwohl die Dienstleistungen der Spitex immer subsidiär ausgerichtet werden und dem Notwendigen entsprechen, sind sie in manchen Situationen sehr umfassend. Die Finanzierung der Krankenpflege gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) entspricht dabei nicht dem tatsächlichen Aufwand.

Entwicklung der verrechneten Stunden für Spitex-Dienstleistungen

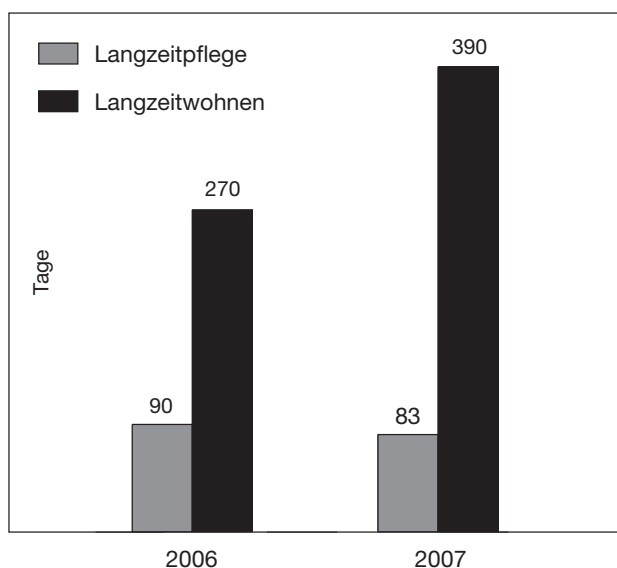


Mit einer Anpassung der Krankenkassen Leistungsverordnung (KLV) wurde die Leistungspflicht der Krankenkassen für psychiatrische Pflege definiert. Dabei resultierte auch ein neuer Standard zur Qualität der psychiatrischen Abklärungen. Eine Spezialisierung für diesen Bereich war notwendig. Für diese Aufgaben konnte eine fruchtbare Zusammenarbeit mit freiberuflichen, psychiatrischen Pflegefachfrauen etabliert werden.

Verrechnete Einsatzstunden

	2003	2004	2005	2006	2007
KVG-pflichtige Stunden	53 161	54 649	55 886	59 932	67 028
nicht KVG-pflichtige Stunden	6 572	6 783	6 748	6 227	78 322
Total	59 734	61 432	62 635	66 159	145 350

Wartezeiten Eintritt Alterszentren



Wohnberatung

Die Warteliste für die Langzeitpflege entspricht dem Mittel der vergangenen Jahre (81 Personen am 31.12.07), während die Interessentinnen und Interessenten für das Langzeitwohnen zugenommen haben (294 Personen am 31.12.07 gegenüber 219 am 31.12.06). Eine erste, noch etwas frühe Interpretation, spricht für eine höhere Nachfrage im Bereich des Alterswohnens wegen des nunmehr inbegriffenen Pflegeangebotes im Einerzimmer der ehemaligen Altersheime.

Die Bereitschaft zu einem Eintritt in ein Viererzimmer ist auch bei intensiverer Pflegebedürftigkeit oft nicht vorhanden, und manche ziehen ein auswärtiges Angebot vor. Diese Viererzimmer entsprechen immer weniger einem akzeptablen Standard.

Die Auswärtsplatzierungen sind von 68 auf 54 Personen zurückgegangen. Anspruchsvoll war die Aufnahme von Menschen mit psychiatrischen Diagnosen und auffälligem, herausforderndem Verhalten. Mehrbettzimmer waren oft ungeeignet und andere Plätze rar.

Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich

Verein Pflegewohngruppen Winterthur

Ende Jahr bestand das Angebot aus insgesamt 36 Plätzen: 8 Plätze im Tägemoos und 14 Plätze an der Schlosstalstrasse und neu ab Ende Sommer 14 Plätze an der Weststrasse. Die Auslastung war mit 94.98 % (Vorjahr 99.99 %) wiederum gut, wobei die Neueröffnung durch den kontinuierlichen Aufbau der Belegung das Resultat etwas verfälscht.

Ambulante Dienste der Pro Senectute 2007

Der Mahlzeitendienst lieferte 56 117 (58 761) Mahlzeiten aus. Insgesamt wurden 272 (292) Haushaltungen pro Monat beliefert.

Der Reinigungsdienst leistete 356 Std. (518 Std.) bei 123 (174) Einsätzen.

KAP – Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte

Mit 83 350 Teilnehmertagen (690 weniger als im Vorjahr) war die Zahl der Teilnehmenden an den KAP-Programmen praktisch gleich hoch wie im Jahr 2006. Die verbesserte Arbeitsmarktlage hatte auf die Auslastung des Angebots der KAP keine Auswirkungen.

Das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) hat den Kreis der Anbietenden von arbeitsmarktlichen Massnahmen, die von der Arbeitslosenversicherung finanziert werden, für die Jahre 2008 bis 2012 durch ein Submissionsverfahren neu bestimmt. Die KAP hat den Zuschlag für alle eingereichten Offerten für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung für Erwachsene erhalten. Bei den Motivationssemestern für Jugendliche wird die KAP ab Sommer 2008 noch Gruppen- und Einzeleinsatzplätze, aber leider keine Plätze mehr für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf anbieten können.

Arbeitsprojekte für ALV-Beziehende

38 % ihrer Angebote (31 580 Teilnehmertage) hat die KAP im Auftrag des Kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit erbracht. Von den 304 erwachsenen Teilnehmenden haben 99 Personen (33 %) eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt gefunden und 53 Personen (18 %) eine geeignete Anschlusslösung. Die Teilnehmenden der «Programme zur vorübergehenden Beschäftigung» (PvB) haben ihre Einsätze hauptsächlich in den Projekten Recycling, Velostation, bei den Einzeleinsatzplätzen und in Praktika geleistet. Mit Vermittlungsquoten zwischen 69 % und 83 % (92 von 137 Personen) gehörten auch im vergangenen Jahr die wirtschaftsnahen Praktika learn&earn, Start-job und A-Plus zu den erfolgreichsten Projekten.

Arbeitsprojekte für Sozialhilfe-Beziehende

34 % der KAP-Angebote (28 170 Teilnehmertage) wurden im Auftrag der Sozialen Dienste der Stadt Winterthur erbracht. Dazu gehören die Überbrückungs- und Abklärungsangebote Passage, Kompass und Fabrikhalle Töss mit insgesamt 379 Teilnehmenden, Programme zur raschen Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt (EG AVIG Einzel- und Gruppeneinsatzplätze mit 58 Teilnehmenden) und ab 2007 neu so genannte Teillohnstellen. Das sind Einzeleinsatzplätze in der Wirtschaft, in der Stadtverwaltung und in externen Sozialfirmen sowie Gruppeneinsatzplätze in KAP-Betrieben mit insgesamt 71 Personen.

Jugendprojekte

28 % der KAP-Angebote (23 600 Teilnehmertage) betrafen die so genannten Motivationssemester für Jugendliche, ein von der Arbeitslosenversicherung finanziertes Brückenangebot. Von den 153 Jugendlichen, die im Jahr 2007 aus den transit-Programmen und dem Intermezzo austraten, haben 109 (71 %) eine Lehr- oder eine Arbeitsstelle gefunden. Trampolin, das niederschwellige Angebot für gefährdete Jugendliche, mit einer gemeinsamen Trägerschaft von der Stadt Winterthur und der Hilfs-gesellschaft Winterthur, ist im Mai 2007 gestartet und konnte bis Ende Jahr bereits für 17 Jugendliche eine Tagesstruktur und wertvolle Hilfestellungen anbieten.

Attraktive Produkte

In den KAP-Werkstätten können die Teilnehmenden beim Herstellen verschiedenster Gebrauchsgegenstände ihre berufliche Leistungsfähigkeit stärken und steigern. Die Angebotspalette ist so aufgebaut, dass sich sinnvolles Arbeitstraining erfolgreich mit einem attraktiven, marktfähigen Sortiment verbindet. Die pfiffigen, bunten, nach ökologischen Kriterien hergestellten und erschwinglichen KAP-Produkte finden Anklang bei einem breiten Kreis von Wiederverkäufern. Der Umsatz betrug im Jahr 2007 rund 363 200 Franken.

10 Jahre Velostation

Die beiden bewachten Velostationen am Hauptbahnhof entsprechen einem grossen Bedürfnis. Seit zehn Jahren werden täglich über 250 Velos gegen Entgelt im Dreischichtbetrieb von fünf Uhr morgens bis ein Uhr nachts bewacht. Zusätzliche Dienstleistungen sind eine Veloreinigung und die Velovermietung im Auftrag der SBB. Die Jahresvignetten sind jeweils innert weniger Tage ausverkauft, Tagesvignetten erhalten die Kunden an Spitzentagen nur noch in den Morgenstunden. Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich der Bedarf an Programmplätzen für erwerbslose Personen verringert. Neu werden darum nur noch Teillohnbeschäftigte eingesetzt.

Neuer Hauptabteilungsleiter

Peter Baltensberger, Arbeitsintegrationspionier der ersten Stunde, wurde Ende Februar 2007 pensioniert. Seit 1984 hatte er die KAP Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte mit Geschick, Umsicht und einem feinen Gespür für nötige Massnahmen geleitet. Zu den Höhepunkten seiner Tätigkeit gehörten die Gründung des «Loki-Ateliers», wo der «Schnaaggi-Schaaggi» der Sihltalbahn und weitere Grossdampflokomotiven für Museumsbahnen restauriert wurden, das Einsatzprogramm «Trittbrett» für Jugendliche und neue Praktikumsprogramme für Jugendliche und Erwachsene. Zu seinem Nachfolger hat der Stadtrat Christoph Pohl gewählt, den ehemaligen Hauptabteilungsleiter der städtischen Asylkoordination.

Departement Technische Betriebe

Im Berichtsjahr konkretisierten sich in allen vier Bereichen neue Herausforderungen. Bewährte Konzepte und Techniken unterstützen die Mitarbeitenden darin, diese Herausforderungen zu analysieren und Strategien zu deren Meisterung zu entwickeln.

Stadtbus Winterthur wird mit dem Trolleybus weiterhin auf eine bewährte Technik setzen können. Die Dienstleistungen des öffentlichen Verkehrs sollen damit in den nächsten Jahrzehnten auf dem besten technischen Stand erbracht werden können. Dieser Entscheid wurde auf Grund detaillierter wirtschaftlicher und umwelttechnischer Abklärungen unter Einbezug der eidg. Materialprüfungsanstalt (EMPA) und eines privaten Ingenieurbüros vorbereitet. Zudem stehen grosse Aufgaben bei den Linienführungen und Fahrplanverdichtungen an.

Bei Stadtbus liefen zudem die Vorbereitungen für den grossen Fahrplanwechsel per Dezember 2008 auf Hochtouren, damit die öffentliche Auflage der Fahrpläne rechtzeitig möglich wird.

Modernste Technik setzt Stadtbus Winterthur in der neuen Leistelle ein: Komfortable Echtzeit-Abfahrtsangaben an den wichtigsten Haltestellen werden ebenso ermöglicht wie das Erstellen wertvoller Daten betreffend Verkehrsbehinderungen und Reisezeitverluste der Stadtbusse. Diese Daten werden eine wichtige Grundlage für die regionale Verkehrssteuerung (RVS) bilden.

Am 1. März hat Thomas Nideröst sein Amt als Direktor von Stadtbus Winterthur nach viermonatiger Vakanz in der Nachfolge von Urs Huber übernommen.

Die regionale Verkehrskonferenz konnte um drei Mitglieder aus den städtischen Quartieren erweitert und damit die städtische Verkehrspolitik noch besser in der Bevölkerung verankert werden.

Vielfältige Herausforderungen für **Stadtgärtnerei** und **Forstbetrieb** stellen leider auch eingeschleppte, in unseren Gefilden neuartige Pflanzenarten dar. Diese Pflanzen wurden insbesondere in den Naturschutzgebieten kartografisch erfasst und Methoden zur Bekämpfung erarbeitet; stellenweise haben sich diese Pflanzen massenhaft vermehrt.

Der **Forstbetrieb** arbeitete intensiv an der Optimierung der Reviersstützpunkte und an den Bauten für das neue Wolfsgehege im Wildpark Bruderhaus. Ebenso wurden die Aufwertung des Reitplatzes und das Verkehrskonzept für das Bruderhaus vorangetrieben.

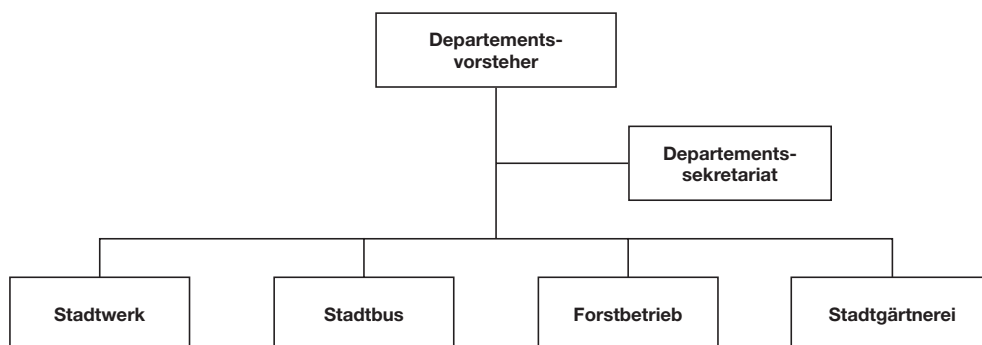
Die **Stadtgärtnerei** hat die Projektarbeiten für verschiedene Friedhofsanlagen, insbesondere für Baumgräber, eine Friedhofsabteilung für Muslime und einen behindertengerechten Zugang zur Aufbahnhalle vorbereitet. Ein Meilenstein des Berichtsjahrs ist der Beginn der 1. Bauetappe des Eulachparks, die unter der Leitung der Stadtgärtnerei ausgeführt wird. Mit dieser Bauetappe resultiert auch eine markante ökologische Aufwertung des Flussraumes der Eulach.

Für **Stadtwerk Winterthur** dürfte mittelfristig die grösste Herausforderung die Öffnung der Energiemärkte sein. Im Bereich Elektrizität konnte der Stadtrat mit dem Erlass einer neuen Tarifordnung früh handeln. Stadtwerk Winterthur wird damit ermöglicht, die finanzielle Steuerung des Stromnetzes und des Stromhandels konsequent zu trennen – eine wichtige Voraussetzung für einen funktionierenden Strommarkt.

Der Herausforderung, die Abfallpolitik überregional und mindestens kantonsweit zu koordinieren, stellt sich der Zürcher Abfall Verwertungsverbund (ZAV). Der Grosse Gemeinderat hat einen Kredit für die Teilnahme am dreijährigen Pilotbetrieb des ZAV als Verbund aller Kehrichtverbrennungen auf Kantonsgebiet bewilligt.

In der Volksabstimmung vom 11. März über den Ersatz der Verbrennungslinie 1 in der Kehrichtverbrennung wurde der Grundstein gelegt, die Abfallpolitik weiterhin zukunftsorientiert zu meistern. Parallel dazu wurden die Voruntersuchungen betreffend Umweltverträglichkeit dieses Vorhabens abgeschlossen. Da eine bestehende Anlage ersetzt wird, in den Bereichen Abwasserreduktion, Energieeffizienz und Abgasreinigung sehr wesentliche Verbesserungen ermöglicht werden, konnte auf eine Hauptuntersuchung der Umweltverträglichkeit verzichtet werden.

Departement Technische Betriebe



Stadtwerk Winterthur

Stadtwerk Winterthur schliesst das Berichtsjahr erfolgreich ab. U.a. wurde ein neues System eingeführt, das der Kundschaft die Wahl des Stromproduktes ermöglicht, und der Klimafonds Stadtwerk Winterthur wurde lanciert.

Weitere Schwerpunkte waren Projekte, welche die Netze und die Versorgungssicherheit betrafen, sowie die deutliche Zustimmung der Stimmberechtigten zum Ersatz der Verbrennungslinie 1 in der KVA (Kehrichtverbrennungsanlage).

Ferner wurde die Kundschaft am erwirtschafteten Gewinn des Geschäftsjahres 2006 beteiligt. Insgesamt konnten mit einem einmaligen Bonus rund 3,5 Millionen Franken ausgeschüttet und ergänzend die Erhöhung der Gaspreise um ein Quartal aufgeschoben werden.

Wasserversorgung

Die Trinkwasserqualität blieb weiterhin hervorragend. Das Wasser aus dem Grundwasserstrom der Töss wird unbehandelt direkt ins Haus geliefert und kann bezüglich Geschmack und Zusammensetzung mit jedem Mineralwasser mithalten.

Das Leitungsnetz ist im Berichtsjahr auf 427 Kilometer ausgebaut worden. Ältere oder sanierungsbedürftige Versorgungsleitungen werden kontinuierlich erneuert und damit wird die Werterhaltung sichergestellt. Eingesetzt werden Rohrsysteme, die hohe hygienische Anforderungen erfüllen und eine Lebensdauer von rund 60 Jahren aufweisen. Im Herbst wurde mit dem Bau des Wasserreservoirs Oberwinterthur begonnen, das gegen Ende 2008 in Betrieb genommen wird. Das neue Reservoir wird zusammen mit dem bereits 2003 erbauten Reservoir Hegiberg das Kernstück der neuen Druckzone Oberwinterthur/Hegi bilden. Damit wird die Versorgungssicherheit mit Brauch- und Löschwasser in diesem sich stark wandelnden Gebiet sichergestellt.

Anfang 2005 bewilligten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einen Kredit zum Neubau des Landwirtschaftsbetriebs Ifang in der Gemeinde Zell, jener Grundwasserschutzzone, aus der Winterthur das Trinkwasser hauptsächlich bezieht. Nach zweieinhalb Jahren Bauzeit konnte im Juni der Hof der Pächterfamilie übergeben und der Bevölkerung vorgestellt werden. Rund 2000 Interessierte nutzten die Gelegenheit, um sich über biologische Landwirtschaft und Gewässerschutz zu informieren. Der Bio-Standard des Bauernhofs Ifang ist ein konsequenter Beitrag, die erstklassige Trinkwasserqualität auch für kommende Generationen zu sichern.

Kennzahlen

	2007	2006	Veränderungen in %
Netzlänge (total; m)	427 110	425 443	+ 0,4
Absatz (abgegebene Wassermenge; Mio. m³)	8,58	8,71	- 1,5
	Einheit	2007	2006
Niederschlagsmengen	mm	1 276	1 230
Mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser			
Quellwasser	m³	342 200	291 000
Grundwasserfassung Hornsäge:			
Brunnenmesser	m³	7 723 800	7 759 600
Total mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser	m³	8 066 000	8 050 600

	Einheit	2007	2006
Gepumptes Grundwasser			
Pumpwerk Hard	m³	12 700	13 300
Pumpwerk Hornwiden	m³	435 300	500 800
Pumpwerk Linsental	m³	243 400	301 000
Pumpwerk Mittlere Au	m³	131 500	155 400
Pumpwerk Weieracker	m³	81 600	93 700
Pumpwerk Sennschür	m³	100 000	146 100
Pumpwerk Obere Au	m³	172 600	157 700
Pumpwerk Stadacker	m³	636 200	630 800
Total gepumptes Grundwasser	m³	1 813 300	1 998 800
Total Wassergewinnung	m³	9 879 300	10 049 400

	Einheit	2007	2006
Wasserabgabe in 24 Stunden in Winterthur			
Maximum 8.4.07	m³/Tag	33 565	37 000
Mittel	m³/Tag	24 820	25 500
Minimum 1.1.07	m³/Tag	18 070	17 830
Einwohnerschaft am 31.12.			
		99 307	97 732
Maximum pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter			
		338	379
Mittel pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter			
		250	261
Minimum pro Einwohnerin/Einwohner und Tag in Liter			
		182	182
Ohne Industrie			
Mittlerer Verbrauch	m³/Tag	20 620	21 700
Mittlerer Verbrauch pro Einwohnerin/Einwohner und Tag	in Liter	208	222
Wasserabgabe im Jahr			
Wasser in Winterthur			
Haushaltungen und Kleingewerbe	m³	5 910 600	6 093 900
Gewerbe und Industrie	m³	1 532 300	1 388 200
Öffentliche Zwecke	m³	133 700	142 100
Total in Winterthur	m³	7 576 600	7 624 200
Total an Vertragspartner (ausserhalb Winterthur)	m³	998 800	1 086 800
Total verrechnetes Wasser	m³	8 575 400	8 711 000

Stromversorgung

Handel mit Strom

Der Stromverbrauch in Winterthur ist erneut um 1,7 Prozent angestiegen. Insgesamt flossen rund 592 Millionen Kilowattstunden Strom. Grosskundschaft mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100 000 Kilowattstunden wurde persönlich besucht, denn ihnen steht es bereits ab 1. Januar 2009 frei, ihren Stromlieferanten zu wählen. Stadtwerk Winterthur ist als Partner akzeptiert. Das ist eine elementare Voraussetzung, um auch im sich öffnenden Markt zu bestehen.

Wie auf europäischer Ebene schon lange umgesetzt, ist auch in der Schweiz die Trennung von Netz und Handel vorzunehmen. In Winterthur wurde diese Trennung mit Einführung des neuen Preis- und Produktsystems bereits im zweiten Quartal vollzogen. Damit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Strommarktöffnung frühzeitig erfüllt.

Neu stehen fünf Stromprodukte zu Wahl: Stadtwerk Ökostrom ist erneuerbar, zertifiziert und wird lokal und regional produziert, Stadtwerk Recyclingstrom stammt hauptsächlich aus der städtischen Kehrichtverbrennungsanlage, dazu kommen Stadtwerk Wasserstrom und Stadtwerk Kernstrom. Aus diesen sortenreinen Produkten lässt sich jeder beliebige Strommix zusammenstellen. Wer nicht wählt, wird mit dem Standard-Mix beliefert, der sich am gesamtschweizerischen Produktionsmix orientiert und winterthurspezifische Kriterien berücksichtigt: 1 % Stadtwerk Ökostrom, 54 % Stadtwerk Wasserstrom, 10 % mit Stadtwerk Recyclingstrom und 35 % Stadtwerk Kernstrom. Stadtwerk Winterthur hat die Wahl von Stromprodukten als eines der ersten Stadtwerke in der Schweiz eingeführt. Transparenz und Kostenwahrheit sind die Basis des Winterthurer Preis- und Produktsystems. Als

Lenkungsinstrument wurde der Klimafonds Stadtwerk Winterthur geschaffen.

Bis Ende Dezember hat rund ein Drittel der Kundschaft ein Produkt oder einen eigenen Mix gewählt. Die Faktoren Kosten und Umwelt haben die Wahl bestimmt: Der Anteil von Stadtwerk Ökostrom konnte bei der Privatkundschaft überproportional gesteigert werden. Bei der Geschäftskundschaft waren es vielfach wirtschaftliche Überlegungen, die für den kostengünstigeren Kernstrom sprachen. Das grosse Interesse zeigt, dass Energiethemen immer breitere Bevölkerungsschichten beschäftigen.

Kennzahlen

	2007	2006	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	583,74	567,84	+ 2,8
<i>Strombezug</i>	Mio. kWh	Mio. kWh	
Von der Axpo	530,7	506,8	+ 4,7
Von der KVA	56,0	71,4	- 21,6
Von Verschiedenen	5,0	3,8	+ 31,6
Total Strombezug	591,7	581,9	+ 1,7

	2007	2006	Veränderungen in %
<i>Stromabgabe</i>	Mio. kWh	Mio. kWh	
Haushalt	181,3	176,3	+ 2,8
Kleingewerbe	73,9	71,5	+ 3,4
Grossindustrie	73,9	71,8	+ 2,9
Hochspannung-Sammeltarif	64,1	61,6	+ 4,1
Niederspannung-Sammeltarif	114,8	110,3	+ 4,1
Bündelkundschaft	65,6	66,3	- 1,1
Öffentliche Beleuchtung	4,7	4,7	0
Stadtbus	5,4	5,5	- 1,8
Elektrokessel (fakultativ)	0	0	
Verschiebung Ables-Bezugs- perioden/Messdifferenzen/Verluste	8,0	14,1	- 43,8
Total Stromabgabe	591,7	581,9	+ 1,7

Stromnetz

Das Stromversorgungsnetz umfasst neu eine Gesamtlänge von 1089 Kilometern. Eingebunden sind sechs Unterwerke und rund 350 Trafostationen. Seit 1. Januar wird die Hauptabteilung Technik Elektrizität von Roman Friedrich geführt.

Stadtwerk Winterthur unterhält die Netze nachhaltig und gewährleistet damit ein Höchstmass an Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Ein Schwerpunkt bildete die Modernisierung der Stromversorgung im Sulzer-Areal Oberwinterthur: Neubau und Netzeinbindung der Trafostationen Sulzer-Allee 8, Aufbau neuer Leitungen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit. Stromausfälle führen üblicherweise in Industrie und Wirtschaft zu massiven Störungen. Unterbrüche, wie jener am 7. Mai, durch einen Kurzschluss im Unterwerk Rosenau verursacht, sind jedoch selten geworden. Dank detaillierten technischen Krisenszenarien sind diese relativ schnell behoben.

Im Zusammenhang mit dem neuen Preis- und Produktsystem für Strom und der Marköffnung wurden in einer Grossaktion bei der mittleren und grösseren Stromkundschaft bis Mitte Jahr über 700 Stromzähler ausgewechselt. Neue Messtechnik ermöglicht bei rund 206 Messstellen die Fernerfassung des Lastprofils und des Stromverbrauchs. Als weitere Dienstleistung stellt Stadtwerk Winterthur der Grosskundschaft neu ein Online-Infosystem zur Verfügung, das den aktuellen Strombedarf ausweist und die gemessenen Werte so aufbereitet, dass leicht Optimierungsmassnahmen daraus abgeleitet werden können.

Das Unterwerk Wülflingen konnte vollständig ans Stromnetz angeschlossen werden. Die Projektierung für das neue Unterwerk Tössfeld wurde abgeschlossen. Stadtwerk Winterthur wird 34,6 Millionen Franken dafür

investieren. Der Gemeinderat hat im September den Kredit genehmigt. Der Bau wird die Stromversorgung von Töss und Sulzerareal Stadtmitte langfristig sicherstellen. Nach der Inbetriebsetzung des Unterwerks im Jahre 2010 und nach der Umlegung aller Versorgungsringe werden voraussichtlich 2013 die Unterwerke Brühl und Rosenau stillgelegt, welche in der Vergangenheit v.a. die Firmen Rieter und Sulzer mit Strom versorgten. Mit dem Strukturwandel der Stadt hat sich seither der Stromverbrauchsschwerpunkt verschoben; er liegt heute im Gebiet Tössfeld. Der Bau des Unterwerks Tössfeld ist ebenfalls eine Folge der Spannungsumstellung von 50 000 auf 110 000 Volt.

Kennzahlen

	2007	2006	Veränderungen in %
Netzlänge (total; m), ohne öffentliche Beleuchtung	1 088 544	1 062 387	+ 2,5
Anzahl Zähler	62 690	62 082	+ 1,0

Erdgasversorgung

Handel mit Erdgas

Hauptsächlich aufgrund der warmen Wintermonate hat sich der Erdgasverbrauch in Winterthur um 8,2 Prozent auf eine Absatzmenge von rund 424 Mio. Kilowattstunden reduziert. Als Wärmeenergie, die im Vergleich mit Öl rund 25 Prozent weniger CO₂ ausstösst und geringe Feinstaubemissionen verursacht, ist Erdgas vorteilhaft und soll weiter gefördert werden. Als Naturgas, einem Gemisch aus Kompo- und Erdgas, wird es auch zum Autofahren eingesetzt.

Die Treibstoffförderung von Stadtwerk Winterthur soll in veränderter Form 2008 weitergeführt werden. Neueinsteigende erhielten 1000 Franken in Form von Treibstoff und 1000 Franken für das Anbringen des «Erdgasfahren»-Logos. Eine dritte Tankstelle in Winterthur Grütze soll 2008 das Fahren mit Erdgas zusätzlich erleichtern. Der Antrag an den Grossen Gemeinderat wurde im Berichtsjahr vorbereitet.

Der 2006 letztmals angepasste kommunale Energieplan der Stadt Winterthur gibt vor, in welchen Quartieren welche Energieträger zu bevorzugen sind. Das Fernwärmegebiet wurde erweitert. Diese energiepolitisch sinnvolle Strategie führt zu einer Entflechtung der Fernwärme- und Gasnetze. Im Erdgasgebiet hingegen wächst die Netzanschlussdichte Gas weiterhin nach Plan. Ein Umstieg von Erdöl auf Erdgas ist in Anbetracht der aktuellen Klimasituation ein zukunftsweisender Entscheid.

Kennzahlen

	2007	2006	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	423,760	461,512	- 8,2
angeschlossene Leistung (MW)	343	336	+ 2,1

Gasnetz

Stadtwerk Winterthur unterhält ein 233 Kilometer langes Hoch- und Niederdrucknetz. Sämtliche Graugussleitungen sind ausgewechselt. Mit einem Durchschnittsalter von 26, bei einer Lebensdauer von rund 60 Jahren, ist das Netz jung.

Am 20. August wurde die Leistungsfähigkeit des Gasleitungsnetzes im Niederdruckbereich mittels Druckerhöhung auf 50 Millibar verdoppelt, da der Erdgas-

verbrauch in den letzten Jahren kontinuierlich zunahm. Mit der aktuellen Druckumstellung ist die Versorgungssicherheit auf absehbare Zukunft gesichert. Über zwei Jahre dauerte die Realisierung des Projektes, bei der rund 4500 Druckregler eingebaut werden mussten. Die Umstellung gelang ohne nennenswerte Probleme. Eine Optimierung (Entflechtung, Aufgabe einer Hochdruckleitung) in der Netzstruktur ermöglichte die Ausserbetriebnahme verschiedener alter Leitungen.

Kennzahlen

	2007	2006	Veränderungen in %
Netzlänge (total Rohrnetz; m)	233 016	237 705	- 2,0
Anzahl Zähler (werkeigene und private)	9 162	9 376	- 2,3

Wärme- und Energieversorgung

Fernwärmeversorgung

Die Nachfrage nach CO₂-armen Energien ist gross. Das macht die Wärme, die bei der Verbrennung von Abfall gewonnen wird, attraktiv.

Hohe Gas- und Ölpreise haben den Verkauf zusätzlich begünstigt. 26 neue Fernwärmeanschlüsse konnten ans Netz genommen werden. Weitere 25 Kunden und Kundinnen haben sich für Fernwärme entschieden und werden demnächst ans Netz gehen. Sie erhöhen die Anschlussleistung um rund 3300 Kilowatt.

Relativ warme Winter, Niedrigenergiehäuser oder die bessere Gebäudeisolation drosseln jedoch den Verbrauch von Fernwärme auch bei zunehmender Kundenzahl. Die Fixkosten für den sicheren Netzbetrieb und für Neuanschlüsse bleiben hingegen gleich. Diese Entwicklung ist mittelfristig bei der Preisgestaltung zu berücksichtigen.

Nach der Übernahme der vormaligen Sulzer-Fernwärmeversorgung in Oberwinterthur wird dieses Netz nunmehr gemäss Energieplan der Stadt Winterthur erweitert und gleichzeitig Gas und Fernwärme entflochten. Im Berichtsjahr erfolgte der Ausbau der Fernwärmetrassen Scheidegg-Hulfteggstrasse, Hörnlistrasse und die Anbindung der Sulzer-Allee. Der 135 Meter lange Leitungstunnel, der Fernheizwerk und Oberwinterthur unter der St.Gallerstrasse hindurch verbindet, wurde fertig gestellt.

Der Baustart für das neue Fernheizwerk erfolgte im April, der bauliche Teil der Arbeiten war im Spätherbst abgeschlossen. Der Einbau aller technischen Komponenten ist zeitintensiv, die Inbetriebnahme wird voraussichtlich im Herbst 2008 erfolgen.

Kennzahlen

	2007	2006	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	86,362	93,852	- 8,0
angeschlossene Leistung (MW)	76,33	73,39	+ 4,0
Anschlüsse	261	236	+ 10,6
Netzlänge (total; m)	23 137	21 329	+ 8,5

Anteile der einzelnen Energieträger (Mio. kWh)

Dampf aus KVA	96,640	93,730 ²⁾	+ 3,1
Erdgas	3,085	3,889	- 20,7
Heizöl extraleicht	0,157	7,070	- 97,8
Total	99,882	104,689	- 4,6

²⁾ inkl. Sulzer

Energie-Contracting

Das relativ junge Profit-Center Energie-Contracting (EC) entwickelt sich erfolgreich. Weitere Kundschaft konnte an

die Holzschnitzel-Heizzentralen Gern und Sennhof sowie an die Nahwärmeversorgung Sulzer-Areal Stadtmittme angeschlossen werden. Diese Neukundschaft trug zu einer Leistungssteigerung von 1940 Kilowatt bei.

Nach erfolgreichem Aufbau des EC in Winterthur wird die Geschäftstätigkeit in die Region ausgeweitet. Geplant sind Projekte im Raum Frauenfeld und Umgebung. Dazu wurde ein Zusammenarbeitsvertrag mit den Werkbetrieben Frauenfeld im Berichtsjahr geschlossen. Eine Offerte, das EC für die Gemeinde Elgg zu betreiben, führte nicht zum Vertragsabschluss.

Ansonsten kommt EC bei Privat- und Geschäftskundschaft gut an, weil es wirtschaftlich, ökologisch und für die Kundschaft bequem ist. Eine Herausforderung wird sein, qualifizierte Ingenieure für dieses Innovationsfeld zu gewinnen. Kernkompetenzen bleiben Planung, Realisierung und Betrieb von effizienten Energiezentralen für die Erzeugung von Wärme, Kälte, Dampf und Warmwasser.

Kennzahlen

	2007	2006	Veränderungen in %
Absatzmenge Wärme (Mio. kWh)	45,349	46,566	- 2,6
Absatzmenge Kälte (Mio. kWh)	2,358	2,364	- 0,3

Verteilung der Energieträger im Energie-Contracting in %

	2007	2006
Gasbezug	77,9	69,4
Heizölbezug	1,6	10,3
Holzschnitzelbezug	16,7	15,9
Strombezug	4,1	4,4

Kehrichtverbrennungsanlage (KVA)

Am 11. März sagten in Winterthur rund 82 Prozent der Wählerinnen und Wähler ja zum Ersatz der Ofenlinie 1 der Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) und bestätigten damit die hohe Akzeptanz der KVA als Entsorgungsbetrieb, Wärmelieferantin und Stromerzeugerin. Für das Projekt mit einer vierten Rauchgasreinigungsstufe wurde ein Kredit von 187 Millionen genehmigt.

Rund 15 Prozent des Stroms und 6 Prozent des Wärmebedarfs werden in Winterthur durch Abfallenergie erzeugt. Der Energieträger Abfall, der ungefähr den Brennwert von Braunkohle aufweist, hat im öffentlichen Bewusstsein enorm an Beliebtheit gewonnen. Die neue



Das Winterthurer Stimmvolk gab grünes Licht für eine leistungsfähigere KVA.

Ofenlinie wird voraussichtlich 2012 in Betrieb gesetzt und bringt wesentlich höhere Energieeffizienz bei massgeblicher CO₂-Entlastung in Winterthur.

Umfangreiche planerische Arbeiten wurden für den Ersatz der Ofenlinie 1 geleistet. Die Revision der Ofenlinie 2, die während der Demontage und dem Bau der neuen Verbrennungslinie die Gesamtlast tragen muss, nahm viel Zeit in Anspruch. Die KVA entsorgte im Berichtsjahr 174 323 Tonnen Abfall und produzierte 76,87 Millionen Kilowattstunden Strom (inkl. Eigenbedarf) sowie 146 584 Tonnen Dampf für die Fernwärmeversorgung. Ein Turbinenschaden im Frühjahr musste mit erheblichem Aufwand behoben werden. Erfreulicherweise konnten mit 52 Gemeinden die Anlieferungsverträge für die Periode 2009 bis 2011 erneuert werden.

Die im Zürcher Abfallverwertungs-Verbund (ZAV) zusammengeschlossenen Kehrichtverbrennungsanlagen (KVAs) streben eine engere Zusammenarbeit an. In einem dreijährigen Pilotbetrieb wird die Tragfähigkeit dieses bislang wirtschaftlich und ökologisch erfolgreichen Konzepts ermittelt. Ein Kredit in der Höhe von 504 000 Franken für die Beteiligung Winterthurs am Pilotbetrieb wurde vom Grossen Gemeinderat im November genehmigt.

Kennzahlen

	2007	2006	Veränderungen in %
Verbrannte Abfälle (t)	174 323	185 359	- 6,0
Dampfproduktion (t)	717 756	741 716	- 3,2
Stromverkauf (Mio. kWh)	56,028	71,349	- 21,5
Schlacke (t)	33 684	38 045	- 11,5
Reststoffe aus			
Rauchgasreinigung (t)	3 667	4 135	- 11,3
Turbinenbetrieb (t)	462 703	511 178	- 9,5
Rauchgasemissionen (mg/Nm ³)	2007	2006	GW LRV*
CO-Jahresmittelwert			
Verbrennungslinie 1	13,99	18,37	50
CO-Jahresmittelwert			
Verbrennungslinie 2	9,72	11,07	50
NO ₂ -Jahresmittelwert			
Verbrennungslinie 1	50,36	50,48	80
NO ₂ -Jahresmittelwert			
Verbrennungslinie 2	53,35	55,17	80
SO ₂ -Jahresmittelwert			
Verbrennungslinie 1	0,8	1,35	50
SO ₂ -Jahresmittelwert			
Verbrennungslinie 2	2,36	10,32**	50

*) Grenzwert Luftreinhalteverordnung

**) Der vergleichsweise hohe Wert ist auf ein lange nicht lokalisierbares Problem in der Rauchgasreinigung zurückzuführen. Der Grenzwert der Luftreinhalteverordnung wurde nicht überschritten, das Problem konnte gelöst werden.

Abwasserreinigungsanlage (ARA)

Die Kläranlage in der Hard reinigt das Abwasser der Stadt Winterthur sowie der Gemeinden Zell, Rikon, Turbenthal, Wila, Brütten, Wiesendangen, Teilen von Wilberg und Elsau. Täglich wurden durchschnittlich 54 000 Kubikmeter gereinigtes Abwasser in die Töss eingeleitet. Die vorgeschriebenen Einleitungswerte wurden dabei klar unterschritten.

In der ARA wurden wichtige Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten durchgeführt. Bei Steuerungs-, Mess- und Regeltechnik ist deutlich feststellbar, dass sich die Technik wandelt. Für technische Komponenten mit einem gewissen Alter fehlt oft der Herstellersupport. Deshalb ist in den nächsten Jahren eine Modernisierung der 20-jährigen Anlage vorgesehen. Vielfältige Herausforderungen bei der Abwasserreinigung, Klärschlammverbrennung, Sicherung der Leistungsfähigkeit und ökologischen Betriebsführung stehen an. Konzepte für die Klärschlammverwertung im Kanton Zürich sind bei den politischen Instanzen in Beratung. Analysen zeigen deutlich, dass die Mengen gewisser Inhaltsstoffe (Stickstoffelimination, d.h. Nitrit, Nitrat, Am-

monium) die Abwassereinigungsanlage an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit bringt. Eine Werterhaltungsstudie zeigt den Handlungsbedarf auf.

Kennzahlen

	2007	2006	Veränderungen in %
Abwasserdurchfluss (m ³)	19 225 221	20 135 060	- 4,5
Schlammverbrennung (m ³)	80 918	77 266	+ 4,7

Datennetz

Das Profit-Center Telekom wurde 2004 mit einem Rahmenkredit von 5 Mio. Franken mit der Idee geschaffen, die Stromtrassen besser zu nutzen und das für werkeigene Zwecke vorhandene Glasfaserkabelnetz auszubauen. Dies soll insbesondere Winterthurer Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Das Netz wurde im Berichtsjahr um rund 17 Kilometer ausgebaut, wobei durch redundante Leitungslegungen auch die Netzsicherheit erhöht wurde. Die Gesamtlänge beträgt heute 120 Kilometer und schliesst mehrere Telehouse-Standorte, d.h. betriebsbereit gesicherte Räume, die Firmen für deren Datenübertragungskomponenten (für die Vernetzung) zur Verfügung gestellt werden.

Das fünfköpfige Team hat den Break-even noch nicht erreicht, bleibt aber auf Kurs des Geschäftsplans. Der Bedarf an Bandbreiten-Diensten via IP-Technologie (Telefonie über das Datennetz) steigt. Die Telekomangebote von Stadtwerk Winterthur – CityNet-Linie, CityNetFiber und CityNetHousing – entsprechen den Bedürfnissen. 20 Kundinnen bzw. Kunden konnten gewonnen werden. Kapazität und Sicherheit beim Telehousing wurden gesteigert. Der Fall des Swisscom-Monopols auf der «Letzten Meile» hat kaum Wellen geschlagen. Mit dem Glasfasernetz-Angebot grenzt sich Stadtwerk Winterthur von Swisscom ab, die in die bestehende Kupferinfrastruktur investiert.

Telekom-Dienste beanspruchen in Winterthur bereits 30 Geschäftskundinnen und -kunden mit 66 CityNetLinie-Vertragsstrecken. Im Moment erarbeitet Stadtwerk Winterthur in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (zhaw) eine Studie, welche die Bedürfnisse Privater aufzeigen soll. Geprüft wird die betriebswirtschaftliche Machbarkeit eines Fiber-to-the-Home-Netzwerks. Im Auftrag der Stadtentwicklung wurde die Realisation eines City Wireless-Netzwerks für einen unabhängigen und kostenlosen Internetzugang abgeklärt.

Kennzahlen

	2007	2006	Veränderungen in %
Netzlänge (total; m)	120 000	103 000	+ 16,5
Anzahl Telehouses	6	6	0,0

Öffentliche Beleuchtung

Die Stadt wächst und mit ihr die städtische Beleuchtung. Instandhaltungs-, Sanierungs- und Neubauprojekte beschäftigen ein Team von 11 Mitarbeitenden. Die Abteilung Öffentliche Beleuchtung ist in die Konzeptarbeiten «Stadtlicht Winterthur» involviert. Im März hat der Stadtrat diesbezüglich ein Gesamtkonzept in Auftrag gegeben. Angestrebt werden eine Aufwertung des Stadtbildes durch einen massvollen Lichteinsatz sowie bessere Orientierung und Sicherheit im öffentlichen Raum. Ein Projektzwischenstand wurde im November der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ein Highlight waren die Internationalen Lichttage. In Parks, bei Museen und Villen erstrahlten höchst unterschiedliche Lichtkunstwerke. Ob gleissende Lichteffekte oder mystisch anmutende Lampenschirm-Installationen in Bäumen, die Lichttage begeisterten, polarisierten und rückten die Themen Licht, Öffentliche Beleuchtung und Energieeffizienz ins Zentrum. Diese publikumswirksamen Installationen bewirkten lediglich einen Energiemehrverbrauch der öffentlichen Beleuchtung von 1,5 Promille oder etwa einem Viertel der Weihnachtsbeleuchtung. Die Mitarbeitenden von Stadtwerk Winterthur arbeiteten im Hintergrund mit den Künstlerinnen und Künstlern eng zusammen.

Auch bei der öffentlichen Beleuchtung sind verschiedene Interessen gegeneinander abzuwägen. Die konsequente Ausrichtung auf Energieeffizienz bleibt dabei ein strategisches Ziel. Obwohl in den vergangenen 30 Jahren die Anzahl der Leuchtstellen stetig anstieg, ist der Energieverbrauch durch effiziente Lichttechnik unverändert niedrig. Immer wieder werden neue Lampen und Lichtsysteme erprobt, beispielsweise energieoptimierte Altstadtleuchten in der Neustadtgasse, welche eine Energieeinsparung von rund einem Drittel ermöglichen.

Kennzahlen öffentliche Beleuchtung

	2007	2006	Veränderungen in %
Anzahl Leuchtstellen	9 509	9 469	+ 0,4
Netzlänge (m)	538 850	533 574	+ 1,0

Dienstleistungen

Haustechnik

Das 28-köpfige Haustechnik-Team behauptet sich im Nischenbereich Service, Reparatur und Umbauten. Als Partner für Beratung, Planung, Installation und Wartung von Elektro-, Sanitär- und Gas-Haustechniklösungen kann das Profit-Center auf ein im letzten Jahrzehnt erworbenes Vertrauen aufbauen. Ein Arbeitsschwerpunkt bildete im Berichtsjahr die Umrüstung etlicher Heizungen von Erdöl auf Gas oder Fernwärme. Das Lehrstellenangebot konnte in den letzten Jahren sukzessiv ausgebaut und erstmals eine Elektroinstallateur-Lehrstelle mit einem Mädchen besetzt werden.

Neben dem Pikettdienst für die Versorgungsnetze unterhält Stadtwerk Winterthur auch einen 24h-Pikettdienst für Sanitär-, Heizungs- und Elektroinstallationen. Dieser Service der Abteilung Haustechnik wurde über 300-mal in Anspruch genommen.

Kennzahlen

	2007	2006	Veränderungen in %
Anzahl Aufträge	3 646	3 514	+ 3,8
Anzahl Piketteinsätze (total)	345	370	- 6,8

Kundendienst

Nach einer Betriebszeit von nur sechs Monaten musste das Kundenzentrum an der Steinberggasse aufgrund von

Budgetkürzungen geschlossen werden. Das Kundenzentrum war als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für die Hausaltkundschaft konzipiert, um Anliegen entgegenzunehmen und über Energieeffizienz, Wasser, Strom, Gas, Kehrlichtverbrennung oder Abwasserreinigung zu informieren.

Mit der Schliessung Ende Januar wurde der Kundendienst an der Unteren Vogelsangstrasse neu organisiert und auf die zentralen Kundenanliegen konzentriert.

Die wählbaren Stromprodukte und der Klimafonds Stadtwerk Winterthur haben aufgezeigt, dass die Beratung einem Bedürfnis entspricht. Die Angebotspalette von Stadtwerk Winterthur ist vielseitiger geworden. Mit der schrittweisen Öffnung des Strommarktes ab 1. Januar 2009 werden Kundennähe und Kundenzufriedenheit entscheidender für den Erfolg sein.

Klimafonds Stadtwerk Winterthur

Der Klimafonds von Stadtwerk Winterthur wurde mit dem neuen Preis- und Produktsystem für Strom im Frühjahr lanciert und wird mithelfen, den CO₂-Ausstoss zu senken. Gefördert werden Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Die Beteiligung am Fonds ist freiwillig. Wer mitmacht, bezahlt einen Aufpreis von 2 Rappen pro verbrauchte Kilowattstunde Strom. Firmen können Einmalbeträge oder jährliche Pauschalen überweisen.

Bis Ende des Berichtsjahrs haben sich 3954 Kundinnen und Kunden bereit erklärt, den von Stadtwerk Winterthur geführten Klimafonds zu öffnen. Die Einnahmen betragen seit Juli rund 217 000 Franken. Davon hat die Stadt Winterthur eine Einlage von 50 000 Franken getätigt und wird jährlich 100 000 Franken beisteuern. Die Verwendung der Gelder legt ein Gremium fest. Es besteht aus den Vorstehern der Departemente Technische Betriebe sowie Sicherheit und Umwelt, Vertretern von Stadtwerk Winterthur und einem unabhängigen Energieberater. Jeweils im Mai und November sollen Beträge an klimarelevante Forschungsvorhaben oder konkrete Projekte und Programme im Raum Winterthur entrichtet werden. Gesuche können bei Stadtwerk Winterthur eingereicht werden.



Die Klimaerwärmung macht sich immer mehr bemerkbar. Der Klimafonds Stadtwerk Winterthur trägt dazu bei, CO₂ zu reduzieren.

Stadtbus Winterthur

Im Berichtsjahr hat der neue Direktor seine Stelle angetreten. Das Jahr ist von umfassenden Vorbereitungsarbeiten strategisch bedeutender Entscheide in den Bereichen Fahrzeugbeschaffung und Infrastruktur geprägt. Grosse Arbeit wurde in der Angebotsentwicklung bzw. -gestaltung geleistet; dies im Hinblick auf den nächsten grossen Fahrplanwechsel im Dezember 2008, welcher nach 2006 einen weiteren spürbaren Ausbau des Busangebotes in der Stadt und in der Agglomeration Winterthur vorsieht und vor allem die Neubaugebiete Winterthurs betrifft.

Im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Stadtbus und den Medien wurden mit der Gestaltung des Radio- und Tele-Top-Stadtbusses neue Wege eingeschlagen.

Abgerundet wird das erfreuliche Geschäftsjahr mit steigenden Fahrgastzahlen, insbesondere auf jenen Linien, welche in den letzten Jahren Änderungen in der Fahrroute oder im Angebot erfuhren. Damit wird auch die eingeschlagene Strategie bestätigt.

Aufwand und Ertrag

Die Rechnung schliesst mit einem Totalaufwand von 38 029 064.83 Franken und einem Totalertrag von 39 405 684.87 Franken ab. Der Überschuss von 1 376 620.04 Franken wird der Betriebsreserve zugewiesen. Die Einlage in die Betriebsreserve ist die Differenz zwischen budgetiertem Leistungsentgelt ZVV und effektivem Aufwand der Laufenden Rechnung.

Die Zunahme der Personalkosten von 1.4 % zum Vorjahr entspricht der budgetierten Lohnentwicklung, insbesondere die Mehrkosten für Erfahrungs- und Leistungsanteile. Die Erhöhung des Personalbestands gegenüber dem Vorjahr von insgesamt 1.2 % ist auf die Fahrplanmehrleistungen (zusätzlich 4551 Fahrdienststunden) zurückzuführen, wobei im Werkstattbereich – durch Produktivitätssteigerungen – Personal abgebaut werden konnte. Bei den Sachkosten ergeben sich erhebliche Minderaufwendungen für den Fahrleitungsunterhalt (im Vorjahr Kosten für die Durchbindung Linien 3 und 6 und die Sanierung der Frauenfelderstrasse), reduzierten Fahrzeugunterhalt der MB-Trolleybusse (werden im Jahr 2010 ersetzt) und den Infrastrukturunterhalt für Gebäude und Haltestellen. Die Kapitalkosten sind auf dem Niveau des Vorjahres, da die zusätzlichen Abschreibungen 2007 durch den Wegfall einer ausserordentlichen Abschreibung 2006 kompensiert wurden und die Kapitalzinsen auf einem annähernd gleich hohen Anlagebuchwert wie im Vorjahr basieren.



Begeisterte Besucherinnen und Besucher am Stadtbus-Fest

Die Nebeneinnahmen sind geringer als im Vorjahr (– 11.0 %). Mindererträge infolge Akquisitionsprobleme bei Heckwerbung und Hängekartons führten zu einem Rückgang der Werbeeinnahmen.

Im Weiteren sind weniger verrechenbare Leistungen an Dritte (Reparaturen Werkstatt und Arbeiten für VBG) ausgeführt worden.

Die Betriebsreserve weist folgende Zahlen aus:

Betriebsreserve	Einlage Fr.	Entnahme Fr.	Saldo Fr.
Betriebsreserve per 1.1.			2 906 253.44
Diverse Personalaktionen		– 34 862.45	
Ergebnis Rechnung	1 376 620.04		
Betriebsreserve 31.12.	1 376 620.04	– 34 862.45	4 248 011.03

Leistungsspiegel SBW

Aufwand / Einnahmen	2006	2007	ABW %
Personalaufwand in Tausend Fr.	25 802	26 173	1,4
Sachaufwand	7 770	6 933	– 10,8
Kapitalaufwand	4 907	4 912	0,1
Transportbeauftragter	11	11	0,0
Total Aufwand	38 490	38 029	– 1,2
Total Nebeneinnahmen	2 306	2053	– 11,0

Gesamtaufwand pro Fahrplankilometer

Personalaufwand	Fr./km	5,83	5,81	– 0,3
Sachaufwand	Fr./km	1,75	1,54	– 12,0
Kapitalaufwand	Fr./km	1,11	1,09	– 1,7
Total Fahrplankilometer	Fr./km	8,69	8,44	– 2,8

Personalbestand per 31.12. (Anzahl Mitarbeitende)

Direktion / Verwaltung	Anzahl	24	24	0,0
Betrieb und Fahrpersonal	Anzahl	182	185	1,6
Technik und Werkstatt	Anzahl	28	27	– 3,6
Auszubildende	Anzahl	2	2	
Total Personalbestand	Anzahl	236	238	0,8

Fahrzeugbestand per 31.12.

Gelenktrolleybusse	Anzahl	31	31	0,0
Standardautobusse	Anzahl	30	31	3,3
Gelenkautobusse	Anzahl	15	15	0,0
Total Fahrzeuge	Anzahl	76	77	1,3

Fahrplankilometer

Stadt	Trolleybusse	km	1 709 943	1 742 879	1,9
	Autobusse	km	1 697 323	1 728 492	1,8
	Total Stadt	km	3 407 266	3 471 371	1,9
Region	Winterthur – Flughafen	km	525 061	516 175	– 1,7
	Winterthur – Elsau	km	88 893	100 483	13,0
	Winterthur – Dättlikon	km	134 692	147 107	9,2
	Winterthur – Gundetswil	km	126 415	123 592	– 2,2
	Brütten – Nürensdorf – Effretikon	km	89 711	93 153	3,8
	Nachtbusse	km	37 718	51 262	35,9
Total Region		km	1 002 490	1 031 772	2,9
Total Stadt und Region		km	4 409 756	4 503 143	2,1

Energieverbrauch

Fahrstrom	kWh	5 448 025	5 411 045	– 0,7
Dieselöl	Liter	1 229 810	1 357 227	10,4

Landesindex (Basis 2005 = 100 Punkte)

Stand Dezember	Punkte	100,60	102,60	2,0
----------------	--------	--------	--------	-----

Neuer Direktor von Stadtbus Winterthur

Am 1. März nahm Thomas Nideröst als Direktor seine Arbeit auf. Als Betriebsökonom war er mehrere Jahre beim Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) im Controlling tätig, bevor er 2001 in das Amt für Verkehr des Kantons Zürich wechselte. Wichtige Fragen standen bei Stellenantritt an: Systementscheid im Zusammenhang mit der Ersatzbeschaffung von 21 Trolleybussen, Bedürfnisse des öffentli-

chen Verkehrs in der Neugestaltung des Bahnhofplatzes, Ausbau des Depots Grüzefeld aufgrund eines steigenden Bedarfs nach neuen Fahrzeugeinstellplätzen, Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs im Marktgebiet von Stadtbus Winterthur und Erschliessung neuer Quartiere. Ziel war und bleibt für die Geschäftsleitung, den öffentlichen Verkehr attraktiv zu gestalten und damit nicht nur Pendlerinnen und Pendlern, sondern auch den potenziellen Fahrgästen in der Freizeit eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu bieten.

Angebotsentwicklung 2008

Das Geschäftsjahr stand ganz im Zeichen der weiteren Angebotsentwicklung. Stadtbus Winterthur erwartet ab Dezember 2008 einen grossen Schritt beim städtischen Verkehrsangebot. Der 20-Minuten-Takt soll abgelöst und in die Taktfamilie 7,5-/15-/30-Minuten-Takt überführt werden. Neubaugebiete sind grundsätzlich frühzeitig zu erschliessen, damit den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern eine echte Wahl bei den Verkehrsmitteln zur Verfügung steht. Die Betriebszeiten sollen sukzessive verlängert werden, damit auch beim Freizeitverkehr Stadtbus Winterthur genutzt werden kann.

Für grössere Angebotsausbauten müssen zumeist neue Fahrzeuge bestellt und gefertigt werden, Strasseninfrastrukturen angepasst oder neu gebaut und Haltestellen errichtet werden. Zusätzlich sind entsprechende Depotplätze vorzusehen und neues Personal anzustellen. Diese Vorlaufszeit führt dazu, dass sich Stadtbus Winterthur bereits im Berichtsjahr intensiv mit dem Angebotskonzept für 2008/2009 beschäftigte. Insbesondere sind für die Erschliessung der Neubaugebiete Niederfeld, Dätt-
nau und Oberwinterthur bis im Dezember 2008 neue Strassen und Strassenanpassungen notwendig, um den öffentlichen Verkehr gezielt verbessern zu können.

Trolleybusse: Vorbereitungen für den Systementscheid

Die heutige Dieselbusflotte besteht ausschliesslich aus klimatisierten Niederflurfahrzeugen. Die zehn im Jahr 2006 beschafften Trolleybusse verfügen ebenfalls über diese Technik. Dem stehen 21 Trolleybusse gegenüber, die zwischen 1982 und 1988 in Betrieb genommen wurden und mittlerweile nicht mehr den Anforderungen an den Komfort entsprechen und deshalb 2009 und 2010 ersetzt werden. Der Umfang der Ersatzbeschaffung bzw. der zu tätigen Investition – je nach Antriebssystem 12 bis 24 Mio. Franken – bewog Stadtbus Winterthur, eine Studie betreffend das künftige Antriebssystem in Auftrag zu geben.

Im Rahmen der von zwei renommierten Büros durchgeführten Analysen konnten Fahrzeuge mit den Antriebsenergien Wasserstoff oder Brennstoffzellen mangels marktreifer Produkte in der Beurteilung ebenso wie Hybridfahrzeuge nicht weiterverfolgt werden, da deren Serienproduktion erst 2009 zu erwarten ist. Ebenfalls nicht weiter prüfbar waren die mit Gas betriebenen Fahrzeuge: Deren ökologischen Vorteile beruhen ausschliesslich auf der Nutzung von Biogas. Eine Rahmenbedingung, welche heute der Markt in Winterthur nicht zu erfüllen vermag.

Somit ist der Entscheid zwischen Dieseln und Trolleybussen zu fällen: Erstere zeichnen sich durch tiefere Beschaffungs- und Betriebskosten aus, Letztere sind zumindest aus lokaler Sicht umweltschonender.

Fahrgastentwicklung

Auf den Linien mit teilweise geänderten Fahrrouten und verbessertem Angebot konnten erfreuliche Fahrgastzunahmen realisiert werden. Dies zeigt, dass die im Dezember 2006 eingeführten Angebotsveränderungen einem Bedürfnis entsprachen. Besonders erfreulich ist die Zunahme der Linien 10 und 14. Während die Linien 2 und 3 geringfügige Zunahmen aufwiesen, war das Ergebnis der Linie 1 aus nicht ganz nachvollziehbaren Gründen rückläufig. Trotzdem weist das Jahresergebnis eine Zunahme der Fahrgastzahlen von 1 % auf. Nicht vergleichbar mit dem Vorjahr sind die Fahrgastzahlen auf den Linien 3 und 5 aufgrund ihrer Durchbindung mit den ehemaligen Linien 6 bzw. 13. Die anziehenden Treibstoffpreise haben bisher noch zu keinem Verlagerungseffekt zugunsten von Stadtbus geführt. Es wird davon ausgegangen, dass die gute Konjunkturlage im vergangenen Jahr diesen Verlagerungseffekt verhindert hat. Für das Jahr 2008 wird eine weitere Zunahme der Fahrgastfrequenzen erwartet.

Die Fahrgastzahlen wurden auch für die Vorjahre neu berechnet, da Ungenauigkeiten bei der Hochrechnung bereinigt werden konnten. Aus statistischen Gründen werden nur die Summen über die Regionen publiziert.

	2005	2006	2007
Stadt	19 458 947	20 536 469	20 859 555
Region	1 595 234	1 513 782	1 440 787
Nachtbus	35 519	28 569	38 535
Total	21 089 700	22 078 820	22 338 877

Bus als rollende Werbefläche

Verkehrsmittelwerbung lohnt sich. Zu diesem Schluss kam eine in Zürich durchgeführte Marktforschung einer namhaften Firma. Öffentliche Verkehrsmittel sind nach den Plakatstelen die am zweithäufigsten beachteten Werbeträgerinnen.

Die Werbung am und im Bus wirkt über die Stadtgrenzen hinaus. Die Heck- und Dachwerbung gilt als besonders auffallend, da sie nicht nur von Fahrgästen wahrgenommen wird, sondern auch von anderen Verkehrsteilnehmenden. Noch höhere Bekanntheitswerte erreichen die Bus-Ganzbemaalungen.

Mit Stadtbus Winterthur verkehren täglich durchschnittlich 55 000 Fahrgäste, und am Hauptbahnhof sind jeden Tag rund 80 000 Fussgängerinnen und Fussgänger unterwegs. Das gute Image, die Sicherheit, die Dichte des Verkehrsnetzes sowie die Attraktivität des Angebotes weisen Stadtbus Winterthur als gern gesehenen Sympathieträger in Verbindung mit der Werbung im und am Bus aus.

TOP-Bus: Die gewinnbringende Zusammenarbeit

Seit November verkehrt auf verschiedenen Linien der Radio-/Tele-Top-Stadtbus. Im vorderen Bereich treten die rote Busfront, die rot-weiße Raute und das Stadtbuslogo im Kontrast zu den für den Werbeauftritt gestalteten Flächen noch markanter in Erscheinung. Damit behält Stadtbus sein Erscheinungsbild und sichert seine Identität.

Der neue Top-Bus, als Feinverteiler innerhalb der Stadt, symbolisiert zusammen mit der bereits bestehenden Top-Thurbo-Zugskomposition die Transportkette des öffentlichen Verkehrs und steht damit für die Vernetzung der Städte und Gemeinden im Sendegebiet.



Radio-/Tele-Top-Stadtbuss: Gelungene Zusammenarbeit

Tag der offenen Tore

Mit einem Tag der offenen Tore im Depot Grüzefeld bot Stadtbuss Winterthur der Bevölkerung am 15. September Gelegenheit zu einem Blick hinter die Kulissen von Werkstatt und Leitstelle. Rund 3000 Besucherinnen und Besucher haben mit grossem Interesse dem Personal zugeschaut, sich über Angebot und Technik informiert oder bei einer Führung durch die Oldtimersammlung die Anfänge der Busgeschichte aufleben lassen.

Die grosse Depothalle wurde zur temporären Festwirtschaft. Einen tollen Rahmen bildeten drei Musikbands – Wild River Jazzband, Un Poco Loco und die Schilcher –, die gute Stimmung verbreiteten und zum Sitzenbleiben ermunterten. Höhepunkt war die Versteigerung von Kuriositäten aus dem Stadtbuss-Alltag, die unter der Regie von Stadttammann Roland Isler unter den Hammer kamen: Alte Haltestellen-Tafeln waren genauso begehrt wie ausgediente Sitze, und für das Stück Tramschiene wurde ebenso eifrig geboten wie für eine alte WV-Mütze mit Krawatte. Der Erlös dieser Aktion wurde an eine wohltätige Institution überwiesen.

Das «Stadtbuss-Fest» bildete mit anderen Events auf Stadtgebiet den Auftakt zur Mobilitätskampagne «clevermobil», mit der die Stadt Winterthur die Bevölkerung für das Thema «Mobilität» und die optimale Nutzung der verschiedenen Verkehrsmittel und -wege sensibilisieren will.

Doppelgelenkbus im Test

Im Hinblick auf den Ersatz von 21 Trolleybussen hat Stadtbuss einen 25-Meter-Trolleybus mit zwei Gelenken getestet. Im Zentrum dieser Fahrten stand die technische Machbarkeit aufgrund der teilweise engen Platzverhältnisse insbesondere im Bereich des Hauptbahnhofs. Ebenso sollten die Vor- und Nachteile des Einsatzes solcher Fahrzeuge für die Kundschaft und den Betrieb analysiert werden.

Die Testfahrten verliefen zufriedenstellend, selbst enge Kurven meisterte der von den Verkehrsbetrieben Luzern zur Verfügung gestellte Bus. Trotz guten Testergebnissen ist in den nächsten Jahren nicht mit dem Kauf solcher Fahrzeuge zu rechnen. Aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen werden während der Hauptverkehrszeit weiterhin Ersatzbusse eingesetzt, um Kapazitätsengpässe zu beheben.

Fahrpersonalschulung

Jährlich werden die rund 180 Mitarbeitenden des Fahrdienstes zu einem obligatorischen Weiterbildungstag aufgeboden. Im Zentrum des diesjährigen Programms standen die Schulung im Verkauf von Fahrausweisen, eine Instruktion im Tarifwesen sowie die Vermittlung der Neuerungen im Billettsortiment und im Preissystem.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Fahrzeugbedienung in speziellen Situationen, beispielsweise die Behebung von Störungen, Manövrierfahrten und das Anfahren mit Schneeketten. Bei der Leitstelle standen die künftige Entwicklung des Systems und die Optimierung der Abläufe im Vordergrund.

Mehr Leistung, mehr Fahrzeuge – Vorarbeiten für Depotweiterung laufen

Bei der Depotweiterung wird angestrebt, sämtliche Aufgaben der Unternehmung im Grüzefeld zusammenzuführen. Dies sollte es erlauben, die Abläufe im Betrieb, in der Technik und in der Verwaltung weiter zu optimieren. Mit dieser Zielsetzung wurde begonnen, die Grundlagen für einen Variantenentscheid auszuarbeiten, der bis Ende 2008 vorliegen sollte.

Im Lichte des sich konkretisierenden Ausbaus des Liniennetzes und des Angebotes in den kommenden Jahren wurden die Prognosen der Studie aus dem Jahre 2005 angepasst und insbesondere der Bedarf an Garagierungs-, Wartungs- und Reparaturplätzen neu definiert. Entsprechend ist davon auszugehen, dass das künftige Depot für mindestens 105 Fahrzeuge (heute 88 inkl. 11 Dienstfahrzeugen) Platz bieten sollte. Damit soll der angesichts steigender Energiepreise und überlastetem Strassennetz weiter zunehmenden Nachfrage nach ÖV-Leistungen mit einem leistungsfähigen Busnetz entsprochen werden können.

Es kann nur diejenige Depotvariante realisiert werden, welche sich im engen finanziellen Rahmen der vom ZVV gedeckten Betriebskosten realisieren lässt. In diesem Zusammenhang wird auch die künftige Nutzung der Liegenschaft an der Tösstalstrasse 86, wo heute etwa die Hälfte der Flotte (12-m-Autobusse) eingestellt wird und sich die Verwaltung befindet, von Interesse sein. Ein Verkauf dieses zentrumsnahen und vom ÖV sehr gut erschlossenen Areals für eine Büro-, Gewerbe- oder Wohnüberbauung ist zu prüfen, da die Mittel benötigt werden, um die Belastung des notwendigen Neubaus decken zu können.

Forstbetrieb

Der äusserst milde Winter 2006/07 und der frühe, sehr trockene Frühlingsbeginn dämpften den Energieholzabsatz. Für alle anderen Holz-Sortimente entwickelte sich die Marktlage positiv. Im Seemer Tobel konnte ein Waldlehrpfad eingerichtet werden. Die starken Niederschläge in der Nacht vom 8. auf den 9. August verursachten grosse Schäden an der Unteren Hafenstrasse und der Mantelstrasse am Chomberg. Der für den Wald günstige Witterungsverlauf wirkte sich insgesamt positiv auf die Vitalität der Waldbestände aus. Der schlechte Zustand einzelner Buchenbestände auf dem Lindberg und Eschenberg bleibt aber besorgniserregend.

Produktionsgrundlagen, Arbeitssicherheit, Öffentlichkeitsarbeit

Die bewirtschaftete Fläche hat im Berichtsjahr um 5556 Quadratmeter auf 1925 Hektaren zugenommen, davon 1902 Hektaren Wald, 17 Hektaren Kulturland und 6 Hektaren ertragsloses Land.

Mit 0,24 Unfällen pro Mitarbeitenden und 95 Ausfallstunden wegen Unfall wurden die Sicherheitsziele erreicht; es waren keine gravierenden Arbeitsunfälle zu verzeichnen. Nichtbetriebsunfälle ereigneten sich 0,17 pro Mitarbeitenden und verursachten wegen eher komplizierten Heilungsprozessen 947 Ausfallstunden.

Langfristige Gefahren für die Fruchtbarkeit der Waldböden standen im Zentrum der Öffentlichkeitsarbeit. Am Forstungsgang wurden die bisherigen Erkenntnisse aus dem Interkantonalen Dauerbeobachtungsprogramm für Waldböden präsentiert. Je eine Probefläche des Programms befindet sich beim Bäumlü und beim Hochacker auf dem Lindberg.

Verrechenbare Leistungen

Vom 1. September 2006 bis 31. August 2007 wurden im Stadtwald 18 000 Tariffestmeter (Tfm) Holz geerntet, das entspricht 83 % des Hiebsatzes (bewilligte nachhaltige Nutzungsmenge). Aus Durchforstungs- und Lichtungsschlägen stammen 8200 Tfm und aus Räumungen 7500 Tfm. Hinzu kommen Zwangsnutzungen beschädigter Bäume im Umfang von 100 Tfm, Schadholz aus Gewitterstürmen 1000 Tfm und 1200 Tfm vom Borkenkäfer befallenes Holz.

Nutzung im Forstjahr 2007 in Tariffestmetern

Wirtschaftsteil	Fläche ha	Hiebsatz Tfm	Nutzung Tfm	± %
Eschenberg	757	10 000	8 700	- 13
Lindberg	198	1 100	1 200	+ 9
Brühlberg	132	1 200	1 100	- 8
Kümbel	181	2 400	1 900	- 21
Töss	83	850	900	+ 6
Wülflingen	257	2 100	1 230	- 41
Woffenberg	83	1 100	740	- 33
Seen	184	2 500	1 680	- 33
Hornsäge	27	450	550	+ 22
Total	1 902	21 700	18 000	- 17
Vorjahr	1 901	22 400	19 200	- 14

Die verkaufsfertig aufgerüsteten 16 750 m³ Holz setzen sich aus folgenden Hauptsortimenten zusammen:

Sortiment	2007 in m ³	2007 in Fr.	2006 in m ³	2006 in Fr.
Nadelstammholz	9 000	1 008 000	9 200	804 000
Laubstammholz	1 800	200 000	2 100	190 000
Industrieholz	850	32 000	300	8 000
Energieholz	5 100	362 000	6 700	470 000
Total	16 750	1 602 000	18 300	1 472 000

Trotz des milden Winters entwickelte sich der Energieholzabsatz erfreulich. 13 000 Schüttkubikmeter Holzschnitzel konnten im Berichtsjahr produziert und den Heizanlagen zugeführt werden. Im Herbst wurde im Schulhaus Schachen eine neue Holzschnitzelheizung in Betrieb genommen.

Mit verrechenbaren Dienstleistungen erreichte man einen Umsatz von 650 000 Franken. Grössere Aufträge waren: Sicherheitsholzerei für die SBB, Holzschläge im

Privatwald, Rodungsarbeiten und Bepflanzung Deponie Riet, Parkholzerei für Stadtgärtnerei, Gartenholzerei für zahlreiche kleine Auftraggeber, Winterdienst, Bachholzerei, Bachverbauung und Sanierung von Schwemmschäden an Fusswegen für das Strasseninspektorat, Eichenförderungskonzept Winterthur im Auftrag des Amts für Landschaft und Natur des Kantons Zürich.

Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Auf dem gesamten Wegnetz wurden laufend Unterhaltsarbeiten (Abranden, Ränder mulchen, Flickarbeiten und Sanierung von Durchlässen) ausgeführt. 3600 m Waldwege konnten neu bekieset werden.

Gepflanzt wurden im Berichtsjahr insgesamt 150 Fichten, 50 Lärchen, 400 Douglasien, 100 Eichen und 300 Robinien als Ergänzung der natürlichen Baumartenpalette sowie 950 Fichten für Christbäume. Im Laufe des Sommers wurden auf 45 Hektaren Jungwüchse und Dicken gepflegt sowie Stangenholzer durchforstet und – falls sinnvoll – wertgeastet. Auf 11 Hektaren wurde Schlagpflege ausgeführt.

Forstmeister, Förster und Forstwerte haben über 500 Stunden Exkursionen und Waldführungen für Schulklassen, Vereine und Privatpersonen geleitet oder Referate zu verschiedensten Themen gehalten.

Am 29. Mai erfolgte der Spatenstich für eine neue Wolfsanlage im Wildpark Bruderhaus. Das über den Wildparkverein Bruderhaus finanzierte Projekt ist ein erster Schritt zur Umsetzung des Entwicklungskonzepts 2020.

Der Tierbestand Ende 2007 umfasst:

Tierart	männlich	weiblich	Jungtiere
Rothirsch	1	4	4
Damhirsch	3	11	5
Sikahirsch	1	4	3
Mufflon	5	5	6
Wildschwein	1	2	-
Wildpferd	2	6	1
Wisent	1	3	1
Luchs	2	-	-

Im Rahmen des Waldrandpflegekonzeptes, des Inventars der kommunalen und überkommunalen Naturschutzobjekte und des Inventars der Waldstandorte von naturkundlicher Bedeutung (WNB) wurden 280 Aren lichte Wälder, 972 Laufmeter Waldränder und 410 Aren eibenreiche Bestände gepflegt. Im Lindberg und in der Bannhalde wurden je ein weiteres Biotop im Rahmen des Natsstandortkonzeptes realisiert. Mit Unterstützung des Rotary Club Winterthur konnte der Forstbetrieb im Seemer Tobel einen 3,4 Kilometer langen Lehrpfad realisieren. An 16 Stationen werden verschiedenste Aspekte des Waldes als Lebens- und Erholungsraum, als Rohstofflieferant und als Naturraum beleuchtet. Der Bevölkerung von Seen und Oberseen steht somit eine sehr attraktive Anlage für die Naherholung und die persönliche Weiterbildung zur Verfügung. Der Lehrpfad startet lediglich 250 m östlich der Busendstation Oberseen.

Im ganzen Betrieb wurden 670 Stück Einzelschutz für Jungbäume gegen Verbiss durch Wildtiere erstellt. 160 Laufmeter ausgediente Zäune wurden entfernt.

Im Berichtsjahr konnten 28 Veranstaltungsbewilligungen, 42 Fahrbewilligungen für Veranstaltungen, 64 Fahrbewilligungen für Zufahrt zu Waldhütten und 75 Fahrbewilligungen für diverse Vorhaben im Wald erteilt werden.

Stadtgärtnerei

Die wichtigsten Projekte der Stadtgärtnerei waren der Baubeginn für die erste Etappe des Eulachparks, die Fertigstellung und Einweihung der Urnenwand im Friedhof Töss, die Gesamtanierung der Gärtnerei Büel sowie die Überarbeitung des Natur- und Landschaftsschutzinventars.

Öffentliche Grünanlagen

Die öffentlichen Grün-, Sport-, und Schulanlagen sowie die städtischen Naturschutzgebiete umfassen eine Fläche von rund 170 Hektaren und werden von den Mitarbeitenden der Abteilung Grünanlagen (47 Vollzeitstellen) gepflegt. Dies ergibt eine Pflegefläche von rund 36 000 m² pro Mitarbeitende. Die häufigsten Tätigkeiten sind Beseitigen von Unrat, Wiesen- und Rasenpflege, Gehölz- und Baumschnitt, Bepflanzen und Pflegen von Blumenrabatten, Unterhalten von Wegen und Plätzen, Kontrolle und Reparatur von Kinderspielgeräten und Sitzbänken. Die Mitarbeitenden haben die verschiedensten Berufsausbildungen, vom Gärtnermeister, Baumpfleger, Gärtner, Chauffeur, Hilfgärtner bis zum Mechaniker. Zudem werden vier Attest-Lehrstellen für Gartenarbeitende angeboten.

Die Nutzung der öffentlichen Grünanlagen ist einem steten Wandel unterworfen. Die meisten Parkanlagen wurden für beschauliche Spaziergänge oder ruhige Aufenthalte geplant, gebaut und gepflegt. Seltene Bäume, grüne Rasenflächen und farbige Blumenbeete erfreuten die Besucherinnen und Passanten. Heute herrscht in den Parks vielfach hektik, Leute treffen sich in grossen Gruppen, Mahlzeiten werden im Freien eingenommen, es werden spontan kleinere und grössere Feste abgehalten. Die gartenartig gestalteten Parkanlagen halten dieser Art von Nutzung nicht mehr stand, der Pflegeaufwand steigt und die ästhetische Wirkung nimmt gleichzeitig ab. In den kommenden Jahren müssen deshalb zahlreiche öffentliche Anlagen in ihrer Konzeption überprüft und allenfalls den neuen Bedürfnissen angepasst werden. Die Stadtgärtnerei beteiligt sich mit fünf Städten (Basel, Luzern, Schaffhausen, St.Gallen und Zürich) an einem Projekt «Nutzungsmanagement» der Hochschule Luzern, welches Lösungsansätze für künftige Gestaltungen und die Nutzung aufzeigen soll.



Am 6. August 2007 erfolgte der Spatenstich zur ersten Etappe des Eulachparks. Von links: Regierungsrat Markus Kägi, Heinz Kläui, Präsident Ortsverein Oberi, Stadtrat Matthias Gfeller, Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei.



Bau einer Sitzbühne an der Eulach. Infolge der Hochwassergefahr mussten die Bauwerke mit Spundwänden gesichert werden.

Neben den Pflegearbeiten sind auch neue oder nicht geplante Aufgaben zu erledigen; die Bekämpfung des Feuerbrandes gehört dazu. Winterthur war bis 2006 von dieser Bakterienkrankheit, die vor allem in Obstkulturen wütet, weitgehend verschont geblieben. Die rigorose Bekämpfung der Wirtspflanzen – insbesondere Cotoneaster-Arten – in öffentlichen Grünflächen und Privatgärten während der letzten fünf Jahre mag dazu beigetragen haben. Im Berichtsjahr wurden bei den durchgeführten Kontrollen aber befallene Pflanzen festgestellt. Fünf Quitzenbäume mussten gefällt und entsorgt werden. Grösseren Aufwand verursacht auch die Bekämpfung der Ambrosia artemisiifolia. Diese eingeschleppte Pflanze kann bei Menschen sehr heftige allergische Reaktionen auslösen. In Winterthur wurden rund zwanzig Pflanzen entdeckt und beseitigt. Das Bestimmen der Ambrosia ist schwierig, da sich beim Aufwachsen die arttypischen Merkmale immer wieder ändern. Die Stadtgärtnerei investierte rund 370 Arbeitsstunden in die Bekämpfung des Feuerbrandes und der Ambrosia.

Im Stadtgarten wurde die über 50 Jahre alte Bewässerungsanlage vollständig erneuert. Die Bewässerung des Stadtgartens ist notwendig, damit die Grünflächen den hohen Nutzungsansprüchen standhalten und insbesondere nach Grossanlässen rasch wieder ansprechend aussehen. Die Kinderspielplätze Brühlberg, Jonas Furrer, Eichwäldli und Eichliacker wurden erneuert und im Zusammenhang mit Strassensanierungen konnten neue Alleebläume gepflanzt werden, beispielsweise an der Bäumli-, der Frauenfelder-, der Agnes-, der Oberen Brigger- und der St.Gallerstrasse. Im Rahmen des Projektes «Töss» konnten mit interessierten Eltern die Kinderspielplätze des Stadtteils begutachtet und ein Erneuerungsprojekt für den Spielplatz Nägelsee entworfen werden. Für den gesamten Stadtteil Töss wurde ein Freiraumkonzept erarbeitet.

Die Detailprojektierung für die erste Etappe des Eulachparks konnte abgeschlossen und die Arbeiten vergeben werden. Am 6. August fand der Spatenstich statt. Die Eulach, die bisher in einen engen Kanal gezwängt war, fliesst bereits durch ein natürlich gestaltetes Bett und die Böschung ist parkseitig so abgeflacht, dass der Zugang zum Wasser möglich ist. Die neue Fussgängerbrücke, die den Zugang in den Park vom Reismühleweg her ermöglicht, ist gebaut, der Unterbau des Promenadenwegs erstellt und die Geländemodulierung in den Grundzügen erkennbar. Dieser erste Parkteil wird im Herbst 2008 fertig erstellt sein.

Bestattungswesen und Friedhöfe

Im Berichtsjahr sind 803 Personen mit Wohnsitz in Winterthur verstorben. Davon liessen sich 684 in einem der Winterthurer Friedhöfe bestatten: 397 im Friedhof Rosenberg, 90 in Oberwinterthur, 107 in Seen, 40 in Töss und 50 in Wülflingen. 119 Urnen wurden nach Hause genommen oder in einer anderen Gemeinde beigesetzt. Kremiert wurden 721 Verstorbene aus Winterthur und 1544 aus über 80 Vertragsgemeinden.

Die Erdbestattungen nahmen während der letzten zehn Jahre von 140 auf 82 ab, die klassischen Urnengräber von 380 auf 263. Die Bestattungen in Urnennischen nahmen im gleichen Zeitraum von 85 pro Jahr auf 163 zu, was auf den Bau der Nischenwände in den Vorortsfriedhöfen zurückzuführen ist. Desgleichen stieg die Zahl der Beisetzungen im Gemeinschaftsgrab in den letzten zehn Jahren von 104 auf 139 an. In Baumgräbern wurden 24 Urnen beigesetzt. Die Wandlung der Bestattungswünsche hat auch Auswirkungen auf die Umsätze bei der Grabpflege und im Blumenverkauf.

Die Bestattungs- und Pflegearbeiten im Friedhof Rosenberg werden durch die Stadtgärtnerei ausgeführt, diejenigen in den Vorortsfriedhöfen durch eine private Gartenbaufirma. Das Einsargen und der Leichentransport werden ebenfalls durch ein privates Bestattungsunternehmen ausgeführt.

Auch im vergangenen Jahr interessierten sich wieder zahlreiche Fachleute und Medien aus dem In- und Ausland für die Architektur, die Technik und den Betrieb des Krematoriums. Die prognostizierte mittelfristige Auslastung wurde mit 2265 Einäscherungen bereits erreicht. Es wird weiterhin mit einer geringen Zunahme gerechnet.

Im Friedhof Rosenberg konnten erste Phasen des Entwicklungskonzeptes umgesetzt werden: Mit der Sanierung des Parkplatzes wurden die asiatischen Baumhaseln durch heimische Feldahorne ersetzt und bei den Urnenwänden wurde durch zahlreiche Neupflanzungen der lichte Wald wieder hergestellt. Im Friedhof Töss weihten Vertreter der Landeskirchen im Beisein des zuständigen Stadtrates im Frühjahr die Urnenwände ein. Die Anlage besteht aus zwei Mauern mit total 102 Doppelnischen. Somit stehen seit Frühjahr in allen Winterthurer Friedhöfen Urnennischen zur Verfügung. Im Friedhof Oberwinterthur wurde gegen die Frauenfelderstrasse hin eine Lärmschutzwand erstellt. Die Lärmbelastung war derart hoch, dass bei Bestattungen die Worte kaum verstanden wurden. Die

Gewächshausanlage im «Büel» konnte nach einer langwierigen Projektierungs- und Abklärungsphase saniert werden. Die drei ältesten Gewächshäuser wurden durch eine mehrschiffige Anlage ersetzt, die dem aktuellen Stand der Technik, insbesondere auch betreffend Energieeffizienz, entspricht. Der massiv gebaute Werkraum und eines der Glashäuser blieben bestehen. Die Heizung wurde von Ölfeuerung auf eine kombinierte Gas-/Ölanlage umgestellt.

Der Bestattungs-, Friedhofs- und Gärtnereibereich hat insgesamt 34 Stellen und bietet 7 Lehrstellen. Es werden rund 215 000 Topf- und Gruppenpflanzen produziert, welche im Friedhof, in den Büros der Stadtverwaltung und in den Parkanlagen verwendet werden.

Naturschutz

Die Gesamtfläche der von der Stadt beaufsichtigten Naturschutzgebiete beträgt rund 404 000 m², wovon 237 000 m² von überkommunaler Bedeutung sind. Die Pflege dieser Flächen obliegt zahlreichen Landwirten oder Privatpersonen, dem Forstbetrieb und der Stadtgärtnerei. Die Mitarbeitenden der Stadtgärtnerei wendeten für die Pflege der 280 000 m² rund 2700 Arbeitsstunden auf. Für Projektarbeit und Beaufsichtigung wurden ca. 1140 Arbeitsstunden aufgewendet, wovon 460 Stunden durch externe Büros. 8500 m² Buntbrachen, 10 200 m² Magerwiesen, 1200 m Hecken und Uferbepflanzungen wurden neu geschaffen und 24 Hochstammobstbäume gepflanzt.

Zunehmend Probleme entstehen in den Naturschutzgebieten durch invasive Neophyten, die sich aufgrund der für sie günstigen Bedingungen rasch ausbreiten und heimische Arten verdrängen. Darunter sind auch für den Menschen gefährliche Arten wie die Ambrosia. Die Stadtgärtnerei hat die Standorte der Neophyten in den Naturschutzgebieten aufgenommen, so dass in den kommenden Jahren eine gezielte Bekämpfung durchgeführt werden kann. Neophyten erster Priorität, d.h. Ambrosia, Riesenbärenklau und Knöterich-Arten, wurden zusätzlich zur Kartierung direkt in die Datenbank des Kantons Zürich eingegeben. Die Kartierung beschränkte sich insgesamt aber auf die wichtigsten invasiven Arten, d.h. auf sich sehr schnell ausbreitende Arten (z.B. Goldruten), für den Menschen gesundheitsgefährdende Arten (z.B. Ambrosia, Riesenbärenklau) oder sehr schwierig zu bekämpfende Arten (z.B. Knöterich).

Um Naturschutzthemen besser zu vermitteln, wurden im Wildpark Bruderhaus zwei Standaktionen mit den Themen «Nachtleben – Fuchs und Igel» und «Schmetterlinge fördern» durchgeführt. Sie stiessen auf grosses Interesse.

Bei der Lehmgrube Dätttau wurde ein Teil des zugewachsenen Ödlandbereichs aufgebrochen, um bestimmten Tier- und Pflanzenarten wieder einen idealen Lebensraum zu schaffen. Auf der Grundlage des Vernetzungsprojektes Iberg/Eidberg und im Zusammenhang mit der Umnutzung des Hofes «Grienen» wurde eine Machbarkeitsstudie und ein Vorprojekt zur Erstellung eines grosszügigen Amphibienlaichgewässers durchgeführt. Für die Renaturierung des «Qualletbachs» im «Zelgli» wurde die 1. Etappe umgesetzt. Der Trockenstandort «Chöpfli» konnte in Zusammenarbeit mit dem Forstbetrieb durch verschiedene Massnahmen (Sträucher und Brombeeren roden, Robinien fällen) aufgewertet werden.



Urnennischen im Friedhof Töss

Der Grosse Gemeinderat

Der Grosse Gemeinderat trat zu 12 Doppelsitzungen (Vorjahr 11) und zu 1 (3) einfachen Sitzung zusammen.

Die nachfolgenden Kommissionen des Grossen Gemeinderates erledigten ihre Geschäfte an folgenden Sitzungen:

- Ratsleitung (RL) 4 (1)
- Aufsichtskommission (AK) 25 (17)
- Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) 31 (22)
- Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) 20 (10)
- Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) 16 (13).

Der Grosse Gemeinderat verabschiedete folgende Geschäfte:

22. Januar 2007

- I. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend neue Vorschriften Nutzung des öffentlichen Raums in der Altstadt wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Die dringlich erklärte Interpellation A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Winterthur in allen Zügen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- III. Für die Projektierung des Schulhausneubaus Niderfeld in Wülflingen wird zum bereits bewilligten Projektierungskredit von 300 000 Franken ein zusätzlicher Kredit in der Höhe von 320 000 Franken bewilligt.
- IV. Für die Planungs- und Projektierungskoordination der privaten und öffentlichen Bauvorhaben im Stadtraum Bahnhof Winterthur wird ein Kredit von 550 000 Franken zulasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 30. Juni 2006.
- V. Für den Neubau einer öffentlichen Toilettenanlage im Stadtpark wird ein Kredit von 360 000 Franken zulasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Juni 2006.
- VI. Für die Installation eines neuen Parkleitsystems in der Stadt Winterthur wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Betriebs Parkhäuser und Parkplätze ein Kredit von 1 600 000 Franken bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 30. März 2006.
- VII. Für den Einkauf von drei zusätzlichen Arbeitgeberkrippenplätzen beim «Verein Arbeitgeberkrippe» wird der jährlich wiederkehrende Kredit zu Lasten der laufenden Rechnung um 87 000 Franken auf neu jährlich 353 000 Franken erhöht.
- VIII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat M. Schwager (SP) betreffend Erhöhung des Angebots von Krippenplätzen für städtische Angestellte wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

40 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen und 3 Gesuche werden um je 1 Jahr zurückgestellt.

12. März 2007

- I. Als neue Stimmzählerin für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Barbara Günthard Fitze (EVP) gewählt.
- II. Die Interpellation W. Langhard (SVP) betreffend Grundstückspekulation für die KVA, wie weiter? wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- III. Als neues Mitglied der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Barbara Günthard-Maier (FDP) gewählt.
- IV. Als neue Mitglieder der Sachkommission Bau und Betriebe für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 werden Urs Fischer (EVP) und Jürg Altwegg (Grüne) gewählt.
- V. Für die Erstellung von zwei Salzsilos und für die Zusammenlegung der Revierstützpunkte 84 und 86 in einem Neubau in Töss-Auwiesen wird ein Bruttokredit von 2 490 000 Franken (inkl. MwSt) zu Lasten der Investitionsrechnung des Betriebes Werkhof Tiefbau bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 30. September 2006.
- VI. Die neue Geschäftsordnung der Vormundschaftsbehörde Winterthur vom 14. März 2006 wird gemäss GGR-Weisung Nr. 2006/084 genehmigt.
- VII. 1. Für die Bereitstellung von niederschwelligen Arbeitsmöglichkeiten im Taglohn-System wird dem Verein Läbesruum (Winterthur) ab dem Jahr 2007 ein jährlich wiederkehrender Beitrag von maximal 770 000 Franken gewährt.
2. Die Zuständigkeit für die Erhöhung des Kredites gemäss Ziffer 1 wird, in Anwendung von § 28 Abs. 1 Ziff. 17 der Gemeindeordnung, dem Grossen Gemeinderat übertragen, wobei dieser die Erhöhung mit dem Voranschlag beschliesst.
3. Die Beschlüsse gemäss Ziffern 1 und 2 werden als eine einheitliche Vorlage der obligatorischen Volksabstimmung unterbreitet.
4. Für den Fall, dass die Kreditvorlage gemäss Ziffer 1 durch das Volk abgelehnt werden sollte, wird der vom Grossen Gemeinderat am 21. März 2005 bewilligte Kredit von jährlich 242 000 Franken unter dem Titel «Arbeit statt Fürsorge» um zwei Jahre bis Ende 2008 verlängert.
- VIII. 1. Für den Erweiterungsneubau der Schulanlage Feld/Löwenstrasse wird ein Kredit von 3 327 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt.
2. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2006.
- IX. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- X. Für den Betrieb von «Tagesschulen in Winterthur» in den Schuleinheiten Brühlberg und Hegi während den Schuljahren 2007/08 und 2008/09 als Pilotprojekt wird ein Kredit von brutto 1 700 000 Franken, aufgeteilt auf die drei Rechnungsjahre 2007 bis 2009, zu Lasten der Kostenstelle 574100, Produkt 1 Städtische Kinderhorte der Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung, bewilligt. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich die totalen Nettokosten voraussichtlich auf rund 1 060 000 Franken belaufen werden.

- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat B. Gruber (SP) betreffend Einführung von öffentlichen Tages-schulen wird in zustimmendem Sinne Kenntnis ge-nommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

17 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 1 Gesuch wird um 1 Jahr zurückgestellt und 2 Gesuche werden abgelehnt. 3 Gesuche werden infolge Rückzug als erledigt ab-geschrieben.

2. April 2007

- I. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend Gefährdung der Existenz von Industrie- und Gewerbebetrie-ben im Grüze-Gebiet durch geplante Sunrise Mobil-funk-Antenne wird infolge Rückzug als erledigt ab-geschrieben.
- II. Die Interpellation A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Atomstrom in Winterthur wird dringlich erklärt und dem Stadtrat zur schriftlichen Beantwortung über-wiesen.
- III. Vom Bericht zur Frage «5 statt 7 Stadtratsmitglieder» wird gemäss GGR-Weisung Nr. 2006/086 Kenntnis genommen.
- IV. Die Schenkung des Wildparkvereins im Betrage von 400 000 Franken für das Erstellen eines Wolfs-geheges im Tierpark Bruderhaus wird angenommen, unter gleichzeitiger Bewilligung der jährlich wieder-kehrenden Ausgaben im Betrage von brutto 36 500 Franken für den Unterhalt der Anlage und die Haltung der Wölfe.
- V. Der Beschlussantrag B. Günthard-Maier (FDP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), L.C. Hübscher (Grüne/AL) und P. Wernli (SP) betreffend Reform Finanzaus-gleich vorantreiben – im Interesse aller! wird an die Aufsichtskommission überwiesen.
- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum WOV-Postulat E. Schlegel (SP) betreffend Förderung der Museums-pädagogik für Schulklassen wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- VII. Das Postulat U. Böni (SP) und M. Stauber (Grüne/AL) betreffend Handwerkerpark wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Die Motion U. Meyer (SP) und B. Günthard Fitze (EVP) betreffend Wiedereinführung Lunch-Checks wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- IX. Die Motion B. Stettler (SP), M. Stauber (Grüne/AL) und N. Gugger (EVP/EDU/GLP) betreffend Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubes für städtische Mitarbeiter wird an den Stadtrat überwiesen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

13 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 4 Gesuche werden um 1 Jahr zurückgestellt und 1 Gesuch wird abgelehnt. 1 Ge-such wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrie-ben.

7. Mai 2007

- I. Die dringlich erklärte Interpellation A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Atomstrom in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt ab-geschrieben.
- II. Vom Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle über das Jahr 2006 wird Kenntnis genommen.
- III. Die kommunale Richtplanung und die Zonenplanung

werden gemäss GGR-Weisung Nr. 2007/012, ausge-nommen Ziff. 2 und Ziff. 3.2, geändert.

- IV. Die Scheideggstrasse wird im Abschnitt Kronau-strasse bis St.Gallerstrasse aufgehoben. Das auf-gehobene Strassengebiet wird unentgeltlich ins Ver-waltungsvermögen von Stadtwerk Winterthur / KVA Winterthur übertragen.
- V. Für den Bau des Rad-/Gehwegs von der Haltestelle Winterthur Hegi bis Else-Züblin-Strasse, auf der Nordseite der SBB-Linie St.Gallen, wird ein Kredit von 600 000 Franken (inkl. MwSt) zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens be-willigt. Stichtag für die Berücksichtigung der teue-rungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Juli 2006.
- VI. Für die Erstellung eines Fussballplatzes auf dem Reitplatzareal in Winterthur-Töss wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von 928 000 Franken bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. November 2006.
- VII. Die Interpellation G. Bienz (CVP) und N. Gugger (EVP/EDU) betreffend Ausgangsregelung für Jugend-lische wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

24 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen und 1 Gesuch wird abgelehnt.

14. Mai 2007

- I. Als Präsident für das Amtsjahr 2007/2008 wird Peter Rütimann (FDP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	58
abgegebene Stimmzettel	58
leere und ungültige Stimmzettel	3
massgebende Stimmen	55
absolutes Mehr	28
Stimmen haben erhalten:	
Peter Rütimann (FDP)	54
vereinzelte Stimmen	1
- II. Als 1. Vizepräsident für das Amtsjahr 2007/2008 wird Walter Langhard (SVP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	59
abgegebene Stimmzettel	59
leere und ungültige Stimmzettel	7
massgebende Stimmen	52
absolutes Mehr	27
Stimmen haben erhalten:	
Walter Langhard (SVP)	43
vereinzelte Stimmen	9
- III. Als 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2007/2008 wird Yvonne Beutler (SP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	59
abgegebene Stimmzettel	59
leere und ungültige Stimmzettel	6
massgebende Stimmen	53
absolutes Mehr	27
Stimmen haben erhalten:	
Yvonne Beutler (SP)	43
vereinzelte Stimmen	10
- IV. Als neues Mitglied der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird S. Stierli (SP) gewählt.
- V. Als neues Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird A. Daurü (SP) gewählt.

18. Juni 2007

- I. Die Schriftliche Anfrage F. Helg (FDP) betreffend Regelungen zur Benützung von Schulanlagen (Benützungzeiten) wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation St. Fritschi (FDP), Ch. Kern (SVP), M. Hollenstein (CVP) und M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) betreffend «Stadtwerk-Dividende» durch Gebührenreduktion wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- III. Die Interpellation E. Schlegel (SP) betreffend Verkehrskonzept auf dem Eschenberg, Aufhebung illegaler Parkierrmöglichkeiten wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- IV. Als neue Mitglieder der Sachkommission Bau und Betriebe für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 werden E. Schlegel (SP) und U. Martinelli (EVP/EDU/GLP) gewählt.
- V. Als neue Mitglieder der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 werden O. Seitz (SP) und St. Schär (SVP) gewählt.
- VI. Als neues Mitglied der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird U. Meyer (SP) gewählt.
- VII. 1. Die Jahresrechnung 2006 der Stadtgemeinde Winterthur wird wie folgt abgenommen: Die Laufende Rechnung schliesst bei 1168 941 588.45 Franken Bruttoaufwand und 1167 047 016.17 Franken Bruttoertrag mit einem Aufwandüberschuss von 1894 572.28 Franken ab, der dem Eigenkapital zu belasten ist. Die Investitionsrechnung zeigt im Verwaltungsvermögen bei Bruttoausgaben von 88 684 601.82 Franken und Bruttoeinnahmen von 26 280 968.92 Franken eine Nettoinvestition von 62 403 632.90 Franken. Im Finanzvermögen resultiert bei Ausgaben von 6 611 690.80 Franken und Einnahmen von 29 225 928.35 Franken eine Desinvestition von 22 614 237.55 Franken. Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von je 1 146 725 363.42 Franken aus.
2. Der generelle Satz für die Einlagen in die bzw. die Entnahmen aus den Produktgruppen-Reserven beträgt 20 % der Nettozielabweichung.
3. Die Globalrechnungen 2006 der Produktgruppen werden wie folgt abgenommen: das Ergebnis des Soll-Ist-Vergleichs der parlamentarischen Zielvorgaben, die abgerechneten Globalkredite, die Einlagen in die bzw. die Entnahmen aus den Produktgruppen-Reserven.
- VIII. Der Geschäftsbericht 2006 wird genehmigt.
- IX. Der Geschäftsbericht 2006 des Ombudsmannes und des Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.
- X. 1. Das Personalstatut vom 12. April 1999 wird durch einen V. Nachtrag geändert.
2. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

40 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 2 Gesuche werden um je ein halbes Jahr zurückgestellt und 3 Gesuche werden abgelehnt. 1 Gesuch wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.

25. Juni 2007

- I. Die Interpellation W. Schurter (CVP), St. Fritschi (FDP), Ch. Kern (SVP) und R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) betreffend Verkehrsbetriebskonzept «Technikum-/Zür-

cherstrasse» wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.

- II. Als Beitrag an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing und deren Betriebsgesellschaft (GZA) wird für die Jahre 2007 bis 2009 ein Beitrag von 90 000 Franken bewilligt. Der Beitrag wird in jährlichen Tranchen zu 30 000 Franken ausbezahlt.
- III. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum WOV-Postulat M. Ott (SP) betreffend Fachstelle Sozialversicherungsrecht in der Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das WOV-Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- IV. Die Interpellation A. Meier-Camenisch (FDP) betreffend Reintegration der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- V. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Einführung eines Waldkindergartens wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- VI. Das Postulat M. Schwager (SP) betreffend kinderfreundliche Gemeinde wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- VII. Das Postulat B. Günthard-Maier (FDP) betreffend Impuls im familienergänzenden Betreuungsangebot dank Pragmatismus wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Die Interpellation B. Baltensberger (SP) betreffend gesunde «Pausenkioske» wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IX. Das Postulat N. Galladé (SP) betreffend Informationskampagne zum Verhalten bei Gewalt im öffentlichen Raum wird an den Stadtrat überwiesen.
- X. Das Postulat D. Hauser (SP) betreffend kommunale Massnahmen zur Eindämmung von Treibhausgasen wird an den Stadtrat überwiesen.
- XI. Die Motion D. Hauser (SP) betreffend die Kontrolle des ruhenden Verkehrs bleibt öffentlich wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- XII. Das Postulat B. Günthard Fitze (EVP) und M. Schwager (SP) betreffend seniorenfreundliche Stadt wird an den Stadtrat überwiesen.
- XIII. Die Interpellation M. Hollenstein (CVP) betreffend Winterthurer Denkmalpflege wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

9. Juli 2007

- I. Als neues Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird U. Dolski (CVP) gewählt.
- II. 1. Die Vorlage 2007/062 (Kredit für die Durchführung eines Fussballfestes für die Bevölkerung der Stadt Winterthur während der Euro 08) wird in zwei separate Teile (nachfolgend Ziffer 2 und 3) getrennt, welche einzeln dem fakultativen Referendum unterstehen.
2. Für die Durchführung eines Fussballfestes während der Euro 08 wird ein Kredit von 665 000 Franken zu Lasten der Laufenden Rechnung bewilligt. Der Kredit umfasst die städtischen Leistungen für die UBS-Arena, für die Fan-Meile sowie Spezialdienstleistungen (wie Polizei, Feuerwehr, Sanität, Stadtbuss), Organisation und Reserve. Der Stadtrat wird ermächtigt, innerhalb dieses Kreditrahmens weitere Projekte – ausgenommen Kulturprojekte – zu realisieren.

3. Zusätzlich zum Kredit für die Durchführung eines Fussballfestes während der Euro 08 wird ein Kredit von 250 000 Franken für ein kulturelles Rahmenprogramm zu Lasten der Laufenden Rechnung bewilligt.
- III. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat N. Galadé (SP) betreffend Euro 2008 und Stadtmarketing wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- IV. Für die Erstellung eines Bioschwimmbeckens als Ersatz für das bisherige Schulschwimmbecken, verschiedene Wert steigernde Massnahmen im Schwimm- und Erlebnisbereich, sowie Vorleistungen für die Installation einer Traglufthalle im Freibad Geiselweid (alles in Zusammenhang mit der Sanierung derselben) wird ein Bruttokredit von 1 580 000 Franken (exkl. MwSt.) zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Februar 2007.
- V. Für Sanierungs-, Renovations-, Umbau- und Erweiterungsarbeiten im Museums- und Bibliotheksgebäude (Museumstrasse 52) wird ein Kredit von 3 133 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und Mehrwertsteuer bedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2006.
- VI. Dem Beschlussantrag B. Günthard-Maier (FDP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), L.C. Hübscher (Grüne/AL) und P. Wernli (SP) betreffend Reform Finanzausgleich vorantreiben – im Interesse aller! wird zugestimmt.
- VII. Die Interpellation E. Schlegel (SP) betreffend Tempo 30: Fussgängerstreifen bei Schulhäusern und Betreuungseinrichtungen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

11 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 2 Gesuche werden um je ein halbes Jahr zurückgestellt und 1 Gesuch wird abgelehnt.

3. September 2007

- I. Die Interpellation U. Martinelli (EVP) betreffend andauernde Kapazitätsengpässe infolge Personal-mangel bei der städtischen Spitex wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- II. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Referenden zum Fussballfest und zum kulturellen Rahmenprogramm wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- III. Als neues Mitglied der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird D. Schraft (Grüne/AL) gewählt.
- IV. 1. Für den Betrieb des Jugendhauses wird für die Jahre 2008 – 2011 ein jährlich wiederkehrender Beitrag von 400 000 Franken, wovon 60 000 Franken für die Miete der Liegenschaft, an den Trägerverein Jugendhaus Winterthur bewilligt.
2. Bei indexbedingten Anpassungen der Mietkosten für die Jugendhaus-Liegenschaft erhöht sich der Beitrag gemäss Ziffer 1 jeweils um den resultierenden Mehrbetrag.
3. Der Stadtrat kann die jährliche Unterstützung gemäss Ziffern 1 und 2 für weitere vier Jahre (Jahre 2012 – 2015) bewilligen.
- V. Die Rudolfstrasse wird zwischen Wülflingerstrasse und Zürcherstrasse abklassiert, d.h. im kommunalen Richtplan nicht mehr als kommunale Strasse geführt.

- VI. Die Interpellation W. Langhard (SVP) betreffend Arch-Areal wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VII. Das Postulat N. Rickli (SVP), St. Fritschi (FDP), U. Bründler (CVP), U. Martinelli (EVP), H. Iseli (EDU), M. Zeugin (GLP) und M. Stutz (SD) betreffend Rückzug Verordnung «Nutzung des öffentlichen Raums in der Altstadt» wird infolge Rückzug als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Die Motion Ch. Kern (SVP) betreffend Strassen-Unterführung (St.Gallerstrasse) beim Bahnhof Grütze wird an den Stadtrat überwiesen.
- IX. Die Interpellation R. Werren (FDP) betreffend Bau-bewilligung nur mit «Parkplatzbewirtschaftung»? wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- X. Die Interpellation H. Strahm (SP) betreffend Aufwertung von ÖV und Langsamverkehr im Sulzer Areal Oberwinterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat H. Strahm (SP) betreffend Minergie-Standard bei städtischen Neu- und Umbauten wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- XII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat J. Lisi-bach (SVP) betreffend neue Linienführung der Buslinie 4 wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- XIII. Das Postulat A. Ramsauer (Grüne/AL), U. Bründler (CVP), M. Zeugin (EVP/GLP/EDU), H. Strahm (SP) und M. Stutz (SD) betreffend Förderung von Block-heizkraftwerken wird an den Stadtrat überwiesen.
- XIV. Das Postulat O. Seitz (SP), M. Stauber (Grüne/AL), M. Zeugin (EVP/GLP/EDU) und W. Schurter (CVP) betreffend Fahrgastführung am Bahnhofplatz Winterthur wird an den Stadtrat überwiesen.
- XV. Die Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Zukunft der Buslinie 8 (Lindenplatz – Schosstal – Zentrum Töss – Rosenau – Steig/Dättelnau) wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

12 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen und 3 Gesuche werden um je ein halbes Jahr zurückgestellt.

24. September 2007

- I. Das Postulat E. Schlegel (SP) betreffend Klimarappen zur Umsetzung des Energiekonzepts 2000 wird infolge Rückzug als erledigt abgeschlossen.
- II. Als neues Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird Ch. Baumann (SP) gewählt.
- III. Die GGR-Weisung Nr. 2007/074 betreffend Kauf-/Baurechtsvertrag, Mietvertrag und Kredit von 5 030 000 Franken für die Konzentration der Stadtverwaltung auf dem Arch-Areal wird mit folgendem Auftrag an den Stadtrat zurückgewiesen:
1. Dem Parlament sind die Varianten Superblock und Wintower vorzulegen. Entsprechend diesem Ziel sind mit den Anbietern Nachverhandlungen zu führen.
2. Parallel dazu sind Modelle einer Teilzentralisierung summarisch zu prüfen, wobei publikumsintensive Stellen in einem Perimeter von ca. 10 Fussgängerminuten um den Hauptbahnhof angesiedelt werden sollen. Das Parlament soll über Ergebnisse laufend orientiert werden.
3. Hinsichtlich der Besitzverhältnisse des Verwaltungsgebäudes macht der GGR keine Festlegung.

- IV. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- V. Für den Bau des neuen 110/11-kV-Unterwerks Tössfeld, inklusive der stadtinternen 110-kV-Kabelstrecken und der zwei neuen Transformatoren für das Unterwerk Wülflingen, wird ein Objektkredit von 34 625 000 Franken (exkl. MwSt) zu Lasten der Investitionsrechnung Elektrizität bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- und Minderkosten: 1. März 2007. Dieser Objektkredit ist Teil des Rahmenkredites von 187 000 000 Franken, welcher am 27. September 1992 von den Stimmbürger/innen genehmigt wurde, und damit dem Referendum entzogen.
- VI. Für die Ersatzbeschaffung von fünf Rotlichtüberwachungsanlagen wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Bruttokredit von 1 050 000 Franken inkl. MwSt bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- und Minderkosten: 1. Juli 2006.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

29 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 2 Gesuche werden um je 1 Jahr, 1 Gesuch um ein halbes Jahr zurückgestellt und 1 Gesuch wird abgelehnt.

29. Oktober 2007

- I. 1. Für die Installation einer Lichtsignalanlage am Knoten Wülflinger-/Salomon Hirzel-Strasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von 370 000 Franken bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Oktober 2006.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Lichtsignalanlage und ihr Unterhalt vollumfänglich aus den kantonalen Fonds für den Bau bzw. Unterhalt des überkommunalen Strassennetzes finanziert werden kann.
- II. Es wird eine Verordnung über die Benützung von Schul- und Sportanlagen der Stadt Winterthur durch Dritte (Benützungsordnung) erlassen.
- III. Für die Finanzierung der Projektierung des Schulhausneubaus Zinzikon in Oberwinterthur wird zum bereits bewilligten Projektierungskredit von 300 000 Franken ein zusätzlicher Kredit in der Höhe von 400 000 Franken bewilligt.
- IV. Der jährlich wiederkehrende Kredit von 450 000 Franken für den Sozialstellenplan der Stadtverwaltung wird mit Wirkung ab 2008 auf 1 000 000 Franken erhöht. (Dieser Beschluss unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung).
- V. 1. Der Bericht «Zukunftsstrategie für die städtischen Landwirtschaftsbetriebe» wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Eine naturnahe, nachhaltige, wirtschaftlich sinnvolle und existenzsichernde und – wo möglich und sinnvoll – eine biologische Landwirtschaft wird unterstützt und gefördert.
- VI. Die Interpellation E. Schlegel (SP) betreffend Betriebs- und Personalsituation Stadtbibliothek (Tösserhaus) wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

24 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 4 Gesuche werden um je ein halbes Jahr und 2 Gesuche um je 1 Jahr zurückgestellt.

19. November 2007

- I. Als neues Mitglied der Sachkommission Bau und Betriebe für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird R. Wirth (SP) gewählt.
- II. Als neues Mitglied der Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird J. Würzler (SP) dem Stadtrat zur Wahl vorgeschlagen.
- III. Für die Amtsdauer 2008 bis 2013 werden 93 kantonale Geschworene gewählt.
- IV. Die Einzelinitiative U. Schoch betreffend Wohnzone W2/1.2 «Breite» Oberseen wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- V. Die Interpellation B. Stettler (SP) betreffend Volksabstimmung «Steuergesetz – Reduktion der Dividendenbesteuerung, Auswirkungen auf Winterthur» wird nicht dringlich erklärt und als erledigt abgeschlossen.
- VI. Als Beitrag an den Pilotbetrieb Zürcher Abfallverwertungs-Verbund (ZAV) in den Jahren 2007 bis 2009 wird ein Kredit von insgesamt 504 000 Franken zu Lasten der Betriebsrechnung KVA bewilligt.
- VII. Die Interpellation Ch. Kern (SVP) betreffend Schulhaus Sennhof wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Die Interpellation Ch. Kern (SVP) betreffend weiteres Vorgehen beim Schulhaus Sennhof wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IX. Das Postulat D. Hauser (SP) betreffend Erweiterung des städtischen Glasfasernetzes wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- X. Die Interpellation Ch. Kern (SVP) betreffend Standortentschädigung KVA wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Rentenalter beim städtischen Personal wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XII. Das Postulat M. Schwager (SP) und R. Schürmann (CVP) betreffend weitere Attestausbildungsplätze in der Stadtverwaltung wird an den Stadtrat überwiesen.
- XIII. Das Postulat B. Baltensberger (SP), B. Günthard Fitze (EVP), G. Bienz-Meier (CVP) und S. O'Brien (Grüne/AL) betreffend Einführung des Lohngleichheitstests (Logib) in der Stadtverwaltung wird an den Stadtrat überwiesen.
- XIV. Das Postulat Ch. Denzler (FDP) betreffend Einrichtung eines Quartiertreffpunktes für Hegi wird an den Stadtrat überwiesen.
- XV. Das Postulat J. Lisibach (SVP), R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) und M. Hollenstein (CVP) betreffend Umzonung des «Viehmarkt-Platzes» in eine Erholungszone wird an den Stadtrat überwiesen.
- XVI. Das Postulat J. Lisibach (SVP), R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) und M. Hollenstein (CVP) betreffend Projektwettbewerb für neue Nutzung des Reitwegplatzes wird an den Stadtrat überwiesen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

12 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 1 Gesuch wird um ein halbes Jahr, 1 Gesuch um 1 Jahr zurückgestellt und 1 Gesuch wird abgelehnt.

10. Dezember 2007

- I. Als neuer Stimmenzähler für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird St. Nyffeler (SVP) gewählt.
- II. Als neues Mitglied der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird St. Nyffeler (SVP) gewählt.

- III. 1. Die Voranschläge über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2008 werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
2. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Laufenden Rechnung für das Jahr 2008 des noch nicht in die wirkungsorientierte Verwaltungsführung überführten Teils der Volksschule werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
3. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2008 werden genehmigt.
4. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 123 % (2007: 123 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer

(CHF 24.– pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.

5. Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Winterthur für die Jahre 2009 bis 2011 wird zur Kenntnis genommen.

6. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktgruppe «Städtische Allgemeinkosten» eingestellten und vom Grossen Gemeinderat bewilligten Beträge für die Personalmassnahmen im definitiven Budget auf die Lohnkonti der einzelnen Produktgruppen zu verteilen.

Bürgerrechtsbeschlüsse:

26 Gesuche um Einbürgerung in der Stadt Winterthur werden gutgeheissen, 1 Gesuch wird um ein halbes Jahr und 1 Gesuch um 1 Jahr zurückgestellt.

Initiativen und parlamentarische Vorstösse

Abschreibungen nachgeführt bis 31. Dezember 2007

Pendente Vorstösse

Volksinitiativen

1. Mehr Kinderbetreuungsplätze für Winterthur (Nr. 07-115).

Eingereicht vom Initiativkomitee am 8. Dezember 2006.
Vom Stadtrat Rechtsmässigkeit festgestellt und Auftrag zur Ausarbeitung der erforderlichen Vorlagen erteilt am 6. Juni 2007.

2. Schwümbi-Initiative (Nr. 08-001).

Eingereicht vom Initiativkomitee am 11. Dezember 2006.
Vom Stadtrat Rechtsmässigkeit festgestellt und Auftrag zur Ausarbeitung der erforderlichen Vorlagen erteilt am 6. Juni 2007.

Einzelinitiativen

keine pendenden Geschäfte

Beschlussanträge

keine pendenden Geschäfte

Motionen

Erheblich erklärte

1. Ergänzung der Abstellplatzverordnung (Nr. 87-104).

Eingereicht von Stefan Schwerzmann (POCH) am 29. Juni 1987.
Erheblich erklärt am 12. September 1988.

2. Bau eines Veloweges zwischen dem Grüntal und dem Schulhaus Büelwiesen (Nr. 89-123).

Eingereicht von Ernst Wohlwend (SP) am 2. Oktober 1989.
Erheblich erklärt am 29. Oktober 1990.

3. Ersatz für die Biotopfunktion des Toggenburgerweihers und Abklärung des möglichen Erholungspotentials (Nr. 99-029).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/LdU/DaP), David Hauser (SP) und Stefano Terzi (EVP) am 15. März 1999.
Überwiesen am 17. Mai 1999.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. November 1999.
Erheblich erklärt am 10. Januar 2000.
Am 9. Juli 2001 Frist bis 30. Juni 2004 erstreckt.
Am 15. November 2004 Frist bis zum Vorliegen eines ausführungsfähigen und kreditrechtlich bewilligten kantonalen Projekts «Rückhalteraum Hegmatten» erstreckt.

4. Velounterführung am Hauptbahnhof Nord (Nr. 01-051).

Eingereicht von Haymo Empl (CVP), Matthias Gfeller (Grüne), Edi Wettstein (SP) und Rolf Weibel (EVP) am 14. Mai 2001.
Überwiesen am 9. Juli 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. Dezember 2001.
Erheblich erklärt am 14. Januar 2002 und Frist erstreckt bis Ende 2003.
Am 5. November 2003 weitere Fristverlängerung bis 31. Dezember 2005 beantragt mit Kreditantrag von 485 000 Fr. für die Projektierung Veloparkhaus Milchküchenareal SBB AG und die erste Etappe Radwegunterführung.
Am 21. Juni 2004 Projektierungskredit bewilligt und Frist erstreckt bis 31. Dezember 2005.

5. Konstruktives Referendum (Nr. 05-021).

Eingereicht von Anja Peter (AL) und Martin Stauber (Grüne) am 21. März 2005.
Überwiesen am 29. August 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 15. März 2006.
Erheblich erklärt am 26. Juni 2006 und Frist erstreckt bis sechs Monate nach Inkrafttreten der erforderlichen kantonalen Gesetzesgrundlage.

6. Bessere Gestaltungsmöglichkeiten für Dachgeschosse (Nr. 05-096).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 5. Dezember 2005.
Überwiesen am 27. Februar 2006.
Vom Stadtrat beantwortet am 23. August 2006.
Erheblich erklärt am 20. November 2006.

Motionen

Vom Grossen Gemeinderat noch nicht erheblich erklärt

1. Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubes für städtische Mitarbeiter (Nr. 06-076).

Eingereicht von Beat Stettler und Mona Schwager (SP), Martin Stauber (Grüne/AL) und Nik Gugger (EVP) am 30. Oktober 2006.
Überwiesen am 2. April 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 26. September 2007.

2. Strassen-Unterführung (St.Gallerstrasse) beim Bahnhof Grüze (Nr. 07-030).

Eingereicht von Christa Kern (SVP) am 12. März 2007.
Überwiesen am 3. September 2007.

3. Investition in Anlagen zwecks Produktion erneuerbaren Energien (Nr. 07-095).

Eingereicht von Urs Böni (SP) am 24. September 2007.
Noch nicht überwiesen.

4. Einführung einer regelmässigen Kartonsammeltour (Nr. 07-096).

Eingereicht von Oliver Seitz (SP), Martin Stauber (Grüne/AL), Ursula Dolski (CVP), Barbara Günthard Fitze (EVP/GLP/EDU) und Heinrich Keller (SVP) am 24. September 2007.
Noch nicht überwiesen.

5. Rotlicht-Überwachungsanlagen (Nr. 07-102).

Eingereicht von Marianne Ott (SP) am 29. Oktober 2007.
Noch nicht überwiesen.

6. Bewilligung von Solaranlagen (Nr. 07-112).

Eingereicht von Jürg Altwegg (Grüne/AL), Jack Würzler (SP), Stefan Fritsch (FDP), Michael Zeugin (GLP/EVP/EDU), Martin Hollenstein (CVP) und Ruth Kleiber-Schenkel (GLP/EVP/EDU) am 10. Dezember 2007.
Noch nicht überwiesen.

7. Schaffung einer Auffangstation und eines Informationszentrums für Wildtiere (Nr. 07-113).

Eingereicht von Urs Böni (SP) am 10. Dezember 2007.
Noch nicht überwiesen.

Postulate

1. Preissenkung für Ökostromprodukte (Nr. 05-073).

Eingereicht von Daniela Werner und Hedi Strahm (SP) am 3. Oktober 2005.
Überwiesen am 21. November 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 15. November 2006.

2. Musikförderungsleitbild (Nr. 05-092).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 21. November 2005.
Überwiesen am 4. September 2006.
Vom Stadtrat beantwortet am 29. August 2007.

3. Seniorenfreundliche Stadt (Nr. 06-094).

Eingereicht von Barbara Bünthard Fitze (EVP) und Mona Schwager (SP) am 11. Dezember 2006.
Überwiesen am 25. Juni 2007.
Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 22. Januar 2007.
Überwiesen am 25. Juni 2007.

4. Weitere Attestausbildungsplätze in der Stadtverwaltung (Nr. 07-026).

Eingereicht von Mona Schwager (SP) und René Schürmann (CVP) am 12. März 2007.
Überwiesen am 19. November 2007.

5. Kommunale Massnahmen zur Eindämmung von Treibhausgasen (Nr. 07-027).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 12. März 2007.
Überwiesen am 25. Juni 2007.

6. Drehscheibe berufliche und soziale Integration (Nr. 07-028).

Eingereicht von Andreas Daurù (SP) am 12. März 2007.
Noch nicht überwiesen.

7. Förderung von Blockheizkraftwerken (Nr. 07-029).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL), Ursula Bründler-Krismer (CVP), Michael Zeugin (EVP/EDU/GLP), Hedi Strahm (SP) und Marcel Stutz (SD) am 12. März 2007.
Überwiesen am 3. September 2007.

8. Einführung des Lohngleichheitstests (Logib) in der Stadtverwaltung (Nr. 07-043).

Eingereicht von Bea Baltensberger (SP), Barbara Günthard Fitze (EVP/GLP), Gabi Bienz-Meier (CVP) und Silv O'Brien (Grüne/AL) am 2. April 2007.
Überwiesen am 19. November 2007.

9. Einbezug der Veltheimer Bevölkerung bei der Vergabe für Projekte aus dem Luciak-Weilenmann-Fonds (Nr. 07-044).

Eingereicht von Nicolas Galladé und David Hauser (SP) am 2. April 2007.
Noch nicht überwiesen.

10. Einrichtung eines Quartiertreffpunktes für Hegi (Nr. 07-045).

Eingereicht von Christine Denzler, Annina Meier-Camenisch und Barbara Günthard-Maier (FDP) am 2. April 2007.
Überwiesen am 19. November 2007.

11. Fahrgastführung am Bahnhofplatz Winterthur (Nr. 07-056).

Eingereicht von Oliver Seitz (SP) am 7. Mai 2007.
Überwiesen am 3. September 2007.

12. Umzonung des «Viehmarkt-Platzes» in eine Erholungszone (Nr. 07-057).

Eingereicht von Josef Lisibach (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP/EDU/GLP) und Martin Hollenstein (CVP) am 7. Mai 2007.
Überwiesen am 19. November 2007.

13. Projektwettbewerb für neue Nutzung des Reitwegplatzes (Nr. 07-058).

Eingereicht von Josef Lisibach (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP/EDU/GLP) und Martin Hollenstein (CVP) am 7. Mai 2007.
Überwiesen am 19. November 2007.

14. 9-Uhr-Pass für Stadt Winterthur (Nr. 07-073).

Eingereicht von David Berger (Grüne/AL) am 25. Juni 2007.
Noch nicht überwiesen.

15. Privatrechtliche Trägerschaft für das Theater Winterthur (Nr. 07-077).

Eingereicht von René Schürmann (CVP), Felix Helg (FDP), Christa Kern (SVP) und Ruth Kleiber-Schenkel (EVP/EDU/GLP) am 9. Juli 2007.
Noch nicht überwiesen.

16. Stärkung der Kreisschulpflegen (Nr. 07-078).

Eingereicht von Felix Helg (FDP), Stefan Schär (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP/GLP/EDU), Silv O'Brien (Grüne/AL) und Marcel Stutz (SD) am 9. Juli 2007.
Noch nicht überwiesen.

17. Frühförderung von Kindern im Vorschulalter (Nr. 07-089).

Eingereicht von Beat Gruber und Urs Meier (SP) und Ruth Kleiber-Schenkel (EVP/EDU/GLP) am 3. September 2007.
Noch nicht überwiesen.

18. Klimarappen zur Umsetzung des Energiekonzepts 2000 (Nr. 07-094).

Eingereicht von Eva Schlegel und Urs Böni (SP), Jürg Altwegg (Grüne/AL), Michael Zeugin (GLP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Herbert Iseli (EDU/EVP/GLP) am 24. September 2007.
Noch nicht überwiesen.

19. Guter Winterthurer Waldboden (Nr. 07-101).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL), Beat Stettler (SP), Michael Zeugin (EVP/EDU/GLP) und Marcel Stutz (SD) am 29. Oktober 2007.
Noch nicht überwiesen.

20. Raum für die Sammlung der Stiftung Kunst, Kultur und Geschichte (Nr. 07-109).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP), Ursula Bründler-Krismer (CVP), Christa Kern (SVP), Adrian Ramsauer (Grüne/AL), Beat Gruber (SP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Michael Zeugin (GLP) am 19. November 2007.
Noch nicht überwiesen.

21. Verbesserung und Attraktivitätssteigerung der Stadtbus-Haltestellen (Nr. 07-110).

Eingereicht von Werner Schurter (CVP), Jürg Altwegg (Grüne/AL), Stefan Fritschi (FDP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Susanne Stöckli (GLP), Herbert Iseli (EDU) und Jack Würzler (SP) am 19. November 2007.
Noch nicht überwiesen.

22. Einführung eines städtischen Anerkennungspreises Jugend (Nr. 07-111).

Eingereicht von Peter Kyburz (SP) am 10. Dezember 2007.
Noch nicht überwiesen.

Interpellationen

1. Sexueller Missbrauch durch Hauswart vom Stadthaus Winterthur (Nr. 06-073).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 30. Oktober 2006.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. April 2007.

2. Übergewicht in Winterthur (Nr. 06-091).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL) am 4. Dezember 2006.
Vom Stadtrat beantwortet am 23. Mai 2007.

3. Bewilligung für vorübergehende Sonntagsarbeit (Nr. 06-092).

Eingereicht von Beat Stettler und Hedi Strahm (SP) am 4. Dezember 2006.
Vom Stadtrat beantwortet am 30. Mai 2007.

4. Sicherheit auf der Rychenbergstrasse (Nr. 07-004).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 22. Januar 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 11. Juli 2007.

5. Beschleunigung der Stadtbusse und der Postautos (Nr. 07-007).

Eingereicht von Oliver Seitz und Hedi Strahm (SP) am 22. Januar 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 4. Juli 2007.

6. Revision der Parkplatz-/Abstellplatzverordnung der Stadt Winterthur; Förderung des autoarmen Wohnens in Winterthur (Nr. 07-019).

Eingereicht von Jack Würzler (SP) am 12. März 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. September 2007.

7. Institutionelle und projektbezogene Formen der Partizipation der Quartiere und der Quartierbevölkerung (Nr. 07-020).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 12. März 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. September 2007.

8. Berufliche Integration von Teil-Invaliden in den ersten Arbeitsmarkt (Nr. 07-021).

Eingereicht von Marianne Ott und Andreas Daurù (SP) am 12. März 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 29. August 2007.

9. Arbeitssicherheit in den Betrieben und Abteilungen der Stadtverwaltung (Nr. 07-022).

Eingereicht von Ursula Dolski (CVP) am 12. März 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. September 2007.

10. Nachhaltiges Handeln der Stadt Winterthur (Nr. 07-023).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 12. März 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. September 2007.

11. Planungen der Stadt Winterthur gestützt auf die geltenden Gesetze (Nr. 07-025).

Eingereicht von Christa Kern (SVP) am 12. März 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 29. August 2007.

12. Chance für Winterthur: PPP – Kooperation der Stadt mit Privaten (Nr. 07-041).

Eingereicht von Barbara Günthard-Maier (FDP) am 2. April 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. Oktober 2007.

13. Anschlusslösungen nach der Volksschule / 10. Schuljahr (Nr. 07-042).

Eingereicht von Beat Gruber und Urs Böni (SP) am 2. April 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 29. August 2007.

14. Pilotprojekt betreuter Mittagstisch / Lunch in Oberstufenschulhäusern (Nr. 07-054).

Eingereicht von Beat Gruber, Nicolas Galladé und Eva Schlegel (SP), Barbara Günthard-Fitze (EVP/EDU/GLP) und Martin Stauber (Grüne) am 7. Mai 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 7. November 2007.

15. Integrale Probleme in Schulen (Nr. 07-055).

Eingereicht von Ursula Bründler-Krimer (CVP) am 7. Mai 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 24. Oktober 2007.

16. Geordneter Verkehr mit zwei Kreiseln oder Abzocken mit Radar? (Nr. 07-065).

Eingereicht von Christa Kern (SVP) am 18. Juni 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 28. November 2007.

17. Stromsparen per Knopfdruck (Nr. 07-066).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 18. Juni 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. Dezember 2007.

18. Empfehlungen des Ombudsmannes (Nr. 07-071).

Eingereicht von Ursula Bründler-Krimer (CVP), Christa Kern (SVP) und Annina Meier-Camenisch (FDP) am 25. Juni 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 12. Dezember 2007.

19. Finanziellen Handlungsspielraum erhöhen – für uns und unsere Kinder (Nr. 07-072).

Eingereicht von Barbara Günthard-Maier (FDP), Michael Zeugin (GLP), Ursula Bründler-Krimer (CVP) und Adrian Ramsauer (Grüne) am 25. Juni 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 19. Dezember 2007.

20. Interne Kosten in Weisungen (Nr. 07-076).

Eingereicht von Yvonne Beutler Rohrer (SP) am 9. Juli 2007.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

21. «Tod dem Ampelmännchen» (Nr. 07-086).

Eingereicht von David Berger (Grüne/AL) am 3. September 2007.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

22. Schulbehördenreorganisation (Nr. 07-087).

Eingereicht von Beat Gruber und Christophe Baumann (SP) am 3. September 2007.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

23. Fusion der städtischen Kunstmuseen (Nr. 07-088).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 3. September 2007.
Vom Stadtrat beantwortet am 19. September 2007.

24. Reorganisation städtische Alters- und Pflegeheime (Nr. 07-093).

Eingereicht von Bea Baltensberger und Andi Daurù (SP), Gabi Bienz-Meier (CVP), Silv O'Brien (Grüne/AL) und Werner Badertscher (SVP) am 24. September 2007.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

25. Volksabstimmung «Steuergesetz – Reduktion der Dividendenbesteuerung», Auswirkungen auf Winterthur (Nr. 07-107).

Eingereicht von Beat Stettler (SP) am 19. November 2007.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

26. Lagebeurteilung der Volksschule in Winterthur (Nr. 07-108).

Eingereicht von Stefan Schär (SVP) am 19. November 2007.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Schriftliche Anfragen**1. Zur Praxis des Bauausschusses/Stadtrats zur Bewilligung von Dachaufbauten (Nr. 07-099).**

Eingereicht von Jack Würzler (SP) am 29. Oktober 2007.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

2. Stromsparlicht für die Stadt (Nr. 07-100).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 29. Oktober 2007.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

3. Teilnahme der Stadt Winterthur am kantonalen Pilotprojekt «Integrationsvereinbarung» (Nr. 07-106).

Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 19. November 2007.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Erledigte**Volksinitiativen**

keine erledigten Geschäfte

Einzelininitiativen**1. Wohnzone W2/1.2 «Breite» Oberseen (Nr. 07-079).**

Eingereicht von Urs und Nina Schoch am 4. Juli 2007.
Sofort abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 19. November 2007.

Beschlussanträge**1. Reform Finanzausgleich vorantreiben – im Interesse aller! (Nr. 07-008).**

Eingereicht von Barbara Günthard-Maier (FDP), Michael Zeugin (GLP/EVP/EDU), Lilith C. Hübscher (Grüne/AL) und Paul Wernli (SP) am 22. Januar 2007.
Zugestimmt und erledigt abgeschrieben am 9. Juli 2007.

Motionen**1. Wiedereinführung Lunch-Checks (Nr. 06-074).**

Eingereicht von Urs Meyer Flückiger (SP) und Barbara Günthard Fitze (EVP) am 30. Oktober 2006.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 2. April 2007.

2. Die Kontrolle des ruhenden Verkehrs bleibt öffentlich (Nr. 07-031).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 12. März 2007.
Abgelehnt und erledigt abgeschrieben am 25. Juni 2007.

WoV-Postulate**1. Förderung Museumspädagogik für Schulklassen (Nr. 07-009).**

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 22. Januar 2007.
Erledigt abgeschrieben am 2. April 2007.

2. Fachstelle Sozialversicherungsrecht in der PG Sozial- und Erwachsenenhilfe (Nr. 07-032).

Eingereicht von Marianne Ott (SP) am 12. März 2007.
Erledigt abgeschrieben am 25. Juni 2007.

Postulate

1. Einführung eines Waldkindergartens (Nr. 05-019).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 21. März 2005.
Erledigt abgeschlossen am 25. Juni 2007.

2. Erhöhung des Angebots von Krippenplätzen für städtische Angestellte (Nr. 05-020).

Eingereicht von Mona Schwager und Gabriella Schmid (SP) am 21. März 2005.
Erledigt abgeschlossen am 22. Januar 2007.

3. Einführung von öffentlichen Tagesschulen (Nr. 05-059).

Eingereicht von Beat Gruber, Mona Schwager und Bea Baltensberger (SP) am 29. August 2005.
Erledigt abgeschlossen am 12. März 2007.

4. Neue Linienführung der Buslinie 4 (Nr. 05-080).

Eingereicht von Josef Lisibach (SVP) am 31. Oktober 2005.
Erledigt abgeschlossen am 3. September 2007.

5. Minergie-Standard bei städtischen Neu- und Umbauten (Nr. 06-023).

Eingereicht von Hedi Strahm, Daniela Werner und Edi Wettstein (SP) am 27. März 2006.
Erledigt abgeschlossen am 3. September 2007.

6. Euro 2008 und Stadtmarketing (Nr. 06-031).

Eingereicht von Nicolas Galladé und Edi Wettstein (SP) am 8. Mai 2006.
Erledigt abgeschlossen am 9. Juli 2007.

7. Kinderfreundliche Gemeinde (Nr. 06-061).

Eingereicht von Mona Schwager (SP) am 25. September 2006.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 25. Juni 2007.

8. Handwerkerpark (Nr. 06-062).

Eingereicht von Urs Böni (SP) und Martin Stauber (Grüne/AL) am 25. September 2006.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 2. April 2007.

9. Impuls im familienergänzenden Betreuungsangebot dank Pragmatismus (Nr. 06-083).

Eingereicht von Barbara Günthard-Maier und Alexander Huber (FDP) am 20. November 2006.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 25. Juni 2007.

10. Rückzug Verordnung «Nutzung des öffentlichen Raums in der Altstadt» (Nr. 07-011).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP), Stefan Fritschi (FDP), Ursula Bründler Krümer (CVP), Ursula Marintelli (EVP), Herbert Iseli (EDU), Michael Zeugin (GLP) und Marcel Stutz (SD) am 22. Januar 2007.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 3. September 2007.

11. Erweiterung des städtischen Glasfasernetzes (Nr. 07-046).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 2. April 2007.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 19. November 2007.

12. Klimarappen zur Umsetzung des Energiekonzeptes 2000 (Nr. 07-067).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 18. Juni 2007.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 24. September 2007.

3. Ausgangsregelung für Jugendliche (Nr. 06-040).

Eingereicht von Gabi Bienz-Meier (CVP) und Nik Gugger (EVP/EDU) am 10. Juli 2006.
Erledigt abgeschlossen am 7. Mai 2007.

4. Rentenalter beim städtischen Personal (Nr. 06-049).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 4. September 2006.
Erledigt abgeschlossen am 19. November 2007.

5. Gesunde «Pausenkioske» (Nr. 06-057).

Eingereicht von Bea Baltensberger (SP) am 25. September 2006.
Erledigt abgeschlossen am 25. Juni 2007.

6. Tempo 30: Fussgängerstreifen bei Schulhäusern und Betreuungseinrichtungen (Nr. 06-058).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 25. September 2006.
Erledigt abgeschlossen am 9. Juli 2007.

7. Baubewilligung nur mit «Parkplatzbewirtschaftung» (Nr. 06-059).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 25. September 2006.
Erledigt abgeschlossen am 3. September 2007.

8. Schulhaus Sennhof (Nr. 06-070).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 30. Oktober 2006.
Erledigt abgeschlossen am 19. November 2007.

9. Standortentschädigung KVA (Nr. 06-071).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 30. Oktober 2006.
Erledigt abgeschlossen am 19. November 2007.

10. Arch-Areal (Nr. 06-072).

Eingereicht von Walter Langhard (SVP) am 30. Oktober 2006.
Erledigt abgeschlossen am 3. September 2007.

11. Aufwertung von ÖV und Langsamverkehr im Sulzer Areal Oberwinterthur (Nr. 06-082).

Eingereicht von Hedi Strahm und Oliver Seitz (SP) am 20. November 2006.
Erledigt abgeschlossen am 3. September 2007.

12. Winterthur in allen Zügen (Nr. 06-088).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL) am 4. Dezember 2006.
Erledigt abgeschlossen am 22. Januar 2007.

13. Zukunft der Buslinie 8 (Lindenplatz – Schlosstal – Zentrum Töss – Rosenau – Steig/Dättgau) (Nr. 06-090).

Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 4. Dezember 2006.
Erledigt abgeschlossen am 3. September 2007.

14. Neue Vorschriften Nutzung des öffentlichen Raums in der Altstadt (Nr. 07-001).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 22. Januar 2007.
Erledigt abgeschlossen am 22. Januar 2007.

15. Betriebs- und Personalsituation Stadtbibliothek (Tösserhaus) (Nr. 07-005).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 22. Januar 2007.
Erledigt abgeschlossen am 29. Oktober 2007.

16. Weiteres Vorgehen beim Schulhaus Sennhof (Nr. 07-006).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 22. Januar 2007.
Erledigt abgeschlossen am 19. November 2007.

17. Grundstückspekulation für die KVA, wie weiter? (Nr. 07-017).

Eingereicht von Walter Langhard (SVP) am 12. März 2007.
Erledigt abgeschlossen am 12. März 2007.

18. Gefährdung der Existenz von Industrie- und Gewerbebetrieben im Grüze-Gebiet durch geplante Sunrise Mobilfunk-Antenne (Nr. 07-024).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 12. März 2007.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 2. April 2007.

19. Atomstrom in Winterthur (Nr. 07-036).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL) am 2. April 2007.
Erledigt abgeschlossen am 7. Mai 2007.

Interpellationen

1. Reintegration der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule (Nr. 06-009).

Eingereicht von Annina M. Meier-Camenisch (FDP) am 23. Januar 2006.
Erledigt abgeschlossen am 25. Juni 2007.

2. Winterthurer Denkmalpflege (Nr. 06-038).

Eingereicht von Martin Hollenstein und Werner Schurter (CVP) am 26. Juni 2006.
Erledigt abgeschlossen am 25. Juni 2007.

20. «Stadtwerk-Dividende» durch Gebührenreduktionen (Nr. 07-063).

Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 18. Juni 2007.
Erledigt abgeschlossen am 18. Juni 2007.

21. Verkehrskonzept auf dem Eschenberg, Aufhebung illegaler Parkierrmöglichkeiten (Nr. 07-064).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 18. Juni 2007.
Erledigt abgeschlossen am 18. Juni 2007.

22. Verkehrsbetriebskonzept «Technikum-/Zürcherstrasse» (Nr. 07-068).

Eingereicht von Werner Schurter (CVP) am 25. Juni 2007.
Erledigt abgeschlossen am 25. Juni 2007.

23. Andauernde Kapazitätsengpässe infolge Personalmangel bei der städtischen Spitex (Nr. 07-084).

Eingereicht von Ursula Martinelli (EVP) am 3. September 2007.
Erledigt abgeschlossen am 3. September 2007.

24. Referenden zum Fussballfest und zum kulturellen Rahmenprogramm (Nr. 07-085).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 3. September 2007.
Erledigt abgeschlossen am 3. September 2007.

25. Volksabstimmung «Steuergesetz – Reduktion der Dividendenbesteuerung, Auswirkungen auf Winterthur» (Nr. 07-105).

Eingereicht von Beat Stettler (SP) am 19. November 2007.
Erledigt abgeschlossen am 19. November 2007.

10. Missstände in der Liegenschaftspolitik der Stadt Winterthur (Nr. 07-059).

Eingereicht von Jack Würzler (SP) und David Berger (Grüne/AL) am 14. Mai 2007.
Erledigt abgeschlossen am 8. August 2007.

11. Realistischer Zeitplan für das Parkhaus Wachterareal (Nr. 07-069).

Eingereicht von Werner Schurter (CVP), Josef Lisibach (SVP) und Stefan Fritschi (FDP) am 25. Juni 2007.
Erledigt abgeschlossen am 19. September 2007.

12. Neue Mobilfunkantenne auf dem Heiligberg (Nr. 07-070).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 25. Juni 2007.
Erledigt abgeschlossen am 19. September 2007.

13. Anschlagbrett für Freiwilligenarbeit im Quartier (Nr. 07-092).

Eingereicht von Barbara Günthard-Maier (FDP) am 24. September 2007.
Erledigt abgeschlossen am 12. Dezember 2007.

Schriftliche Anfragen

1. Abstimmung über die Auflösung der Schule für Pflegeberufe (Nr. 06-089).

Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 4. Dezember 2006.
Erledigt abgeschlossen am 28. Februar 2007.

2. Rauchfreie Stadtverwaltung (Nr. 07-002).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 22. Januar 2007.
Erledigt abgeschlossen am 11. April 2007.

3. Restaurant Schwimmbad Geiselweid (Nr. 07-003).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 22. Januar 2007.
Erledigt abgeschlossen am 11. April 2007.

4. Anteil ungültiger Stimmen bei den Gemeinderatswahlen 2006 (Nr. 07-018).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 12. März 2007.
Erledigt abgeschlossen am 6. Juni 2007.

5. Parkplätze an der Eschenbergstrasse (Nr. 07-037).

Eingereicht von Hedi Strahm (SP) am 2. April 2007.
Erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2007.

6. Änderung des kommunalen Richtplans, Abklassierung Rudolfstrasse (Nr. 07-038).

Eingereicht von Ursula Martinelli (EVP) am 2. April 2007.
Erledigt abgeschlossen am 11. April 2007.

7. Telecombereich (Nr. 07-039).

Eingereicht von Bea Baltensberger (SP) am 2. April 2007.
Erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2007.

8. Gesamtschau Kunstrasen-Fussballplätze in Winterthur (Nr. 07-040).

Eingereicht von Nicolas Galladé und Edi Wettstein (SP) am 2. April 2007.
Erledigt abgeschlossen am 20. Juni 2007.

9. Regelungen zur Benützung von Schulanlagen (Benützungszeiten) (Nr. 07-053).

Eingereicht von Felix Helg (FDP) am 7. Mai 2007.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 18. Juni 2007.

Behördenverzeichnis

(Stand Ende Dezember 2007)

Grosser Gemeinderat

Amtsduer 2006 – 2010

Präsident: Peter Rütimann, lic. iur.,
Rechtsanwalt (FDP)

1. Vizepräsident: Walter Langhard, Betriebsleiter (SVP)

2. Vizepräsidentin: Yvonne Beutler, Redaktorin / lic. iur. /
Friedensrichter (SP)

Stimmenzähler/in: Jakob Heusser,
Eidg. Dipl. Hafnermeister (FDP)
Barbara Günthard Fitze,
Spitex-Leiterin (EVP)
Stephan Nyffeler, Polizist (EVP)
Edi Wettstein, Werkstatt-Lehrer (SP)

Ratssekretär: Marc Bernhard, Assistent Stadt-
schreiber

Mitglieder:

Jürg Altwegg, Techn. Redaktor / Dipl. Elektroing. HTL
(Grüne)

* Werner Badertscher, Kapo ZH / Zivilangestellter (SVP)

* Bea Baltensberger, Amtsvormundin (SP)

Christophe Baumann, Lehrer / Hausmann (SP)

* Christa Benz-Meier, Primarlehrerin (SP)

David Berger, Informatiker (AL)

* Yvonne Beutler, Redaktorin / lic. iur. / Friedensrichter
(SP)

Gabi Bienz-Meier, lic. iur., Rechtsanwältin (CVP)

* Urs Böni, Gartenbauer (SP)

* Ursula Bründler-Krismer, Kinderkrankenschwester /
Hausfrau (CVP)

* Andreas Daurü, Dipl. Psychiatriepfleger DN II (SP)

Pia Dennler, lic. iur., Rechtsanwältin (SP)

* Christine Denzler, Anaesthesie-Pflegefachfrau /
Familienfrau (FDP)

* Ursula Dolski-Gebendinger, Personalberaterin (CVP)

Urs Fischer, Techn. Kaufmann (EVP)

* Stefan Fritsch, Dipl. Betriebs- u. Produktionsing. ETH
(FDP)

* Peter Fuchs, Unternehmer (SVP)

* Beat Gruber, Projektleiter Bauwesen (SP)

Niklaus Gugger, Jugend- und Schulsozialarbeiter (EVP)

Barbara Günthard Fitze, Spitex-Leiterin (EVP)

Barbara Günthard-Maier, Journalistin (FDP)

* David Hauser, lic. phil. I, Historiker (SP)

* Felix Helg, Dr. iur. (FDP)

* Jakob Heusser, Eidg. Dipl. Hafnermeister (FDP)

Martin Hollenstein, Dipl. Gärtnermeister (CVP)

* Alexander Huber, Dr. sc. nat., Wissenschaftler (FDP)

* Herbert Iseli, Techn. Kaufmann (EDU)

* René Isler, Polizist (SVP)

* Heinrich Keller, Geschäftsführer ZGS (SVP)

* Christa Kern-Weber, Kauffrau (SVP)

* Ruth Kleiber-Schenkel, Handarbeitslehrerin (EVP)

* Peter Kyburz, Jurist (SP)

* Walter Langhard, Betriebsleiter (SVP)

* Josef Lisibach, Kantonspolizist (SVP)

* Ursula Martinelli-Weidmann, Krankenschwester (EVP)

* Annina Martina Meier-Camenisch, lic. iur. (FDP)

* Rudolf Meier, Landwirt (SVP)

Urs Meyer Flückiger, PR-Fachmann (SP)

Stephan Nyffeler, Polizist (SVP)

* Silv O'Brien, Betreuerin (Grüne) (bis 31.12.2007)

* Marianne Ott, Rechtsanwältin (SP)

* Adrian Ramsauer, Rechtsanwalt (Grüne)

* Peter Rütimann, lic. iur., Rechtsanwalt (FDP)

* Stefan Schär, Eidg. FA Verkaufskoordinator /
Vorsorgeberater (SVP)

Dominique Schraft, MSC Geography / MAS Information
Science (Grüne)

* René Schürmann, Personalchef (CVP)

Werner Schurter, Regionalleiter, Dipl. Ing. ETH/SIA
(CVP)

* Mona Schwager, Krankenschwester / Hebamme (SP)

* Oliver Seitz, Amtsvormund (SP)

* Martin Stauber, Kulturingenieur ETH (Grüne)

* Werner Steiner, Dipl. Bauing. ETH/SIA, Geschäftsführer
(SVP)

Beat Stettler, Gewerkschaftssekretär (SP)

Silvio Stierli, lic. iur., Staatsanwalt (SP)

Susanne Stöckli, Sachbearbeiterin Bundesverwaltung
(GLP)

* Marcel Stutz, Eidg. Dipl. El. Inst. (SD)

* Ruth Werren, Einkäuferin / Prokuristin (FDP)

* Edi Wettstein, Werkstatt-Lehrer (SP)

Roland Wirth, Dr. oec. hsg, Mittelschullehrer / Dozent
(SP)

* Hans Ulrich Würigler, lic. iur., Rechtsanwalt (SP)

Michael Zeugin, M.A. HSG (GLP)

Die mit * bezeichneten Mitglieder sind Winterthurer Bürger/innen.

Austritte im Berichtsjahr:

Lilith C. Hübscher (Grüne), Rolf Weibel (EVP), Chimie
Tender (Grüne), Paul Wernli (SP), Hedi Strahm (SP),
Natalie Rickli (SVP), Nicolas Galladé (SP), Eva Schlegel
(SP), Yves Senn (SVP), Silv O'Brien (Grüne).

Parlamentarische Kommissionen

Ratsleitung (RL)

Präsidentin: Peter Rütimann (FDP)

Mitglieder: Walter Langhard (SVP)
Yvonne Beutler (SP)

Aufsichtskommission (AK)

Präsidentin: Yvonne Beutler (SP)

Mitglieder: Ursula Bründler-Krismer (CVP)
Barbara Günthard-Maier (FDP)
René Isler (SVP)
Heinrich Keller (SVP)
Adrian Ramsauer (Grüne)
Beat Stettler (SP)
Silvio Stierli (SP)
Ruth Werren (FDP)
Hans Ulrich Würigler (SP)
Michael Zeugin (GLP)

Sachkommission Bau und Betriebe (BBK)

Präsident: Jakob Heusser (FDP)

Mitglieder: Jürg Altwegg (Grüne)
 Urs Böni (SP)
 Martin Hollenstein (CVP)
 Ursula Martinelli-Weidmann (EVP)
 Rudolf Meier (SVP)
 Werner Steiner (SVP)
 Edi Wettstein (SP)
 Roland Wirth (SP)

Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK)

Präsidentin: Martin Stauber (Grüne)

Mitglieder: Christophe Baumann (SP)
 Beat Gruber (SP)
 Barbara Günthard Fitze (EVP)
 Felix Helg (FDP)
 Josef Lisibach (SVP)
 Stefan Schär (SVP)
 René Schürmann (CVP)
 Oliver Seitz (SP)

Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

Präsident: Werner Badertscher (SVP)

Mitglieder: Bea Baltensberger (SP)
 David Berger (AL)
 Andreas Daurü (SP)
 Ursula Dolski-Gebendinger (CVP)
 Niklaus Gugger (EVP)
 Langhard Walter (SVP)
 Annina M. Meier-Camenisch (FDP)
 Marianne Ott (SP)

Bürgerrechtskommission (BüK)

Präsident: Herbert Iseli (EDU)

Mitglieder: Pia Dennler (SP)
 Christine Denzler (FDP)
 Peter Fuchs (SVP)
 Urs Meyer Flückiger (SP)
 Stephan Nyffeler (SVP)
 Dominique Schraft (Grüne)

**Parteilpolitische Zusammensetzung
des Grossen Gemeinderates**

Sozialdemokratische Partei	SP	19
Schweizerische Volkspartei	SVP	11
Freisinnig-demokratische Partei	FDP	9
Christlich-demokratische Volkspartei	CVP	6
Evangelische Volkspartei	EVP	5
Grüne Partei	Grüne	5
Grünliberale	GLP	2
Eidgenössische Demokratische Union	EDU	1
Schweizer Demokraten	SD	1
Alternative Liste	AL	1
Total Mitglieder		60

Stadtrat

Stadtpräsident: Ernst Wohlwend

Vizepräsidentin: Verena Gick

Mitglieder: Walter Bossert
 Michael Künzle
 Pearl Pedernana
 Maja Ingold
 Matthias Gfeller

Stadtschreiber: Arthur Frauenfelder

Departement Kulturelles und Dienste

Ernst Wohlwend

Stellvertreterin: Verena Gick

Stadtkanzlei (inkl. Stadtarchiv)
 Personalamt
 Stadtentwicklung
 Kultur
 Rechtspflege:
 Betreibungsämter
 Friedensrichteramt

Departement Finanzen

Verena Gick

Stellvertreter: Ernst Wohlwend

Finanzamt
 Steueramt
 Informatikdienste
 Liegenschaftenverwaltung
 Finanzkontrolle

Departement Bau

Walter Bossert

Stellvertreter: Matthias Gfeller

Tiefbauamt
 Vermessungsamt
 Baupolizeiamt
 Amt für Städtebau

Departement Sicherheit und Umwelt

Michael Künzle

Stellvertreterin: Pearl Pedernana

Stadtpolizei
 Polizeirichteramt
 Feuerwehr
 Zivilschutz
 Melde- und Zivilstandswesen
 Umwelt- und Gesundheitsschutz

Departement Schule und Sport

Pearl Pedernana

Stellvertreterin: Maja Ingold

Bildung
 Berufsbildung
 Zentrale Dienste
 Sport

Departement Soziales*Maja Ingold**Stellvertreter: Michael Künzle*

Vormundschaftsamt

Soziale Dienste

Alter und Pflege

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte

Departement Technische Betriebe*Matthias Gfeller**Stellvertreter: Walter Bossert*

Stadtwerk Winterthur

Stadtbus Winterthur

Stadtgärtnerei

Forstbetrieb

Stadträtliche Ausschüsse**Wahlbüro**

Präsident: Ernst Wohlwend

Vizepräsidentin: Verena Gick

Personalausschuss

Präsident: Ernst Wohlwend

Vizepräsidentin: Verena Gick

Mitglied: Maja Ingold

Ersatz: Walter Bossert

Grundsteuerausschuss

Präsidentin: Verena Gick

Vizepräsidentin: Pearl Pedergrana

Mitglied: Matthias Gfeller

Ersatz: Ernst Wohlwend

Michael Künzle

Bauausschuss (Baubehörde)

Präsident: Walter Bossert

Vizepräsident: Ernst Wohlwend

Mitglieder: Matthias Gfeller

Michael Künzle

Ersatz: Verena Gick

Finanz- und Investitionsausschuss

Präsidentin: Verena Gick

Vizepräsident: Ernst Wohlwend

Mitglied: Walter Bossert

Ersatz: Matthias Gfeller

WoV-Ausschuss

Präsidentin: Verena Gick

Vizepräsident: Ernst Wohlwend

Mitglied: Walter Bossert

Schulbehörden**Zentralschulpflege**Präsidentin/Präsident: Pearl Pedergrana, Stadträtin
Vizepräsidentin: Dora Weigold, Kreisschulpflegepräsidentin

Mitglieder:

Felix Müller Präsident Kreisschulpflege
AltstadtRuedi Ehram Präsident Kreisschulpflege
MattenbachToni Patscheider Präsident Kreisschulpflege
OberwinterthurSusanne Haelg Präsidentin Kreisschulpflege
SeenBea Schläpfer Präsidentin Kreisschulpflege
TössDora Weigold-Maurer Präsidentin Kreisschulpflege
VeltheimMartin Hasenfratz Präsident Kreisschulpflege
Wülflingen**Kreisschulpflegen****Altstadt**

Präsident: Felix Müller, dipl. Architekt ETH

1. Vizepräsidentin: Iris Brom, Lehrbeauftragte Gestaltung

2. Vizepräsident: Hans Peter Gisler, lic. phil. I

Mitglieder:

Reinhard Bartsch, lic. phil. I, Personalfachmann

Christa Benz-Meier, Primarlehrerin

Jürg Berger, Controller

Iris Brom, Lehrbeauftragte Gestaltung

Robert Demuth, Betriebsingenieur ETH

Dorothea Dubs-Sommer, lic. jur.

Marlene Dünner Leu, Schulverwaltungsleiterin

Jacqueline Engler-Beauverd, Sprachlehrerin

Barbara Eppler, Unternehmensberaterin

Hans Peter Gisler, lic. phil. I

Vinzenz Glaus, dipl. Naturwissenschaftler ETH

Alfred Lanz, Dr. phil., Medienfachmann

Renate Luchinger, lic. phil. / Familienfrau

Anne-Käthi Matter-Messerli, Familienfrau/

Hauswirtschaftslehrerin

Esther Mötteli-Sigg, Familienfrau/Lehrerin

Christian Müller, Pädagoge

Felix Müller, dipl. Architekt ETH

Peter Oertel, Informatiker FA

Roger Schmid, Servicetechniker

Claudia Sulzer, Sales Supporterin

Marcel Volkart, Rechtsanwalt

Mattenbach

Präsident: Ruedi Ehram, Werklehrer

1. Vizepräsidentin: Kristin Ljungberg, dipl. Übersetzerin

2. Vizepräsidentin: Ruth Trachsler, Sekretärin

Mitglieder:

Alfred Artho, Bahnhofassistent SBB

Eduard Denzler, Mechaniker

Ruedi Ehram, Werklehrer

Sabine Flach, Physiotherapeutin

Gaby Fritz, Familienfrau
 Andrea Knasmillner, kaufm. Angestellte
 Kristin Ljungberg, dipl. Übersetzerin
 Roger Meier, Chemiker FH
 Martin Meyer, Personalvermittler
 Gian Paul Pescatore, Architekt
 Martha Stutz-Bassler, Apothekerin
 Susanne Tobler, Primarlehrerin
 Ruth Trachsler, Sekretärin
 Christian Ulrich, lic. oec. HSG

Oberwinterthur

Präsident: Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 1. Vizepräsidentin: Vreni Gross-Güntensperger, Familienfrau
 2. Vizepräsidentin: Annemarie Gluch-Bosshard, Ernährungsberaterin

Mitglieder:

Stephen Bosshard, Jurist
 Hansjürg Büchi, Informatiker Anwender SIZ
 Zeno Dähler, Maschinenzeichner
 Ingrid Gabriele, Familienfrau
 Annemarie Gluch-Bosshard, Ernährungsberaterin
 Vreni Gross-Güntensperger, Familienfrau
 Helena Harlacher-Gisler, Familienfrau
 Urs Holenweg, Drogist
 Corinne Imark, Kindergärtnerin
 Christine Isler, Fachlehrerin
 Walter Kübler, Ing. HTL
 Regina Kurzen-Fuchs, Arztgehilfin
 Barbara Lattmann, Rhythmiklehrerin
 Anna Lüdi-Kluz, Krankenschwester/Hausfrau
 Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 Fritz Renfer, Mathematiker
 Regula Salm, Familienfrau
 Sonja Sartor-Mettler, Legasthenie-Therapeutin
 Andrea Schär, Köchin
 Maria Zehnder, Ökonomin
 Angela Zoske, Behindertenbetreuerin

Seen

Präsidentin: Susanne Haelg, Kauffrau
 1. Vizepräsident: Peter Flückiger, Hausmann
 2. Vizepräsidentin: Maya Früh-Huber, med. Praxisassistentin

Mitglieder:

Esther Althaus, Buchhändlerin
 Irene Arnold, Familienfrau
 Beat Böckli, Lehrer
 Emil Bodenmann, Betriebsfachmann
 Claudia Braun, Familienfrau
 Peter Flückiger, Hausmann
 Maya Früh-Huber, med. Praxisassistentin
 Susanne Haelg, Kauffrau
 Nelly Iseli, Stenodaktylografin
 Betty Konyo Schwerzmann, Buchhalterin
 Markus Läderach, EDV-Operator
 Daniel Liechti, Geophysiker
 Andrea Lorca, Familienfrau/med. Praxisassistentin
 Angelika Neukomm-Riesen, Kindergärtnerin
 Raimund Renggli, Jurist / Leiter Rechtsdienst
 Theresia Rutz Mätzler, Krankenschwester/Hausfrau
 Karin Astrid Sönnichsen-Bärtschi, Primarlehrerin
 Maja Studer, Familienfrau/Turn- und Sportlehrerin ETH
 Cornelia Wyss Hartmann, Marketingplanerin/Familienfrau

Töss

Präsidentin: Bea Schläpfer, kfm. Angestellte
 1. Vizepräsidentin: Monika Frey, Familienfrau
 2. Vizepräsident: Werner Burger, Projektleiter

Mitglieder:

Daniel Altenbach, Amtsvormund
 Werner Burger, Projektleiter
 Franziska Dusek, Primarlehrerin/Familienfrau
 Monika Frey, Familienfrau
 Tatjana Gottsponer, Pflegefachfrau DN I/Familienfrau
 Cornelia Gut-Hug, Familienfrau / Hauspflegerin
 Annegret Jeger, Familienfrau/Buchhändlerin
 Bea Schläpfer, kaufm. Angestellte
 Richard Stadelmann, Dipl. Masch.-Ing. ETH
 Thomas Thalmann, Innendekorateur
 Luzia Toppa-Seiler, kaufm. Angestellte
 Beat Meier, Personalleiter

Veltheim

Präsidentin: Dora Weigold-Maurer, Hausfrau/Sekretärin
 1. Vizepräsidentin: Susanne Trost Vetter, Theaterschaffende
 2. Vizepräsidentin: Annelise Wehrli Gisler, lic. phil. I

Mitglieder:

Hans Brunner, kaufm. Angestellter
 Anna Dubach-Kaufmann, kaufm. Angestellte
 Hans Rudolf Gossweiler, alt Mittelschullehrer
 Nikolaus Kunz, Musiker
 Christoph Magnusson, Allfinanzberater
 Gabriela Milicevic Decker, Familienfrau / Doktorandin
 Sylvia Schwob-Häberli, Arztgehilfin/Hausfrau
 Helena Siegrist, Sachbearbeiterin
 Ursula Staufer-Schüle, Elektrophysiologisch-Technische Assistentin
 Susanne Trost Vetter, Theaterschaffende
 Novica Vannuca, Buschauffeur
 Annelise Wehrli Gisler, lic. phil. I
 Dora Weigold-Maurer, Hausfrau/Sekretärin

Wülflingen

Präsident: Martin Hasenfratz, Bereichsleiter-Stv.
 1. Vizepräsident: Andreas Both, Unternehmer
 2. Vizepräsidentin: Isabella Matzinger, kaufm. Angestellte/Familienfrau

Mitglieder:

Andreas Both, Unternehmer
 Patricia Brander Capaul, Sekundarlehrerin phil. I
 Regula Crestani, Damenschneiderin
 Martin Hasenfratz, Bereichsleiter-Stv.
 Cécile Krättli-Derendinger, Geschäftsfrau
 Felix Landolt, Architekt
 Claudia Märki, Hausfrau
 Isabella Matzinger, kaufm. Angestellte/Familienfrau
 Helena Meier-Suter, Familienfrau
 Bernhard Moser, Informatiker
 Eva Müller-Angst, kaufm. Angestellte
 Herbert Sommerhalder, Betriebsleiter
 Doris Steiner, Hausfrau
 Sylvia Stöckli, Lehrerin
 Michel Vallat, Fachlehrer
 Monika Vogel-Wertli, Lehrerin
 Claudia Werren, Hausfrau

Fürsorgebehörde

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Heinz Zentner, Grafiker
 Sekretärin: Daniela Moro

Mitglieder:

Gabriela Böni, Kaufmännische Angestellte
 Corinna Bremi, Sozialarbeiterin
 Claudia Hosang, Studentin
 Deborah Kuhn, Lehrerin
 Iris Kuster Anwander, lic. oec. HSG / Familienfrau
 Camille Meier, Rechtsanwalt
 Michael Peterhans, Jurist lic. iur.
 Christoph Portmann, IT-Berufsbildungsverantwortlicher
 Mireille Schaffitz, Oberrichterin
 Conny Schär, Dipl. Pflegefachfrau / Gassenarbeiterin
 Hanspeter Scheuring, Hortleiter
 Hans Steiger, Technischer Angestellter
 Paul Übersax, Kaufmännischer Angestellter / Diakon

Vormundschaftsbehörde

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Urs Gürtler, Jurist

Mitglieder:

Marcel Brenn, Jurist
 Gabriela Herzog Zah, dipl. Sozialarbeiterin FH
 Elsbeth Lehmann, Juristin
 Doris Schumacher, dipl. Sozialarbeiterin FH

Städtische Kommissionen und beratende Gremien

Departement Kulturelles und Dienste

Verwaltungskommission der Pensionskasse

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Eugen Kindhauser, PVW
 Silvia Nef, VPOD
 Christoph Pohl, VPOD
 Claudio Rima, PVW
 Susanne Tanner, PVW
 Ersatz:

Alice Maltempi, PVW
 Silvio Tortelli, Polizeibeamtenverband

Beratende Stimme:

Martin Duttweiler, Leiter Pensionskasse
 Fritz Lang, Personalchef

Personalkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Beisitzerin: Maja Ingold, Stadträtin
 Ersatz: Walter Bossert, Stadtrat

Mitglieder:

Brigitte Berginz, Kindergärtnerinnenkonvent
 Eugen Kindhauser, PVW
 Reinhard Linder, VPOD
 Helmut Pfeifer, PVW
 Peter Rütimann, Polizeibeamtenverband
 Käti Schneider, VPOD
 Daniel Schneller, PVW
 Jorge Serra, VPOD
 Silvio Tortelli, Polizeibeamtenverband

Beratende Stimme:

Fritz Lang, Personalchef
 Helena Stäheli, Beauftragte für Gleichstellung
 Christian Suter, stv. Personalchef

Theaterkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Aktuar: Ernst Jäggi, Theater Winterthur

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär (bis Mai 07)
 Willi Germann (CVP) *
 Gian Gianotti, Künstlerischer Leiter
 Beat Gruber (SP) *
 Sylvia Hirsche **
 Nicole Kurmann, Kultursekretärin (ab Juni 07)
 Dieter Lang **** (bis April 07)
 Andreas Moos *** (bis April 07)
 Natalie Rickli (SVP) *
 Paul Schneuwlin
 Ruth Werren (FDP) *

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat

** Vertreterin Theaterverein

*** Vertreter Kanton

**** Vertreter Regionsgemeinden

Kunstkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Sekretariat: Judith Bodmer (bis Oktober 07)
 Michael Brunner (ab November 07)

Mitglieder:

Markus Böni (SVP) *
 Werner Wal Frei **
 Otmar M. Gnädinger
 Elizabeth Hefti (SP) *
 Oliver Krähenbühl **
 Stefan Piotrowski (FDP) *
 Dieter Schwarz, Kunstmuseum

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat

** Vertreter Künstlergruppe

Beratende Stimme:

Walter Büchi, Kultursekretär (bis Mai 07)
 Michael Hauser, Stadtbaumeister
 Nicole Kurmann, Kultursekretärin (ab Juni 07)

Literaturkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär (bis Mai 07)
 Stefan Busz, Redaktor Landbote
 Nicole Kurmann, Kultursekretärin (ab Juni 07)
 Angelika Maass, Redaktorin Landbote
 Denise Sorba-Mosimann, Lehrerin
 Wolfgang Vogel, Buchhändler

Integrationskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Pearl Pederngana, Stadträtin
 Mitglied: Maja Ingold, Stadträtin
 Ersatz: Michael Künzle, Stadtrat

Weitere Mitglieder:

Regula Forster, Departementssekretärin Schule und Sport
 Silvia Schilter Gander, Leiterin Abklärung und Support, Soziale Dienste
 Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte
 Mark Würth, Leiter Stadtentwicklung

Ständiger Gast:

Hans-Jakob Mosimann, Präsident Ausländer/innen-Beirat

Stadtentwicklungskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Mitglied: Walter Bossert, Stadtrat
 Sekretär: Andreas Schönbächler

Fachmitglieder:

Dieter Bachmann, Stadtmarketing
 Regula Forster, Departementssekretärin Schule und Sport
 Michael Hauser, Stadtbaumeister
 Rolf Heusser, Vertreter Dept. Soziales
 Anna Roschewitz, Leiterin Umwelt- und Gesundheitsschutz
 Thomas Nideröst, Direktor Stadtbuss Winterthur
 Fridolin Störi, Bausekretär
 Mark Würth, Leiter Stadtentwicklung

Ausländer/innen-Beirat

Präsident: Hans-Jakob Mosimann

Mitglieder:

Vertreter/innen der Ausländerorganisationen:

Toufic Abdallah	Libanon
Shefqet Cakolli	Kosovo
Arlete De Castro Baumann	Brasilien
Giuseppe Diana	Italien
Giordano Facchin	Italien
Snežana Fritsch-Stanic	Serbien-Montenegro
Ana Ivanovic-Jularic	Bosnien
Giovanna Maiorano Del Grosso	Italien
Umberto Mastrogiuseppe	Italien
Mbuina Willy Mayunda	Kongo
Darja Mikulicic	Kroatien
Tülün Yanardöner	Aleviten
Yücel Yildirim	Türkei
Özkan Yongaci	Türkei

Vertreter/innen der Schweizer Organisationen:

Cornelia Bachmann	KMU
Georges-Alfred Braunschweig	Ev.-Ref. Landeskirche
Regula Forster Erzinger	DSS
Luigi Fucentese	Gewerkschaftsbund
Silvia Schilter Gander	DSO
Ineke Wiederkehr	Röm.-Kath. Landeskirche

Ersatzmitglied:

Vanaja Sribavan	Sri Lanka
-----------------	-----------

Beratende Stimme:

Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte

Fachbeirat Uhrensammlung

Präsident: Urs Zimmermann

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär (bis Mai 07)
 Max Denzler
 Nicole Kurmann, Kultursekretärin (ab Juni 07)
 Kriss Reinhart
 Andreas Strehler
 Andrea Tiziani
 Brigitte Vinzens,
 Konservatorin Uhrensammlung Kellenberger

Wissenschaftlicher Beirat Münzkabinett

Präsident: Hans-Ulrich Geiger, Universität Zürich

Mitglieder:

Beat Eberschweiler, Leiter
 Denkmalpflege/Archäologie, ARV, Baudirektion Zürich
 Prof. Dr. Beat Näf,
 Historisches Seminar, Universität Zürich
 Hortensia von Roten, lic. phil. MAS,
 Schweiz. Landesmuseum, Zürich
 Benedikt Zäch, lic. phil., Leiter Münzkabinett und
 Antikensammlung

Funktionsbewertungskommission

Präsident: Fritz Lang, Personalchef
 Vizepräsident: Christian Suter, stv. Personalchef

Ständige Mitglieder:

Verena Anliker, VPOD
 Judith Bodmer, PVW
 Helmut Pfeifer, PVW
 Jorge Serra, VPOD
 Alice Maltempi, Beauftragte für Gleichstellung

Wechselnde Mitglieder (je nach zu beurteilender Funktion):

Vorsteher/in des betroffenen Departementes oder
 andere/r Delegierte/r der Departementsleitung
 Leiter/in des betroffenen Amtes, Betriebes oder der
 betroffenen Hauptabteilung

Ersatzmitglieder:

Eugen Kindhauser, PVW
 Käti Schneider, VPOD
 Helena Stäheli, Beauftragte für Gleichstellung

Departement Finanzen

Landwirtschaftskommission

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
 Stellvertreter: Michael Künzle, Stadtrat
 Aktuar: Ueli Gnehm, Liegenschaftenverwaltung

Mitglieder:

Markus Briner, Landwirt, Winterthur
 Gert Brunner, Landwirt, Winterthur
 Adrian Buchli, Flur-/Umweltpolizei
 Erich Dürig, Liegenschaftenverwaltung
 Hans-Rudolf Hofer, Landwirt, Winterthur
 Markus Moser, Landwirt, Winterthur
 Martin Nussbaumer, Landwirt, Winterthur
 Hans Schwab, Landwirt, Birchhof, Hegi
 Urs Schweingruber, Betriebsleiter Volg
 Jakob Weidmann, Landwirt, Winterthur-Stadel

Departement Bau

Arbeitsgruppe Velo

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat
 Geschäftsführer: Herbert Ernst, Amt für Städtebau,
 Projektleiter Raum- und Verkehrs-
 planung

Mitglieder:

Stadtverwaltung:

Beat Kammermann, Leiter Verkehrslenkung
 Heinz von Moos, Leiter Verkehrswege
 Ueli Rüsch, Amt für Städtebau, Verkehrsingenieur

Veloparlamentarier:

Heinrich Keller (SVP)
 Oliver Seitz (SP)
 Martin Stauber (Grüne)
 Stefan Fritschi (FDP)
 Rolf Weibel (EVP)
 ACS: Harald Walser, Neftenbach
 IG Velo: Bernhard Fiedler, Winterthur
 SC: Josef Bollhalder, Winterthur
 TCS: Susanne Ballauf, Kollbrunn
 VCS: Kurt Egli, Winterthur

Fachgruppe Stadtgestaltung

Leitung: Michael Hauser, Stadtbaumeister

Mitglieder:

Lisa Ehrensperger, dipl. Arch. ETH/SIA/BSA, Zürich
 Martin Rapold, Stadtgärtnerei, Hauptabteilungsleiter
 Planung/Naturschutz
 Hans Rohr, dipl. Arch. ETH/SIA/BSA, Dättwil AG
 Astrid Stauer, dipl. Arch. ETH/BSA/SIA, Frauenfeld
 Christian Sumi, dipl. Arch. ETH/BSA/SIA, Zürich

Fachgruppe Denkmalpflege

Leitung: Micheal Hauser, Stadtbaumeister

Mitglieder:

Daniel Schneller, Amt für Städtebau
 Oliver Strässle, Amt für Städtebau, Co-Leiter
 Stadtgestaltung / Wettbewerbe
 Eduard Müller, lic. phil. I, Seelisberg
 Silvio Schmed, Arch. BSA/SWB, Zürich
 Ernst Strebel, dipl. Arch. ETH/BSA/SIA, Zürich

Arbeitsgruppe Sauberkeit

Leitung:

Jürg Stünzi, Tiefbauamt, Leiter Entsorgung

Mitglieder:

Walter Heim, Stadtpolizei
 Beat Kunz, Forstmeister
 Hannes Schneider, Stadtgärtnerei, Hauptabteilungsleiter
 Grünanlagen
 Jörg Wirth, Tiefbauamt, Strasseninspektorat
 Gabi Wüthrich, Kommunikationsberaterin

Departement Sicherheit und Umwelt

Arbeitsgruppe Altstadt

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Vizepräsident: Walter Bossert, Stadtrat

Mitglieder:

Jacqueline Bouquet, Bewohnerinnen- und Bewohner-
 verein Altstadt
 Daniel Beckmann, Verwaltungspolizei
 Alfred Bruhin, Bewohnerinnen- und Bewohnerverein
 Altstadt
 Bruno Diezi, Interessen-Gemeinschaft Graben
 Beat Eisen, Interessen-Gemeinschaft Obergasse
 Renato Giovanelli, Junge Altstadt
 Pamela Graves, Bewohnerinnen- und Bewohnerverein
 Altstadt
 Remo Hahn, Gemeinschaft Marktgasse
 Beat Kammermann, Verkehrslenkung
 Peter Keller, Verein zur Förderung der Steinberggasse
 Paul Lehmann, Bewohnerinnen- und Bewohnerverein
 Altstadt
 Max Reifler, Stadtingenieur
 Heinz Schudel, Untertor Vereinigung
 Fridolin Störi, Leiter Baupolizeiamt

Kommission Umwelt und Energie

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Vizepräsident: Anna Roschewitz,
 Leiterin Umwelt- und Gesundheitsschutz

Mitglieder:

Ulrich Dinkelacker, Leiter Fachstelle Energie
 Michael Hauser, Stadtbaumeister
 Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
 Max Reifler, Stadtingenieur
 Fridolin Störi, Leiter Baupolizeiamt
 Christian von Burg, Direktor Stadtwerk Winterthur

Fachgruppe Umwelt

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Vizepräsident: Anna Roschewitz,
 Leiterin Umwelt- und Gesundheitsschutz

Mitglieder:

Urs Buchs, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Technik Gas und Wasser
 Angelique Daniel, Co-Leiterin Fachstelle Umwelt
 Ulrich Dinkelacker, Baupolizeiamt,
 Leiter Fachstelle Energie
 Herbert Ernst, Amt für Städtebau, Projektleiter Raum-
 und Verkehrsplanung
 Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
 Sandra Laubis, Co-Leiterin Fachstelle Umwelt
 Eugen Meile, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Wärme und Entsorgung
 Claudine Merz, Baupolizeiamt, Baujuristin
 Martin Rapold, Stadtgärtnerei,
 Hauptabteilungsleiter Planung / Naturschutz
 Jürg Stünzi, Tiefbauamt, Leiter Entsorgung

Fachgruppe Energie

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Vizepräsident: Anna Roschewitz,
 Leiterin Umwelt- und Gesundheitsschutz

Mitglieder:

Ulrich Dinkelacker, Baupolizeiamt,
 Leiter Fachstelle Energie
 Fredi Keller, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Markt und Kunden
 Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
 Peter Lattmann, Amt für Städtebau, Leiter Hochbau
 Dienste
 Eugen Meile, Stadtwerk Winterthur,
 Hauptabteilungsleiter Wärme und Entsorgung

Departement Schule und Sport

Sportkommission

Präsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin

Mitglieder:

Nicolas Galladé (SP) ***
 Kurt Hess **
 Herbert Iseli (EDU) ***
 Walter Langhard (SVP) ***
 Emil Manser *
 Hansjörg Siegenthaler *
 Edi Wettstein (SP) ***
 Urs Wunderlin, Leiter Sportamt

* Vertreter Dachverband Sport Winterthur

** Vertreter Behindertensport Winterthur

*** Vertreter Grosser Gemeinderat

Departement Soziales

Jugendkommission Stadt

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Mitglied: Pearl Pedernana, Stadträtin
 Sekretär: Heinz Häusermann,
 Fachabteilung Jugendhilfe

Weitere Mitglieder:

Bernadette Frei,
 Leiterin Schulpsychologischer Dienst
 Walter Heim, Leiter Jugenddienst Stadtpolizei
 Rolf Heusser, Jugenddelegierter
 Susanne Keller, Quartierentwicklung
 Michael Neidhart, Kantonaler Regionalleiter Jugendhilfe
 Ernst Schedler, Leiter Soziale Dienste
 Françoise Vogel, Co-Leiterin Prävention und Suchthilfe
 Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte
 Urs Wunderlin, Bereichsleiter Sport
 Reto Zubler, Bereichsleiter Bildung

Drogenausschuss

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Michael Künzle, Stadtrat
 Mitglied: Pearl Pedernana, Stadträtin

Weitere Mitglieder:

nach Bedarf aus Sozialen Diensten, Stadtpolizei,
 Polizeirichteramt, Staatsanwaltschaft, Kantonspolizei
 und Bezirksgemeinden

Kommission Arbeitsmarkt

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin

Weitere Mitglieder:

Suzanne Bauer, Leiterin RAV Winterthur
 Christoph Pohl, Leiter Koordinationsstelle für
 Arbeitsprojekte (KAP)
 Ernst Schedler, Leiter Soziale Dienste
 Matthias Schlumpf, Leiter Berufsberatung
 Franz Trottmann, Leiter Berufsbildung
 2 Vertretungen KMU (Peter Uhlmann und
 Walter Bigler)

Kommission Gesundheit und Prävention

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin
 Mitglied: Michael Künzle, Stadtrat

Weitere Mitglieder:

Heidi Liechti, Leitung Fachstelle Gesundheit
 Andreas Paintner, Leiter Bereich Alter und Pflege
 Anna Roschewitz, Leiterin Umwelt- und Gesundheits-
 schutz
 Ernst Schedler, Leiter Bereich Soziale Dienste
 Vertretung des Kantonsspitals Winterthur
 Vertretung der Integrierten Psychiatrie Winterthur
 Vertretung der Ärztesgesellschaften der Bezirke
 Winterthur und Andelfingen
 Vertretung der Apotheker/innen Winterthur
 Vertretung der Vereinigung der Winterthurer
 Zahnärzte/innen

Vertretung der Schulärzteschaft
Urs Wunderlin, Leiter Sportamt
Reto Zubler, Leiter Abteilung Schulgesundheit

Departement Technische Betriebe

Kommission «Förderung des öffentlichen Verkehrs»

Präsident: Matthias Gfeller, Stadtrat

Mitglieder:

Pia Dennler (SP) *
Stefan Fritschi (FDP) *
Willy Germann, Kantonsrat (CVP)
Beat Kammermann, Stadtpolizei, Leiter Verkehrslenkung
Dieter Kläy, Kantonsrat (FDP)
Thomas Niederöst, Direktor Stadtbus Winterthur
Ueli Rüsch, Amt für Städtebau, Verkehrsingenieur
Kurt Schönauer, Stadtbus Winterthur
Werner Schurter (CVP) *
Jorge Serra, Kantonsrat (SP)
Martin Stauber (Grüne) *
Werner Steiner (SVP) *
Susanne Stöckli (GLP) *
Paul Wernli (SP) *

* Vertreter/in Grosser Gemeinderat

Naturschutzkommission

Präsident: Matthias Gfeller, Stadtrat
Aktuar: Martin Rapold, Stadtgärtnerei,
Hauptabteilungsleiter Planung/Naturschutz

Mitglieder:

Ernst Bachmann, Landwirt
Urs Buchs, Stadtwerk Winterthur, Hauptabteilungsleiter
Technik Gas und Wasser
Hermann Dähler, vormals Stadtplanungsamt
Jakob Forster, ehem. Seminarlehrer
Ueli Gnehm, Liegenschaftenverwaltung
Beat Kunz, Forstmeister
Werner Rüeger, Landschaftsarchitekt BSLA
Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei
Marco Pietro Sacchi, Projektleiter

Grabmalkommission

Präsident: Matthias Gfeller, Stadtrat
Aktuar: Ueli Bertschinger, Stadtgärtnerei

Mitglieder:

Daniel Isler, Bildhauer
Daniel Schneller, Amt für Städtebau, Leiter
Denkmalpflege
Walter Weiss, Künstlergruppe
Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei
1 Vakanz, Bildhauer

Vertretungen der Stadt Winterthur in handels- rechtlichen Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen, Kommissionen, Verbänden usw. (Stand 31.12.07)

Stiftungen

Stiftung Altersheim St. Urban	Max Romann
	Martin Hasenfratz
Stiftung Fotomuseum Winterthur	Ernst Wohlwend
Stiftung für Kleinsiedlungen	Verena Gick
Stiftung Greater Zurich Area	Ernst Wohlwend
Stiftung H. + F. Müller-Roth	Silvia Schilter Gander
Stiftung Jakob Briner	Martin Haas
Stiftung Oskar Reinhart	Ernst Wohlwend
Stiftung Technorama	Ernst Wohlwend
Stiftung Winsport	Pearl Pedergrana
Stiftung Winterthur – La Chaux-de-Fonds	Hans Peter Haeberli
	Elsbeth Lehmann
	Regula Forster
Arnold Schenkel-Stiftung	Maja Ingold
Brühlgut-Stiftung	Ernst Schedler
Ehrat-Stiftung	Maja Ingold
Generationen-Dialog	Maja Ingold
Hans Vogel-Stiftung	Maja Ingold
Institut für Verwaltungsmanagement, ZHW	Fritz Lang
Pro Senectute Kanton Zürich	Andreas Paintner
Schweizerische Technische Fachschule Winterthur	Franz Trottmann
Wölfflin Stiftung Winterthur	Walter Bossert
	Heinz Häusermann
Zürcher Filmstiftung	Ernst Wohlwend

Genossenschaften

Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen (GAIWO)	Verena Gick
Flurgenossenschaft Wülflingen	Maja Ingold
Schwimmbadgenossenschaft Oberwinterthur	Ueli Gnehm
Schwimmbadgenossenschaft Töss	Urs Wunderlin
Schwimmbadgenossenschaft Veltheim	Urs Wunderlin
Schwimmbadgenossenschaft Wülflingen	Urs Wunderlin
Strassen- und Kanalisationsgenossenschaft Weiherhöhe, Winterthur-Seen	Hansjörg Weidmann
Unterhaltsgenossenschaft Hegi – Reutlingen – Stadel	Harri Marti
Unterhaltsgenossenschaft Töss-Wülflingen	Beat Kunz
Waldweggenossenschaft Seen	Beat Kunz

Vereine

Verein Aids-Infostelle	Ernst Schedler
Verein Energiestadt	Anna Roschewitz
Verein Ehe- und Familienberatung	Monika Philipp
Verein Familien- und Jugendhilfe	Heinz Häusermann
Verein Frauenhaus Winterthur	Silvia Schilter Gander
Verein Hülfe für ältere Arbeitsfähige	Verena Gick
Verein «Läbesruum»	Lars Schädeli
Verein Lehrlingsforum Winterthur	Franz Trottmann
Verein Musikkollegium Winterthur	Ernst Wohlwend
	Maja Ingold
Verein Schulheim Elgg	Heinz Häusermann
Verein Studentisches Wohnen in Winterthur	Mark Würth
Kunstverein Winterthur	Ernst Wohlwend
Standortförderung Region Winterthur	Ernst Wohlwend
Trägerverein Subita	Rolf Heusser
Trägerverein Villa Flora	Ernst Wohlwend

Verbände und Kommissionen

Aufsichtskommission Berufs- und Fortbildungsschule	Pearl Pedergrana
Aufsichtskommission für die kantonalen psychiatrischen Kliniken	Maja Ingold
Betriebskommission Dachladen	Daniela Moro
Fachschulkommission des Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich (ZAG)	Maja Ingold
Interessengemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur	Michael Künzle
Jugendkommission des Bezirks Winterthur	Regula Forster
	Heinz Häusermann
	Maja Ingold
	Marcel Brenn
	Peter Brandun
Kantonale Wohnbaukommission	
Kommission für Landwirtschaftliche Berufsbildung des Kantons Zürich KLB	Verena Gick
Regionalplanungsgruppe Nordostschweiz	Walter Bossert
Regionalplanung Winterthur und Umgebung	Ausschussmitglieder: Ernst Wohlwend Walter Bossert
	Delegierte: Matthias Gfeller
Reiter-Weg-Kommission Winterthur – Elsau	Beat Kunz
Schweizerischer Städteverband	Ernst Wohlwend
Verkehrsverbund des Kt. Zürich, ZVV	Matthias Gfeller

Aktiengesellschaften

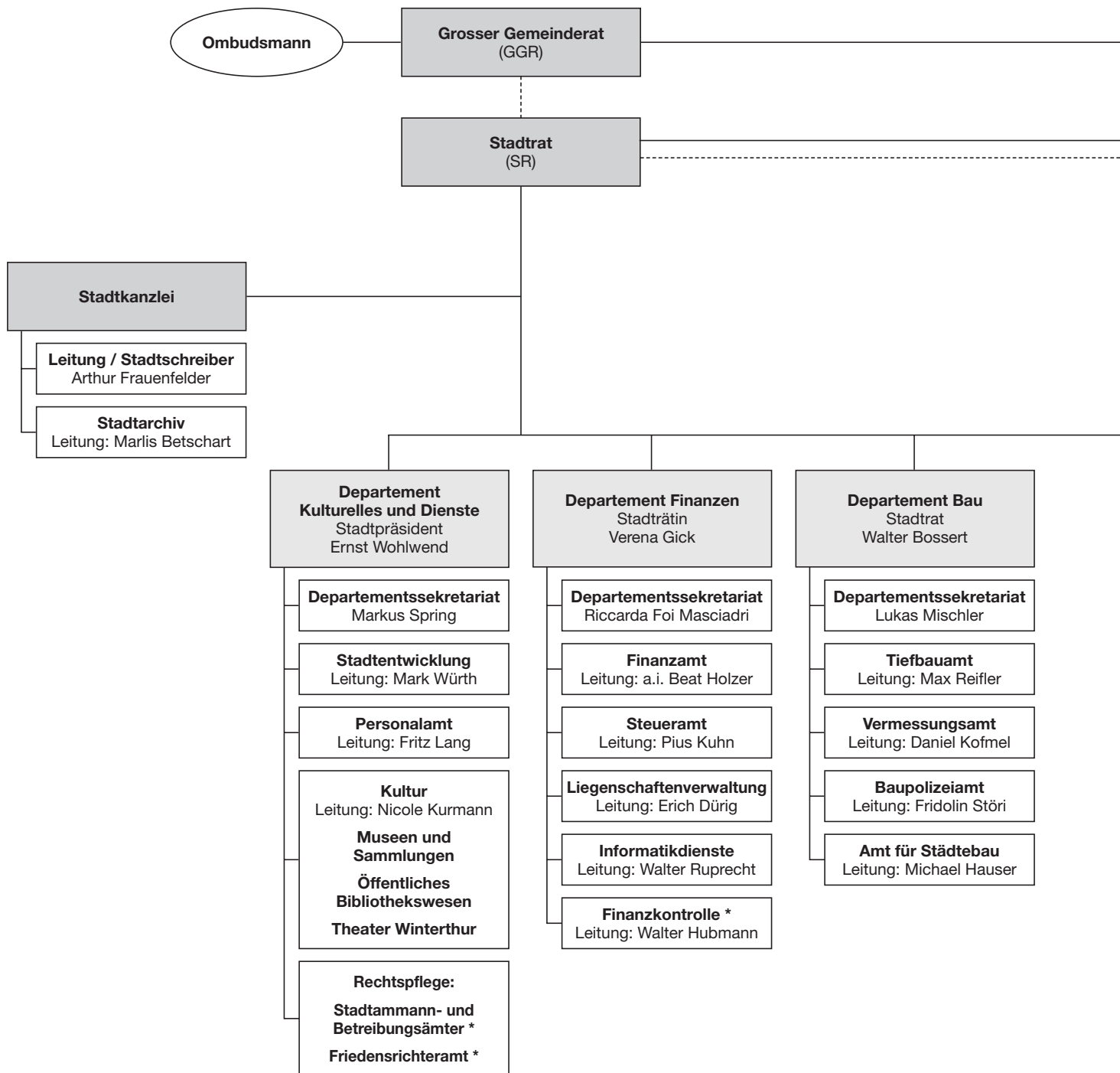
EGO Erdgas Ostschweiz AG	Matthias Gfeller
Eulachhallen AG	Pearl Pedergrana
	Samuel Schwitter
Fortuna Obertor AG	Ernst Wohlwend
	Verena Gick
InstaControl AG	Matthias Gfeller
	Christian von Burg
Parkhaus Winterthur AG	Michael Künzle
Swisspower AG	Christian von Burg
Technopark Winterthur AG	Ernst Wohlwend

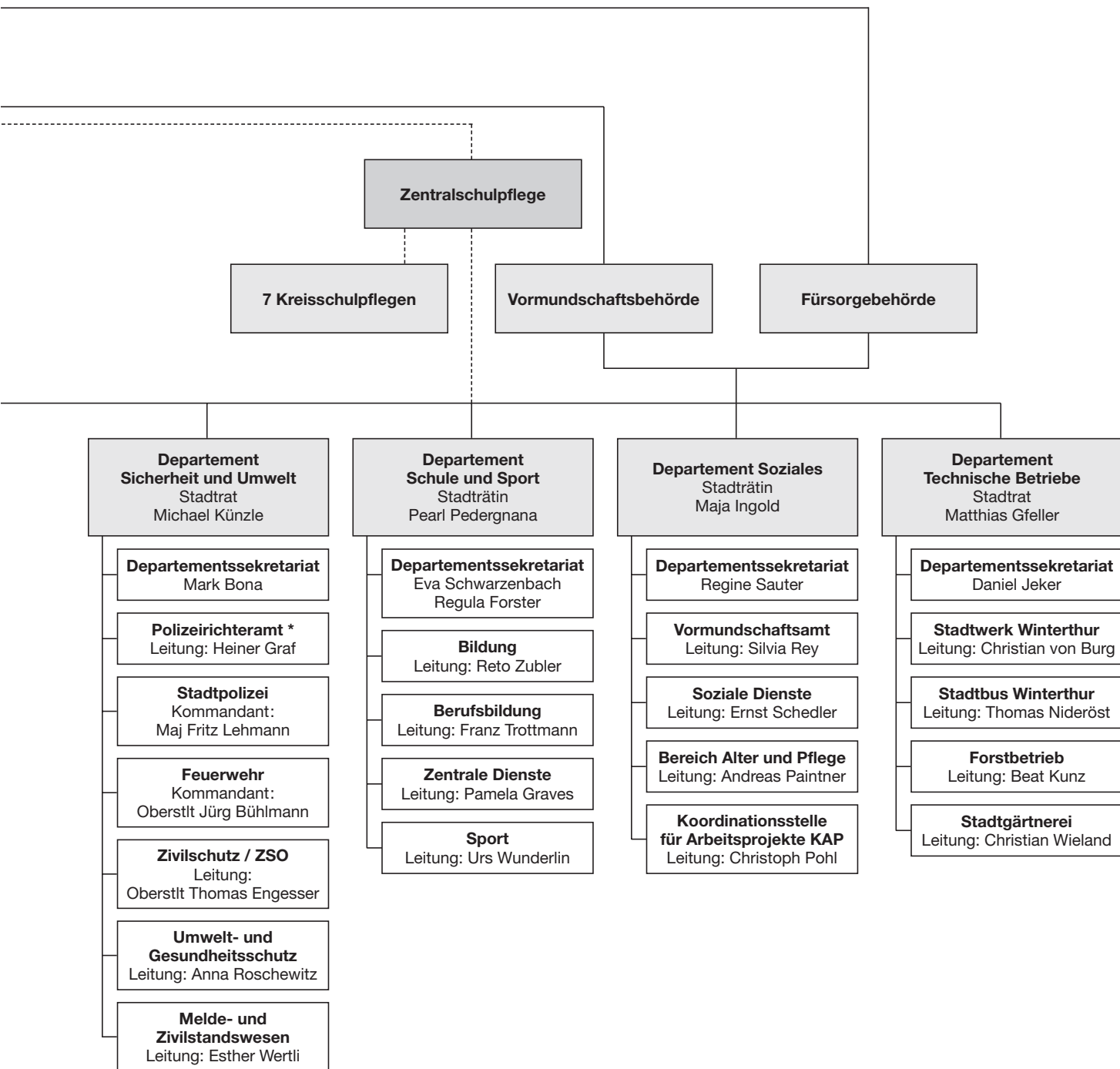
Zürcher Hochschule Winterthur	Ernst Wohlwend
--------------------------------------	----------------

Diverses

Arbeitsgruppe «Häusliche Gewalt»	Silvia Rey	Radio- und Fernsehgenossenschaft	
eCH (Internet)	Walter Ruprecht	Zürich RFZ	Heiri Vogt
Fachstelle Schuldensanierung	Daniela Moro	Region Ost	Michael Künzle
Interessengemeinschaft EDV		Schweizerische Vereinigung	
Zürcher Gemeinden (IG EDV)	Walter Ruprecht	des Rates der Gemeinden und	
Interessengemeinschaft kommunaler		Regionen Europas	Reinhard Stahel
Polizeivorstände	Michael Künzle	Sozialkonferenz des Kantons Zürich	Ernst Schedler
Kantonale Informationsplattform			Daniela Moro
Risiko und Sicherheit	Anna Roschewitz		Cornelia Schär
Klimabündnis	Anna Roschewitz	Spitalrat KSW	Maja Ingold
Konferenz der regionalstatistischen		Städteinitiative Bildung Volksschule	Pearl Pedergrana
Ämter (KORSTAT)	Guido Brunner	Städteinitiative Sozialpolitik	Maja Ingold
Konferenz städtischer Polizeidirektoren	Michael Künzle		Ernst Schedler
Konsultative Konferenz für die		Städteposition CH	Michael Hauser
Diskussion von Flughafenfragen	Michael Künzle		Mark Würth
Modellvorhaben Zusammenarbeit		Zürcher Arbeitsgemeinschaft der	
Wirtschaftsraum Zürich	Ernst Wohlwend	Ligen und Heimstätten für chronische	
	Mark Würth	Krankheiten (ZKALK)	Heidi Liechti
Plattform zur Zusammenarbeit der			
Klimabündnis-Städte der Schweiz	Michael Künzle		

Organigramm der Stadtverwaltung





* Nur administrativ dem Departement unterstellt

Inhaltsverzeichnis

	Seite		Seite
Stadtrat, Stadtkanzlei	5	Departement Schule und Sport	77
Der Stadtrat	5	Behörden	79
Stadtkanzlei	6	Bildung	80
Abstimmungen 2007	7	Zentrale Dienste	82
		Berufsbildung	83
		Sportamt	84
Departement Kulturelles und Dienste	9		
Kultur	11	Departement Soziales	87
Stadtentwicklung	19	Vormundschaftsamt	88
Personalamt	23	Soziale Dienste	91
Rechtspflege	28	Alter und Pflege	101
		KAP – Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte	105
Departement Finanzen	31		
Finanzamt	33	Departement Technische Betriebe	107
Steueramt	36	Stadtwerk Winterthur	108
Informatikdienste (IDW)	38	Stadtbus Winterthur	113
Liegenschaftenverwaltung	39	Forstbetrieb	115
		Stadtgärtnerei	117
Departement Bau	43		
Amt für Städtebau	44	Der Grosse Gemeinderat	119
Hochbauten	47		
Tiefbauamt	49	Initiativen und parlamentarische Vorstösse	125
Vermessungsamt	53		
Baupolizeiamt	53	Behördenverzeichnis	131
Departement Sicherheit und Umwelt	57	Vertretungen der Stadt in handelsrechtlichen Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen, Kommissionen, Verbänden usw.	140
Umwelt- und Gesundheitsschutz	59		
Polizeirichteramt	64	Organigramm der Stadtverwaltung	142
Stadtpolizei	65		
Feuerwehr	69		
Zivilschutz	72		
Melde- und Zivilstandswesen	74		

Die Bilder stammen von folgenden Fotografen:

Sebastian Derungs
Michael Lio
Susanne Morand
Dani Schaffner
Werner Widmer
Andreas Wolfensberger
Peter Würmli
